

L. 70000

36

1918

14. III. - 14. III.

Approc. F
Mehl Brot
Kart.

32

Tägliche Rundschau

14. III. 1918.

14

1

* Die neuen Reichsreisebrotmarken, die am 16. März in Kraft treten, zeichnen sich zum Schutz gegen Fälschungen durch eine bessere Papier- und Druckausstattung aus. Mit dem 15. März verlieren die bisher gebräuchlichen Reichsreisebrotmarken ihre Gültigkeit; sie dürfen von den Gemeinden daher nur noch für die Uebergangszeit ausgegeben werden. Mit Ablauf der Uebergangsfrist darf Mehl oder Brot auf die dann veralteten Marken weder gefordert noch verabsolgt werden. Verbraucher können nach dem 16. März den Umtausch von Reichsreisebrotmarken alten Musters gegen neue nur bis Ende März d. J. dann verlangen, wenn sie durch den Lebensmittelabmeldechein nachweisen, daß sie über diesen Zeitpunkt hinaus mit Reichsreisebrotmarken anstatt mit örtlichen Brotmarken zu ihrer Broterforgung versehen worden sind.

(Die Mehlausbeute bei der Broterzeugung.)
Das Volksernährungsamt hat sich mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse veranlaßt gesehen, die Mehlausbeute bei der Broterzeugung einheitlich für Brotfabriken und Kleinbäckereibetriebe im Verhältnis von 5 : 7 festzusetzen. Demnach erhalten nunmehr Bäder wie Brotfabriken zur Erzeugung des Einheitsbrottes von 840 Gramm nur 600 Gramm an Mehl zugevieien.

Der Kartoffelverkauf auf dem Rudolfsheimer Markt. Gestern früh spielten sich auf dem Rudolfsheimer Markt wieder einmal erregte Szenen ab, die durch die rücksichtslose Art, in der manche Verkäufer gegen die ihnen zugewiesenen Käufer vorgehen, heraufbeschworen wurden. So hatte die Verkäuferin der Firma Reich und Söhne, die als städtische Verkaufsstelle für Kartoffeln in der Schwendergasse ihren Marktstand hat, den Käufern, die nach den Anfangsbuchstaben ihres Namens am Donnerstag früh ihre Kopsquote an Kartoffeln einkaufen wollten, eröffnet, es sei nichts zugeführt worden und es werde erst am nächsten Tage die auf sie entfallende Quote zum Verkauf gelangen. Als die Käufer Freitag kamen, wurde die Verkäuferin erst gegen $\frac{1}{8}$ Uhr früh sichtbar und erklärte den Sachrenden, es seien gestern Donnerstag noch um $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags die Kartoffeln auf dem Markte eingelangt und sie habe sofort mit dem Verkauf begonnen, heute sei nichts mehr da! Begreiflicherweise rief diese Mitteilung nur so größere Entrüstung hervor, als die rayonierten Käufer bei anderen Ständen keine Kartoffeln bekommen. Da dasselbe Vorgehen auch bei anderen

Verkaufsständen auf dem Rudolfsheimer Markt stattfand, kam es zu stürmischen Austritten. Die Wachorgane wiesen die erregten Frauen an, beim Marktamt Beschwerde zu erheben. Ob sie dieser Weisung folgten, wissen wir nicht. Tatsächlich liegen zwei Unzukömmlichkeiten vor, die nicht unerwähnt bleiben dürfen. Die eine betrifft die Zustellung der Kartoffeln, die von der städtischen Stelle im Rathaus, die unter der Leitung des Magistratsoberkommissärs Schramm steht, zu regeln ist, die aber, wie es scheint, nicht recht klappen will. Es darf nicht vorzukommen, daß die Zustellung unregelmäßig erfolgt. Ist es schon an und für sich eine Kalamität, daß nur wenige Verkaufsstellen auf dem Markte vorhanden sind, so verschärft sie sich noch, wenn unregelmäßig zuge stellt wird. Die zweite Unzukömmlichkeit ist in der willkürlichen Art gelegen, mit der der Verkauf eingelangter Waren durchgeführt wird. Wer hatte Kenntnis davon, daß nachmittags die bei Reich und Söhne rayonierten Käufer einkaufen können! Es wurde ihnen ja gesagt, sie bekommen ihre Kartoffeln Freitag vormittag. Wer Donnerstag nachmittags nicht zufällig auf den Markt kam, erhielt nichts, muß bis zum Samstag warten und wenn da nicht entsprechende Quantitäten einlangen, verliert er für diese Woche die Kopsquote. Was unter dem gegenwärtigen Versorgungselend dieser Verlust bedeutet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Leider wird von der Marktbehörde den Vorkommnissen auf dem Rudolfsheimer Markte wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wir haben dieser Tatsache oft genug Erwähnung getan, aber bisher haben wir keinen Erfolg erzielt. Es ist bedauerlich, sagen zu müssen, daß auf dem Rudolfsheimer Markt eine energische, zielbewusste Organisation des Marktwesens zu vermissen ist. Gerade dieser Markt müßte musterhaft organisiert sein, da er volkreiche Bezirke zu versorgen hat. Er war vor dem Kriege nichts weniger als musterhaft organisiert und während des Krieges verschlammte er gänzlich.

17. II. 1918

4

Kartoffeln und Wohlfahrtsfleisch.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $1\frac{1}{2}$ Kg. festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes F der Kartoffelkarte.

Die Fleischabgabe an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine konnte auch für die 48. Woche gesichert werden. Da die Transporte aber in Wien noch nicht eingelangt sind, ist eine kleine Verzögerung unvermeidlich gewesen. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird Fleisch in der bisherigen Menge, und zwar Schafsfleisch zum Preise von 3 R. 60 S. für ein Kilogramm gegen Abtrennung des Buchstabens U in den bekannten Ständen und Geschäften der Großschlächterei erhältlich sein, und zwar Mittwoch A bis F, Donnerstag G bis K, Samstag L bis R und Montag, 25. d., S bis Z.

Nichtpreise für Gärungseffig.

Die Zentralpreisprüfungskommission hat die bisherigen Nichtpreise für Essig außer Kraft gesetzt und an deren Stelle folgende Nichtpreise für Gärungseffig festgesetzt:

A) Nichtpreise für den Verkauf von Essigsprit gleichgültig welcher Stärke, jedoch mit einem Mindestgehalt von $7\frac{1}{2}$ Prozent Essigsäurehydrat (dreifacher Essig): a) im großen bei Abnahme von Etüffas (450 bis 650 Liter) und mehr 10 R. 65 S. per Prozent Hydrat (Hektoliterprozent Essigsäurehydrat); b) im kleinen bei Abnahme von mindestens 100 Liter 12 R. 85 S. per Prozent Hydrat (Hektoliterprozent Essigsäurehydrat).

B) Nichtpreise für den Verkauf von Speiseessig (Tafelssig) mit einem Mindestgehalt von $2\frac{1}{2}$ Prozent Essigsäurehydrat; a) im Kleinvertrieb an Wiederverkäufer in Mengen unter 100 Liter 38 Heller per Liter; b) im Ausschank an Verbraucher:

1. in Mengen bis zu 2 Liter einschließlich 53 Heller per Liter;
2. in Mengen über 2 Liter 44 Heller per Liter.

Sämtliche Preise verstehen sich ausschließlich Emballage ab Erzeugungs- oder Verkaufsstätte.

Brot und Kohle.

Ein Besuch in der Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“.

Ein Gassenladen in der Dorotheergasse Nr. 5. Breit und tief. Hier hat die Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“, die während des Krieges entstanden ist, ihr Heim aufgeschlagen. Es ist nicht eigentlich organisierte Wohltätigkeit, die da waltet; der Wunsch, Gutes zu tun, es in menschlich liebe, würdigere Form zu kleiden, hat den Gedanken geboren und langsam erst ringt sich die organisierte Wohltätigkeit durch, ab und zu sind auch schon Spuren sozialer Hilfsbereitschaft zu sehen. Aber noch fehlt es an dem tieferen Erfassen dessen, was auch in diesem Rahmen zu leisten möglich wäre.

Es ist ein buntes Menschengemisch, das sich hier in den Tagen nach dem 15. eines jeden Monats zusammenfindet. Kriegsoffer der inneren Front neben solchen, die schon im Frieden zu den Ueberzähligen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herabgesunken sein mögen. Proletarier sind es und proletarisierte, Lumpenproletarier auch, solche von heute und morgen. Rasch wickelt sich der Verkehr ab. Die meisten sind schon alte Kundschasten. Sie kommen und bringen die abgelaufenen Legitimationen, empfangen die neuen, gültig für März, und dazu die kleinen runden Scheiben, die auf ein Freibrot oder auf einen halben Loib lauten, sechseinhalb im Monat, und gegen Austausch der grünen Legitimation, die für die Kohlenabgabestellen lautet, auch Anweisungen für „Küchenbrände“. Für die Untermieter wird anders gesorgt. Untermieter haben keinen Anspruch auf einen Küchenbrand. Für solche hat die Aktion „Freikohlen“ eine freie Kohlenabgabe im Franz Josefs-Bahnhof eingerichtet. Ab und zu kommt so ein Waggon zur Verteilung. Da ist gleich ein altes Weibchen, das auf die Frage der Leiterin der Aktion, Frau Baronin Wela Aussenberg, wie es ihr immer gehe, antwortet: „Mein Gott, Frau Baronin, kalt ist's und Hunger hab' i!“ — „Sie sind Austerpartei?“ — „Aber kalt is uns do!“ — „Haben Sie jemanden, der Ihnen die Kohlen vom Franz Josefs-Bahnhof holen kann?“ — „A meiniher Schwager iat' s' holen.“ — „Dann erhalten Sie nächste Woche eine Korrespondenzkarte, auf der alles Weitere steht.“ — „I küß' d' Hand, Frau Baronin.“ Mit der Demut der Niedergedrückten hascht sie nach der Hand der Leiterin, die nicht rasch genug abwehren kann. Das wiederholt sich in Abweichungen immer wieder. Auch Kinder werden Zeugen des Schauspiels, wie sich alte Männer und Frauen demütigen, und am Ende müssen sie meinen, wenn sie ihr Elend auch an andere Stätten treibt, wo man etwas bekommt, daß es zur Ordnung dieser Welt gehört, sich selbst zu demütigen, sich zu erniedrigen, Hände zu küssen, wenn einem ein bescheidenes Stück sozialer Hilfe wird. Die kluge Frau, die das Ganze leitet und nun neben einem Bürogehilfen am Schreibtisch sitzt, um dem Andrang gerecht zu werden, hat viele und ehrliche Mühe, diese Demut abzuwehren.

Am ehesten sind geneigt, sich zu demütigen, die einst bessere Tage gesehen haben. Wie etwa der Mann, der sich jetzt hereinschiebt im Salkoanzug ohne Ueberrock — es hat acht Kältegrade draußen —, das Salko öffnen, um zu zeigen, daß ihm nicht kalt ist, daß er ein abgehärteter Gentleman ist, der grundsätzlich keinen Ueberrock trägt. Die Rechte behandschuht, der linke Handschuh und ein Stod als Handgepäck. Den weichen Gut leicht eingedrückt. Die Leiterin kennt ihn schon und erleichtert ihm den Gang: „Sie kommen einkassieren?“ — „Jawohl, Frau Baronin. 8 Kronen 60, wenn ich's nicht müßte, ich würde es nicht tun.“ — „Noch immer kann man im Zweifel sein, ob es nicht doch irgend ein kleiner Geschäftsmann ist, aber der Beamte erinnert sich zu frisch der Sache und sagt: „Sie haben ja schon einkassiert.“ — „Nein, ich habe noch nicht einkassiert.“ — „Kassensbuch. Nachweis.“ — „Hier, vor zehn Tagen!“ — „Aber noch nicht in dieser Woche.“ — „Darauf haben Sie auch keinen Anspruch, es ist nur einmal im Monat einzukassieren.“ — Die Leiterin wirft ein aufklärendes Wort dazwischen: „Das ist der einzige Ausnahmefall, wo wir Geld geben statt der Marken...“ Der Bäcker, bei dem der Verschämte sein Brot bezieht, soll nicht wissen, daß er es geschenkt bekommt. Ein Schein wird aufrecht erhalten, um ein Sein zu erhalten, das nicht mehr ist. Da der Mann das Geld aber schon in so kurzer Zeit aufgebraucht hat, muß der Schein fallen. Für März erhält er die Marken. Mit diesen Wäcklingen entfernt er sich, um wieder in die sehr entfernte Vorstadt hinauszuzwandern, wo der Fünfzigjährige mit Frau und Kind haust.

Ein alter Diensthof! „Ich war 24 Jahre im Dienste und jetzt muß ich betteln. Meine Mutter ist 78 Jahre alt. Ich kann's nicht im Stich lassen.“ — „Wovon leben Sie denn?“ — „Ich geh' in eine Zuckerfabrik. Die Zuckerln einmachen und packen.“ — „Was verdienen Sie?“ — „13 Kronen in der Woche.“

Eine Mutter von sieben Kindern! Der Mann „brustkrank“. Er ist der zweite Mann der Frau. Ihr erster, der Bruder dieses, ist vor vielen Jahren an Tuberkulose gestorben. Ihre Kinder: das jüngste 14 Monate, das älteste 14 Jahre. Der Mann hat 16 Kronen Pfünde. Für die Kinder erhält die Frau 16 Kronen Erziehungsbeitrag. Wiener Kinderfürsorge! Für den Rest muß die Frau auskommen. Sie verdient drei bis vier Kronen täglich mit einer Bedienung. Die Gemeindebeiträge

decken die Miete, ihre Arbeit alles übrige. Sie erhält für alle neun die Brotanweisungen im Gesamtwert von 27 Kronen. Das bedeutet schon die Befreiung von einer großen Sorge. Von der Tuberkulosegefahr wird die Familie freilich nicht befreit. Hier müßte das Stück sozialer Hilfsarbeit einsehen, das noch fehlt. Ausfüllung eines Fragebogens in allen tuberkuloseverdächtigen Fällen und Weiterleitung des Bogens an die Fürsorgestelle, damit diese nachschauen und Hilfe bringen kann im ganzen und vielleicht auch im besonderen, etwa für das jüngste oder für sonst ein gefährdetes Glied der Familie.

Die altgewordene Erzieherin wäre gleich wieder so ein Fall. Eine siebzehnjährige Dame. Schwere schwarzer Fügheit mit Straußfedern aus besseren Tagen. Sie wohnt mit drei anderen alten Frauen in einer der alten stillen Gassen in der Innern Stadt. Nicht mehr lange. Ihre Wohnungsgeberin ist gestorben und sie und die drei anderen müssen nun ziehen. Das Wohin ist ihre Sorge. Die Greisin ist so gut wie — heimatlos. In das oberösterreichische Dorf will sie nicht zurück. Seit 1884, also seit vierunddreißig Jahren, ist Wien ihr Standquartier — aber dennoch ist sie noch keine Wienerin. Eine Erzieherin kann es sich nicht aussuchen, wo sie Dienste nimmt. Bald war sie in Ungarn, bald in Rumänien, bald irgendwo sonst mit einer „Herrschaft“, und der Rest — ihre Sehnsüchtigkeit wurde immer unterbrochen. Die Leiterin hat Verbindung mit einem Kloster, das alte Frauen ins „Ausgebände“ nimmt. Die Erzieherin wäre glücklich, wenn es gelänge, dort für die Minuten des restlichen Lebensabends ruhen zu können.

Wohl in jedem einzelnen Falle ließe sich sozial eingreifen, ließe sich über Brot und Kohlen hinaus irgend welche Hilfe bringen, hier Arbeit vermitteln, dort ein Spitalbett, hier ein Platz im Säuglings-, dort im Altersheim, hier könnte der Weg zum Arzt, dort zum Pädagogen, hier der zu irgend welcher Behörde, dort der zu irgend welcher Organisation gewiesen werden. Auch im Rahmen der Aktion „Freibrot“ und „Freikohlen“ ließe sich viele soziale Arbeit leisten, die die ganze Aktion hoch hinaushebe über ihr heutiges Wirken, dem die Anerkennung darum nicht versagt werden soll. Die Aktion hat heute schon Verbindungen mit einer Reihe sozial wirkender Organisationen und Einrichtungen — sie auszubauen und neue zu suchen und sich selbst als vermittelndes Glied einzuschließen, das muß ihre Zukunftsaufgabe sein.

Der Abend

18. II. 1918

6

Ernährungsfragen.

Das Brot.

MF Für die Zivilbevölkerung ist kein Ständchen Mehl vorrätig, und darum ist die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt gezwungen, als Grundlage für die Brotversorgung jenseitige Getreidezufuhren (auch Mais zählt jetzt amtlich zum Brotgetreide) anzunehmen, die sie erwartet. Verlässlich ist diese Grundlage natürlich nicht und so hat die Anstalt zwar berechnet, daß sie bei einer Mischung von 60 v. H. Mais zu 40 v. H. anderer Mehle den Bedarf zu decken vermag, aber da die Broterzeuger stündlich auf Mehl warten, muß jede einlaufende Sendung von Brotgetreide unverzüglich vermahlen und ausgegeben werden, auch wenn sie dem beschlossenen Mischungsverhältnis nicht entspricht. So ist es in der abgelaufenen Woche vorgekommen, daß manche Broterzeuger Mischungen bekamen, die mehr als 70 v. H. Mais enthielten und zuweilen war gerade nur soviel Eibelmehl dabei, daß es das Bindemittel für den Mais, der der des Klebstoffes entbehrt, abzugeben vermöchte.

Das aus solcher Mischung hergestellte Brot ist unter allen Umständen weder gut noch schön. Leider hat sich aus den Verhältnissen noch ein weiterer Uebelstand ergeben, der den Genuß des Maisbrotes auch bedenklich macht. Es wurde schon gemeldet, daß die Mehlmenge, die die Broterzeuger für einen Laib im Gewichte von 340 Gramm verrechnen dürfen, auf 600 Gramm vermindert wurde, während sie vordem 620 bis 630 Gramm betragen hat. Um aus der verminderten Mehlmenge vollgewichtige Brotlaibe zu erzielen, haben die Erzeuger das Brot weniger aus, wodurch viel Wasser im Brot zurückbleibt, also die beabsichtigte Gewichtsermehrerung erzielt wird, aber der Mais halb roh bleibt. In solchem Zustande ist der Mais für den Magen schädlich.

Manche Erzeuger wollen das Brot trotz der verminderten Mehlmenge sogar übergewichtig und man trifft Laibe an, die über 900 Gramm wiegen. Solche Laibe sind nur sehr kurze Zeit im Ofen gebacken und wenn man von ihnen isst, kitzelt das Brot zwischen den Zähnen. So roh ist in diesen Fällen das Maismehl. Bekanntlich wurden schon wiederholt Broterzeuger überwiesen, daß sie durch allerlei Kunstgriffe entweder einen Teil des ihnen überlassenen Eibelmehles beiseite gebracht oder mehr Brot, als ihnen vorgeschrieben war, erzeugt haben. In beiden Fällen war der Gewinn dieser Betrüger sehr groß, denn sie konnten Mehl und Brot ohne Marken abgeben und dafür werden heute hohe Preise bezahlt. Es ist möglich, daß auch jetzt solche Kunstgriffe vorkommen und das Maisbrot noch verschlechtern. In jedem Falle ist unsere Brotversorgung so elend geworden, daß sie Bedenken erregen muß, dies um so mehr, da alle anderen Lebensmittel nur in sehr unzulänglichem Maße vorhanden sind.

18. VII. 1917

7

Kohlrübenmehl für Zuckerbäckerwaren.

Den Zuckerbäckern soll als Ersatz künftighin hauptsächlich Kohlrübenmehl und Kastanienmehl zur Erzeugung der Zuckerbäckerwaren bewilligt werden.

Die Kartoffel-Ausstellung.

Die Bedeutung der Kartoffel ist uns in ihrer ganzen Größe erst in diesem Kriege aufgegangen; wer das noch nicht wissen sollte, dem gibt die Kartoffel-Ausstellung im Weißen Saale der Philharmonie (Eingang Köthener Straße 33) bis Freitag eine sehr gute und sehr empfehlenswerte Gelegenheit, sich zu belehren. Diese zwar räumlich nur kleine, inhaltlich aber sehr reichhaltige Schau ist veranstaltet von den beiden führenden Vereinigungen des Faches: der „Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffel“ und der „Deutschen Kartoffelbaugesellschaft m. b. H.“ Sie wurde heute im Beisein geladener Ehrengäste und Fachgenossen durch Geh. Kon.-Rat Säuberlich (Gröbzig) eröffnet. An Modellen, Karten, graphischen Darstellungen, Proben in Natur, Apparaten usw. empfängt man einen Eindruck von der äußerst regen und vielseitigen wissenschaftlichen Forschung und praktischen Arbeit auf dem Gebiete des Kartoffelbaues und der Verwertung in Deutschland.

Im Hinblick auf die Zukunft gibt die Spirituszentrale mit ihren Apparaten und Lampen manche Weissung. Zukunftshoffnungen, schon greifbare, sind es auch, die die verdienstvolle Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht, wie manche bekannte Züchter erwecken, die bestrebt sind, durch Edelzuchten dem Landmann Mittel zu hohen Ertragssteigerungen in die Hand zu geben. Das Kaiserndikat zeigt den günstigen Einfluß zweckmäßiger künstlicher Düngungen. Interessante wissenschaftliche Darstellungen geben die Gesellschaft für Getreideverarbeitung, das Institut für Säuerungsgewerbe, Geh. Rat Dr. Appel-Dahlem. Weiter sieht man Modelle arbeitssparender Maschinen bekannter Firmen, Pläne des Architekten Karch-Mannheim über die zweckmäßige Lagerung der Kartoffelmassen (bis zu 15 000 Zentnern) bei möglichst einfachen Einrichtungen. Die Vereinigten Deutschen Stärkefabriken führen ihre geschätzten Erzeugnisse vor. Darstellungen verdeutlichen die Bedeutung der Feldbewegung für die Erntesteigerung.

Natürlich fehlt auch die Deutsche Kartoffelkulturstation mit ihren Arbeiten nicht, denen man in jedem Jahre mit Erwartung entgegenfieht. Ihre Ergebnisse der Anbauversuche aus den verschiedensten Teilen Deutschlands werden vorgelegt. Kartoffelkrankheiten, Ausbewehrung, Krankheiten, Bearbeitung, Trocknerei, Stärkeerzeugung, über alle diese Gebiete kann man sich unterrichten, bei der Spirituszentrale auch Kostproben geschmackvollster Art entnehmen; auch „Whisky“ aus deutschen Kartoffeln ist schon da. Erwähnt muß schließlich noch werden, daß der Name „Hindenburg“ auch unter den Kartoffeln keine Siegeskraft zu bewähren beginnt. Die Ergebnisse von 30 Versuchsfeldern der Deutschen Kartoffelkulturstation zeigen nämlich, daß als ertragreichste Sorte auch diesmal wieder die v. Kameke'sche Züchtung „Hindenburg“ obenan steht, die nun zum zweiten Male alle ihre Gegner besiegt hat! Alles im allem, eine lehrreiche Schau für jeden, der über ein so wichtiges Gebiet sich unterrichten will.

20. II. 1918

9

(Reduktion der Broterzeugung.) Das Volksernährungsamt hat eine Verordnung erlassen, die den Bäckern vorschreibt, nicht wie bisher aus 636 Gramm Mehl, sondern von nun an aus 600 Gramm Mehl Brotloibe im Gewicht von 840 Gramm herzustellen. Gestern vormittags fand sich im Ernährungsamt eine Abordnung der Wiener Bäcker Genossenschaft ein und führte aus, daß die Bäcker mit Rücksicht auf die derzeit sehr mangelhafte Qualität des Mehles außerstande seien, diesem Auftrag nachzukommen. Um einen Ausgleich mit der ihnen entzogenen Mehlmenge herbeizuführen, wären sie gezwungen, dem Brot in noch größeren Mengen als bisher Wasser zuzuführen. Da die schon gekennzeichnete Mehlschärfheit diesen Ausweg aber nicht zuläßt, da das so erzeugte Brot knöcklig werden und gesundheitschädlich wirken würde, bleibe nichts anderes übrig, als die Brotgröße entsprechend der geringeren Mehllieferung zu verkleinern. Das bedeutet jedoch wiederum nichts anderes als eine Verkürzung der Brotquote. — Die Kriegsgetreidegesellschaft erklärt hierzu, daß sie mit der Erabsetzung des an die Bäcker auszugebenden Mehlsquantums lediglich gemäß des ihr vom Volksernährungsamt erteilten Auftrages handle. Sie lehne jede Verantwortung für die neue Verordnung ab. — Nach einer Mitteilung aus dem Rathaus hat das Volksernährungsamt tatsächlich eine Vorschrift erlassen, derzufolge die Bäcker aus einem geringeren Mehlsquantum als bisher die gleiche Brotmenge wie bisher erzeugen sollen. Das Amt steht auf dem Standpunkt, daß die Bäcker tatsächlich, wenn sie wollen, in der Lage seien, mit der verminderten Mehlmenge von 600 Gramm ihr Auslangen zu finden. Man beabsichtigt, durch die Verordnung zu verhindern, daß von den Bäckern irgendwelche Ersparnisse gemacht werden. Man versucht eben jetzt, besonders in Anbetracht der geringen Mehlfuhren, nach Möglichkeit zu sparen und hofft, durch die neue Verordnung wöchentlich einige Waggon Mehl zu erübrigen. Seitens der kompetenten Stellen ist übrigens schon versucht worden, das Volksernährungsamt von seinem neuesten Sparplan, der begreiflicherweise weder bei den Produzenten noch den Konsumenten Beifall findet, abzubringen, und es besteht begründete Hoffnung, daß die Verordnung, wenn schon nicht zurückgezogen, so doch völlig abgeändert wird.

(Die Brotmisere.) Die Aufbringungs-
schwierigkeiten beim Mehl haben sich in den
letzten Tagen wieder erschwert. Die Bäcker be-
klagen sich über Unregelmäßigkeiten in der
Mehlzuweisung. Gofbäckermeister Fritz in der
Währingerstraße teilt uns unter anderem mit:
„Trotzdem heute mein Mehlfassungsstag ist, er-
hielt ich in der Floridsdorfer Mühle den Be-
scheid, daß ich erst morgen in den Abendstunden
das Mehl ausgefolat erhalten könne. Infolge-
dessen werden meine Kunden möglicherweise
zwei Tage ohne Brot bleiben. Bitte, dies irgend-
wie zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen,
damit es nicht den Anschein hat, als ob die
Bäcker an derartigen unliebsamen Vorkom-
nissen schuld sind.“

21. II. 1918

M

Die Kartoffelversorgung der Stadt Wien.

In der Stadtratsitzung vom 7. d. wurde folgender Bericht des Bezirkswirtschaftsamtes zur Kenntnis genommen:

Auf den Wiener Bahnhöfen langten vom 31. Januar bis 6. Februar 16 Waggons Kartoffeln ein. In den städtischen Lagern befinden sich derzeit 40 Waggons Kartoffeln. In den Mieten beträgt der Vorrat derzeit, und zwar in Schwechat 903 Waggons, in Stadlau 460 Waggons Kartoffeln. Die angegebenen eingemieteten Kartoffelmengen stellen das Frachtbriefgewicht der eingelangten Waggons dar. Nach den Erfahrungen der Vorjahre muß ein zehnprozentiger Schwund angenommen werden. Annähernd 90 Waggons befinden sich in den Lagern einzelner Kriegsleistungsbetriebe. Mit Beibehaltung der bisherigen $1\frac{1}{2}$ -Kilogramm-Quote erscheint der Bedarf bis 9. März gedeckt. Der Magistrat hat bereits Maßnahmen eingeleitet, um den Beginn der Anlieferungen mit Mitte Februar wieder zu bewirken. Es sind noch in Ofgalizien durch Lieferungsverträge 1888, in Böhmen und Mähren zusammen 130 Waggons Kartoffeln sichergestellt. Das Amt für Volksernährung, das von

der bevorstehenden Erschöpfung der Vorräte in Kenntnis gesetzt wurde, hat bereits die Statthaltereirei beauftragt, aus Niederösterreich im Februar und März annähernd 600 Waggons Kartoffeln für Wien und Niederösterreich aufzubringen.

21. II. 1918

12

Schlechtes Brot. Das Wiener Maisbrot hat jetzt eine Beschaffenheit erlangt, daß es eher „Fattingers Hundstuchen“ als einem menschlichen Nahrungsmittel gleichkommt. Dazu kommt, daß das Brot auch kleiner geworden ist, was wohl nicht allein mit der Verordnung zusammenhängt, die den Bäckern vorschreibt, nicht wie bisher aus

636 Gramm, sondern aus 600 Gramm Mehl einen Brotslaib im Gewicht von 840 Gramm herzustellen, sondern was seine Erklärung auch darin findet, daß der Maiszusatz das Brot bedeutend schwerer macht. Von der Verschlechterung abgesehen, ist das Brot also auch weniger ausgiebig geworden, so daß die Verbraucher eigentlich unter einer so bewirkten Verkürzung der Brot ration leiden. Eine solche Veränderung, die durch die Brotzusammensetzung bewirkt wird, muß natürlich bei der Unzulänglichkeit aller anderen Lebensmittel äußerst hart empfunden werden.

21. 11. 1918

AB

* Die weißen Kipfel aus Preßburg. Im Grabencasé gibt es jetzt Kipfel aus weissem Mehl, kleinwinzig zwar, aber zu 60 Heller, und auch wenn man fünf Stück verspeißt — die drei Kronenscheine ersetzen die Brotmarke. Da der Verkauf ganz offen betrieben wird, ist anzunehmen, daß die Behörden ihn dulden. Der Leser, der nicht Jurist genug ist, um diesen offensibaren Unfug zulässig zu finden, wird an den Gründen dieser Duldung keine besondere Freude haben. Es ist nämlich nur die Herstellung nicht der Verkauf von Weißgebäck in Oesterreich verboten, Preßburger Gebäck hier feilzubieten, ist natürlich erlaubt, das Argument: „Frozzeln a no!“ kennt der Dualismus nicht. Ferner: Seitdem das Verbot der Erzeugung von Weißgebäck besteht, ist dieses in der Verbrauchsregelung natürlich nicht „vorgesehen“, die Brotfortenvorschrift poßt auf die Kipfeln nicht, so kann man — das ist doch klar — dafür auch keine Brotmarken einheben. Am allerklarsten aber ist es, daß der Preis von 60 Heller keine Preistreiberei bedeutet, denn die Dinger kommen dem Cafetier selbst auf 58 Heller zu stehen. Für ein Spital anfordern kann sie der Magistrat aber doch nicht, denn ihm ist dieser angemessene Preis wieder viel zu hoch. Also wäre alles in Ordnung und dem Gesetze gemäß? Im Gegenteil, es widerspricht vor allem den Gesetzen des guten Geschmacks, es ist schlechthweg unanständig, offen Weißgebäck in beliebiger Menge verzehren zu lassen, während der nicht an den Säckelhandel angeschlossene Zeitgenosse mit der verminderten Mehlquote und dem täglich kleiner werdenden Weizenbrot auskommen muß. Es ist ferner trotz allen Juristendeckeleien der Preis von 60 Heller offenbar übermäßig; wenn es der Cafetier nicht billiger herstellen kann, soll er die Kipfel drüben lassen, denn damit, daß einige gut genährte Siggerln beider Geschlechter sich noch dicker pampfen, wird uns das Durchhalten nicht erleichtert. Schließlich — und das ist das Entscheidende — ist es das gerade Gegenteil dessen, was man Staatsflugsheit nennt, wenn man der Wiener Bevölkerung, in der seit der Kürzung der Mehlquote mehr als genug Bitterkeit angesammelt ist, und an deren Nerven gerade die im Grabencasé meist gelesenen Zeitungen täglich herumzerren, noch neuen Anlaß zum Unmute unter die Nase hält.

21. II. 1918

M
M

Drei Jahre Brotkarte.

Der morgige 22. Februar ist ein wichtiger Berliner Kriegsgedenktag, denn es sind gerade drei Jahre verflossen, seit die Berliner Brotkarte eingeführt worden ist, unsere treueste, nieversagende Helferin im Durchhalten! Als sich im Januar 1915 die Aussichten auf baldige Beendigung des Krieges verflüchtigt hatten, ging man sofort daran, das wichtigste Nahrungsmittel, das Brotgetreide zwangsweise zu erfassen und in ausreichender Weise sicherzustellen. Die „Kriegsgetreidegesellschaft“ wurde gegründet, und die Städte übernahmen Geschäftsanteile in Höhe von 20 Millionen Mark, wovon auf Berlin 2 Millionen Mark entfielen, wie überhaupt die durch Oberbürgermeister Wermuth vertretene Reichshauptstadt die stärkste treibende Kraft in dieser segensreichen Maßnahme war. Am 14. Januar 1915 faßte die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluß: „Zur Sicherstellung der Volksernährung hält die Stadtverordnetenversammlung es für geboten, daß der Staat oder die Kriegsgetreidegesellschaft sich in größter Beschleunigung der Herrschaft über die gesamten Vorräte an Brotgetreide sichert und deren Zuführung an den Konsum derart regelt, daß eine gleichmäßige Versorgung bis zur nächsten Ernte gewährleistet ist. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, Anträge an geeignetem Orte nach dieser Richtung zu stellen.“

Am 25. Januar erging der Beschluß des Bundesrats, durch den alle Bestände an Getreide und Mehl beschlagnahmt und den Stadtgemeinden eine Rationierung des Brotes und Mehles zur Pflicht gemacht wurde, und bei der Feier von Kaisergeburtstag bereite Oberbürgermeister Wermuth die Bevölkerung Berlins auf die notwendige Beschränkung im Brotverbrauch durch eine Ansprache vor, in der er unter anderem sagte: „Wer den Krieg mitzengewinnen möchte, hat an dem großen Ernährungsplan teilzunehmen, indem er aus freien Stücken nur das beansprucht und sich nimmt, was er unbedingt nötig braucht. Wenn es gelingt, alle so denken zu machen, dann ist der größte Sieg errungen; die letzte Hoffnung des feindlichen Schachspielers, die Hoffnung auf eine Aushungierung Deutschlands wird dann kläglich zusammenbrechen.“

Allein, mit dem freiwilligen Verzicht auf Ueberfluß war das Ziel nicht zu erreichen, denn gerade in Ernährungsfragen ist das Fleisch am schwächsten, wenn auch der Geist noch so willig ist, und es mußte erst ein Zwang hinzutreten, um den Brotbedarf wirklich sicherzustellen. So kam es zur Einführung der Brotkarte, die am 22. Februar 1915 ihre Wirksamkeit in Groß-Berlin begann. Das Publikum erhielt von da an Brot und Mehl nur noch auf die Brotkarte, und den Bäckern wurde das Mehl nur noch durch die Gemeinden überwiesen.

Welche äußerliche Wandlungen die Groß-Berliner Brotkarte im Laufe der drei Jahre erfahren hat, weiß jeder. Aber ihr Wert ist unverändert geblieben, als fester Grundstein für die gesonderte Volksernährung, und sie wird diesen Wert auch noch geraume Zeit nach einem Friedensschluß behalten, bis endlich die Ernährungsfrage keine Frage mehr sein wird.

—sch.

Vorübergehende Störung in der Brotversorgung.

M. H. Zu den geschlossenen Fleischhauer- und Salzhändler-Läden kommen seit gestern auch geschlossene Bäcker-Läden. Gestern und heute hielten in allen Bezirken einzelne Bäcker — und ihre Gesamtzahl war nicht gering — ihre Läden gesperrt und auf manchem Rollballen war eine Mitteilung angebracht, die besagte, daß vorläufig kein Brot vorhanden sei, weil das erforderliche Mehl noch nicht zugeteilt wurde. Gestern vormittags waren noch die meisten Bäcker in der Lage, die Verbraucher mit Brot zu versorgen, nachmittags aber war vielen das Brot ausgegangen und da sie das ihnen zustehende Mehl nicht bekamen, konnten sie weder am gestrigen Tage noch heute nichts backen. So blieben die bei ihnen eingeteilten Verbraucher gestern nachmittags und heute ohne Brot. Selbstverständlich haben die amtlichen Stellen alles aufgeboten, um diesen Zustand nicht andauern zu lassen und nach den getroffenen Anordnungen glauben wir mitteilen zu können, daß morgen bei jedem Bäcker das eingeteilte Brot zu haben sein wird, aber auch die kurze Zeitspanne des teilweisen Brotmangels gibt zu denken.

Der größere Teil der Wiener Bevölkerung ist Fabrikbrot, die Fabriken aber waren in der Lage, zu arbeiten, und auch von den Bäckern mußte nur jener kleinere Teil anssehen, der Donnerstag sein Mehl bezieht. Es blieb also nur der Teil der Bevölkerung ohne Brot, der bei den betroffenen Bäckern eingeteilt ist, und das sind nur ein paar tausend Familien, im Verhältnisse zur Gesamtheit nicht viele. Das ist aber kein Trost für diejenigen, die es traurig können sie mit dem Gedanken, daß die Mehrzahl noch Brot hat, sich und Ihre Kinder satt machen?

Die Brotversorgung vollzieht sich auf folgende Weise. Die Fabriken beziehen das Mehl von der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt, und zwar, da keinerlei Vorrat vorhanden ist, Tag für Tag und manchmal sogar halbtägig. Die Bäcker beziehen das Mehl von der Gemeinde für die ganze Woche auf einmal, denn bei den geringen Mengen, um die es sich hier handelt, wäre es Verschwendung, wenn man die Bäcker zwingen würde, mehr als einmal wöchentlich zur Mühle zu fahren. Die Gemeinde muß das Mehl von der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt bekommen, um es den Bäckern geben zu können. Gestern hatte die Gemeinde nichts bekommen und konnte nichts ausgeben. Um die Störung raschest zu beseitigen, entschloß sich die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt Kollgerste vermahlen zu lassen und zugleich der geringen Ankünfte des gestrigen Tages, die in einigen Bahnwagen Mais bestanden, gewann man soviel Mehl, daß alle heute erschienenen Bäcker, also sowohl die, die Donnerstag, als auch die, die Freitag Mehl fassen, besriedigt werden konnten, doch allerdings nicht für eine ganze Woche, sondern nur für drei Tage. Es werden daher alle Bäcker in der Lage sein, heute Nacht zu backen. Sie werden sogar ein besseres Brot herstellen, denn es ist nicht viel Mais dabei, und das aus der Kollgerste gewonnene Mehl ist nicht etwa minderwertig, sondern reines Gerstenmehl. Somit wird morgen jeder Verbraucher wieder sein Brot bekommen, nur ist noch nicht klar, ob den Verbrauchern auch für den gestrigen und heutigen Ausfall Ersatz geleistet werden wird. Notwendig wäre gewiß, daß das geschieht.

Die Maiszufuhr.

Das heute den Bäckern gelieferte Mehl reicht bis Montag. Montag aber müssen sie sich von neuem Mehl holen. Hoffentlich wird es vorhanden sein. Um den Mais, auf den unsere Brotversorgung in der Hauptsache aufgebaut ist, zur Stelle zu schaffen, wird er vorläufig mit Eilzügen aus Orsova herbeigeführt. Anfänglich wurde der Mais auf den Kolben nach Wien gebracht und hier im städtischen Lagerhause auf eilig und mit großen Kosten herbeigeschafften Maschinen gereibt. Dann fand man es für zweckmäßiger, behufs gründlicherer Ausnützung des Laderaumes nur die Maiskörner nach Wien zu bringen und so wurde in Rumänien gereibt. Entweder geschah dies zu langsam oder mangelte es an Waggons, denn in den letzten Tagen traf Mais nur in ungenügenden Mengen ein und so kam es gestern zu der Störung, die sich hoffentlich nicht wiederholen wird.

Man kann den Behörden, die es zu dieser Störung kommen ließen, den Vorwurf unrichtiger Wirtschaft nicht ersparen. Nach Einbringung der Ernte versprachen sie der Bevölkerung goldene Berge, setzten die Höhe der Ausmahlung herab, verteilten Zubußen und gaben den Bäckern, obwohl nur mit Edelmehl, welches reichlich Wasser aufnimmt, gebacken wurde, 688 Gramm Mehl auf einen Laib Brot. Binnen wenigen Wochen mußten sie die Ausmahlung erhöhen, die Zubußen einstellen, die Gebühr an Kochmehl kürzen und schließlich auch die Bäcker auf 600 Gramm Mehl für den Brotsaib beschränken, obwohl der Mais wenig Wasser aufnimmt.

Die Störungen in der Brotversorgung Wiens.

Wien, 23. Februar.

Heute sind wieder alle Bäckerläden geöffnet und jene Betriebe, die Donnerstag und Freitag ihre Kundenschaft entweder nur teilweise oder überhaupt nicht betriebligen konnten, haben aus der ihnen von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt in größter Eile zu Gerstenmehl vermahlene Kollgerste ein sehr weißes, aber ungemein sprödes und trodenes Brot hergestellt, mit dem sie die bei ihnen raponierten Kunden beliefern konnten. Nicht alle Bäcker waren aber in der Lage, den Ausfall von Donnerstag und Freitag zu vergüten, und so gibt es eine ganz erhebliche Anzahl von Familien, in denen Brotkarten dieser Woche uneingelöst geblieben sind. Diese Störung hat sich glücklicherweise nur auf einen Teil der Handbäckereien erstreckt, die Brotfabriken blieben diese Woche von den Schwierigkeiten der Mehlfuhr verschont.

Bis zur Stunde fehlt es noch immer an positiven Nachrichten, ob Montag die Bäcker wieder den ihnen gebührenden Mais in der vollen Menge bekommen werden, und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist heute auch noch nicht in der Lage, zu übersehen, ob sie in der nächsten Woche den Brotfabriken das ganze Quantum Mehl wird zur Verfügung stellen können. Wir haben bereits des öfteren ausgeführt, daß an dieser Sachlage das Fehlen jeglicher Reserve an Mehl in Wien Schuld trägt. Das Ernährungsamt hat wohl in den abgelaufenen Monaten des jetzigen Wirtschaftsjahres wiederholt versucht, eine solche Reserve anzulegen, die für den einwöchigen Bedarf Wiens rund 200 Waggons Mehl beträgt. Aber immer wieder wurden aus dieser Reserve momentane Schwierigkeiten, die sich in irgendeinem Industriebezirk ergaben, der augenblicklich unter besonderer Knappheit der Lebensmittel litt, gehoben und Wien stand wieder „blank“ und ohne jeden Vorrat über den nächsten Tag hinaus da. Jetzt ist die Situation so, daß das für Wien bestimmte Maismehl rumänischer Provenienz in separaten Sitzungen von Orsova nach Wien befördert werden muß, um den laufenden Bedarf zu decken. Man kann sich vorstellen, was bei

dem riesigen Konsum einer Zweimillionenstadt angesichts solcher Verhältnisse die geringste Transportstörung bedeutet. Im Augenblicke aber, da die Anlieferungen aus den österreichischen Kronländern auf ein Minimum reduziert sind und die Zuschübe aus Ungarn stark hinter der vereinbarten Höhe zurückbleiben, bleibt eben keine andere Wahl, als mit solchen Mitteln zu arbeiten.

Wir haben im Morgenblatte auch eine Darstellung der Verhältnisse aus dem Rathause mitgeteilt. Sie mag vielleicht ein wenig einseitig zugunsten der Bäcker gefärbt sein, aber die Tatsache bleibt unbestritten, daß aus dem Mehl, wie es jetzt den Bäckern zur Verfügung gestellt wird, sich unmöglich die Ausbeute an Brot ergeben kann, wie sie vor drei Jahren bei Einführung der Brotkarte in der Relation 5:7 zwischen Mehl und Brot festgelegt worden ist. In der vorigen Woche wurde berichtet, daß das Ernährungsamt gezwungen war, die kleine Zubuße von erst 36, später 20 Gramm auf das Mehlquantum für jeden Laib Brot, der 84 Deka wägen soll, zu streichen und den Bäckern nur mehr die reinen 600 Gramm Mehl gibt. Nach der Relation 5:7 ist das das Mindestmaß, aus dem ein 840 Gramm schwerer Laib Brot hergestellt werden kann. Das kann aber, wie bereits erwähnt, bei der minderen Mehlqualität nicht mehr geschehen, und der Bäcker steht meist vor der Alternative, entweder mindergewichtiges Brot zu liefern oder es in einer der Verdauung wenig zuträglichen Weise durch Beimengung von Surrogaten zu beschweren oder aber mehr Mehl zu verbrauchen, als ihm gestattet ist. Letzteres haben tatsächlich in diesen Tagen manche Bäcker getan, und so war der in Wien vorhandene Mehlvorrat um 48 Stunden früher erschöpft, als sich nach der Rechnung auf dem Papier ergeben hätte. Auch diese unklare Situation erheischt baldigste Abhilfe, weil sie Mißbräuchen Tür und Tor öffnet.

Das Ernährungsamt und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt haben die energischsten Maßregeln ergriffen, um die Belieferung Wiens für die nächsten Wochen zu beschleunigen. Zur Stunde steht es aber, wie gesagt, noch nicht fest, ob das ganze benötigte Quantum der nächsten Woche rechtzeitig eintreffen wird.

Die Versorgungsfragen.

Die Mehl- und Brotnot und der Brotfriede.

Aus Wiener Verbraucherkreisen wird der „Reichspost“ geschrieben:

Nun haben wir armen darbenenden Wiener unsere „Freunde“ erkannt. Nun stehen sie in ihrer ganzen Größe vor uns. Zuerst haben sie mit ihrem demagogischen Geschwätz, ihren unbrauchbaren Doktrinen, ihren Geheereien und ihrer organisatorischen Unfähigkeit den ganzen Ernährungsdienst derart gründlich verdorben, daß selbst die große Arbeitskraft und der gute Wille des O.M. Höfer nicht mehr imstande waren, aus dem Rattenschwanz von Judenzentralen, Beiräten, Erlassen, Verfügungen, Ausnahmen usw. etwas Brauchbares herauszukristallisieren. Die Zentralen versagen, die Bevölkerung darbt, die Doktrindären sind überfragt und wissen keine Rat. In diese Not schlug die frohe Kunde vom Brotfrieden mit der Ukraine und erweckte in der Bevölkerung, die sich hierbei auf bestimmte Zusicherungen des „Volksdiplomaten“ Grafen Czernin stützen konnte, neue Hoffnung. In der Ukraine liegen ausfuhrbereit große Heberschäfte an allen Arten von Getreide (Weizen, Roggen, Mais, Gerste) und Hülsenfrüchten. Wir können diese Heberschäfte haben, wenn wir sie uns holen und sie vor den bolschewistischen Räuberbanden schützen. Aber gerade dagegen erhebt nun die sozialdemokratische und jakobinische Sekzypresse Einspruch und ihre parlamentarischen Vertreter krakeelen dagegen im Abgeordnetenhaus, so daß sich der Ministerpräsident nun schon zum zweiten Male gezwungen sieht zu versichern, daß unsere Monarchie an militärische Unternehmungen (die Getreidezufuhr zu schützen!) nicht denke. Die Gewissheit, daß unsere Bevölkerung in Kürze mehr Mehl und mehr Brot erhalten werde, mindert sich dadurch zu einer bloßen Hoffnung herab! Dies verdanken wir dem Einspruch der sozialdemokratisch-jakobinischen „Verbraucherpresse“ und ihren Parlamentariern! Inzwischen erfahren wir aus den deutschen Generalstabsberichten, welche ungeheure Beutemengen die auf Vormarsch gegen die Bolschewikenhorden nach Osten geschickten deutschen Truppen jetzt Tag für Tag kampflös einsammeln. Von den erbeuteten Geschützmassen und sonstigem Kriegsgerät im Werte von Milliarden — auch solche Beute könnte uns gewiß nicht schaden — ganz abgesehen, hören wir von einer kampf- und verlustlos eingesammelten Riesenbeute an Transportmitteln, also gerade an Dingen, die unserem Ernährungsdienst immer fehlen und mit deren Mangel man jeden Notstand zu begründen pflegt! Mehrere Tausende von Automobilen und sonstigen Fahrzeugen, Lokomotiven, Eisenbahnwaggons und ganze Eisenbahnzüge, mit Lebensmitteln gefüllt, wurden von den deutschen Truppen, vor denen die Bolschewikenhorden ohne Gegenwehr davonlaufen, binnen einiger Tage erbeutet! Oesterreich-Ungarn kann zuschauen und geht wieder einmal leer aus, weil wir uns an diesem Vormarsch infolge des Einspruchs unserer sozialistisch-jakobinischen Demagogenpresse nicht beteiligen dürfen! Im Deutschen Reiche hat man sich um diese Quertreiberpresse, welche die eigene Bevölkerung den großrussischen Kommunisten zuliebe aushungern möchte, nicht gekümmert und heimst dafür jetzt riesige Reichtümer ein, welche der Lebenshaltung der Bevölkerung zugute kommen! Wie wird es erst werden, wenn die Truppen des Deutschen Reiches allein in die Ukraine zu den großen Lebensmittelvorräten kommen und Oesterreich-Ungarn auch da — wieder infolge des Einspruchs der Ausungerungspresse, die wir im eigenen Land haben! — den Zuschauer spielen würde?!

Wann wird endlich einmal der mutige Mann sich finden, der sich erhebt und der armen darbenenden Bevölkerung, mit welcher die Verbraucherdemagogen, die sozialistisch-demagogisch-jüdischen Ernährungskünstler, die Stützen der Zentralenwirtschaft und Verbinderer jeder ersprißlichen Politik ein schändliches Spiel treiben, die Augen öffnet? Tausende lehren nach einer solchen Tat. Das Volk will mehr Brot und mehr Mehl. Beide es lagert in Massen in der Ukraine, deren Regierung uns einladet, es zu holen. Und da sollten wir lieber weiter hungern, bloß deshalb, weil es die bolschewikische Sozypresse und ihre Freundschaft so befiehlt?

Schwierigkeiten in der Wiener Brotversorgung.

Die in den letzten Tagen beobachtete Brotknappheit ist, wie die Rathauskorrespondenz schreibt, darauf zurückzuführen, daß die Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht in der Lage war, die erforderliche Mehlmenge für die Broterzeugung in Wien zur Verfügung zu stellen. Es ist wohl richtig, daß rechnungsmäßig der Bedarf der Kleimbäckereibetriebe Wiens bis einschließlich Samstag, den 23. d., gedeckt sein sollte. Die vom Amte für Volksernährung angeordnete verringerte Mehlmenge von 600 Gramm für einen Laib von 840 Gramm hat offenbar dazu geführt, daß die Bäcker bei der Unmöglichkeit der Einhaltung dieses Mischverhältnisses eine größere Menge von Mehl für die Erzeugung des Einheitsbrotes verwendet haben; daher waren sie anscheinend mit ihrem Mehlvorrat früher zu Ende, als rechnungsmäßig erwartet werden konnte. Die Zuschüsse der Kriegsgetreideverkehrsanstalt an die Wiener Mühlen haben in den letzten Tagen derart nachgelassen, daß eine vollständige Befriedigung des Brotkonsums auf Schwierigkeiten stößt.

Der dringendste Fleischbedarf Wiens gedeckt.

Gestern und heute wurden außer anderen Fleischsorten (gefalgnes und frisches Schweinefleisch) 40.000 Kilogramm Rindfleisch an die Stände in der Großmarkthalle und an sämtliche Fleischhauer in Wien abgegeben. Wenn das von den Fleischhuern in dieser Woche durch Schlachtung gewonnene Fleisch, ferner die an die Industrien, Konsumentenorganisationen, Lebensmittellager und die Mindestbemittelten bereits direkt abgegebenen Rindfleischmengen mitveranschlagt werden, so ist der dringendste Bedarf der Bevölkerung Wiens an Rindfleisch für die nächsten Tage voraussichtlich gedeckt; freilich muß hiebei an den Gemeinsinn jener Konsumenten, die bereits von ihrer Organisation oder ihrem Lebensmittellager Rindfleisch bezogen haben, die eindringliche Aufforderung gerichtet werden, daß sie nicht auch noch den freien Markt belasten. Durch die bereits verlaubliche und noch geplante behördliche Maßregel, deren Durchführung aber noch einige Zeit erfordert, ist eine gerechtere Verteilung des Rindfleisches in Wien in die Wege geleitet.

Warum die ungarischen Zufuhren ausblieben.

Dem „Frdbl.“ wird aus Budapest berichtet: In Südbungarn ist anlässlich der Requirierung von Getreide eine ungeheure Menge aufgefunden worden, in einzelnen Gemeinden 70, in anderen 180 Waggons. Es wurden selbst auf den Ackerfeldern große Mengen Getreide, selbst Zucker und Fett vergraben aufgefunden. In einer Gemeinde war das Getreide auf dem Friedhof untergebracht und selbst in einem Mausoleum fand man große Getreidemengen.

Mehlschiebungen bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt?

Heute haben, wie der „Abend“ vorhergejagt hat, alle Verbraucher wieder ihr Brot bekommen. Wir haben es also für diesmal überwunden, aber es wäre ungerechtfertigt, die Störung, die gestern eingetreten ist, leicht zu nehmen, denn einerseits bedrohte sie die Ernährung der Masse an der empfindlichsten Stelle und andererseits muß man, noch fragen, wie so das geerntete Brotgetreide so gründlich verschwinden konnte, daß schon im Februar die normale Brotversorgung der Hauptstadt ins Stocken geriet. Unzweifelhaft sind die Ausbringungen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt dadurch sehr beeinträchtigt worden, daß die Landwirte viel Brotgetreide veräußert, viel auch — teils für den eigenen Verbrauch, teils zum Zwecke des Schleichhandels — verheimlicht haben, aber es ist nicht einmal gewiß, ob die Kriegsgetreideverkehrsanstalt das wenige, was sie aufbrachte, ordnungsmäßig dem Verbrauche zugeführt hat, denn bei der Polizei ist eine Untersuchung anhängig, die die Vermutung rechtfertigt, daß die Kriegsgetreideverkehrsanstalt sich gegen die betrügerische Entziehung von Mehl nicht ausreichend zu schützen verstanden hat.

Vor zwei Tagen erschien beim Konsumverein der Bankangestellten ein junger Mann, der sich als Rechts Hörer Cyril Mrabh vorstellte. Er machte dem Vorstände folgenden Antrag: Er werde von den Mehlbestellscheinen des Konsumvereines, die bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt erliegen, dem Konsumvereine so viele bringen, daß dieser darauf weitere 1000 Kilogramm Rullermehl beziehen könne. Mehlbestellscheine sind jener Teil der Mehlkarte, der vom Händler abgetrennt und als Beleg für die Zahl der bei ihm eingeteilten Mehlkunden weitergegeben wird, von Kleinhändlern an ihren Großhändler, von Konsumvereinen aber unmittelbar an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt. Die Mehlbestellscheine müssen vor ihrer Übergabe mit dem Geschäftstempel des Händlers, bzw. Konsumvereines abgestempelt werden und so erliegen in der Sammelstelle der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nur derart abgestempelte Mehlbestellscheine. Infolgedessen konnte Mrabh den Betrug, den er dem Konsumverein der Bankangestellten vorschlug, nur so durchführen, daß er bei der Sammelstelle erliegende Mehlbestellscheine dieses Konsumvereines selbst entwendete und als Beleg über zugewachsene Mehlkunden einreichen ließ. Dazu erbot sich auch Mrabh und er behauptete dies mitichtigkeit durchführen zu können, denn er handle im Einverständnis mit drei Beamten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, deren ausführendes Organ er nur sei. Um seine Sicherheit zu zeigen, erklärte er, daß man ihn nicht früher zu entlöshen brauchte, als bis der Konsumverein auf Grund der eingereichten Bestellscheine den Ausfolgeschein für 1000 Kilogramm Mehl in Händen habe. Dann hätte man ihm 7000 Kronen zu bezahlen.

Selbstverständlich ließ der Vorstand des Konsumvereines der Bankangestellten Mrabh verhaften und so

blieb es bei dem Anbot des Schwindels, ohne daß man vorläufig wußte, ob die Beschuldigung Mrabhs, daß er nur das ausführende Organ von drei Beamten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sei, Wahrheit oder Lüge ist, und ob Mrabh überhaupt in der Lage war, den vorgeschlagenen Betrug durchzuführen, oder ob er bloß einen Betrug am Konsumverein der Bankangestellten plante. Wohl wurde bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt seit einiger Zeit gemunkelt, daß nicht alles in Ordnung sei, doch das rechtfertigt den Verdacht noch nicht, daß Mrabhs Beschuldigung wahr sei. Hierüber wird hoffentlich die Untersuchung Klarheit schaffen, die einerseits von der Polizei, andererseits natürlich auch von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt geführt wird. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt hat vorläufig unter jenen Beamten, die mit den Mehlbestellscheinen zu tun haben, einen Personenwechsel vorgenommen, doch ist dies nur eine Vorsichtsmaßregel und nicht die Bestätigung eines bestimmten Verdachtes, die natürlich viel weitergehende Folgen haben müßte.

Eine arge Schlampererei.

Eine Vorsichtsmaßregel wurde noch getroffen, die künftig Betrugsfälle, wie der von Mrabh geplante, unmöglich macht. Die der Kriegsgetreideverkehrsanstalt eingereichten Mehlbestellscheine werden fortan bei ihrem Einlangen durchlocht und in dieser Weise als verwendet gekennzeichnet. Diese Maßregel ist so einfach und so wirksam, daß ihre bisherige Unterlassung als unverantwortliche Schlampererei erscheint. Der Verdacht, daß die Behauptung Mrabhs, er könne mit Hilfe von Mitschuldigen Scheine fälschen und Mehl beschaffen, wahr sei und daß auf diese Weise bereits ansehnliche Mehlmengen dem rationierten Verbrauch entzogen wurden, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Dies um so weniger als noch folgender Umstand ins Gewicht fällt: In Gesellschaft des Mrabh bei seinem Besuch im Konsumverein der Bankangestellten befand sich ein Mann, von dem ein Angestellter des Vereines behauptet, er habe ihn in der Kriegsgetreideverkehrsanstalt wiederholt gesehen. Dieser Mann, von dem man vermutet, daß er ein Beamter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sei, ist es leider gelungen, sich der Verhaftung zu entziehen. Es wird jetzt Sache der Polizei und der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sein, volle Klarheit zu schaffen.

Teilweise Unterbrechung in der Brotversorgung Wiens.

Wieder einmal hat das Fehlen jeglicher Reserve an Brotgetreide zu einer unangenehmen Erscheinung geführt, die wohl nur von kurzer Dauer war, aber auf das deutlichste bewies, wie sehr die Brotversorgung Wiens jetzt nur von einem Tage zum anderen fortgeführt wird. Jener Teil der Bäckereien ohne maschinellen Betrieb, die am gestrigen Donnerstag von der Gemeinde Mehl zu fassen hatten, welches diese von der Kriegsgetreideverkehrs-anstalt beziehen, erhielten keine Zuweisungen und konnten ihre Kundschaften gestern und

heute entweder gar nicht oder nur zum Teil befriedigen. Es fehlte nämlich an Mais, der jetzt ja den wesentlichsten Bestandteil des Wiener Brotes bildet, und die nächste Ladung erst im Anrollen. Als Ersatz wurde heute in Eile vermahlene Kollgerste ausgegeben, so daß morgen sämtliche Bäcker wieder in der Lage sein werden, Brot auszugeben und diejenigen, die gestern nicht backen konnten, sogar ein schönes Gerstenbrot. Schwierigkeiten wird es allerdings bereiten, jenen Käufern, die gestern oder heute leer ausgegangen sind, morgen Ersatz zu bieten. Die nächste "Kassung" für diese Kategorie von Bäckern ist Montag und es wird sich zeigen, ob bis dahin die Bestände der Kriegsgetreideverkehrsanstalt größer sind als in der abgelassenen Woche. Die großen Brotfabriken waren von dem Zwischenfall nicht betroffen, doch hatte heute in den Bezirken eine ganz ansehnliche Zahl von Bäckerläden geschlossen und verständigte ihre Kundschaft durch ausgehängte Zettel, daß wegen Mangels an Mehl kein Brotverkauf stattfindet. Das Ereignis ist relativ von nicht allzu großer Bedeutung, es weist aber neuerlich mit Nachdruck darauf hin, daß bei Aufnahme der Zufuhren aus Rumänien und später aus der Ukraine alles aufgeboten werden muß, um in Wien mindestens eine Reserve für einen einwöchigen Brotbedarf der Bevölkerung anzulegen.

Aus dem Rathause wird hiezu gemeldet: Die Gemeinde Wien ist bekanntlich hinsichtlich der Mehlversorgung vollkommen von den Zuweisungen der Kriegsgetreideverkehrs-anstalt abhängig, da die mit allem Nachdrucke und beharrlich fortgesetzten Versuche der Gemeinde zur Erlangung eines eisernen Vorrates zur Behebung von augenblicklichen Notständen wirkungslos geblieben sind. Die in den letzten Tagen beobachtete Brotknappheit ist darauf zurückzuführen, daß die Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht in der Lage war, die erforderliche Mehlmenge für die Broterzeugung zur Verfügung zu stellen. Es ist wohl richtig, daß rechnermäßig der Bedarf der Kleinbäckereibetriebe Wiens bis einschließlich Samstag den 23. Februar gedeckt sein sollte. Die vom l. l. Amte für Volksernährung angeordnete reduzierte Mehlmenge von 600 Gramm für einen Laib zu 840 Gramm hat offenbar dazu geführt, daß die Bäcker bei der Unmöglichkeit der Einhaltung dieses Milchverhältnisses ein größeres Quantum von Mehl für die Erzeugung des Einheitsbrotes verwendet haben, um Anzeigen wegen mindergewichtiger Brotes zu vermeiden; daher waren sie anscheinend mit ihrem Mehlvorrat früher zu Ende, als rechnermäßig erwartet werden konnte.

Die Zuschübe der Kriegsgetreideverkehrsanstalt an die Wiener Mühlen haben in den letzten Tagen derart nachgelassen, daß eine vollständige Befriedigung des Brotkonsums auf Schwierigkeiten stößt.

Die Brotfrage.

Das, was schon seit Wochen befürchtet wurde, ist nun eingetroffen. Wir haben nach der Mehlmisere auch eine Brotmisere, allerdings, wie zu hoffen ist, nur eine vorübergehende. Es ist interessant, daß dabei ein geheimnisvolles Etwas mitspielt, das sich am besten aus den Aeußerungen beider Teile ergibt, wobei natürlich die Tatsache des Mangels die Hauptrolle spielt.

Auf eine Anfrage bei der Bäcker Genossenschaft erfahren wir, daß das Mehl, das die Bäcker in den letzten Tagen für die kommende Woche zugewiesen bekommen sollten, bei einem Teile der Wiener Bäcker nicht eintraf und diese daher einige Tage ihren Kunden kein Brot liefern konnten. Die Bäcker haben sofort beim Bürgermeister Vorstellungen erhoben, und es heißt, daß der Magistrat gestern alle Hebel in Bewegung setzte, um das notwendige Mehl her-zuschaffen. Durch die versprochenen forcierten Nachschübe hoffen die Bäcker in zwei bis drei Tagen wieder den normalen Betrieb aufnehmen zu können. Um Montag oder Dienstag soll Mehl zugewiesen werden, doch ist dies noch nicht sicher. Es muß betont werden, daß der augenblickliche Mangel auch darauf zurückzuführen ist, daß in der abgelaufenen Woche den Bäckern weniger Mehl als gewöhnlich geliefert wurde.

Aus offiziellen Kreisen erfahren wir dazu: Die augenblickliche Stockung in der Maiszufuhr ist auf die zufolge der Witterung eingetretenen Transportschwierigkeiten zurückzuführen, so zwar, daß der Mais in Ungarn von den Dampfern auf Eisenbahnzüge umgeladen werden müsse, wodurch natürlich eine Verzögerung hervorgerufen wird. Es wird alles daran gesetzt, um die Eisenbahnzüge so rasch als möglich in Bewegung zu setzen. Andererseits ist zu bemerken, daß den Bäckern für diese Woche das notwendige Quantum, das allerdings reduziert war, aber nur auf Grund von Untersuchungen, die ergaben, daß diese Kürzung die Broterzeugung nicht beeinträchtigte, geliefert wurde und diese erst Ende der Woche erklärten, nicht ausgekommen zu sein. Wenn Schwierigkeiten in der Belieferung der Bäcker eintraten, so ist natürlich auch der Umstand entscheidend, daß wir eben nicht mehr in der Lage sind, in Fällen augenblicklicher Zuschübe-Stockungen auf — Vorräte zu greifen.

Die Getreide-Einfuhr aus der Ukraina.

Mit dem Hinweis auf die Vorbereitungen für die Getreide-Einfuhr aus der Ukraine stellen in der heutigen Abgeordnetenhausitzung die Abgeordneten Dr. Ferzabek und Genossen eine Anfrage an den Ministerpräsidenten, was derselbe zu veranlassen gedenke, damit die Getreidevorräte der Ukraine in einer jeden Woche aus-schließen den Weise zur Einfuhr gelangen und unter Vermeidung jeden Umweges direkt dem Konsum zugeführt werden. In der Begründung der Anfrage wird auf die Nachrichten Bezug genommen, daß ein Syndikat der großen Getreidefirmen mit Einlagen von je 100.000 Kronen gebildet werden soll, um nach den Weisungen einer Einlaufzentrale das Getreide an Ort und Stelle zu erwerben. Angeblich soll damit die Konkurrenz der Westmächte ausgeschlossen werden. Hierbei müsse jedoch die übliche Bewucherung unter staatlicher Patronanz unterbleiben und das in Oesterreich eingeführte verderbliche System nicht mehr zur Anwendung gelangen.

Die neuen Getreidehöchstpreise in Ungarn.

Aus Budapest, 23. d., wird telegraphiert: Das Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung, welche auf Grund des Ermächtigungsgesetzes neue Maximalpreise für Produkte der neuen Ernte festsetzt. Unter andern wird der Preis pro Meterzentner für Weizen mit 60 Kronen, für Roggen, Gerste und Hafer mit 52 Kronen, für Mais mit 60 Kronen, für Bohnen mit 100 Kronen, für Erbsen mit 120 Kronen, für Linsen mit 150 Kronen, für Moh'n mit 350 Kronen, für Zuckerrüben mit 14 Kronen und für Erdäpfel mit 18 Kronen festgesetzt.

Die Versorgungsfragen.

Die Brotversorgung in Wien.

Alle Bäcker Wiens derzeit eingedeckt.

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Die in Wien im Umlauf befindlichen Gerüchte von einem drohenden Verfall der Brotkarte, und zwar wegen des Unterbleibens der Versorgung der Bäcker, sind unrichtig. Die Gemeinde Wien hat die kleinen Bäcker für eine Woche lang versorgt, die größeren Betriebe bis zum Dienstag, so daß bis einschließlich Montag alle Bäcker Wiens eingedeckt sind.

Die Bonwiller-Mühle hat den kleineren Bäckereibetrieben, um ihnen die hohen Fahrkosten möglichst zu verringern, je zehn Säcke Mehl zugewiesen. Der größere Teil dieser Bäcker ist bereits gestern in der Mühle erschienen und hat in der Nacht auf heute mit der Broterzeugung begonnen; der Rest am heutigen Vormittag. Die kleinen Betriebe sind zur Stunde für eine Woche versorgt. Den größeren Betrieben hat die Bonwiller-Mühle die Hälfte zugewiesen, sie wird ihnen den Rest zu Beginn der kommenden Woche übermitteln. Vor einem Verfall der Brotkarte kann keine Rede sein; die Brotkarte für die 150. und 151. Woche gültig vom 17. Februar bis zum 2. März, sie muß in dieser Zeit honoriert werden.

Ueber die Ursachen der eben unter schweren Mühen überwundenen Schwierigkeit in der Brotversorgung Wiens ist zu sagen, daß die mangelhaften Zufuhren schuld sind. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt hat der Bonwiller-Mühle regulär 90 Waggon in der Woche zuzuwenden, sie hat aber in der eben abgelaufenen Woche bloß 30 $\frac{1}{2}$ geliefert, so daß die Kalamität um so mehr eintreten mußte, als die Vermahlung des nicht trockenen Neumaises, wie er jetzt verwendet wird, nicht so viel Brot ergibt, als die Verarbeitung des bisher zur Verfügung gestandenen Edelmehles. (Hier ausgleichen sollte die seit voriger Woche eingeführte Kürzung.) Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt kündigt heute an, daß für die Wiener Bäcker 19 Waggon Mais neuerdings auf dem Wege sind, und sie klagt, daß die Zufuhren aus Rumänien und Ungarn versagen, bzw. nicht ausgiebig genug sind. Es ist das bekannte, alte, jammervolle Lied . . .

Mit jenen 30 $\frac{1}{2}$ Waggon hat die Bonwiller-Mühle die kleinen Bäcker für eine Woche und die größeren Backbetriebe für drei Tage versorgen können. Nun droht freilich in allernächster Zeit schon neuerlich die Gefahr, und es wird Sache der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sein, die Mahlprodukte der städtischen Mühle zu liefern, sie herbeizuschaffen, und dies rechtzeitig! Wann wird endlich die von der Gemeinde Wien immer wieder geforderte eiserne Reserve aufgestapelt werden?

Die Ernte aus der Ukraine.

Ende März das erste „ukrainische Brot?“

Wie wir hören fanden im Ernährungsamte in den letzten Tagen langwährende Besprechungen statt, die dem möglichst raschen Herbeischaffen der Ernte aus der Ukraine galten, die — ähnlich wie in Rumänien und soweit sie verfügbar ist — zwischen Deutschland und Oesterreich aufgeteilt werden soll. Die Zubringungspläne sind bereits ausgearbeitet und sehen die weitestgehende Ausnützung aller Fahrbetriebsmittel vor. Wie die Berechnungen stimmen werden? Hoffen wir, daß tatsächlich Ende März die ersten ukrainischen Brotfrüchte da sind.

Mit dem Hinweis auf die Vorbereitungen für die Getreideeinfuhr aus der Ukraine stellen die Abgeordneten Dr. Ferzabeck und Genossen eine Anfrage an den Ministerpräsidenten, was derselbe zu veranlassen gedenke, damit die Getreidevorräte der Ukraine in einer jeden Woche ausschließlichen Weise zur Einfuhr gelangen und unter Vermeidung jeden Umweges direkt dem Konsum zugeführt werden. In der Begründung der Anfrage wird auf die Nachrichten Bezug genommen, daß ein Syndikat der großen Getreidefirmen mit Einlagen von je 100.000 Kr. gebildet werden soll, um nach den Weisungen einer Einkaufszentrale das Getreide an Ort und Stelle zu erwerben. Angeblich soll damit die Konkurrenz der Westmächte ausgeschlossen werden. Hierbei müsse jedoch die übliche Bewucherung unter staatlicher Patronanz unterbleiben und das in Oesterreich eingeführte verderbliche System nicht mehr zur Anwendung gelangen. (Das Wiener Scharfsche Montagblatt hat in seiner letzten Nummer gefordert, man solle mit der Einfuhr aus der Ukraine die galizischen Händler betrauen! Solches wagt man der Deffentlichkeit zu bieten nach den entsetzlichen Erfahrungen, welche die Bevölkerung mit dieser Völkerplage während des Krieges gemacht hat! Gegen den Friedensvertrag mit der Ukraine heizen und ganz Galizien aufwiegeln, aber am Friedensimportgeschäft verdienen möchten sie!)

Statt sechs — sieben.

Die Brotrationierung hat zu einem eigentümlichen Uebelstand geführt. Die vorgeschriebene tägliche Ausfolgung der Brotration stößt nämlich auf Schwierigkeiten, weil der Wochenverbrauch auf achtzehn Brotmarken beschränkt ist, die Zahl achtzehn sich aber durch sieben, die Zahl der Wochentage, nicht restlos dividieren läßt. Infolgedessen entsteht ein Wirrwarr in der Brotzuteilung. Die Brotfabriken geben zumeist ihren Kunden an vier Wochentagen ein größeres, an den drei übrigen Tagen ein kleineres Brotquantum, um auf diese Weise der unangenehmen Division $18 : 7$ auszuweichen. Aber das hat den Nachteil, daß ein Konsumbedürfnis, das jeden Tag gleich groß ist, in den zwei Wochenhälften ganz ungleichmäßig befriedigt wird. Es wird besonders Kindern schwer beizubringen sein, daß sie an dem einen Tag 210 Gramm Brot und an dem anderen Tag nur 140 Gramm essen dürfen. Die meisten Bäcker nun lösen das Rechenexempel wieder auf andere Weise; sie dividieren einfach $18 : 6$ und verabsolgen an jedem Wochentag Brot für drei Marken, am Sonntag aber gar keines. Und diese theoretisch einfache Lösung wird mit dem praktischen Hinweis gerechtfertigt, daß es eben jedermanns Sache sei, von der täglichen Brotzuteilung ein Teilchen abzuhacken, um dann für den Sonntag versorgt zu sein. Werktags sparen heißt, Sonntags, wenn schon nicht Braten, doch

wenigstens Brot haben. Aber ist solche weise Oekonomie wirklich jedermanns Sache? Man stelle sich den gewöhnlichen Durchschnittshaushalt vor, in dem die Frau, die vor lauter Lebensmittelfarten-Mathematik ohnedies schon wirr im Kopf ist, nun auch noch täglich nachrechnen soll, wie viel Gramm Brot unangetastet bleiben müssen, damit die Sonntags-Brotzuteilung schließlich gesichert bleibe. Und wo wird diese Rechenkünstlerin ihren täglichen Brotpfennig vor der Neu- und Frehgier der Kinder verstecken? Es wird Musterhaushaltungen geben, in denen das alles glatt gelingt, aber in der großen Mehrzahl der Fälle wird die Befriedigung sich stark und das Fleisch schwach erweisen, und das regelmäßige Ergebnis wird dann der Sonntag ohne Brot sein. Es ist kein Wort weiter darüber zu verlieren, daß dieser Zustand unbedingt vermieden werden muß, und daß die Brotzuteilung ihre rasch gewonnene Beliebtheit und Popularität sehr bald verlieren würde, wenn solche negative Sonntagsfreuden sich öfter wiederholten.

Wie soll man nun dieses kleinen Uebels, das unter Umständen ein großes werden kann, Herr werden? Die Sache sieht ungemein kompliziert aus, ist es aber gar nicht. Denn die ganze Komplikation beruht nicht auf unabänderlichen Naturgesetzen, sondern nur auf einer leicht abzuändernden Brotartenvorschrift. Daß die Brotzuteilung von 1260 Gramm Brot gerade auf 18 Brotarten zu je 70 Gramm aufgeteilt werden muß, das hat doch die ewige Vorsorge nicht seit Weltbeginn so angeordnet. Es kommt nur darauf an, daß niemand mehr als 1260 Gramm Brot wöchentlich verzehre, nicht aber darauf, daß er just nur 18×70 Gramm verzehre. Da die Zahl 1260 ein Mehrfaches von 70 ist, ist sie auch durch 7, durch die Zahl der Wochentage, teilbar. $1260 : 7 = 180$, mit dieser einfachen Division ist die ganze Schwierigkeit gelöst. Die einzelne Brotmarke braucht nur auf 60 statt auf 70 Gramm zu lauten, die tägliche Ration ist dann 180 Gramm, der Brotlaib wird in dem Gewicht von 720 (statt 840) Gramm gebacken werden müssen, und man wird wöchentlich 21 Brotmarken (statt 18) abgeben. All diese Vorschriften, die doch nur einen Rechenaspekt

haben, müssen sich den Bedürfnissen des praktischen Lebens anpassen, nicht umgekehrt. Der Sonntag ohne Brot, eine solche Störung im Haushalt von Millionen Menschen wäre durchaus nicht leicht zu nehmen. Die Woche hat nun einmal seit altersher sieben Tage, und da jeder dieser sieben Tage seinen eigenen Appetit hat, so muß uns die Brotversorgung siebenmal den Tisch decken. Wenn bei der ursprünglichen Einrichtung der Brotkarte daran nicht gedacht wurde, so muß sie eben derart abgeändert werden, daß die Zahl ihrer Abschnitte statt durch sechs, durch sieben teilbar wird.

Die Kartoffelzufuhren nach Wien.

Wie wir hören, ist die Kartoffelversorgung Wiens bis zum 9. März völlig gesichert. Die neuen Zufuhren dürften nach Aufhören der Frostperiode besser von statten gehen.

Der Ruf nach Brot und Mehl.

Ein Wort über die Einfuhr aus der Ukraine.

Der historische Ruf des unvergeßlichen Gregoria, des unerschrockenen Kämpfers gegen die jüdische Volksausbeutung und gegen den jüdischen Preßschwindel, ist zur Lösung des Tages geworden: Das Volk will Brot! In der „Reichspost“ wurde schon wiederholt auf das geradezu verbrecherische Verhalten jener Parteien und Blätter verwiesen, von welchen sich unsere Regierung hindern läßt, den mit der Ukraine geschlossenen Brotfrieden für die darbenende Bevölkerung fruchtbar zu machen. Die Ansicht, daß einzig und allein die Gesinnungsgemeinschaft mit den Bolschewiken jene Kreise veranlasse, gegen eine militärisch gesicherte Einfuhr großer Getreidemengen aus der Ukraine zu hegen, trifft nur zum Teile das Richtige. Einer der Gründe mag diese Sympathie mit den Petersburger Kommunisten ja sein, aber der ausschlaggebende ist es nicht. Viele von den Gegnern der Getreidezufuhren reden von den Bolschewiken, denen man „im Interesse der internationalen Arbeiterklasse, der Freiheit, der Demokratie und der Revolution“ keine Schwierigkeiten machen und helfen müsse, sich in Rußland zu behaupten, nur deshalb soviele, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von etwas anderem abzulenken.

Wenn nämlich unsere Bevölkerung hinlänglich Getreide aus der Ukraine bekäme, so daß der Mehl- und Brotmangel ein Ende hätte, dann wäre es endgültig aus mit den Wuchergewinnen jener Spekulanten und Volksausbeuter, welche sich große Vorräte an Getreide und Mehl angelegt haben, die sie kiloweise zu fabelhaften Preisen verschachern. Vorbei wäre es mit dem Mehlgeschäft in den Leopoldstädter Kaffeehäusern, aus und vorbei mit den Millionenproften der Schleichhändler und Schmuggler. Die Mehlhamster könnten dann, statt in wenigen Tagen ganze Vermögen zu ergattern, ihre Vorräte zu Spottpreisen, vielfach sogar mit Verlust loschlagen.

Und das soll um jeden Preis verhindert werden! Darum dulden die politischen und publizistischen Helfer der jüdischen Kriegschmaroher nicht, daß der darbenende Bevölkerung Oesterreichs und Wiens die riesigen Getreidevorräte der Ukraine zugute kommen. Darum fordern die Judenparteien und ihre Presse täglich, daß sich unsere Monarchie an dem Brotfeldzuge gegen die bolschewikischen Banden in der Ukraine nicht beteilige. Darum müssen wir Oesterreicher hungern und zerschauen, während sich unsere deutschen Verbündeten so gut wie kamplös außer Niesenwerten an Kriegsmaterial Massen von Nahrungsmitteln holen, die jenseits unserer Grenze lagern. Unsere Bevölkerung soll weiter hungern und darben, damit die Ausbeuter und Wucherer, die Spekulanten und Schacherer, die Hamster und Zwischenhändler, die Schmuggler und Betrüger, kurz die ganze Bande der Kriegschmaroher, die noch viel bössartiger und gemeingefährlicher sind als die großrussischen Bolschewiken, nicht um die fette Konjunktur kommen! Die Herrschaften wollen weiter „verdienen“, sie haben noch immer nicht genug. Darum erlauben sie es nicht, daß unser Militär dazu verwendet werde, die Getreidezufuhren aus der Ukraine zu sichern.

Und die Bevölkerung läßt sich das alles gefallen, hungert weiter bei ihrem $\frac{1}{8}$ Kilogramm Mehl pro Woche, läßt sich geduldig dann und wann von einem Wucherschmuhl 10 bis 16 Kr. für 1 Kilogramm Mehl abknöpfen, weil eben der Hunger gar zu weh tut, und hält, irregeführt durch die Demagogenschlager der Händlerpresse, jene Parteien und Politiker noch für große Helden, für Volksretter und „Friedensfreunde“, die mit ihrem Geschrei unsere Regierung von der Ausnützung des Brotfriedens abgeschreckt haben.

Es ist in der Tat die höchste Zeit, daß die Bevölkerung über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt werde. Sie muß erfahren, daß sie Brot und Mehl und Hülsenfrüchte und Zucker in Menge haben könnte, wenn nur die Kriegsparasiten und ihre parlamentarischen und publizistischen Helfer es nicht verhindern, daß unsere Monarchie von ihrem Vertragsrecht und der Einladung der ukrainischen Regierung, die großen Lebensmittelvorräte aus der Ukraine zu holen, Gebrauch mache.

Die Schwierigkeiten in der Brotversorgung.**Der Mangel einer Mehlereserve.**

In den letzten Tagen der abgelaufenen Woche ist in der Broterzeugung Wiens eine Störung eingetreten, der gewiß die vollste Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Viele Bäckerbetriebe konnten infolge mangelhafter Mehlbelieferung die Broterzeugung gar nicht oder nicht in vollem Umfange aufnehmen, und in vielen Bäckereien konnte an die Kunden kein Brot abgegeben werden. Nur in den Verkaufsstellen der Brotfabriken konnten alle Kunden befriedigt werden, denn diese hatten das bisher bezogene Quantum Mehl auch in der abgelaufenen Woche zugewiesen erhalten.

Gestern waren wieder alle Bäckereien geöffnet und jene Bäckereien, die Donnerstag und Freitag ihre Kunden nur teilweise oder überhaupt nicht befriedigen konnten, waren in der Lage, wieder Brot zu backen, da ihnen im Laufe des Freitags von der Kriegsgetreidoverkehrsanstalt zu Gerstenehl vermahlene Roggerste geliefert wurde. Es gelangten aber auch andre Mehlgattungen, Roggen- und Maismehl, zur Ausgabe, so daß die Qualität des Brotes nicht überall die gleiche war.

Die Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist darin zu suchen, daß Wien keinerlei Mehlereserve hat, wiewohl bereits mehrmals der Versuch unternommen wurde, eine einwöchige Mehlereserve von etwa 200 Waggons Mehl anzulegen. Die angesammelten Reserven mußten aber stets, wenn Mangel in irgendeinem Bezirk eintrat, von Wien dorthin rasch abtransportiert werden, so daß der Mehlvorrat Wiens nie über den Bedarf für einen Tag hinausreichte. Die am Freitag den Bäckern zur Verfügung gestellten Vorräte haben keinen solchen Umfang, daß die Störung in der Broterzeugung bereits als abgewendet bezeichnet werden kann. Die Bäcker haben Mehl für drei Tage erhalten; da am Sonntag nicht gebacken werden darf, ist der Bedarf daher bis einschließlich Montag gedeckt. Es ist nun zu erwarten, daß alles vorgekehrt werden wird, um eine neuerliche Störung in der Brotabgabe in der nächsten Woche zu vermeiden.

Eine Sitzung der Bäcker Genossenschaft.

Die Genossenschaft der Bäcker hat sich in einer gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung mit den eingetretenen Schwierigkeiten befaßt und es wurden die Gründe der eingetretenen Störung in der Broterzeugung eingehend erörtert. Außer den erschwerten Mehlaufweigungen wurden auch die bezüglich der vorgeschriebenen Verarbeitung des Mehles bestehenden Verordnungen besprochen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Bäcker unter den bestehenden Vorschriften schwer leiden und es ihnen unmöglich ist aus dem Mehl, das ihnen jetzt zur Verfügung gestellt wird, ein solches Brot herzustellen, wie es anlässlich der Einführung der Brotkarte in einem Verhältnis von 5:7 zwischen Mehl und Brot festgelegt worden ist. Es sei nicht möglich, das Brot in dem vorgeschriebenen Gewichtsmaß herzustellen. Wäre nämlich früher aus 63,5 Desagramm Mehl, das besserer Beschaffenheit war als das heutige, ein Brot im Gewichte von 84 Desagramm hergestellt wurde, soll jetzt aus einem Quantum von 60 Desagramm Mehl, das schlechterer Qualität ist, ein Brot in dem gleichen Gewichtsmaß von 84 Desagramm erzeugt werden. Ferner erklären die Bäcker, mit den gegenwärtig in Geltung stehenden Preisen ihr Auslangen nicht finden zu können, und verlangen, daß das Brot um sechs Heller pro Laib teurer werde. Sie motivieren diese gewünschte Preiserhöhung damit, daß seit dem Jahre 1915, in welchem die noch jetzt geltenden Preise bestimmt wurden, sich die Beschaffungskosten wesentlich erhöht haben, daß die Kosten der Zufuhren, die Kosten des Heizmaterials, des Haushaltes und die Böhm sich um ein vielfach-tes verteuert haben; viele kleinere Bäcker müßten ihre Betriebe einstellen, da sie bei den gegenwärtigen Preisen nicht das Auslangen gefunden haben.

Die Genossenschaft der Bäcker hat in ihrer gesagten Sitzung diesbezügliche Beschlüsse gefaßt und wird ihre Wünsche der Statthalterei und dem Amt für Volksernährung bekanntgeben.

Die Brotfrage.

Die Sorge des Tages.

Wien, 23. Februar.

Die Brotkarte ist eine von der Behörde ausgestellte Anweisung. Der Ueberbringer hat das Recht auf eine bestimmte Menge des Nahrungsmittels, und sollte der Staat sein Versprechen nicht halten und die übernommene Pflicht nicht erfüllen können, würde seine Nahrungspolitik zahlungsunfähig werden. Er hat uns durch ernste Drohungen mit Strafen an Geld und Freiheit gezwungen, die Versorgung ihm zu überlassen. Das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Verbraucher ist kein freiwilliges, sondern ein aufgedrungenes, durch Verordnungsgewalt befohlenes, durch Furcht vor Polizei und Kriminal geschützt. Er hat die strengste Untertänigkeit in den vertraulichsten Einzelheiten des Haushaltes gefordert, Brot, Mehl und Fett Jedem zugewogen. Wenn er so viel Beschränkung nicht durch Sicherheit gegen Hunger lohnen kann, so muß er gestehen, daß er sich übernommen habe und daß die gleichmäßige Verteilung aus den Getreidevorräten der Ernte und aus den Zuflüssen über seine Kräfte gehe. Der Staat kann es nicht. Die Verschlingen in den einzelnen Maßregeln, die Irrtümer in den Personen, die Zufälligkeiten des Wetters und was sonst hervorgehoben wird, reichen nicht bis in die Tiefe der Gründe, die jetzt fast krisenhafte Zustände in der Nahrungspolitik hervorrufen. Der Staat kann es nicht. Wir sind im Zeitalter, dem häufig vorgeworfen wird, daß die Fähigkeiten zu einseitig ausgebildet und benützt werden. Die medizinische Wissenschaft erzieht Gelehrte und Ärzte nahezu für jede Form der Krankheit und so scheiden sich auch im wirtschaftlichen Verkehre die Berufe, damit Vollkommenheit auf engerem Gebiete entstehe. Der Staat hatte im Frieden nur einen geringen Zusammenhang mit der Nahrungspolitik, wenn nicht die hohen Zölle und die Erschwerung der Vieheinfuhr, diese Leuerungsünden, dazu gerechnet werden sollen. Der Krieg bricht aus und sehr spät, viel zu säumelig werden die Getreidezölle aufgehoben, als die Einfuhr durch die Ausfuhrverbote fremder Länder schon unmöglich war. Kaufleute hätten gewiß die nötige Voraussicht gehabt, beim Staate war keine Spur davon zu merken, und so trotzte er weiter, ohne zu denken, was Futtermittel in einem solchen Kriege bedeuten, und ohne den Wunsch, die Anlegung eines Vorrates durch den Handel mit anderen Völkern zu erleichtern. Futtermittel sind Milch als Sicherung gegen Zunahme der Kindersterblichkeit; ferner das unentbehrliche Fett und auch das Fleisch. Der Staat, der diese Verjämmerung begangen hatte, glaubte dennoch, daß er das Volk ernähren könne. Er kann es nicht.

Er hat es nicht gelernt, besitzt nicht die hundertfältigen Ueberlieferungen des Handels, auch nicht die Menschen, die mit den Erzeugern leben, ihr Vertrauen genießen und bei denen der Bauer nicht fürchtet, daß seine Ernte auch für den Steuerbogen verwendet werde. Die großen Herren in Wien mit den hohen Rangstufen, Titeln und Orden wissen freilich nicht, was der Krämer für das Dorf bedeute, und sollte ein Verwegener behaupten, daß die seit Jahrhunderten überkommene und durch Gepflogenheit ausgebildete Nahrungspolitik nie versagte, würde er nur hochmütiger Geringschätzung begegnen. Aber der Tadel ernster Körperschaften läßt sich nicht so leicht abschütteln. Wir haben keine zureichende Menge von Mehl und Brot, weil sich der Staat nicht rechtzeitig um die Beschaffung der unentbehrlichen Dünge Stoffe gekümmert hat. Die Landwirte bekamen an Phosphorsäure fünfzehn bis zwanzig Prozent des Friedensbedarfes. Sage fünfzehn bis zwanzig Prozent dessen, was sie vor dem Kriege

für die Verbesserung der Ertragsfähigkeit verbrauchten. Der jährliche Umsatz an Stickstoffdünger wurde früher mit einer Million Doppelzentner veranschlagt. Die österreichischen Landwirte wurden auf die Lieferung von hunderttausend Doppelzentner herabgedrückt. Sage hunderttausend Doppelzentner statt einer Million, zehn Prozent. Die Felder sind schon das vierte Jahr unzureichend gedüngt. Der Mangel an Futtermitteln vermindert den natürlichen Dünger und die der Erzeugung so fremd gebliebene Nahrungspolitik des Staates sichert nicht den Ersatz durch künstlichen Dünger. Auch das Wenige konnte nicht immer rechtzeitig eintreffen oder richtig verteilt werden. Denn ruhiges Durchdenken sämtlicher Einzelheiten des Verfahrens, wodurch Getreide wächst, dann zu Mehl und Brot wird, war niemals die Eigentümlichkeit unserer Nahrungspolitik. Der Himmel mußte sorgen, daß im Herbst oder im Frühjahr beim Anbau die Eisenbahnwagen zur Verfügung waren, um die Phosphorsäure und den Stickstoffdünger dorthin zu schaffen, wohin er nach der Jahreszeit gehörte.

Die Einwendung, daß die Felder nur schlecht gedüngt werden konnten, weil eben Krieg sei, wäre unrichtig. Die Stickstoffherzeugung hat gerade mit Rücksicht auf die Arme sehr zugenommen und nicht schwierig wäre gewesen, von dem Ueberflusse, der vorhanden ist, eine größere Menge hinüberzuleiten auf die Aecker und Wiesen. Wir möchten von der Schuld einzelner Personen nicht sprechen, wenn ein ganzes System unzulänglich und für die Bevölkerung nachteilig geworden ist. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft für Oesterreich erklärt, daß die Geburtsfehler der Zentralstellenpolitik die Volksernährung geradezu aufheben. Sie verlangt nach den Erfahrungen mit der reichen Obsternte des letzten Herbstes, daß die Saat so rasch als möglich aufgelöst werde. Wir sind im Spätwinter und in einigen Wochen dürfte der Feldbau beginnen. Soll es wieder geschehen, daß die Aecker und Wiesen aus Mangel an künstlichem Dünger nur dürftig bestellt werden, daß die Sämereien für Gemüse zu spät eintreffen oder untauglich sind? Die staatliche Nahrungspolitik, von der weite Schichten hofften, daß sie durch die großen Machtmittel vor den härtesten Entbehrungen schützen, die gleichmäßige Verteilung sichern und die Zunahme der Erzeugnisse anregen werde, hat jetzt die Hemmungen der Unvollständigkeit. Die Sehnsucht nach dem Frieden wird in nicht geringem Maße durch den Wunsch gesteigert, aus dem Zwange herauszukommen, den Urstand der persönlichen Freiheit im Hause und in der Familie wieder zu erleben und rasch zu vergessen, welche Qual die Karten gewesen sind.

Der jetzige Leiter des Ernährungsamtes will seinen Abschied nehmen und ein Nachfolger soll berufen werden. Die Vergangenheit läßt sich nicht ausmerzen und was einmal verdorben ist, kann schwerlich wieder gut werden. Aber die Heranziehung von Männern, die berufsmäßig sich dem Landbau oder dem Handel mit dessen Erzeugnissen widmen, ist möglich, nicht in Verträgen und in ähnlichen, meistens zur bloßen Schau bestimmten Einrichtungen, sondern als mit-tätige, mitschaffende und mitverantwortliche Helfer, als Nahrungsschaffenden, die gleichberechtigt mit den Beamten, ihr Urteil über die einzelnen Maßregeln und deren Durchführung abzugeben haben. Der Staat hat jedoch reiche Schätze von Wissen und Können verschmäht und den Männern, die mitten im wirklichen Leben sind, nicht den Einfluß gegeben, der ihren Rat hätte fruchtbar machen können. Persönlichkeiten, die selbstlos, ohne Mißbrauch und ohne Regung der Gewinnsucht, aus Bürgertreue sich bemühen würden, die Folgen der krisenhaften Zustände zu mildern, sind zu finden. Es muß gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden, bis der Brotfriede mit der Ukraine wirklich Brot verschafft und die Donau nach dem Eisstoß fahrbar wird. Es muß geholfen werden. Der Staat hat jedoch im Kriege gelernt, wo seine Grenzen sind.

Die Brotversorgung Wiens.

Wien, 25. Februar.

Denen Teil der Wiener Bäcker, der seine Zuweisungen an Brotmehl im Wege der Gemeinde Wien erhält, hat heute das für die drei Tage benötigte Quantum an Edelmehl und Mais im beiläufigen Verhältnis von 2 zu 3 ausgefolgt erhalten. Die Brotfabriken verfügen für die nächsten Tage über die Mehlmengen, die sie für die Erzeugungen benötigen und damit ist die Brotversorgung für die erste Wogenhälfte gesichert.

Die ungünstigen Witterungsverhältnisse an der unteren Donau halten an. Der Zuschub von rumänischem Mais muß nach wie vor mit beschleunigten Transportzügen herangebracht werden. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, um Störungen, wie sie sich in der Vorwoche gezeigt haben, hintanzuhalten, doch besteht die Situation des Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens weiter fort.

Die Bäckergenossenschaft hat in einer gestern abgehaltenen Versammlung die Forderung aufgestellt, daß die Frage der Brotausbeute aus der, wie wiederholt erwähnt, jetzt etwas verkürzten Mehlsquote amtlich geregelt wird, um den unhaltbaren Zustand zu beseitigen, daß die Bäcker zur Lieferung einer Brotmenge verhalten werden, die sie nach ihrer Behauptung aus dem ihnen zugewiesenen Mehl gar nicht erzeugen können. Gleichzeitig haben die Bäcker eine Resolution gefaßt, in der eine Erhöhung des derzeit geltenden Brotpreises für 840 Gramm Brot von 48 Heller auf 54 Heller verlangt wird. Sie motivieren dieses Begehren damit, daß dieser Brotpreis vor 2½ Jahren fixiert worden ist, und weisen darauf hin, daß, wie in allen Industrien und Gewerben sich auch hier die Erzeugungskosten wesentlich gesteigert haben. So berechtigt der erste Teil ihrer Forderungen ist, so muß der Versuch, den Brotpreis, den Grundstock der Ernährung der breiten Volksschichten, hinauszujagen, auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Es wird Sache einer unvoreingenommenen Prüfung aller in Betracht kommenden Momente sein, festzustellen, wie weit sich seit dem Herbst des Jahres 1915 die Gesteungskosten für Brot verteuert haben. Sollte sich er-

geben, daß die Bäcker bei dem ihnen zugewilligten Preise tatsächlich nicht ihr Auskommen finden, müßten Mittel und Wege gefunden werden, um sie auf andere Weise schadlos zu halten, wie dies die Regierung zum Beispiel in der Fleischfrage macht, wo ein Teil der Gesteungskosten zu Lasten des Staatsfädels übernommen wird. Der von der Bevölkerung zu entrichtende Brotpreis darf aber unter keinen Umständen eine Erhöhung erfahren.

Eine Rundgebung der Bäckergenossenschaft.

Im großen Saale der Bäckergenossenschaft fand gestern abend eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Wiener Bäckergenossenschaft unter dem Vorsitze des Vorstehers Breunig statt, um zur Kürzung der Mehlsquote Stellung zu nehmen und über eine Regelung des Brotpreises zu beraten. Der Vorsitzende besprach einleitend die jüngste Verordnung, betreffend die Kürzung der Mehlsquote, die deshalb wieder ganz verfehlt sei, weil vor ihrer Erlassung keine Fachleute befragt worden seien.

Der Referent, Vorstandsmitglied Giles, führte aus, zum drittenmal befinden sich die Bäcker in der „angenehmen“ Maiszeit und abermals werden sie von der Bevölkerung für das schlechte Brot verantwortlich gemacht. Es sei ganz ausgeschlossen, aus dem angewandten Mischungsverhältnis ein besseres Brot herzustellen, aber auch das vorgeschriebene Gewicht aus der gekürzten Mehlsquote herauszubringen, sei ganz unmöglich. Nach einer Debatte, an der sich Frau Schmidt und die Herren Wolfbauer und Klein beteiligten, wurde folgende vom Referenten beantragte Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt es für eine strikte Unmöglichkeit, bei dem gegenwärtigen Mischungsverhältnis des zugewiesenen Mehles und der nunmehrigen Ausbeuteeffizier das Auslangen finden zu können. Angesichts der schweren Folgen, welche aus diesen unhaltbaren Zuständen erwachsen müssen, wird die Vorstehung beauftragt, neuerdings eine Klärstellung der vorgeschriebenen Ausbeute, welche dem Mischungsverhältnis des jetzigen Brotmehles entspricht, beim I. L. Amte für Volksernährung nachdrücklichst zu fordern. Insbesondere aber muß gefordert werden, daß bei eventuellen Anzeigen wegen mindergewichtigen Brotes auf diese Umstände Rücksicht genommen werde.“

Hierauf sprach Stadtrat Körber über die Regelung des Brotpreises. Im Sinne seiner Ausführungen wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die versammelten Mitglieder der Wiener Bäckergenossenschaft fordern die Vorstehung auf, wegen ehebaldigster Regelung des Brotpreises die nötigen Schritte bei den maßgebenden Behörden einzuleiten. In Erwägung des Umstandes, daß der heutige Brotpreis bereits am 13. September 1915 festgesetzt wurde und seither die Gesteungskosten der Broterzeugung um ein vielfaches des damaligen Preises gestiegen sind und die wesentlich veränderten Verhältnisse der Wirtschaftslage das Bäckergewerbe außerordentlich belasten, wird die Vorstehung beauftragt, eine Regelung des Brotpreises in dem Sinne zu erwirken, daß derselbe gemäß der seinerzeitigen Statthaltereiverordnung vom 10. April 1915 wieder mit 54 Heller für den Einheitslaib von 840 Gramm festgesetzt werde.“ (Gegenwärtig beträgt der Brotpreis 48 H. Ann. d. Red.)

Ober Abend

25./II. 1918

30

Die Bäcker wünschen eine Brotverteuerung.

Sonntag nachmittags fand eine Versammlung der Bäckermeister statt, in der diese in zwei Entschlüssen, die dem Ernährungsamte vorgelegt werden sollen, ihren Wünschen Ausdruck gaben. Zunächst wollen sie, daß das Gewichtsverhältnis zwischen dem ihnen gelieferten Mehl und dem von ihnen verkauften Brote nicht — wie es seit kurzem geschieht — mit 100 : 140, sondern mit 100 : 133 berechnet werde, weil sie aus den gegenwärtig gelieferten Mehlen ein höheres Brotgewicht nur herstellen können, wenn sie das Brot ungenügend ausbacken. Weiter wünschen sie, daß der Preis für einen Brotlaib von 48 h auf 54 h erhöht werde, und begründen dies damit, daß seit Festsetzung des ersteren Preises jene Rohstoffe, die sie neben dem Mehl noch brauchen, teurer geworden sind. Beide Wünsche zusammengenommen, geben der Möglichkeit Raum, daß das Brot sowohl leichter als auch teurer werden könnte. Darauf aber kann das Ernährungsamt unmöglich eingehen. Es wäre unverantwortlich, wenn armen Leuten auch durch den Preis der Brotbezug erschwert würde.

Der Abend
25. /II. 1918

A 25
21

Die Brotversorgung.

M. H. Heute fanden sich bei der städtischen (früher Bontwillerjchen) Mühle wieder massenhaft Bäcker ein, um den Rest des ihnen für diese Woche gebührenden Mehles in Empfang zu nehmen, da sie bekanntlich Freitag nur ihren Bedarf für drei Tage erhalten hatten. Mittlerweile waren derartige Zufuhren eingetroffen, daß alle Bäcker mit dem ganzen Rest versehen werden konnten, so daß ihre Broterzeugung bis einschließlich Samstag gesichert ist. Allerdings bestanden die Zufuhren hauptsächlich in Mais, und so bekamen die Bäcker die auf sie entfallende Mehlmenge zu 60 v. H. in Mais und den Rest fast durchwegs in Gerstenmehl. Es stehen nun stärkere Maiszufuhren in Aussicht, so daß hoffentlich eine Stockung in der Brotversorgung nicht mehr eintreten wird, freilich aber wird das Brot dem Wiener Geschmack nicht entsprechen, auch nicht besonders bekömmlich sein.

• (Brot ohne Mehl.) Ein Herr Pointe, Magazinverwalter bei der französischen Militärintendantur, hat eine Maschine erfunden, mit der man das Getreide unmittelbar, d. h. ohne das Zwischenstadium „Mehl“, in backbereiten Teig verwandeln kann. Nach den Versuchen zu schließen, über die in der Pariser Presse berichtet wird, scheint das Verfahren sehr einfach. Es besteht im wesentlichen aus zwei Wasserbehältern und einem Mahlapparat. Im ersten Behälter, unter beständig fließendem Wasser, wird das Korn von den Unreinheiten geäubert, die sich je nach ihrer Schwere nach unten niederschlagen oder oben abfließen. Wenn die vollkommene Klarheit des Wassers erkennen läßt, daß die Säuberung vollendet ist, so kommt das Korn in den zweiten Behälter, wo es, gegen bakteriologische Gärung durch entsprechende Vorkehrungen geschützt, zwölf bis fünfzehn Stunden lang aufgeweicht und mit soviel Wasser getränkt wird, als man zur Bereitung des Teiges zu verwenden pflegt. Von da gelangt das Getreide in den Mahlapparat, wo es unter Zylindern zerquetscht und durch siebartige Metallscheiben getrieben wird, von deren Oberfläche die zurückbleibende Kleie in bereitstehende Karren fällt, während der fertige Teig dem Bäcker in die Hand rutscht. Die Vorteile und Ersparnisse des Verfahrens sind offenbar; doch da es sich bis jetzt nur um Laboratoriumsversuche mit einer kleinen Probemaschine handelt und daher ebenso gut eine bloße Spielerei wie eine ernsthafte Erfindung vorliegen kann, so brauchen die Müller bis auf weiteres den Untergang ihres Gewerbes nicht zu befürchten.

Brot ohne Mehl.

Ein Herr Poinke, Magazinsverwalter bei der französischen Militärintendantur, hat eine Maschine erfunden, mit der man das Getreide unmittelbar, das heißt ohne das Zwischenstadium „Mehl“, in backereiten Teig verwandeln kann. Nach den Versuchen zu schließen, über die in der Pariser Presse berichtet wird, scheint das Verfahren sehr einfach. Es besteht im wesentlichen aus zwei Wasserbehältern und einem Mahlapparat. Im ersten Behälter, unter beständig fließendem Wasser, wird das Korn von den Unreinheiten gesäubert, die sich je nach ihrer Schwere nach unten niederschlagen oder oben abfließen. Wenn die vollkommene Klarheit des Wassers erkennen läßt, daß die Säuberung vollendet ist, so kommt das Korn in den zweiten Behälter, wo es, gegen bakterielle Gärung durch entsprechende Vorkehrungen geschützt, zwölf bis fünfzehn Stunden lang aufgeweicht und mit so viel Wasser getränkt wird, als man zur Bereitung des Teiges zu verwenden pflegt. Von da gelangt das Getreide in den Mahlapparat, wo es unter Zylindern zerquetscht und durch siebartige Metallscheiben getrieben wird, von deren Oberfläche die zurückbleibende Kleie in bereitstehende Karren fällt, während der fertige Teig dem Bäcker in die Hand rutscht. Die Vorteile und Ersparnisse des Verfahrens sind offenbar, doch da es sich bis jetzt nur um Laboratoriumsversuche mit einer kleinen Probenmaschine handelt und daher ebenjogut eine bloße Spielerei wie eine ernsthafte Erfindung vorliegen kann, so brauchen die Müller bis auf weiteres den Untergang ihres Gewerbes nicht zu befürchten.

26. II. 1918

34

Herabsetzung der Mehlsquote in Budapest.

Budapest, 25. Februar.

Eine Kundmachung des hauptstädtischen Magistrats gibt bekannt, daß die bisherige Mehlsquote für den Monat auf 6 Kilogramm 60 Delagramm herabgesetzt wird. Diese Herabsetzung tritt am 1. März in Kraft. Die für Schwerarbeiter festgesetzte Kopsquote von 35 Delagramm per Tag, weiter die Kopsquote für in Nachtbetrieben beschäftigte Arbeiter von 40 Delagramm per Tag bleibt unverändert.

Einer zweiten Kundmachung des Magistrats zufolge wird die Butterkarte eingeführt. Die Butterration beträgt für den Monat März 20 Delagramm per Kopf.

Eine dritte Kundmachung ordnet die Einführung des Kartensystems für gedörrte Pflaumen an. Die Kopsquote beträgt 25 Delagramm per Monat und der Preis 90 Heller.

26.12.1918

35

Die Brotversorgung Wiens.

Wir haben des öfteren bereits darüber berichtet, welche Unklarheiten dadurch geschaffen worden sind, daß trotz der schlechten Mehqualität die Bäcker nun verhalten werden, aus 600 Gramm Mehl 840 Gramm Brot zu erzeugen, während sie bis vor gar nicht langer Zeit 630 und dann 620 Gramm Mehl erhalten haben. Uebereinstimmend erzählen alle Bäcker, die ohne maschinellen Betrieb arbeiten, daß sie aus diesem Mehquantum nur 790 bis 800 Gramm Brot zu erzeugen vermögen. Ein angesehenener Bäckermeister schildert uns die jetzt eingetretene Situation drastisch mit folgenden Worten: „Vor mittag visitiert uns das Marktamt und droht uns mit Strafen, wenn nicht jeder Brotlaib 840 Gramm wiegt. Nach mittag visitiert das Mehamt und droht uns mit Mehlfürzung, weil wir zu viel Mehl verwendet haben, um Brotlaibe von 840 Gramm zu erzeugen.“

Wir Bäcker schlagen vor, daß uns ebenso, wie dies bei den Brotfabriken der Fall ist, das Mehl direkt von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt geliefert wird und daß wir dasselbe nicht auf dem Umwege über die Gemeinde Wien erlangen, wodurch wir erstens einmal einen Gewichtsverlust erleiden, da das wiederholte und überflüssige Transportieren von Säcken doch erheblich zur Verstäubung von Mehl beiträgt, und zweitens uns dadurch eine Steuer von 2 K. für jeden Meterzentner auferlegt wird, welche die Gemeinde Wien als Manipulationsgebühr einnimmt.“

Bäcker, Brotfabriken und Behörden.

Wir haben anlässlich der Brotzationierung auf die Wirkung des Statthaltereierlasses aufmerksam gemacht, durch welche kurz vor dem festgesetzten Termine der Rationierung diese vorweggenommen wurde. In der Genossenschaftsversammlung der Wiener Bäcker vom 17. d. berichtete dem im Genossenschaftsorgan abgedruckten Versammlungsprotokoll zufolge Bäckermeister Elis über das Ergebnis der Rationierung und sagte dabei nach einer Kritik an der bureaukratischen Methode:

Jene Statthaltereiverordnung, welche während der provisorischen Brotzationierung ganz zur unrichtigen Zeit erschien und den Bäckern das Reservieren von Brot für rationierte Kunden verbot, während die Gerichte im entgegengesetzten Sinne judizierten, wirkte für das Bäckergewerbe wie ein Donnerkeil; denn die Brotfabriken durften sich über diese Verordnung hinwegsetzen und nützten ihre Ausnahmstellung weidlich aus, indem sie nur an rationierte Kunden Brot lieferten und dadurch bewirkten, daß das Publikum in der Meinung bestärkt wurde, Brot werde auch in Zukunft bei den Verkaufsstellen der Fabriken leichter zu erhalten sein als bei den Bäckern und viele Kunden, die sich probeweise bei den Bäckern „einschreiben“ ließen, wegen Nichterhaltens der gewünschten Brotzation wieder „ausprangen“ und sich bei den Brotfabriken rationieren ließen. Die Genossenschaftsvorstellung der Bäcker hatte in Gemäßheit eines in der Genossenschaftsversammlung vom 20. Jänner d. J. gefaßten Beschlusses, um ein klares Bild über die zu gewärtigenden Ergebnisse der Rationierung zu erhalten, an die Genossenschaftsmitglieder in Form von vorgedruckten Korrespondenzkarten mit Rückantwort Rundschreiben über Zahl der Kunden und täglich gebackener Laibe Brot vor und nach der Rationierung hinausgehen lassen. Das Ergebnis dieser Erhebung läßt sich dahin zusammenfassen, daß von 687 Karten 471 mit der Rückantwort einliefen, wonach ein Zufall von täglich 46949 und für 687 Mitglieder von rund 60000 Laiben sich ergibt. Nach der offiziellen Rationierung hat der Redner berechnet, daß die Brotfabriken 570.000 Laib Brot täglich erzeugen, die Bäcker 190.000 Laibe. Referent folgert aus diesem auf Grund sorgfältiger Berechnung gewonnenen Ziffermaterial mit Recht, daß, wenn nicht einschneidende Maßnahmen zum Schutze des Handwerkes von Seite der Regierung getroffen werden, mehr als die Hälfte der Bäckereibetriebe die Existenzmöglichkeit einbüßen.

In einer Entschließung wurden diese Gesichtspunkte zum Ausdruck gebracht und an die k. k. Regierung, an die k. u. k. Heeresverwaltung sowie an das k. k. Ernährungsamt die Bitte gerichtet, „dem ohne Verschulden ruinierten Bäckergewerbe durch Zuweisung militärischer Lieferungen zu helfen; die Uebernahme solcher Lieferungen könnte eventuell im Wege der Werksgenossenschaft der Bäcker Wiens erfolgen; bis heute wurden solche Lieferungen fast ausschließlich an Brotfabriken vergeben und diese in einzelnen Fällen derartig in Anspruch genommen, daß sie in der Lage sind, einen Teil ihres Mehles bei Bäckermeistern verbacken zu lassen.“ Auch wurde die Einsetzung eines Hilfskomitees zur Einleitung einer Hilfsaktion sowie die Entsendung einer Abordnung zum Kaiser beschlossen, dessen Eingreifen zur Milderung der Kohlennot so erfolgreich gewesen. Als Mitglieder dieser Abordnung wurden bestimmt: außer dem Herrn Vorsteher und Herrn Vorsteherstellvertreter die Herrn Elis, Giles und Mayer und von den Damen die Bäckermeistergattinnen Schuh, Stingl und Strid.

Unser Brot

Trotzdem die Ausichten für unsere Landesversorgung mit Brotgetreide recht ungünstige sind, ist die Brotration für den kommenden Monat März nicht herabgesetzt worden. Dies wohl weniger deshalb, weil die Brotarten bereits gedruckt und speditiert wurden (man hätte einfach die Gültigkeitsdauer der Karten in den April hinein verlängern können), sondern wohl, weil eine Kartoffelknappheit eingetreten ist, die einen Ersatz durch andere Nahrungsmittel nötig macht. Immerhin wird darauf Bedacht genommen werden müssen, den Brotweizen nach Möglichkeit zu strecken.

Das heutige Brot besteht bekanntlich aus 70 Prozent Vollmehl, 20 Proz. Maismehl und 10 Prozent Reismehl. Es bleibt an Schmachhaftigkeit nicht wesentlich hinter dem frühern Brot zurück, ist indessen kompakter als jenes, so daß eine vermehrte Herstellung und Verwendung von Preßhese nötig sein wird. Mit der zunehmenden Kartoffelknappheit taucht nun die Frage auf, ob nicht Mais und Reis in den kartoffelarmen Gebieten mehr als bisher zum direkten Verbrauch als Nahrungsmittel abgegeben werden muß. In einzelnen Fällen mußte der Gedanke bereits in Praxis umgesetzt werden, weshalb dann besser versorgten Gemeinden die Maisration gestrichen wurde. Jedenfalls gilt es, diese beiden Monopolvereine recht schonend zu verbrauchen, um so mehr, als die Maiszufuhr zu wünschen übrig läßt. Das Brotamt macht nun, wie wir hören, zurzeit Backversuche mit Gerstenzusaß. Diese haben gute Ergebnisse gezeitigt; allerdings bietet das Vermahlen Schwierigkeiten. In verschiedenen Berggegenden der Schweiz, so im Kanton Wallis, wird ständig reines Gerstenbrot gebacken; dasselbe ist zum Teil in Schottland und Norwegen der Fall. Wenn der eidgen. Brottypus Gerste zugesetzt erhielte, so würde es sich natürlich nur um einen ganzen oder teilweisen Ersatz von Mais oder Reis handeln. Das Projekt der Zusetzung von Gerste hätte insofern Aussicht auf Verwirklichung, als in Amerika größere Gerstenmengen käuflich wären und auch für die Verfrachtung bereitgestellt sein sollen, was man vom Brotweizen bekanntlich nicht sagen kann.

27./II. 1918

27
38

* Erhöhung des Kartoffelpreises. Der Arbeitsauschuß der Groß-Berliner Gemeinden hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Kleinhandelshöchstpreis für Kartoffeln vom 1. März ab wieder auf 10 Pf. zu erhöhen. Die Groß-Berliner Gemeinden sind hiermit dem Beispiele vieler anderer deutscher Städte gefolgt, die jetzt oder schon etwas früher den Preis in gleicher Weise, zum Teil noch etwas mehr er-

höht haben. — Diese Erhöhung des Kartoffelpreises zum Frühjahr entspricht nicht nur dem gewöhnlichen Lauf der Dinge, wie er sich auch in Friedenszeiten gestaltet, sondern erscheint in diesem Jahre unbedingt notwendig, um die Gemeinden vor allzu großen eigenen Opfern zu bewahren, denn bei der Steigerung sämtlicher notwendiger Aufwendungen, insbesondere für Arbeitslöhne und Beförderungskosten, ferner aber infolge der im Interesse der Versorgung der Bevölkerung notwendig gewordenen Zahlung einer Einmietungsgebühr an die Kartoffelerzeuger hat sich der Gestehungspreis der Kartoffeln soweit erhöht, daß selbst bei der Heraufsetzung des Preises von 9 auf 10 Pf. für das Pfund in den meisten größeren Bedarfsgemeinden die entstehenden Unkosten nicht voll gedeckt werden.

Das Volk will Brot!

Eine Anfrage des Wiener Bürgermeisters im Herrenhause.

Herrenhausmitglied Dr. Weiskirchner hat an den k. k. Ministerpräsidenten folgende Interpellation im Herrenhause gerichtet:

Die Bevölkerung der Stadt Wien leidet unter der ungenügenden Versorgung mit Brot und Mehl. Die Mehlaquote wurde im vergangenen Monate verfürzt, das Brot wird hauptsächlich — bis zu 80% — aus Maismehl bereitet. Aber auch die Importe von Maismehl dürften nur mehr durch eine gewisse Zeit noch andauern.

Die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung waren auf den Brotfrieden gerichtet, den Graf Czernin mit der Ukraine in Brest-Litowsk abgeschlossen hat. Die Bevölkerung ist nun darüber tief beunruhigt, daß die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte versichern, während anscheinend seitens unserer Monarchie bisher keine geeigneten Maßnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen von Getreide zu sichern und mit aller Beschleunigung herbeizuschaffen.

Diese Sicherung und Herbeischaffung unentbehrlicher Lebensmittel kann billigerweise nicht als ein feindseliger Akt gegen die Republik der Ukraine aufgefaßt werden, sondern erscheint als zweckmäßige Realisierung des Friedensvertrages.

Da nun der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhouse erklärt hat, daß österreich-ungarische Truppen nicht in die Ukraine einmarschieren werden, fragen die Gefertigten an, welche anderen Maßnahmen hat die k. k. Regierung vorgesehen, um im Interesse der notleidenden und geängstigten Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern und innerhalb welcher Zeit sind solche Importe zu genügen.

Weiskirchner m. p.

28. II. 1918

W

Herabsetzung der Kartoffelquote auf 1 Kilogramm wöchentlich.

Wien, 28. Februar.

Wir haben vor wenigen Tagen den Bericht über eine Stadtratsitzung, betreffend die Kartoffelversorgung der Stadt Wien, veröffentlicht, aus dem hervorging, daß die Vorräte der Gemeinde Wien nur bis zum 9. März ausreichen und daß wohl Lieferungsverträge bestehen und Vorräte in den städtischen Mieten enthalten seien, daß aber letztere wegen möglicher Frostgefahr noch nicht geöffnet werden können, während die Transportkrise der Erfüllung der Verträge entgegenstehe.

Die Angelegenheit der Kartoffelversorgung bildete heute den Gegenstand einer längeren Debatte im Stadtrat in Anwesenheit des Bürgermeisters. Es wurde erwogen, ob mit Rücksicht auf die zu Ende gehenden Kartoffelvorräte eine Kürzung der Quote eintreten solle. Im Laufe der Debatte wurde der Antrag gestellt, von nächster Woche angefangen die Kartoffelquote von anderthalb auf ein Kilogramm für den Kopf herabzusetzen. Mehrere Stadträte waren der Ansicht, man solle aus den Mieten der Stadt die greifbaren Kartoffelvorräte ergänzen, um die Kürzung der Quote zu vermeiden. Stadtrat Doktor Hein verwies darauf, daß mit Böhmen und Mähren Lieferungsverträge über Kartoffeln bestünden und daß man die betreffenden Kronländer verpflichten solle, ihre Lieferungsverträge mit der Gemeinde Wien einzuhalten. Dagegen wurde eingewendet, daß in Böhmen und Mähren die Kartoffelernte im vorigen Jahre schlecht gewesen sei. Stadtrat Dr. Han ließ aber diesen Einwand nicht gelten und blieb dabei, daß keine Kürzung der Quote eintreten solle.

Der Stadtrat beschloß, mit Rücksicht auf die Knappheit der Vorräte, daß von nächster Woche an nur ein Kilogramm verabfolgt werden solle.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begab sich um 1 Uhr, um welche Stunde der Stadtratsbeschluß zustande kam, zum Ministerpräsidenten, um mit ihm in dieser Angelegenheit zu konferieren.

40

Die Wirtschaftsfragen.

Die Versorgung mit Brot und Mehl.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtete in der Sitzung des Herrenhauses gestern nachstehende Interpellation an den Ministerpräsidenten:

Die Bevölkerung der Stadt Wien leidet unter der ungenügenden Versorgung mit Brot und Mehl. Die Mehllquote wurde verlürzt, das Brot wird hauptsächlich — bis zu 80 Prozent aus Weizenmehl bereitet. Aber auch die Importe von Weizenmehl dürften nur mehr durch eine gewisse Zeit noch andauern. Die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung waren auf den Brotsfrieden gerichtet, den Graf Czernin mit der Ukraine in Bresl-Bitowsk abgeschlossen hat. Die Bevölkerung ist nun darüber tief beunruhigt, daß die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte verschern, während anscheinend seitens unserer Monarchie bisher keine geeigneten Maßnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen von Getreide zu sichern und mit aller Beschleunigung herbeizuschaffen. Diese Sicherung und Herbeischaffung unentbehrlicher Lebensmittel kann billigerweise nicht als ein feindseliger Akt gegen die Republik der Ukraine aufgefaßt werden, sondern erscheint als zweckmäßige Realisierung des Friedensvertrages. Da nun der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus erklärt hat, daß österreichisch-ungarische Truppen nicht in die Ukraine einmarschieren werden, fragen die Gefertigten an, welche anderen Maßnahmen hat die Regierung vorgeesehen, um im Interesse der nothleidenden und geängstigten Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern und innerhalb welcher Zeit sind solche Importe zu gewärtigen.

Die Einlösung der Mehlmarken.

Anlässlich der Herabsetzung der Mehllquote ist angeordnet worden, daß die Teilnehmer von Gemeinschafts- und ähnlichen Kriegsküchen den Küchenleitungen jeweils für 2 Wochen im vorhinein zehn Abschnitte ihrer Mehllarten abzugeben haben.

Nunmehr sind von verschiedenen Personen bei den Behörden Beschwerden darüber vorgebracht worden daß einzelne Konsumentenorganisationen, Konsumvereine und Mehlabgabestellen sich weigern, gegen Mehllarten, die anstatt der vollen 20 nur mehr 10 Abschnitte aufweisen, Mehl zu verkaufen.

Dieser Vorgang ist jedoch unzulässig; vielmehr sind auch Mehllarten, an denen sich nur mehr zehn oder selbst nur fünf Abschnitte befinden, unweigerlich unter Zugrundelegung der Gebühr von 25 Gramm Mehl für jeden Abschnitt einzulösen.

Eine Uebertretung dieser Anordnung könnte neben strafgesetzlicher Ahndung den Verlust der Gewerbeberechtigung oder der Anerkennung als privater Konsumenten-Organisation usw. zur Folge haben.

Die Wirtschaftsfragen.

Verwendung von verdorbenen Erdäpfeln.

Durch ungeeignete Aufbewahrungsorte oder langen Transport kommt es bedauerlicherweise vor, daß Erdäpfel erfrieren und dadurch ihren Geschmack verlieren. Ist der Erfrierungsprozeß noch nicht weit vorgeschritten und handelt es sich nur um kleine Quantitäten, so kann man sie auf folgende Weise zum menschlichen Genuß geeignet machen: Die Kartoffeln werden geschält und in ein Gefäß mit kaltem Wasser gegeben. Man läßt sie über Nacht wässern und stellt sie am nächsten Tag mit frischem Wasser zu. Handelt es sich aber um große Quantitäten, so kann man sich auf diese Weise natürlich nicht helfen, denn es halten sich die gefrorenen Erdäpfel doch kaum länger als acht Tage. Man muß sie also auf andere Weise verwerten und kann dies, indem man Erdäpfelmehl daraus bereitet. Die Stärke, welche in dem Erdäpfel enthalten ist, wird von der Krankheit desselben nicht berührt, weshalb man auch schlecht gewordene Erdäpfel mitverwenden kann. Die Erdäpfel werden gewaschen, geschält und auf einem scharfen Reibeisen in ein Gefäß mit kaltem Wasser gerieben. Unter fortwährendem Zusatz von frischem Wasser läßt man den Brei durch ein Sieb laufen. Den entstandenen Brei läßt man einen halben Tag lang stehen, gießt das rote Wasser ab und füllt unter Aufrühren reichlich frisches Wasser nach. Dies wiederholt man so lange, bis das Wasser rein bleibt. Dann gießt man dieses vollständig ab, streicht den milchigen Brei, der am Boden des Gefäßes zurückbleibt, auf flache Schüsseln oder Pergamentpapier und trocknet ihn. Die völlig getrocknete Masse wird fein zerbrückt und das so entstandene Mehl gut gesiebt.

Verkauf von eingelagertem Geflügel.

Am Ende dieser und in der nächsten Woche wird von der Wils- und Produkten-A.G. eingelageretes Geflügel (Gähner und Indiane) im Gesamtgewichte von rund 60.000 Kilogramm nach den Beisungen der Gemeinde Wien ausgegeben werden. Der Preis stellt sich im Detailverkauf auf 16 Kronen per Kilogramm. Der Verkauf wurde in jedem Bezirk an einige Geflügelhändler übertragen, die Verkaufsstelle wird durch eigene Ausschristen ersichtlich gemacht.

Aufsicht im Brotgetreideverkehr. Die Reichsgetreidestelle hat infolge der andauernden Verfehlungen gegen kriegswirtschaftliche Verordnungen, die in landwirtschaftlichen, Bäckerei- und Mühlenbetrieben festgestellt worden sind, eine schärfere planmäßige Ueberwachung dieser Betriebe angeordnet. Diese Ueberwachung erfolgt durch besondere Ueberwachungsbeamte der Reichsgetreidestelle und des zuständigen Gemeindeverbandes. Die Inhaber der Betriebe haben dafür zu sorgen, daß den Ueberwachungsbeamten bei ihrem unvermittelten Erscheinen auch bei Abwesenheit des Unternehmers der Zutritt zur Betriebsstätte während der Tagesstunden ermöglicht wird. Wenn eine Nachprüfung nicht durchgeführt werden kann, muß der Schluß gezogen werden, daß in diesem Betriebe verbotswidrige Handlungen vorliegen. Das würde im Sinne der Reichsgetreideordnung die Entziehung des Rechtes der Selbstversorgung oder die Schließung des Betriebes zur Folge haben.

Die drohende Kürzung der Kartoffelquote.

Wien, 2. März.

Wir haben vorgestern den Stadtratsbeschluss mitgeteilt, wonach die Kartoffelquote für die nächste Woche von 1 1/2 Kilogramm auf 1 Kilogramm herabgesetzt werden soll. Der Bürgermeister hat sich aber nach der Stadtratsitzung die Bestimmung der Kartoffelquote für heute selbst vorbehalten. Heute findet beim Bürgermeister eine Sitzung statt, welcher die drei Bezirksbürgermeister und sämtliche mit der Lebensmittelversorgung Wiens betrauten Magistratsfunktionäre zugezogen sein werden. Dem Vermehmen nach wird der Antrag gestellt werden, dem Stadtratsbeschluss von Donnerstag beizutreten und die Kartoffelquote für den Kopf und die Woche auf 1 Kilogramm festzusetzen. Die Gemeinde wird sich jedoch bemühen, alles vorzutheuern, um den Ausfall durch andere Nahrungsmittel zu ersetzen. Diesbezüglich haben in den Lagerhäusern der Gemeinde Wien Erhebungen stattgefunden.

Stadtrat Dr. Gein richtet folgende Zuschrift an uns: In der gestrigen Stadtratsitzung habe ich gegen die Verkürzung der Kartoffelquote für die nächste Woche Einspruch erhoben, weil es meines Erachtens bei energischer Einwirkung auf die Regierung möglich sein müßte, die zur Aufrechterhaltung der 1 1/2 - Kilogramm - Quote nötigen Kartoffeln aufzubringen. Die Kartoffelernte wurde ja offiziell auf 70 Millionen Hektarzentner geschätzt. Allerdings scheint es, daß sich die vom Ernährungsministerium im letzten Augenblicke vorgenommene, von uns bekämpfte Aenderung des Aufbringungsplanes wiederum nicht bewährt hat, und daß wie beim Getreide ein erheblicher Teil der Kartoffelernte im Wege des Schleichhandels und der Verfütterung bereits geschafft wurde.

Was den speziellen Versorgungsplan für Wien betrifft, so habe ich es schon im Herbst beanstandet, daß derselbe zu sehr auf galizischen Lieferungsverträgen beruhe. Die Versorgung Wiens muß bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen vor allem aus dem nahen Niederösterreich, Böhmen und Mähren besorgt werden. Böhmen und Mähren behaupten aber im Gegensaße zu anderweitigen Mitteilungen, daß sie eine schlechte Kartoffelernte gehabt haben und sperren sich von Wien ab. Das große Konsumtionszentrum Wien mit seinen mehr als zwei Millionen Einwohnern könnte vielleicht die Absperrung durch die Entente, kann aber unmöglich auf die Dauer die dreifache Absperrung durch die Entente, durch Ungarn und die österreichischen Kronländer aushalten.

Wenn die Regierung nicht einmal die Kraft aufbringt, die letztgenannte Absperrung zu beseitigen und sich dauernd allen Vorschlägen auf Besserung der Organisation verschließt, dann wird wohl früher oder später nichts anderes übrig-

bleiben, als daß, entsprechend dem von unserer Seite schon vor längerer Zeit gemachten Vorschlage, der ganze Gemeinde- rat, mit dem Bürgermeister an der Spitze, die Mandate niederlegt und der Regierung die Sorge und die Verantwortung für die Approximierung Wiens überläßt.

Die Lebensmittelversorgung.**Die Kürzung der Kartoffelquote.**

Im Anschlusse an unsere gestern veröffentlichten Mitteilungen über die für nächste Woche bevorstehende Kürzung der Kartoffelquote sendet uns Stadtrat Dr. Oskar Hein nachstehende Zuschrift:

Die Versorgung Wiens muß bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen vor allem aus dem nahen Niederösterreich, Böhmen und Mähren besorgt werden. Böhmen und Mähren behaupten aber im Gegensatze zu anderweitigen Mitteilungen, daß sie eine schlechte Kartoffelernte gehabt haben und sperren sich von Wien ab. Das große Konsumtionszentrum Wien mit seinen mehr als 2 Millionen Einwohnern könnte vielleicht die Absperrung durch die Entente, kann aber unmöglich auf die Dauer die dreifache Absperrung durch die Entente, durch Ungarn und die österreichischen Kronländer aushalten! Wenn die Regierung nicht einmal die Kraft aufbringt, die letztgenannte Absperrung zu beseitigen und sich dauernd allen Vorschlägen auf Besserung der Organisation verschließt, dann wird wohl früher oder später nichts anderes übrig bleiben, als daß entsprechend dem von unserer Seite schon vor längerer Zeit gemachten Vorschläge der ganze Gemeinderat, mit dem Bürgermeister an der Spitze, die Mandateniederlegt und der Regierung die Sorge und die Verantwortung für die Approvisionierung Wiens überläßt. Hochachtungsvoll Dr. Oskar Hein.

Einfuhrmöglichkeit für sibirische Butter.

Aus Fachkreisen wird uns berichtet: Der Friede mit Rußland kann eine starke Buttereinfuhr von Sibirien bringen, denn die Produktion hat während des Krieges wenig gelitten, die Ausfuhr war, bis auf solche über Archangelsk, unterbunden. Der Aufschwung der Buttererzeugung und -ausfuhr in den letzten 20 Jahren war enorm. 1897 wurden 73.000 Pud (à 16 $\frac{2}{3}$ Kg.) Butter aus Sibirien ausgeführt, die schon 1900 über eine Million Pud betragen hat und im Jahre 1913 auf vier Millionen Pud gestiegen ist. Nur zehn Prozent fanden im europäischen Rußland Absatz, 80 Prozent wurden durch dänische und deutsche Hände nach Westeuropa, insbesondere England verkauft. Unter den Deutschen befanden sich auch viele Oesterreicher, die in Kurgan und Barnaul ständig Butter einkauften und welche diese Plätze wieder aufsuchen werden, sobald die Möglichkeit der Reise und der Bringung der Ware vorhanden sein wird. Bei der Rührigkeit dieser Leute ist zu erwarten, daß bei nur halbwegs geregelten Bahnverbindungen sibirische Butter, die reichlich vorhanden sein dürfte, zu uns gelangen wird.

Maisbrot auch in Ungarn.

In Ungarn wird nun auch das Maisbrot eingeführt, allerdings ein Maisbrot, das sich die Wiener im Vergleich zu dem hier gelieferten gern gefallen lassen würden. Das ungarische Maisbrot enthält nur 25 Prozent Maiszusatz, also den dritten Teil der Maismenge des Wiener Maisbrotes, das bekanntlich an einer schon

nicht mehr zu überbietenden „Selbjucht“ leidet und ein förmlicher „Maisluchen“ ist.

Aus Budapest, 1. d., wird telegraphiert: Das Landesernährungsamt hat in Anbetracht der Abnahme der Weizenvorräte die Verfügung getroffen, daß in jenen Gegenden, deren Bewohner an den Gebrauch von Maisbrot gewöhnt sind, das Brot mit 25 Prozent Maismehl gemischt werden muß. Das Municipium Budapest erscheint von dieser Verfügung natürlich ausgenommen. Das Ernährungsamt will vorderhand die Mischung des Brotes mit Mais auf einen Monat verfügen in der Hoffnung, daß bis dahin die Weizen- und Roggenvorräte wieder größer werden. Das Ernährungsamt glaubt, daß diese Verfügung zu keinerlei Kalamitäten führen dürfte, da das Brot auch bei einem Maiszusatz von 25 Prozent noch immer als sehr gut zu bezeichnen ist.

Die Approvisionnement im Kriege.**Zur beabsichtigten Herabsetzung der
Kartoffelquote.**

Der Obmann des fortschrittlichen Parteiverbandes im Wiener Gemeinderat Stadtrat Doktor Oskar Sein übersendet uns folgende Erklärung:

In der gestrigen Stadtratsitzung habe ich gegen die Verkürzung der Kartoffelquote für die nächste Woche Einspruch erhoben, weil es meines Erachtens bei energischer Einflussnahme auf die Regierung möglich sein müßte, die zur Aufrechterhaltung der 1½-Kilogramm-Quote nötigen Kartoffeln aufzubringen. Die Kartoffelernte wurde ja offiziell auf 70 Millionen Meterzentner geschätzt. Allerdings scheint es, daß sich die vom Ernährungsministerium im letzten Augenblick vorgenommene, von uns bekämpfte Aenderung des Aufbringungsplanes wiederum nicht bewährt hat und daß, wie beim Getreide, ein erheblicher Teil der Kartoffelernte im Wege des Schleichhandels und der Verfütterung beiseite geschafft wurde. Was den Versorgungsplan für Wien betrifft, so habe ich es schon im Herbst beanstandet, daß derselbe zu sehr auf galizischen Lieferungsverträgen beruhte.

Die Versorgung Wiens muß bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen vor allem aus dem nahen Niederösterreich, Böhmen und Mähren besorgt werden. Böhmen und Mähren behaupten aber im Gegensatz zu anderweitigen Mitteilungen, daß sie eine schlechte Kartoffelernte gehabt haben, und sperren sich von Wien ab. Das große Konsumtionszentrum Wien mit seinen mehr als zwei Millionen Einwohnern könnte vielleicht die Absperrung durch die Entente, kann aber unmöglich auf die Dauer die dreifache Absperrung durch die Entente, durch Ungarn und die österreichischen Kronländer aushalten.

Wenn die Regierung nicht einmal die Kraft aufbringt, die letztgenannte Absperrung zu beseitigen und sich dauernd allen Vorschlägen auf Besserung der Organisation verschließt, dann wird wohl früher oder später nichts anderes übrig bleiben, als daß entsprechend dem von unsrer Seite schon vor längerer Zeit gemachten Vorschlage der ganze Gemeinderat mit dem Bürgermeister an der Spitze die Mandate niederlegt und der Regierung die Sorge und die Verantwortung für die Approvisionnement Wiens überläßt.

Hochachtungsvoll

Dr. Oskar Sein

Die Schleichwege des Mehlhandels.**Verhaftung eines Abvolaturkonzipienten bei der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt.**

Man wundert sich oft darüber, wie beschlagnahmte und dann nur in zugemessenen Mengen gegen Bezugsschein ausgegebene Lebensmittel doch in größeren Quantitäten in den Schleichhandel kommen können und ohne Bezugsmarken aber für sehr teures Geld zu haben sind. Ein solcher Schleichweg für den Handel mit Mehl wurde mit dank der Vorsicht in der Verwaltung der Konsumanstalt der Darangestellten und dank den sofort eingeleiteten zweckentsprechenden Maßnahmen des Kriegswucheraamtes aufgedeckt, noch bevor der Betrug ausgeführt werden konnte, der die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl schwer geschädigt hätte. Drei Personen, unter ihnen ein Angestellter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, wurden verhaftet. Der Fall zeigt einen der mancherlei Schleichwege, auf denen Lebensmittel der Allgemeinheit entzogen und dem preisstreiberischen Handel zugeführt werden.

Vor kurzem erschien beim Konsumverein der Darangestellten auf der Schottenbastei der Jurist **Christ Mral**, **Barstengasse Nr. 7** wohnhaft, und erbot sich dem Kanzleileiter Herrn **Uckermann**, wöchentlich 500 Kilogramm Mehl zu sieben Kronen für das Kilogramm zu liefern. Herr Uckermann war sich sofort darüber klar, daß entweder ein verbotener Betrug vorliege oder daß das Mehl auf unrechtmäßige Weise in den Besitz des Juristen gelangt sei. Auf nähere Fragen erklärte Mral, daß er nichts Näheres wisse, da er nur von einem Freunde beauftragt sei, das Angebot zu machen, und daß er auch keine Vorauszahlung verlange, sondern das Geld erst nach erfolgter Ablieferung einzulassen werde.

Bei einer zweiten Zusammenkunft wurde **Christ Mral** dem Obmann des Konsumvereines Herrn **Wilhelm Weiß** vorgestellt und teilte demselben mit, daß sein Freund, für den er das Angebot überbracht habe, Beamter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sei und daß dieser Freund, der in der **Barstengasse Nr. 10** wohnende Jurist **Franz Maican**, auch in der Lage wäre, wöchentlich Bezugsscheine auf 1000 Kilogramm Mehl auszustellen und dasselbe dann dem Konsumverein zu liefern. Die Verwaltung des Konsumvereines erstattete nunmehr dem Kriegswucheraamt die Anzeige und es erfolgte die Verhaftung der beiden Juristen. Bei seiner ersten Einvernahme erklärte **Maican**, daß er den **Mral** gar nicht kenne und ihm nie einen derartigen Auftrag übergeben hätte. Nun wurden aber bei **Mral** 175 blaue, noch ungestempelte Coupons vom Mehlbezugschein gefunden, und es war klar, daß er diese Coupons nur von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt erhalten haben konnte, denn dort werden die Coupons gesammelt, nachdem den verschiedenen Konsumanstalten oder Verschleißern auf Grund der Anweisung das Mehl zugewiesen worden ist. Die Coupons sollen abgestempelt und, wenn die Mehlzugeweiung erfolgt ist, einige Zeit nachher vernichtet werden. — **Mral** war also offenbar in den Besitz der noch nicht abgestempelten Coupons gelangt. Die weiteren Nachforschungen des Kriegswucheraamtes führten nun zu der Schlussfolgerung, daß der Abvolaturkonzipient **Dr. Emil Breziga, Bogers-**

gasse Nr. 6, der als Beamter bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt beschäftigt ist, vor einigen Wochen einem Praktikanten der Kontrollabteilung widerrechtlich den Auftrag erteilt haben müsse, ihm die gesammelten Coupons zu übergeben. **Doktor Breziga** leugnet nun zwar, aber es besteht der Verdacht, daß er die ungestempelten Bezugsscheinabschnitte gesammelt hat, um sie dem Juristen **Maican** zu liefern, mit dem er viel verkehrte. Wenn der Betrug gelungen wäre, wären also ganz beträchtliche Mehlmengen in den Schleichhandel gebracht worden. Die drei Verhafteten wurden gestern dem Landesgericht eingeliefert.

Bericht des Bürgermeisters.

(Schluß.)

Die Herabsetzung der Mehlquote.

Was vorherzusehen war, ist eingetroffen — der leitende Minister des Zentralernährungsamtes hat mit Erlaß vom 8. Feber Zahl 9000 das bisher pro Monat und Kopf mit 8 Kilo 40 Deka festgesetzte Mehlquantum um 1 Kilo 8 Deka, daher auf 6 Kilo 60 Deka herabgesetzt, wovon ein viertel Teil aus Maismehl besteht. Dem entsprechend wies das Landeszentralernährungsamt für die Zeit vom 15. Feber bis 15. März nur mehr 40 Waggon's Mehl an, und zwar dreißig Waggon's Brotfruchtmehl und zehn Waggon's Maismehl. Dementsprechend werden vom 1. März angefangen pro Kopf und Monat statt der bisherigen 3 Kilo 60 Deka Roggmehl und 4 Kilo 80 Deka Brotmehl nur 2 Kilo 60 Deka Roggmehl und resp. 4 Kilo Brotmehl ausgefolgt werden. Demgemäß müßten wir auch das Gewicht des Brotes von 1 Kilo 70 Deka auf 1 Kilo 40 Deka herabsetzen. Nachdem mit der Herabsetzung der Kopfsquoten auch die Inanspruchnahme der bei einzelnen vorfindlichen überschüssigen Borräte angeordnet wurde, sind, wie es schon im Jahre 1916 geschah, alle, die sich ihren ganzjährigen Mehlvorrat unter zu Grundlegung der bisherigen Kopfsquote beschaffen, verpflichtet, die Differenz zwischen der bisherigen und derzeitigen Kopfsquote abzuliefern. Ich hoffe, daß wie im Jahre 1916 auch bei dieser Gelegenheit jedermann, der mehr Mehl besitzt, als ihm laut der festgesetzten Kopfsquote für die noch rückständigen 6 Monate des Versorgungsjahres gebührt, den Ueberschuß auf meine auf dem Ministerialerlaß stehenden Aufforderung abliefern und mich verschonen wird, daß ich im Falle der Nuklosigkeit meiner Aufforderung gezwungen wäre, die Requirierung des Ueberschusses von Haus zu Haus anzuordnen.

Nachdem leider das Landeszentralernährungsamt die das Mehl ersetzenden sonstigen Lebensmittel, wie Gerstiel, Hirse usw., wegen Mangel an Vorrat uns nicht zur Verfügung stellen kann, und auch an Kartoffeln Mangel herrscht, so ist es sowohl Pflicht der Behörde als auch der Bewohnerschaft, mit der größten Sparsamkeit vorzugehen, weil wir nur so imstande sein werden, mit der für die noch rückständigen sechs Monate des Versorgungsjahres uns zur Verfügung stehenden Mehlquantität den Bedarf nach Möglichkeit zu decken und bis zur nächsten Ernte sicherzustellen.

Fett, Zucker, Petroleum.

Bezüglich der Versorgung mit Fett war in diesem Monate kein Anstand. Wir konnten nicht nur die Anweisungen für Feber, sondern auch für März einlösen und können vielleicht noch einigen Vorrat zurücklegen.

In meinem vormonatlichem Bericht erwähnte ich, daß es wiederholt vorkam, daß einzelne Bezugsberechtigte besonders keinen Zucker und kein Petroleum erhalten konnten, trotzdem den Kaufleuten zum Verkauf gegen Anweisungen soviel Zucker und Petroleum angewiesen wurde, daß die für die Anweisungen obkommende Quantität vollkommen gedeckt war.

Nachforschend, was die Ursache sein konnte, daß einzelne Bezugsberechtigte ihre Anweisungen dennoch nicht einlösen konnten, überzeugten wir uns, daß, wie dies auch in einzelnen anonymen Briefen geklagt wurde, einzelne Kaufleute mit den ihnen zum Verkauf gegen Anweisungen ausgefolgten Lebens- und Haushaltsartikeln, namentlich mit dem von der Landbevölkerung sehr gesuchten Zucker und Petroleum einen unerlaubten Tauschhandel treiben.

Nachdem der Zucker und das Petroleum kontingentiert ist und die hiesigen Kaufleute den ihnen zum Verkauf übergebenen Zucker und Petroleum nur hiesigen Einwohnern und auch diesen nur gegen Anweisungen verkaufen dürfen, ordnete ich die Wegnahme des durch nicht in Pozsony wohnende, mittels Wagen oder sonst wegzuführen beabsichtigten Zuckers und Petroleums an und forderte den Oberstadthauptmann und den Hon.-Magistratsrat Julius Moravsek auf, das Polizei- resp. Mantpersonal entsprechend zu instruieren, die Landbewohner streng zu kontrollieren und den bei denselben vorgefundenen Zucker sowie Petroleum, welches selbe von hier wegzuführen beabsichtigen, zu beschlagnahmen, dem städt. Ernährungsamt zu übergeben und behufs Einleitung des Uebertretungsverfahrens die Anzeige zu erstatten.

Die Kürzung der Kartoffelquote.

Von fachlicher Seite.

In der morgen beginnenden Woche wird in Wien nur ein Kilogramm Kartoffeln für den Kopf zur Ausgabe gelangen. Diese Insolvenzerklärung der Kartoffelstelle des Bezirkswirtschaftsamtes der Reichshauptstadt ist eine harte Maßregel, die wenig von ihrer Schärfe dadurch verliert, daß gleichzeitig versichert wird, die Kürzung der Quote um ein Drittel sei nur eine vorübergehende Maßnahme und es sei alles in die Wege geleitet, um der Bevölkerung ehestens wieder die bisher verabreichte Kartoffelmenge zugänglich zu machen. Der Glaube an derartige Verheißungen ist in der letzten Zeit zu oft und auf eine zu schwere Probe gestellt worden, der nicht eingelösten Wechsel kursieren bereits zu viele, als daß nicht auch diesmal berechtigte Zweifel laut werden müßten.

Zwei Monate des laufenden Jahres sind erst verstrichen. Was wurde aber in dieser kurzen Spanne Zeit der Bevölkerung nicht schon zu den früher bestandenen drückenden Lasten der Hinterlandswirtschaft neu aufgebürdet? Kürzung der Mehlsquote auf die Hälfte, völliges Verschwinden des Fleisches von den öffentlichen Märkten bei gleichzeitiger rapider Steigerung der Preise für Wurstwaren, Störungen in der Brotversorgung, in solchen Zeiten muß die Kürzung eines Lebensmittels, das neben dem Brot die einzig wirklich hungerstillende Speise bedeutet, doppelt schwer empfunden werden. Vergebens sucht man nach der Erklärung, warum das so kommen mußte, denn es ist noch nicht so lange her, seit uns von der berufensten Stelle versichert wurde, die Kartoffelernte des Vorjahres mit ihrem Ertrag von nahezu sieben Millionen Meterzentner werde ausreichen, um die unentbehrlichen Bedürfnisse der Bevölkerung bis zur Einbringung der Frühgemüse sicherzustellen. Bis dahin ist noch ein gutes Stück Weges und die im September aufgestellte Rechnung muß ganz grundlegende Fehler aufweisen, wenn sich schon zu Beginn des März zeigt, daß einschneidende Streckungsmaßregeln notwendig sind, um der Bevölkerung überhaupt noch für eine gewisse Zeit die Kartoffelnahrung geben zu können. Um bei dem gewählten Bilde zu bleiben: Der Schuldner muß rechtzeitig für die Deckung seiner Akzente Vorsorge treffen, damit seine Unterschrift nicht nöteidend werde. Vor mehr als fünf Wochen hat der Wiener Magistrat den 9. März als den Zeitpunkt angeben müssen, an welchem die städtischen Vorräte an Kartoffeln erschöpft sein werden. Was ist in diesen fünf Wochen vorgekehrt worden? Könnte überhaupt etwas vorgekehrt werden? Ist es wirklich das Fehlen der Ware oder war sie in genügendem Maße vorhanden und wurde nicht rechtzeitig sichergestellt? Oder war auch letzteres der Fall und besteht nur die Unmöglichkeit, sie rechtzeitig an den Verbrauchsort zu bringen?

Die Festsetzung der amtlichen Höchstpreise für Kartoffeln im Wirtschaftsjahre 1916/17 und der damalige Aufbringungsplan hatten sich nicht bewährt und es war deshalb für den heurigen Winter nach neuen Wegen gesucht worden, um sowohl den Anlieferungsseifer der Produzenten zu heben, wie auch alles zu vermeiden, was im Vorjahre zum Schaden der Allgemeinheit durch Erfrieren und Verderben zwecklos zugrundegegangen war. Die Preise waren erhöht und gleichzeitig eine Zerteilung vorgenommen worden für Kartoffeln, die vor Eintritt der Frostperiode zur Ablieferung kommen und für Ware, die vom häuerlichen Erzeuger auf eigene Gefahr über den Winter eingemietet wird. Damit sollte erreicht werden, daß der Produzent entweder möglichst viel im Spätherbst zur Ablieferung bringt oder aber für die sachgerechte Aufbewahrung gegen entsprechende Entschädigung für Schwund- und Verzugszinsen dafür sorgt, daß von der kostbaren Frucht möglichst wenig verloren geht, wenn nach Eintritt der Schneeschmelze die Mieten geöffnet und die Kartoffeln mit der Eisenbahn verfrachtet werden sollen. Aber auch sonst wurden andere Wege betreten. Nicht gleich und zielbewußt vom Anfang an, sondern schwankend und unter dem Drucke der Öffentlichkeit. Man erinnert sich an die peinlichen Szenen, von denen der Rucksackverkehr begleitet war, als Gendarmerie, Polizei- und Finanzwachorgane die Reisenden visitierten, die es versuchten, das, was ihnen der Wiener

Markt nicht bot, auf dem eigenen Rücken vom flachen Lande in die Stadt zu bringen. Nach langem Zögern entschloß man sich endlich, auch in der Kartoffelversorgung das bis dahin starre System der staatlichen Bewirtschaftung teilweise zu durchbrechen und vorübergehend dem freien Handel einen gewissen Spielraum zu lassen, indem es im Oktober gestattet wurde, Kartoffeln freihändig anzukaufen und nach Wien zu bringen. Leider haben die damaligen Transportverhältnisse, es handelte sich um die Zeit der Offensive gegen Italien, diese Selbstversorgung der städtischen Konsumzentren sehr erschwert. Mancher, der über die nötigen Lagerräume und auch über die nötigen Geldmittel verfügt hätte, um im Winter mit seinen Kartoffelanprüchen nicht der Gemeinde zur Last zu fallen, vermochte die bereits getätigten Abschlüsse nicht wirklich durchzuführen und mußte sich die Kartoffel-

karte bewerbten. Ein Fehler war es auch, den sechsten Teil des Wiener Bedarfes auf Lieferungsverträge aus Galizien zu basieren. Je länger die Transportstrecke ist, desto wahrscheinlicher werden in den gegenwärtigen Zeitläuften Störungen, desto schwieriger wird es, die Erfüllung der eingegangenen Verträge durchzusetzen. Niederösterreich allein reicht allerdings nicht aus, um aus seiner Ernte sich selbst und auch nach Wien zu versorgen. Dies müßte in erster Linie aus Böhmen und Mähren her geschehen.

Damit kommt das Problem aber auf jenen Punkt, der auch bei der Versorgung mit anderen Lebensmitteln eine so große Rolle gespielt hat. Soweit amtliche Berichte vorliegen, war die Kartoffelernte in diesen beiden Kronländern nicht ungünstig. Aber nicht nur daß die Aufbringung von Lebensmitteln in gewissen Teilen von Böhmen und Mähren auf Widerstand gestoßen, die leidliche Absperrungspolitik der Kronländer hat sich auch hier wieder gezeigt. So konnte Wien vor Frosteintritt nicht jene Mengen in das Weichbild der Stadt bringen, die bis in den März hinein die ohnedies karge Quote von anderthalb Kilogramm sichergestellt hätten. Sie kann wirklich als karg bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß der Berliner nahezu das Doppelte an Kartoffeln bezieht. Dann kam der Frost, wohl später als kalendarisch vorhersehbar, aber immer noch zu früh für die Versorgung Wiens. Drei Monate haben die Zuschübe an Kartoffeln geruht. Am 24. Januar meldete der Magistrat dem Volksnährungsamt, am 9. März würden die Vorräte der Gemeinde Wien erschöpft sein. Das gleichzeitig gestellte Ansuchen um Beschleunigung neuer Kartoffellieferungen, das seither einmalig wiederholt und auch bei der Statthalterei und bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt vorgebracht worden, hat keine Aenderung der Situation herbeigeführt. Aus Böhmen und Mähren scheint nichts mehr zu haben zu sein, wenigstens nicht mit den Exekutivmitteln, die dem Ernährungsamte zur Verfügung stehen. In Galizien dagegen hat im Gegensatz zu Niederösterreich noch in der vorigen Woche Frostwetter geherrscht, das den Kartoffeltransport unmöglich gemacht hat.

So bleibt der Bevölkerung Wiens zunächst nur die Hoffnung, daß die meteorologischen Verhältnisse in den nördlichen Kronländern möglichst bald die Zufuhr von Kartoffeln aus diesen Gebieten möglich machen. Und sie klammert sich weiter an die Zusage aus dem Rathause, daß alles vorgekehrt werden soll, um den Ausfall durch andere Nahrungsmittel zu ersetzen. Wenn diese Faktoren nicht versagen, dann wird es vielleicht nicht allzulange währen, bis die kommunalen Vorräte wieder etwas aufgefüllt sind, um zu der bisher in Geltung gestandenen Quote zurückkehren zu können. Der neue Präsident des Ernährungsamtes wird aber unter allen Umständen aus diesem Vorkommnis gewichtige Lehren zu ziehen haben für den Aufbringungs- und Verteilungsplan mit Kartoffeln im nächsten Winter. Wie das Beispiel der Stadt Wien zeigt, hat auch der heuer eingeschlagene Weg nicht zu dem gewünschten Resultat geführt. Vielleicht wird man im Herbst 1918 rechtzeitig und schrankenlos dem freien Handel wieder jene Rechte gewähren, die ihm in der Versorgung der Öffentlichkeit gebühren. Es mehrten sich in jüngster Zeit die Stimmen, die es als einen schweren Mißgriff bezeichnen, daß man der zentralen Bewirtschaftung, der Allmacht des Staates und seiner Organe zu viel zugetraut und jene Elemente ausgeschaltet hat, die in ständiger Fühlung mit der produzierenden Bevölkerung mehr Ware aufzubringen vermögen als die amtlich legitimierte Einkäufer und die sich auch besser auf Beförderungs- und Lagerungsverhältnisse verstehen als der bürokratische Apparat. Gerade die Kartoffel ist durch ihre Eigenart für den Versuch einer Rückbildung der gegenwärtigen Lebensmittelversorgung auf dem Wege zum freien Handel am besten geeignet.

Ein Kilogramm Kartoffeln für den Kopf und die Woche.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche mit 1 Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise, und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes II der Kartoffelkarte.

Aus dem Rathaus wird gemeldet: Mit Bezug auf die Erklärung des Herrn Stadtrates Dr. Oskar Hein, daß es bei energischer Einflußnahme auf die Regierung möglich sein müßte, die zur Aufrechterhaltung der 1½-Kilogramm-Quote nötigen Kartoffeln aufzubringen und daß der Versorgungsplan für Wien zu sehr auf galizischen Lieferungsverträgen beruhe, wird mitgeteilt:

Bereits am 24. Januar hat der Magistrat an das k. k. Amt für Volksernährung über den Stand der Kartoffelvorräte berichtet und schon damals den 9. März als den Zeitpunkt angegeben, an welchem die städtischen Vorräte erschöpft sein werden. Gleichzeitig wurde die Ablieferung der noch ausstehenden Vertragskartoffeln eingeleitet. Mitte Februar wurde das Amt für Volksernährung neuerlich auf den Stand der städtischen Kartoffelvorräte aufmerksam gemacht und abermals ersucht, den Beginn der Kartoffelanlieferungen zu beschleunigen. Auch seit dieser Zeit wurde wiederholt, sowohl beim Amt für Volksernährung, als auch bei der niederösterreichischen Statthalterei und der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch die Organe der Gemeinde Wien vorgesprochen und auf den schleunigen Beginn der Anlieferungen gedrungen.

Vom Amte für Volksernährung wurde auch im kurzen Wege mitgeteilt, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, Kartoffeln nach Wien zu bringen. Daß die Kartoffelanlieferungen trotzdem bisher noch nicht einsetzen konnten, liegt in den Witterungsverhältnissen begründet, da in Galizien noch bis 23. Februar Frostwetter, beziehungsweise Schneefall, herrschte und auch in den anderen Kronländern die Witterungsverhältnisse nicht günstig waren. Erfahrungsgemäß setzt eine größere Kartoffelanlieferung schon aus technischen Gründen nur allmählich und nicht mit einem Male in der ganzen Stärke ein und erreicht nur nach und nach die erforderliche Höhe. Das Amt für Volksernährung hat im übrigen der Gemeinde Wien mitgeteilt, daß alle Maßnahmen getroffen worden seien, um bereits im Laufe der nächsten Woche derartige Mengen Kartoffeln nach Wien zu bringen, daß eine Stockung in der Kartoffelversorgung vermieden werden kann.

Der Versorgungsplan für Wien beruht keineswegs in erheblichem Maße auf galizischen Lieferungsverträgen. Der Bedarf Wiens für die ganze Versorgungszeit vom Oktober 1917 bis einschließlich Juni 1918 beträgt bei der 1½-Kilogrammquote rund 12.000 Waggons Kartoffeln. Von diesen wurden nur

rund 2.000 Waggons im Wege von Lieferungsverträgen in Galizien sichergestellt, also nur ein Sechstel des Bedarfes.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat gestern beim Präsidenten Dr. Paul des Ernährungsamtes und heute neuerlich beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vorgesprochen und unter Hinweis auf die Lage auf die nachdrücklichste Förderung der Kartoffelzuschübe gedrungen.

Die Schleichwege des Mehlhandels.

Eine Verhaftung bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt.

Vor kurzem erschien beim Konsumverein der Bankangestellten auf der Schottenbastei der Jurist Cyril Wrat, VII., Pfarrergasse 7, und machte dem Kanzleileiter Herrn Adermann den Vorschlag, ihm 500 Kilo Mehl zu 7 K. für das Kilogramm wöchentlich zu liefern. Herr Adermann war sich sofort klar, daß entweder ein versuchter Betrug vorliege oder daß das Mehl auf unrechtmäßige Weise in den Besitz des Juristen gelangt sei. Auf weitere Fragen erklärte Wrat, daß er nichts Näheres wisse, da er nur von einem Freunde beauftragt sei, das Mehl zu machen, daß er keine Vorauszahlung verlange, sondern das Geld erst nach erfolgter Ablieferung zu bezahlen sei.

Bei einer zweiten Zusammenkunft zwischen Cyril Wrat und dem Obmann des Konsumvereins Herrn Wilhelm Weiß teilte der Jurist mit, daß sein Freund, für den er das Mehl überbracht hatte, Beamter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sei und daß dieser Freund, der in der Pfarrergasse 10 wohnende Jurist Franz Maicen auch in der Lage wäre, die Bezugscheine auf 1000 Kilo Mehl wöchentlich auszustellen, welche dann dem Konsumverein geliefert würden. Die Verwaltung des Konsumvereins erstattete dem Kriegswucheramte die Anzeige, und es erfolgte die Verhaftung der beiden Juristen. Bei seiner Einvernahme erklärte Maicen, daß er den Wrat gar nicht kenne und ihm nie einen derartigen Auftrag übergeben hätte.

Nun wurden aber bei Wrat 175 blaue, noch ungestempelte Coupons von Mehlbezugscheinen gefunden. Es war klar, daß er diese Coupons nur von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt erhalten haben konnte, denn dort werden die Coupons gesammelt, nachdem auf Grund der Anweisung den verschiedenen Konsumanstalten oder Verschleißern das Mehl zugewiesen worden ist. Diese Coupons sollen abgestempelt sein, und wenn die Mehlzugewiesung erfolgt ist, soll einige Zeit nachher die Vernichtung dieser Coupons erfolgen.

Die weiteren Nachforschungen des Kriegswucheramtes ergaben, daß der Advokaturkonzipient Dr. Emil Breziga, III., Lagergasse 6, der als Beamter bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt beschäftigt ist, vor einigen Wochen einem Praktikanten der Kontrollabteilung, widerrechtlich den Auftrag erteilt hat, ihm die gesammelten Coupons zu übergeben. Dr. Breziga leugnet zwar, aber es besteht der Verdacht, daß er die ungestempelten Bezugscheinabschnitte gesammelt hat, um sie dem Juristen Maicen zu übergeben, mit dem er viel verkehrt. Wenn der Betrug gelungen wäre, wäre die Bevölkerung um große Mengen von Mehl verfürzt worden. Die drei Verhafteten wurden gestern dem Landesgerichte eingeliefert.

H. M. 1918

83

Verfälschter Betrug mit Mehlsorten bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt.

Wien, 4. März.

Am 21. v. M. erschien ein junger Mann im Konsumverein der Bankangestellten, Schottenbastei 6, und sagte dem Kanzleileiter Samuel Udermann, er könne Mehl bis 500 Kilogramm in der Woche um 7 K. für das Kilogramm gegen amtliche Bezugsscheine verkaufen. Die Nennung seines Namens verweigerte er mit der Begründung, sein Name tue nichts zur Sache, er sei nur der Bote und werde im Falle der Annahme eine Zusammenkunft mit dem eigentlichen Mittelsmann im Kaffeehaus bewirken. Der Kanzleileiter bestellte daher den Mann für den Abend und diesmal war der Unterredung der Obmann des Konsumvereines Friedrich Wilhelm Weiß beigezogen. Der Mann erklärte, er könne zur Erhöhung des Mehlsquantums Mehlsortenabschnitte, die auf der Rückseite mit der Stampfalie des Vereines zu versehen wären, zur Einreichung bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zur Verfügung stellen. Da der Vorschlag einer Zusammenkunft im Kaffeehaus nicht angenommen wurde, brachte der Fremde den von ihm bezeichneten Auftraggeber. Dieser gab an, er sei bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt angestellt, alle einzureichenden Mehlsortenabschnitte gingen durch seine Hand, ebenso alle einlangenden Gesuche um Erhöhung der Mehlszuweisung. Er wies 150 unangefüllte Abschnitte vor, welche er dem Vereine als Beleg des von ihm vorgeschlagenen Gesuches an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt zur Verfügung stellte, und erklärte sich bereit, ein Wochenquantum von 1000 Kilogramm und sogar mehr zu liefern. Der Obmann des Konsumvereines ließ den Mann verhaften. Er ist der absolvierte Jurist Zyrill Ratzl, 1890 zu Ceporano im Küstenlande geboren, Pfarrergasse 7, wohnhaft. Im Kriegswucheramt nannte er als Urheber des Planes den absolvierten Juristen Franz Majcen, 1889 zu Bosse in Steiermark geboren, Pfarrergasse 10, wohnhaft. Dieser wurde gleichfalls verhaftet. Er bezeichnete aber die Angabe Ratzls als unwahr. Bei Ratzl wurden 175 blaue ungestempelte Mehlsortenabschnitte gefunden. Sie stammen von Mehlsortenkarten, die seitens der Brot- und Mehlskommissionen noch vor der Anmeldung bei der Abgabestelle infolge einer im Verpflegsstande der Partei vorgekommenen Veränderung amtlich eingezogen und durch neue Karten ersetzt wurden. Diese Mehlsortenkarten werden von der Kontrollabteilung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ausgeschieden und beiseite gelegt, um nach Ablauf der Rationierungsperiode eingestampft zu werden.

Der als Beamter bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt angestellte Dr. Emil Brezigar, 1886 zu Doberdo im Küstenlande geboren, Lagergasse 6 wohnhaft, hatte vor ungefähr sechs bis acht Wochen einem in der Kontrollabteilung der Anstalt beschäftigten Praktikanten den dienstlichen Auftrag erteilt, die mit Coupons versehenen und in der Anstalt als unzulässig bezeichneten Bezugskarten ihm abzuliefern. Tatsächlich hatte der Praktikant wöchentlich je nach dem Einlauf 10 bis 15 Stück solcher Karten an Dr. Brezigar abgeliefert. Vor Mitte Februar hat Dr. Brezigar den Praktikanten beauftragt, diese Karten nicht mehr an ihn abzuliefern, sondern sie bei der Brotartenkontrolle zur Einstampfung abzugeben. Ungefähr um dieselbe Zeit fand der Praktikant auf seinem Tische ein Paket solcher Mehlsortenkarten vor, die er nach der neuen Weisung des Dr. Brezigar mit dem Stempel „unzulässig“ versah und in der Brotartenabteilung abgab. In diesem Paket wurden 41 ungestempelte Brotartenabschnitte der vorhergehenden Mehlsortenperiode gefunden. Diese Karten waren offenbar zur eventuellen Begebung vorbereitet. Da die besagten Mehlsortenkarten für die Kriegsgetreideverkehrsanstalt unbrauchbar sind, besteht der Verdacht, daß Dr. Brezigar diese Karten an sich abliefern ließ, um die Abschnitte abzutrennen und zur Verübung des Betruges zu verwenden. Dr. Brezigar ist mit Majcen, von dem Ratzl die Abschnitte für sein Angebot erhalten hat, befreundet und wurde mit den beiden verhaftet und dem Landesgericht übergeben.

4. / III. 1918.

4
54

Brot- und Mehrationierung

(Verfügung des Schweizerischen Militärdepartements vom 20. Februar 1918)

Das Schweizerische Militärdepartement hat verfügt: Für den Monat März 1918 werden die Brot- und Mehrationen wie folgt festgesetzt:

a) Für die polizeilich angemeldete Bevölkerung wird die normale Ration, unter Vorbehalt der unter lit. d angeführten Bestimmung, auf 225 Gramm Brot pro Tag und 350 Gramm Mehl pro Monat festgesetzt.

b) Die Zusatzration für Schwerarbeiter beträgt 100 Gramm Brot pro Tag; die dieser Kategorie angehörenden Bezugsberechtigten werden zwei Zusatzbrotkarten erhalten.

c) Unter Vorbehalt der unter lit. b und d dieses Artikels vorgesehenen Bestimmungen wird die Zusatzration für Minderbemittelte, die Brot zu herabgesetzten Preisen beziehen, in der Regel auf 50 Gramm Brot pro Tag festgesetzt. Immerhin sollen die Gemeindebrotkartenstellen die Anzahl der jeder Familie abgegebenen Zusatzbrotkarten in den Fällen herabsetzen, wo eine solche Reduktion durch die Umstände gerechtfertigt erscheint.

d) Für alle Kinder unter zwei Jahren wird die Ration auf 150 Gramm Brot pro Tag und 500 Gramm Mehl pro Monat festgesetzt; sie haben somit kein Anrecht auf die Zusatzbrotkarte.

4./III. 1918.

4
55

* Verkürzung des Brotanteils der Selbstversorger. Auf Anordnung des Oberpräsidenten ist für den Bereich der Provinz Brandenburg mit Wirkung vom 1. März d. J. ab die den Selbstversorgern zustehende Kopfmenge an Brotgetreide um 2 Kg. je Monat herabgesetzt worden. Zur Ernährung der Selbstversorger dürfen also auf den Kopf für die Zeit vom 1. März ab an Brotgetreide monatlich nur noch 6,5 Kg. verwendet werden. Von der laufenden Versorgungszeit wird auf die bereits zugeteilten Getreidemengen 1 Kg. auf die nächste Versorgungszeit angerechnet. Ferner haben die Ortsbehörden nach einer Bekanntmachung des Landrats des Kreises Teltow sogleich von den Selbstversorgern die hiernach noch abzuliefernden Getreidemengen abzunehmen und den Kommissionären der Reichsgetreidestelle umgehend abzuliefern.

Anbau und Preisregelung der Frühkartoffeln.

WTB Berlin, 4. März. (Telegr.) Vom Kriegs-
ernährungsamt wird amtlich mitgeteilt:

Ein möglichst umfangreicher Anbau von Frühkartoffeln in allen Gegenden, die sich dazu eignen, ist auch in diesem Jahre ganz besonders geboten. Wie im vergangenen Jahre werden die frühesten Sorten, die in Mistbeeten, Treibhäusern und gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, von der Festsetzung eines einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und von der öffentlichen Bewirtschaftung, und zwar bis zum 30. Juni, ausgenommen bleiben. Mit dem 1. Juli muß jedoch mit Rücksicht auf die Lage der Vorräte die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln einsehen. Wie bereits früher mitgeteilt, ist damit zu rechnen, daß im Monat Juli der Höchstpreis für Frühkartoffeln nirgend unter 8 M für den Zentner festgesetzt werden wird. Um den großen Verschiedenheiten innerhalb der einzelnen Anbaugebiete in der Ergiebigkeit und in der Reifezeit der Frühkartoffeln gerecht zu werden, ist in Aussicht genommen, die Landes- und Provinzialkartoffelstellen wiederum zu ermächtigen, je nach den Verhältnissen in ihrem Amtsbereich mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle eine Erhöhung des Julipreises wie im Vorjahre bis zur zulässigen Höchstgrenze von 10 M vorzunehmen und schon jetzt bekanntzugeben. In gleicher Weise soll vom 1. August an durch die Vorstände der Landes- und Provinzialkartoffelstellen, in denen Erzeuger, Verbraucher und Händler vertreten sind, mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse der Abbau der Kartoffelpreise mit der Maßgabe vorgenommen werden, daß der Preis für Herbstkartoffeln am 15. September erreicht ist.

Die Mehl- und Fleisch- versorgung.

Drohende Kürzung der Fettquote.

Aus dem Rathaus erfahren wir:

Die Zufuhre an Mais gestalten sich augenblicklich befriedigend; leider fehlt es noch immer an genügenden Mengen Edelmehl. Die Aufbringung von Getreide aus Niederösterreich ist nur noch sehr gering, da fast alle Bestände erschöpft sind. Jedoch sind Zufuhre von Mehl aus Rumänien zu erwarten; die ersten Transporte dieser Lieferungen sind bereits eingetroffen und wurden der Brot-erzeugung zugewiesen. An Verichleismehl herrscht immer noch einiaer Mangel; die Abgabe von Maisgrieß wurde sichergestellt. Heute wurde der erste Zug mit Maisforn nach Lettschen abgefertigt. Deutschland wird uns nunmehr Zug um Zug im Wege des Waggontausches Mehl zur Verfügung stellen.

Wie von allen Kennern der Verhältnisse erwartet wurde, sieht die Lage des Fleischmarktes infolge der zentralen Bewirtschaftung augenblicklich trostlos aus. Es verlautet jedoch, daß Ungarn nunmehr geneigt sei, seiner Lieferungsspflicht zu entsprechen und während der Monate März, April und Mai je 10.000 Rinder (bisher 3000) monatlich zu liefern. Anfangs der nächsten Woche wird auch der Anfrtrieb an Schweinen aus der städtischen Schweinemastanstalt beginnen.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß das Volksernährungsamt eine neuerliche Kürzung der Fettquote plant.

Zur Brotfrage.

Wenn auch in der letzten Zeit die befürchteten Brot-schwierigkeiten nicht eingetreten sind und die Belieferungen der Bäcker insoweit regelmäßig sind, daß die Bedienung ihrer Kunden ohne bedeutende Unterbrechungen erfolgen kann, so können wir keineswegs sagen, daß damit die Brotfrage aus der Welt geschafft ist. Die Brotfrage bezieht sich nämlich ganz besonders auf die Qualität des Brotes. Wir haben bekanntlich seit einiger Zeit schon das reine Maisbrot, für das man sich eben nicht besonders erwärmen kann, das aber von den Bäckern in verschiedener Weise zubereitet wird, so daß die Schmachthastigkeit kolossal verschieden ist. Aber ganz besonders häufig werden Klagen über das *Gewichts* ausmaß geführt. Es wurde festgestellt, daß das den Menschen zugeteilte "Viertel" kein ganzes Viertel mehr ist und bei dem kleinen Brotquantum kommt jede, auch die geringste Verkürzung recht bald zur Geltung.

Wir erhalten neuerlich aus Bäckerkreisen folgende Mitteilungen:

Mit der Einführung des reinen Maisbrotes als tägliches Nahrungsmittel wurde eine Verordnung für die Bäcker erlassen, die wieder einmal ohne Hinzuziehung von Fachleuten entstanden zu sein scheint. Es handelt sich um die Herabsetzung der Verwendungsmengen von Mehl für einen Laib Brot. Bekanntlich soll der ausgebackene Laib Brot 84 Dekagramm wiegen. Vorher war für einen solchen Laib Brot 75 Prozent Mehl, d. i. 63 Dekagramm Mehl, vorgeschrieben und auch zur Verfügung gestellt worden. Auf Grund der gemachten Erfahrungen wurde die Mehlmenge auf 62 Dekagramm per Laib herabgesetzt. Nun wurde diese Mehlmenge noch weiter reduziert, u. zw. auf 60 Dekagramm. Das bezog sich aber bis nun alles auf das sogenannte richtige Brotmehl und nicht auf das in letzter Zeit zugeteilte reine Maismehl. Nun dürfte den Kreisen, die die Verordnung erließen, die Verschiedenartigkeit des früheren Mehles und des augenblicklichen Maismehls nicht bekannt gewesen sein. Das Maismehl besitzt nämlich die Eigenschaft, das beigemengte Wasser beim Ausbacken völlig *verdu*sten zu lassen. Durch diese Verdunstung wird aber der Zweck des beigemischten Wassers, das das Normalgewicht herstellen soll, nicht erreicht und daraus resultiert das *Windergewicht* des heutigen Maisbrotes. Wenn nun die Bäcker sich an die Verordnung halten, so wird der Verbraucher allein geschädigt, da er weniger als 84 Dekagramm Brot erhält. Doch das war beim Erlassen der neuen Verordnung doch keineswegs beabsichtigt! Es hieß doch ausdrücklich, daß die Brotquote nicht herabgesetzt werden soll. Auch der Bäcker ist natürlich nicht in der Lage, die Gewichts-differenz gutzumachen. Es muß also hier, zumindest für die Zeit des Maissbrotes, sobald als möglich ein entschiedenes Wort gesprochen werden, damit die Bevölkerung nicht um einen Teil der Brot-ration verkürzt werde."

Ein Vorschlag.

Es wäre, da die Maissbrote durch ihre Brüchigkeit für den Verbraucher dem Hauptzweck des Aufstreichens z. nicht genügen, vielleicht folgender Vorschlag von Interesse. An ein oder zwei Tagen der Woche solle an Stelle des Maisbrotes die für den Kopf bestimmte Maismehlmenge von 60 Dekagramm verabreicht werden. Dieses soll von der Hausfrau durch Beimengung von etwas Wasser, Salz oder Zucker genossen werden, was ebenso nahrhaft und sättigend ist, aber auch den Vorteil einer vortrefflichen Schmachthastigkeit und Abwechslung besitzt. Das Rezept hierzu ist folgendes: Man nehme zu $\frac{1}{2}$ Kg. Mais $\frac{1}{2}$ Kg. Wasser, etwas Salz und rühre das Ganze am Feuer, bis es zu einem Brei wird. Der Genuß soll möglichst gleich nach der Zubereitung erfolgen, aber auch kalt ist diese Speise sehr gut genießbar.

Die Approbationierung im Kriege.

Die Kürzung der Kartoffelquote.

In unserer Sonntagsnummer haben wir „Mitteilungen aus dem Rathause“ veröffentlicht, in welchen gegenüber der Bemängelung des Stadtrates Dr. Hein, daß die Kartoffelversorgung Wiens zu sehr auf galizischen Verträgen beruhe, darauf hingewiesen wurde, daß nur 2000 Waggons, demnach ein Sechstel des Gesamtbedarfes per 12.000 Waggons, durch galizische Verträge sichergestellt seien.

Wir werden nun von informierter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß diese Mitteilungen aus dem Rathause mit früheren Berichten nicht übereinstimmen. In der Gemeinderatsitzung vom 31. August 1917 sagte der Referent Stadtrat Spalovský wörtlich: „Von den 6000 Waggons sind 3000 Waggons in Galizien, die übrigen in Niederösterreich, Böhmen und Mähren abgeschlossen worden.“

Aus diesem Berichte geht hervor, daß von dem Gesamtbedarf per 12.000 Waggons überhaupt nur die Hälfte per 6000 Waggons durch Verträge sichergestellt wurden.

Von diesen vertragsmäßig sichgestellten 6000 Waggons entfielen aber nach den damaligen Angaben des Stadtratsreferenten die Hälfte, nach den heutigen „Mitteilungen aus dem Rathause“ ein Drittel auf Galizien.

Diesen Prozentsatz hat Stadtrat Dr. Hein in der Gemeinderatsitzung vom 31. August 1917 im Hinblick auf die Verkehrs- und Transportverhältnisse als zu hoch bezeichnet.

Regelung des Verkehrs mit Zuckern und Zuckerbäckereiwaren.

Amlich wird mitgeteilt: Trotz des wesentlichen Rückganges der Zuckerverzeugung und der hierdurch

herborgehenden Knappheit an Zucker hat sich das Amt für Volksernährung nach eingehender Erwägung entschlossen, die Erzeugung von Zuckern und Zuckerbäckereiwaren, wenn auch nur in eingeschränktem Ausmaße, zuzulassen. Ein gänzlich Verbot der Erzeugung dieser Waren würde Tausende von Existenzen vernichten. Außerdem würde der Entzug eines wenn auch gewiß nicht unentbehrlichen Lebensmittels gerade von den ärmeren Kreisen der Bevölkerung in der jetzigen Zeit als eine neuerliche Einschränkung empfunden werden. Die für diese Zwecke monatlich zur Verfügung gestellte Zuckermenge bildet nur einen sehr geringen Teil des Gesamtverbrauchsbedarfes.

Um die Bevölkerung nach Möglichkeit vor Uebervorteilungen zu schützen, sind vom Amt für Volksernährung bekanntlich bereits im März vorigen Jahres für Zuckern (Zucker, Bonbons) Höchstpreise festgesetzt worden. Infolge der vor einiger Zeit durchgeführten Erhöhung des Preises für Industriezucker (das ist des für gewerbliche Verarbeitung zugewiesenen Zuckers) wurden die bislang in Geltung gestandenen Höchstpreise auf Grund eines Subsidiums der Zentralpreisprüfungskommission durch eine heute erscheinende Verordnung des Ernährungsamtes neu festgesetzt.

Die Höchstpreise wurden nunmehr auch auf Zuckerbäckereiwaren ausgedehnt; gleichzeitig wurde bestimmt, daß in Zukunft Zucker ausschließlich zur Herstellung von solchen Zuckern und Zuckerbäckereiwaren verwendet werden darf, die unter Höchstpreisen stehen. Es gibt somit auf diesem Gebiet nur noch Höchstpreismarken. Diese amtlichen Höchstpreise finden auch volle Anwendung auf solche Zuckern und Zuckerbäckereiwaren, die nicht in Oesterreich hergestellt sind, gleichwohl aber auf den österreichischen Markt gebracht werden. Die für Zuckerbäckereiwaren aufgestellten Höchstpreise gelten nicht für Gast- und Schankgewerbe, insofern solche Waren im eigenen Betrieb hergestellt worden sind. Kaffeehäusern, die die von Zuckerbäckern bezogenen Zuckerbäckereiwaren an Gäste abgeben, kann von der politischen Landesbehörde ein angemessener Zuschlag zum Höchstpreis bewilligt werden.

Die Verordnung enthält eine Reihe von Bestimmungen, welche die Kontrolle der Betriebe hinsichtlich der bestimmungsgemäßen Verwendung des Zuckers, der Abgabe ihrer Erzeugnisse usw. bezwecken. Ferner enthält die Verordnung eine Reihe strenger Strafbestimmungen; Uebertretungen der Verordnung werden mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft, wobei neben der Freiheitsstrafe noch Geldstrafen verhängt werden können. Auch kann der Verfall der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ausgesprochen werden.

Kartoffelversorgung

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement teilt mit: Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement hat eine am 5. März in Kraft tretende Verfügung erlassen, durch die der Saatkartoffelverkehr, die Versorgung mit Speisekartoffeln und einige, den Mehranbau von Kartoffeln betreffende Punkte geregelt werden.

Die Ergebnisse der

Bestandesaufnahme

von Kartoffeln sind leider nicht so günstig ausgefallen, wie vielerorts erwartet worden ist. Auf Grund vorläufiger Zusammenstellungen sind nunmehr nach den Vorschlägen der eidgenössischen Kommission für Kartoffelversorgung folgende Ansätze für eine einheitliche Rationierung mit Speisekartoffeln bestimmt worden: Für Besitzer, deren Produktion den eigenen Bedarf deckt oder übersteigt, 18 Kilogramm pro Monat und Person, höchstens aber 100 Kilogramm pro Person vom Datum der Bestandesaufnahme bis zur neuen Ernte; für andere Besitzer, die nicht durch Eigenproduktion, sondern infolge Erwerb über ausreichende Vorräte an Kartoffeln verfügen, zehn Kilogramm pro Monat und Person, höchstens aber 55 Kilogramm pro Person vom Datum der Bestandesaufnahme bis zur neuen Ernte; für Produzenten und Konsumenten ohne Vorräte sieben Kilogramm pro Monat und Person. Ausnahmen können in dringenden Fällen bewilligt werden.

Diese Ansätze konnten im Hinblick auf die durch die Bestandesaufnahme ausgewiesenen knappen Vorräte nicht höher gehalten werden. Sie bedeuten für Produzenten und Konsumenten eine starke Einschränkung, die aber notwendig ist, wenn nicht gerade die ärmeren Volkskreise ohne dieses wichtige Nahrungsmittel bleiben sollen. Die diese Ansätze übersteigenden Kartoffelmengen werden durch die zuständigen Amtsstellen übernommen und dem Konsum zugeführt. Es wird des angestrebten Zusammenarbeitens der eidgenössischen, kantonalen und der Gemeindestellen bedürfen, um die notwendigen Mengen Speisekartoffeln flüssig zu machen. Es ist gegenüber der Verordnung durch die Verfügung insoweit eine Milderung getroffen worden, als die kantonalen Zentralstellen nun die Kartoffelbeschaffung und -Verteilung innerhalb ihres Gebietes durchzuführen haben, so daß der eidgenössischen Zentralstelle neben der Aufsicht in der Hauptsache nur der interkantonale Ausgleich zufällt. Die Kartoffeln werden in Zukunft nur noch gegen Bezugsscheine, die von den Gemeindefartoffelstellen auszustellen sind, abgegeben. Dies gilt auch für den Bezug von

Saatkartoffeln

wo Bezugsausweise für zwanzig Kilogramm auf hundert Quadratmeter zu bepflanzendes Land ausgestellt werden. Besitzer eigenen Saatgutes können für die gleiche Fläche 22 Kilogramm zurückbehalten. Die Sicherstellung des erforderlichen Saatgutes auch für den Mehranbau ist für die Lebensmittelversorgung des nächsten Winters unerlässlich und wird in einzelnen Gebieten voraussichtlich eine weitere Einschränkung des Verbrauches an Speisekartoffeln erfordern.

Als

Höchstpreise

für Bezüge beim Besitzer gelten vom 1. März an Fr. 20 für 100 Kilogramm Speisekartoffeln, Fr. 22 für erlesene Saatkartoffeln, Fr. 25 für selbstbestichtigtes, erstklassiges Saatgut sowie für gewöhnliche Frühorten, Fr. 28 für die Frühorten Kaiserkrone und frühe Rosen. Diese Ansätze bedeuten eine Preiserhöhung von Fr. 2 per 100 Kilogramm Speisekartoffeln. Diese Erhöhung entspricht den während des Winters eingetretenen Gewichtsverlusten und den Unkosten des Erlesens und Lagerns. Für Lieferungen, die das ablieferungspflichtige Quantum übersteigen, sind Preiszuschläge bis zu drei Rappen für das Kilogramm zulässig. Die Kantone sind ermächtigt, diese Höchstpreise innerhalb gewisser Grenzen abzuändern und die Abgabepreise an die Konsumenten festzusetzen. Vom 16. Mai 1918 an gilt für Kartoffeln jeder Art der Ernte 1917 ein einheitlicher Höchstpreis von Fr. 18.

Die Kartoffeln bleiben mit den schon früher festgesetzten Ausnahmen bis auf weiteres beibehalten.

Anbau von Frühkartoffeln.

Berlin, 4. März. (B. V.) Vom Kriegsernährungsamt wird amtlich mitgeteilt: Ein möglichst umfangreicher Anbau von Frühkartoffeln in allen Gegenden, die sich dazu eignen, ist auch in diesem Jahre ganz besonders geboten. Wie im vergangenen Jahre werden die frühesten Sorten, die in Mistbeeten, Treibhäusern und gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, von der Festsetzung des einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und der öffentlichen Bewirtschaftung zwar bis zum 30. Juni ausgenommen bleiben, mit dem 1. Juli muß jedoch mit Rücksicht auf die Lage der Vorräte die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln einsetzen. Wie bereits früher mitgeteilt, ist damit zu rechnen, daß der Juli-Höchstpreis für Frühkartoffeln nirgends unter acht Mark für den Zentner festgesetzt werden wird. Um den großen Verschiedenheiten innerhalb der einzelnen Anbaugebiete in Ergiebigkeit und Reifezeit der Frühkartoffeln gerecht zu werden, ist in Aussicht genommen, die Landes- und Provinzialkartoffelstellen wiederum zu ermächtigen, je nach den Verhältnissen in ihrem Amtsbezirk mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle eine Erhöhung des Juli-preises wie im Vorjahre bis zur zulässigen Höchstgrenze von zehn Mark vorzunehmen und schon jetzt bekannt zu geben. In gleicher Weise soll ab 2. August durch die Vorstände des Landes- und Provinzialkartoffelstellen, wo Erzeuger, Verbraucher und Händler vertreten sind (mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle) unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse der Abbau der Kartoffelpreise mit der Maßgabe vorgenommen werden, daß der Preis für die Herbstkartoffeln am 15. September erreicht ist.

Die Approbationierung im Kriege.**Die Kartoffelversorgung Wiens.**

Für die nächste Zeit — ein Kilogramm pro Kopf wöchentlich gesichert.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates wurde ein Bericht zur Verlesung gebracht, nach welchem sich in den städtischen Lagern 69 Waggons Speise-, 12 Waggons Saatkartoffeln und in der Miete Stadlau noch 25 Waggons Kartoffeln befinden, welche gegenwärtig ausgenommen werden. In den letzten Tagen sind 118 Waggons Kartoffeln in Wien eingelangt. Nach den Versicherungen des Amtes für Volksernährung werde der Einlauf fort-dauern; es dürften schätzungsweise 15 Waggons täglich anrollen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hob hervor, daß es durch das energische Eingreifen der Gemeinde Wien gelungen sei, für die nächste Zeit wenigstens die Menge von einem Kilogramm pro Kopf für die Woche zu sichern. Die mittels der Bahn einkommenden Kartoffeln sind von guter Beschaffenheit.

Die Fleischknappheit.

Die Fleischknappheit nimmt täglich größere Dimensionen an. Die wenigen Fleischhauer in den Bezirken, die noch in der Lage waren, ihre Läden offen zu halten, verfügten auch gestern nur über ganz geringe Fleischvorräte.

Über auch in der Großmarkthalle waren die Fleischbestände kaum nennenswert, so daß nicht alle Kauflustigen, die sich bereits im Laufe der Nacht angestellt hatten, ihren Bedarf an Fleisch decken konnten. Zur Verfügung standen nur sehr geringe Quantitäten von Rindfleisch, etwas Schaf- und Lammfleisch und ganz geringe Mengen von Kalbfleisch. An die Mindestbemittelten wurden 450 Kilogramm Rindfleisch abgegeben, Fleisch von notgeschlachteten Tieren gelangte gestern nicht zur Ausgabe. Die Gemeinde Wien konnte gestern nur mit 200 Kilogramm Salami, von welcher das Kilogramm 36 K. kostet, ausbessern; sie fand reißenden Absatz. Gefalzenes Schweinefleisch und Geselchtes fehlten gestern gänzlich.

An Geflügel gab es 450 Stück polnische Gänse zum Preise von 11 K. 60 S. und 14 K. 60 S. das Kilogramm. Mastgeflügel war sehr wenig angeboten. Die übrigen teneren Geflügelsorten haben dem Bedarf so ziemlich entsprochen.

An Fischen gab es nur ein geringes Angebot von Flußfischen, die billigeren Seefische fehlten.

In der Großmarkthalle war der Verkauf vor 7 Uhr früh bereits so ziemlich beendet. In den Bezirken war meist nach 8 Uhr auch nur mehr wenig oder nichts erhältlich. An Würstsorten gab es fast ausschließlich nur Blockwurst, sehr vereinzelt Salami zu 42 K. und sogenannte Schinkenwurst zu 34 K. das Kilogramm.

Störung in der Versorgung mit Roggmehl.

Ämtlich wird verkündet: Infolge verspäteten Einlangens der rumänischen Mehlaufschube konnte in der laufenden Woche auch der Rest der festgesetzten Verschleißmehlquote nicht in Mehl ausgegeben werden. Um eine Ergänzung auf das normierte Ausmaß zu ermöglichen, wurde angeordnet, daß die noch ausstehende Menge durch Haferreis zu ersetzen ist. Die erforderliche Mehlmenge ist zwar bereits im Anrollen, kann jedoch nicht mehr rechtzeitig in Wien eintreffen. Nächste Woche wird insofern eine Besserung eintreten, als es möglich sein wird, einen Teil der derzeitigen Roggmehlquote gleich zu Wochenbeginn wieder in Mehl auszugeben.

Die Brotversorgung in Oesterreich und anderswo.

In einer Verlautbarung der „Deutschen Kriegsnachrichten“ gibt Dr. Ritscher einen Ueberblick über die jetzt in verschiedenen Staaten eingeführten Verbrauchsmengen von Brot, aus dem hervorgeht, daß wir in Oesterreich, das heißt nur die Nichtselbstversorger, zu den Ländern mit geringster Mehl- und Brotverbrauchsmenge gehören. Seitdem diese Berechnungen gemacht wurden, haben sich jedoch in Oesterreich weitere Verminderungen des Mehlverbrauchs dadurch ergeben, daß man heute an vielen Orten entweder gar kein Mehl oder nur ein Achtelkilogramm Mehl und ein Achtelkilogramm Maisgrieh, Haferreis oder andere Ersatzmittel zuteilt, die weder als Mehl- noch als Broterzeug für viele Familien gelten können. Mit dieser Herabminderung sinken wir auf die letzte Stelle unter allen Ländern, in denen die Abgrenzung des Brotverbrauchs durchgeführt ist. Um eine einheitliche Berechnung zu Vergleichszwecken zu ermöglichen, hat der Verfasser der deutschen Zusammenstellung die Mehlmenge, die in jedem Lande in der Woche neben dem Brot abgegeben wird, auf die Gewichtsmenge umgerechnet, die sich ergeben würde, wenn alles Mehl nur als Brot verabfolgt würde. Nach dieser Umrechnung ergibt sich, daß ein gewöhnlicher Verbraucher in der Woche an Brot bekäme in Gramm: in Oesterreich 1600, Frankreich 1400, Norwegen 1400, Petersburg 1428, Schweiz 1692, Italien und Türkei je 1750, Holland 1778, Schweden und Finnland je 1820, Deutschland 2006, England 2010, Bulgarien 2100, Dänemark 2205. Wir sehen von den dort mitgeteilten Zahlen für Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter ab, auch davon, daß in England für Frauen die wöchentliche Brotmenge um 422 Gramm geringer ist als für Männer. Danach stehen Deutschland, England, Bulgarien an der Spitze der wöchentlich dem Verbraucher zugewiesenen Brotmengen. Berücksichtigt man, daß es bei uns auch an Fleisch und Gemüse und allen anderen Nahrungsmitteln fehlt, so kann man erst ermessen, wie schlecht wir mit Brot versorgt sind. Ungarn, das keine einheitliche Regelung durchführte, fehlt in dieser Aufstellung. Der Nachweis, daß in Oesterreich jedem Verbraucher in der Woche 1600 Gramm Brot zukommen (durch einen Rechenfehler steht in der deutschen Aufstellung 1533), stimmt heute nicht mehr, weil uns ja nicht mehr allgem. ein Viertelkilogramm Mehl in

der Woche gegeben wird. Rechnet man das wirklich verabsolgte Viertelkilogramm Mehl auf Brot um, dann sinkt unser Wochenverbrauch an Brot auf 1435 Gramm. Doch auch diese Menge erhalten wir seit einem Monat nicht mehr, seitdem das Ernährungsamt anordnete, daß die Bäcker aus 600 Gramm Mehl 840 Gramm Brot erzeugen müssen. Wegen der stärkeren Ausmahlung des Getreides, des größeren Zusatzes von Kleie, vermag das Mehl nicht mehr so viel Wasser aufzunehmen. Die Bäcker geben also jetzt mehr Wasser in den Teig, um im Augenblick des Backens die vorgeschriebene Brotmenge zu erreichen, es verdunstet aber so schnell während und nach dem Backen, daß der Verbraucher nunmehr bei einem Brotgewicht von 840 Gramm, das ein Laib haben soll, Gewichtsverluste bis zu 240 Gramm festzustellen vermag, wie es jetzt in Niederösterreich oft festgestellt wurde. Auch anderswo dürfte es nicht viel besser sein. Wenn man das neuerlich verminderte Brotgewicht berücksichtigt, dann sinkt die wirklich jedem zugewiesene Brotmenge in der Woche auf 1300 Gramm und weniger. Wir kamen damit wirklich auf die kleinste Mehlmenge, die irgend eines der hier genannten Länder und kaum ein anderes in Europa aufzuweisen hat. Damit hat jeder Deutsche, Engländer, Bulgare und Däne in der Woche um die Hälfte mehr Mehl zu verzehren als ein Oesterreicher, der auch mit allen anderen Lebensmitteln spärlicher bedacht ist, wenn man von jenen absteht, die durch ihre Mittel in der Lage sind, sich über die Wirkungen des Krieges hinwegzufinden.

Die Wirtschaftsfragen.

Störung in der Kochmehlversorgung.

Besserung in der nächsten Woche.

Vom Amt für Volksernährung wird verlautbart: Infolge verspäteten Einlangens der rumänischer Mehlschübe konnte in der laufenden Woche auch der Rest der festgesetzten Verschleißmehlquote nicht in Mehl ausgegeben werden. Um eine Ergänzungsmaßnahme auf das normierte Ausmaß zu ermöglichen, wurde angeordnet, daß die noch ausstehende Menge durch Safereis zu ersetzen ist. Die erforderliche Mehlmenge ist zwar bereits in Anrollen, kann jedoch nicht mehr rechtzeitig in Wien eintreffen. Nächste Woche wird insofern eine Besserung eintreten, als es möglich sein wird, einen Teil der derzeitigen Kochmehlquote gleich zu Wochenbeginn wieder in Mehl auszugeben.

Die Kartoffelversorgung Wiens.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates wurde ein Bericht zur Verlesung gebracht, nach welchem sich in den städtischen Lagern 99 Waggons Speise-, 12 Waggons Saatkartoffeln und in der Meise Stoblau noch 25 Waggons Kartoffeln befinden. In den letzten Tagen sind 118 Waggons Kartoffeln in Wien eingelangt. Nach den Versicherungen des Amtes für Volksernährung werde der Einlauf fortbauern; es dürften schätzungsweise fünfzehn Waggons täglich anrollen. Bürgermeister Dr. Weisskirchner hob hervor, daß es durch das energische Eingreifen der Gemeinde Wien gelungen sei, für die nächste Zeit wenigstens die Menge von einem Kilogramm pro Kopf für die Woche zu sichern. Die mittelst der Bahn einlangenden Kartoffeln sind von guter Beschaffenheit.

Die Fettversorgung der Bevölkerung.

Die Abgeordneten Dr. Franz Dinghofer und Genossen haben im Abgeordnetenhaus an den Ministerpräsidenten in der Frage der Fettversorgung der Bevölkerung eine Anfrage gerichtet, in der es heißt: „Daut Zeitungsnachrichten soll eine weitere

Kürzung der Fettquote bevorstehen. Da schon die Fettquote von 120 Gramm pro Kopf und Woche äußerst niedrig bemessen und kaum hinreichend zur menschlichen Ernährung ist, so müßte die weitere Herabsetzung von 120 Gramm auf 30 Gramm in der letzten Zeit die Nahrungssorgen der Bevölkerung in der bedenklichsten Weise verschärfen. Es ist somit dringend Aufklärung notwendig, ob es sich lediglich um ein Gerücht, vielleicht um eine erste Probe der Northcliffe-Propaganda, um unsere Bevölkerung ja nicht zur Ruhe kommen zu lassen, handelt, oder ob die Regierung tatsächlich eine derartige, nach Anschauung der Gefertigten ganz unumgängliche Maßnahme plant und damit indirekt das vollständige Versagen der staatlichen Bewirtschaftung in der Fettfrage zugeben muß. Es stellen daher die Gefertigten an den Ministerpräsidenten, den derzeit verantwortlichen Faktor für das Ernährungswesen, die Anfrage: Ist Seine Excellenz bereit, sofort über die Fettversorgung der Bevölkerung Oesterreichs der Öffentlichkeit klare und beruhigende Aufklärungen zu geben?“

Die nächste Ausgabe der Lebensmittelkarten.

Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag den 9. d. M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag den 16. d. M. die Brot- und Mehlkarten für die 154. bis 161. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 79. bis 86. Woche, die Milchkarten für die 57. bis 64. Woche und die Seifenkarten für die Monate April, Mai, Juni und Juli d. J. ausgegeben werden. Da die ordnungsmäßige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angegebene Termin genau einzuhalten, und wird es sich empfehlen, daß die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Die Lebensmittelversorgung.**Störung in der Versorgung mit Kochmehl.**

Das Amt für Volksernährung teilt uns mit: Infolge verspäteten Einlangens der rumänischen Mehlaufschübe konnte in der laufenden Woche auch der Rest der festgesetzten Verschleißmehlquote nicht in Mehl ausgegeben werden. Um eine Ergänzung auf das normierte Ausmaß zu ermöglichen, wurde angeordnet, daß die noch ausstehende Menge durch *S a f e r r e i s* zu ersetzen ist. Die erforderliche Mehlmenge ist zwar bereits im Anrollen, kann jedoch nicht mehr rechtzeitig in Wien eintreffen. Nächste Woche wird insofern eine Besserung eintreten, als es möglich sein wird, einen Teil der derzeitigen Kochmehlquote gleich zu Wochenbeginn wieder in *M e h l* auszugeben.

Der Kartoffelbedarf der Stadt Wien.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates wurde ein Bericht zur Verlesung gebracht, nach welchem sich in den städtischen Lagern 69 Waggons Speise-, 12 Waggons Saatkartoffeln und in der Miete Stadlau noch 25 Waggons Kartoffeln befinden, welche gestern ausgenommen wurden. In den letzten Tagen sind 118 Waggons Kartoffeln in Wien ein-

gelaugt. Nach den Versicherungen des Amtes für Volksernährung werde der Einlauf fort dauern; es dürften schätzungsweise 15 Waggons täglich anrollen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hob hervor, daß es durch das energische Eingreifen der Gemeinde Wien gelungen sei, für die nächste Zeit wenigstens die Menge von einem *P i l o g r a m m p e r K o p f* für die Woche zu sichern. Die mittels der Bahn einlangenden Kartoffeln sind von guter Beschaffenheit.

Die ungenügende Fettversorgung.

Die Abgeordneten Dr. Franz Dinghofer und Genossen brachten im Abgeordnetenhaus an den Ministerpräsidenten in der Frage der Fettversorgung der Bevölkerung eine Anfrage ein, in der es heißt:

Laut Zeitungsnachrichten soll eine weitere Kürzung der Fettquote bevorstehen. Da schon die Fettquote von 120 Gramm per Kopf und Woche äußerst niedrig bemessen und kaum hinreicht zur menschlichen Ernährung, dies um so mehr, als sie schon längst nicht mehr in den meisten Konsumzentren voll von der staatlichen Bewirtschaftung eingelöst wurde, so mußte die weitere Herabsetzung von 120 Gramm auf 30 Gramm in der letzten Zeit die Nahrungsorgen der Bevölkerung in der bedenklichsten Weise verschärfen. Es ist doch klar, daß der Mensch mit 3 Desagramm Fett in der Woche unmöglich das Auslangen finden kann, wie soll es aber werden, wenn nun auch diese 3 Desagramm noch weiter gekürzt werden? Zu dieser Sachlage tritt noch erschwerend die Kürzung der Mehlquote, die in vielen Gegenden nicht vollständige Einlösung der Brotkarte, der Mangel an Gemüse, Milch etc. Es hat daher diese Mitteilung große Beunruhigung in der ohnehin von Nahrungsorgen sehr schwer gequälten Bevölkerung hervorgerufen. Es ist dringend Aufklärung notwendig, ob die Regierung tatsächlich eine derartige, ganz unmögliche Maßnahme plant und damit indirekt das vollständige Versagen der staatlichen Bewirtschaftung in der Fettfrage zugeben muß.

Eine Viehverkehrs- und Kommissionsaktiengesellschaft in Ungarn.

Aus *B u d a p e s t*, 7. d. M., wird uns telegraphiert: Die Ungarische Agrar- und Rentenbank hat mit einigen auf dem Gebiete des Viehverkehrs und der Viehmästung seit langem tätigen Firmen die Gründung einer Viehverkehrs- und Kommissionsaktiengesellschaft mit einem Kapital von fünf Millionen Kronen beschlossen. Zum Präsidenten wurde Graf Nikolaus *T h o r e z k y* gewählt.

(Die gelbe Gefahr.) Man muß nicht erst an die unheimlich schlummernden Kräfte des Ostens denken, an die gelbe Gefahr, mit der die Weltvollstreckung aneinanderzusehen hat — unsre „gelbe Gefahr“ ist, wie jetzt alles, wieder einmal rein wirtschaftlicher Natur und besteht im wahrsten Sinne des Wortes in unserm täglichen Brot. Das ist der Feind. Die Ärzte wissen davon mancherlei zu erzählen, denn die „Brotkrankheit“ ist an der Tagesordnung. Bessert Magen nur einigermaßen heikel ist, der vermag sich mit dem gelben Weizenbrot gar nicht recht abzufinden. Es schmeckt ja nicht einmal schlecht, und es gibt mitunter sogar Liebhaber dafür, aber es ist schwer, und daher schwer verdaulich. Das Wort des „Schweindlmagens“, der alles vertragen kann, ist nie richtiger gewesen als in dieser Zeit, in der wir wirklich froh sind, wenn wir den sonst diesen Verfühlern vorbehaltenen Kukuruz zu essen haben. Man weiß, daß das Nationalbrot der Rumänen ein Kukuruzbrot ist, das vermittelst irgendeines eigenen Verfahrens geröstet wird, aber man muß dazu erzogen sein, um es vertragen zu können. Für den den Weizen gewohnten Magen ist es eine harte Probe. Man kennt die misstrauischen Blicke, mit denen des Morgens der Bekümmert jedes Brotkrümchen verschluckt wird, und man kennt auch die Seufzer, mit denen hierauf festgestellt wird: „Es ist schon wieder so ganz gelb!“ ... Wer dazu Butter oder Gansfett, Wurst oder Marmelade beifügt, vermag sich meist über diese „gelbe Gefahr“ hinwegzulassen; das trockene Stielbrot ist jedoch, wer wüßte es nicht, längst kein Genuss mehr. Dennoch vernahm man mit Belohnung, daß die Nation dieses Brotes gekürzt werden mußte. Der Hunger darf eben nicht wählerisch sein: lieber die Gefahr des verdoornen Magens als gar kein Brot. In einer Zeit des kultivierten Gaumens leben wir längst nicht mehr, denn man muß Bedienung tragen. Und so geschieht es, daß der verdoornene Magen die Kräfte des Tages ist. Wer noch nicht darüber zu klagen hat, der ist wirklich gesund und mit dem sogenannten besten verarbeiteten „Schweindlmagens“ ausgehütet. Was aber soll man essen, wenn man das Weizenbrot nicht verträgt? Man hat kein Wehl, sich andres kaufen zu lassen, hat nicht Gedulde genug, um es zu ersehen, und mit der steten Aushilfe der letzten Zeit, mit der Wurst, sieht es auch unbehaglich aus. Das Wurst-Anstellen ist die Spezialität der letzten Woche gewesen. Der Seidher hatte noch geschlossen, aber die Polonaise der Wurstenden war schon da. Wenn man auch nur zehn bis fünfzehn Delaganten erhielt, eine Zubuße war es doch, um so mehr, da es mit dem Fleisch in jüngster Zeit so sehr schlecht bestellt war. Womit sollten die Frauen ihre arbeitenden Männer sättigen? Weder Mehlspeise noch Fleisch, weder Fett noch Milch oder Käse waren zu haben, also der Vorrat des Jahres, das in wirtschaftlicher Hinsicht wahrhaftig schwer genug war. Man trägt aber diese Bedrängnis im Hinblick auf das gelobte Land der Ukraine, von wo ja Wehl kommen soll, doch leichter, als es sonst möglich gewesen wäre, weil man, wie schon längst betont, die Besserung der Verhältnisse zumindest in Aussicht hat. Dann wird hoffentlich auch die „gelbe Gefahr“ schwinden und das Brot wird seine für die Gesundheit tödliche Farbe verlieren. Man wird es, was jetzt nicht der Fall ist, wieder ordentlich schmecken können, ohne daß es unter der Hand zerbröckelt, gerade jetzt, wo man mit den Krümmen so haushalten muß. Und diesem Schwinden der gelben Gefahr sieht man mit der heftigsten Sehnsucht, die es gibt: mit der des Hungers, entgegen.

Das „Aufstellen“ um Brot in Wien.

Die Lage des Wiener Brotmarktes hat heute keine Veränderung erfahren. Wieder sieht man die Reihen der sich Aufstellenden vor den Bäckerläden, jeder möchte, da die Woche zu Ende geht, wenigstens den größeren Teil seiner Brotmarken honoriert erhalten. Die gegenwärtige Brotversorgung bildet eine schwere Enttäuschung. Seit der Vorrathonierung war auf diesem Approvisionierungsgebiet vollste Beruhigung eingetreten, da sich jeder in Sicherheit wußte, daß er regelmäßig auf die ihm zukommende Quote rechnen könne. Dieser Zustand der Ruhe ist jetzt gewichen, und was weiter festgestellt werden muß, es ist wieder der Bevorrathung seitens der Bäcker, ja sogar dem Schleichhandel Tür und Tor geöffnet worden und wir sind in die Zustände zurückgeworfen, die im Jahre 1916 entstanden sind.

(Nach dem Genuß von Brot erkrankt.) Bei den Lehrerinnen Anna und Leopoldine Ketter in Sieginga traten am 6. d. nach dem Genuß von Brot Vergiftungserscheinungen auf. Sie waren derart heftig, daß die beiden Lehrerinnen ins Kaiserin Elisabeth-Spital gebracht werden mußten. Ein Kanarienvogel, dem man von dem Brot gegeben hatte, ist alsbald verendet. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — Stadthygienus Dr. Böhm hatte die Liebenswürdigkeit, auf Befragen gegenüber einem unserer Redakteure sich wie folgt zu äußern: „Es ist nicht möglich, auf Grund dieser knappen Notiz zu gelangen, Wohl aber kann heute schon jede Beurteilung als durchaus grundlos bezeichnet werden. Die Annahme, daß diese Vergiftungsfälle auf den Weisaehalt des Brotes zurückzuführen seien, ist natürlich von vornherein von der Hand zu weisen. Es ist richtig: das Weizenmehl wird nicht von jedermann leicht vertragen, es führt bei manchen Personen zu Verdauungsstörungen. Auch kann das Weizenmehl, wenn es in schlechtem Zustand oder feucht gewesen ist, zu Magen- und Darmkrankungen führen. Daß jedoch der Weizenmehl zur Vergiftung führt, wäre ein Fall, der bis heute noch nicht zu beobachten war.“ — Von einem hervorragenden Nahrungsmittelchemiker wird uns mitgeteilt: „Wichtig wäre es vor allem, festzustellen, ob jenes Brot, das zwei Vergiftungsfälle nach sich gezogen hat, aus einer Brotfabrik oder aus einem Kleinbetrieb herrührt. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß Verunreinigungen des Mehles oder gar unerlaubte Vermischungen des Mehles in unseren Wiener Brotfabriken vollkommen ausgeschlossen sind. Hinzu kommt es öfter vor, daß kleinere Bäckereimeister, deren Betriebe schwer zu kontrollieren sind, mit den ihnen zugewiesenen Mengen allerlei Schiebung vornehmen. Sie verwenden nur einen Teil ihres Kontingents zur Broterzeugung und suchen das übrige Mehl in rentablerer Weise zu verwerten. Was ihnen für die Broterzeugung dann fehlt, ersetzen sie durch minderwertige Surrogate. In einem solchen Falle könnte es leicht der Fall gewesen sein, daß im Surrogatmehl auch die Bestandteile irgendeines giftigen Samenkorns enthalten waren, die eben im vorliegenden Falle die geschilderten verhängnisvollen Folgen nach sich gezogen haben. Ueber das Weizenbrot wird viel geredet. In Vergiftungen aber hat es bisher noch nicht geführt. So, es muß festgestellt werden, daß es sogar weniger Gesundheitsstörungen hervorruft als jenes Brot, das wir vor einem Jahre um diese Zeit in Wien genießen mußten. Damals enthielt es einen erheblichen Prozentsatz von Hafermehl. Der Hafer war mangelhaft geädert, es fanden sich im Mehl häufig Spelzen vor, die sehr unangenehme Darmkrankungen nach sich zogen. Wir haben bisher mit unserem Weizenbrot weit bessere Erfahrungen gemacht, und auch der heute gemeldete Fall wird wohl nur auf irgendeinen unglücklichen Zufall zurückzuführen sein. Schon im Interesse der öffentlichen Beruhigung wäre es aber zu wünschen, daß das Ergebnis der amtlichen Untersuchung ehestens bekanntgegeben wird.“

Die Lebensmittelversorgung.**Der Wiener Brotbedarf und seine Deckung.**

In letzter Zeit sind verschiedene Mitteilungen über Störungen in der Brotversorgung erschienen. Dem gegenüber wird aus dem Rathause gemeldet, daß den vom Mehlamte der Stadt Wien zu versorgenden Kleinbäckern in der letzten Woche das Mehl im vollen Ausmaß der zurahonierten Stunden und rechtzeitig angeliefert wurde. Wenn trotzdem sich allenthalben Störungen bemerkbar gemacht haben sollen, so könnten sie — wird in der Mitteilung der „Rathauskorrespondenz“ erklärt — nur darauf zurückzuführen sein, daß das wiederholt in der Tagespresse besprochene, vom Ernährungsamte vorgeschriebene Ausbeuteverhältnis von 600 Gramm Mehl für 840 Gramm Brot bei der dormaligen reichlichen Maiszuweisung von Groß- und Kleinbäckereibetrieben aus technischen Gründen nicht eingehalten werden kann.

Kartoffeln, Sauerrüben und Butter.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit einem Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes I der Kartoffelliste.

In der kommenden Woche werden vom 14. bis einschließlich 17. d. statt Dörrgemüse wieder Sauerrüben abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufsscheines mit der Ziffer 28. Auf jede Person entfällt $\frac{1}{2}$ Kg. Der Preis beträgt 1 K. 24 S. für 1 Kg.

Der Höchstpreis für ausländische Butter wurde im Kleinverkauf mit 2 K. 11 S. für 12 Dg. paletierte Butter festgesetzt.

Kartoffelvorschau.

Vom Frühjahrsanbau der Stadt Wien im Görzischen.

In diesen mageren Wochen sind auch die Kartoffeln rar geworden; es gehört offenbar schon so, daß jeder Gebrauchsgegenstand, der unumgänglich notwendig ist, und jedes unentbehrliche Lebensmittel knapp wird. Fast wäre man versucht, die leidige Tatsache mit Ironie aufzunehmen. Es ist ein böses Zusammentreffen der unangenehmen Ereignisse, und die Frage ist mehr als „akut“, wie lange dieser Zustand des allgemeinen Mangels währen wird. Der Leiter der Kartoffelstelle im Rathause, Magistratsrat Dr. Ehrenberg, gibt uns heute folgende Auskünfte:

Gegenwärtig haben wir eine Krise überwunden. Es ist gelungen, für die letzten Tage und für die nächste Zeit die „Ein-Kilo-Quote“ an Kartoffeln sicherzustellen. Freilich hat dies erhebliche Mühe gekostet, um die tatsächlich drohende Kartoffelnot zu bannen, ein Zustand, dessen Folgen nicht auszudenken wären. Unser Bürgermeister hat viel Stunden seiner arbeitsreichen Zeit für seine Schritte bei der Regierung verwenden müssen. Wir leben nämlich leider nun nicht mehr hinsichtlich des Mehles, sondern auch bezüglich der Kartoffel von der Hand in den Mund. Die Kartoffelvorräte der Gemeinde Wien sind aufgebraucht, die Mieten in Schwedat und im 21. Bezirke sind leer. So sind wir auf die Zufuhren von auswärts angewiesen, und die haben bekanntlich versagt. Besser ist es erst in der allerletzten Woche geworden, als die Not schon vor der Tür stand, als das Stadtoberhaupt auf die unmittelbar drohende Gefahr hinweisen konnte. Ein wenig besser, daß wir, wie gesagt, für die nächste Zeit die „Ein-Kilo-Quote“ sichergestellt haben. Unsere Hoffnung sind nebst Zufuhren von hier und dort die Kartoffelmengen, die in Galizien und Polen vorhanden sind. Eine schwierige Sache ist die Fortschaffung und das Hereinbringen: Im Winter, der dort oben länger dauert, als uns lieb ist, gestattet die niedere Temperatur nicht die Verfrachtung, und nach Eintritt des Tauwetters werden dort die Straßen und Wege grundlos. Also ist auch der Vorfrühling für unsere Zwecke nicht voll auszunützen.

Wir nehmen jetzt die Kartoffel, wo wir sie bekommen, und daraus erklärt sich schon die Verschiedenheit der Ware, die auf den Märkten zu sehen ist. Stammt sie zum Beispiel aus Böhmen, dann mag der Käufer recht zufrieden sein. Für die Mieten ist die Zeit vorüber, wenn es warm wird. Der Inhalt vieler Hunderte von Waggons ist dort aufgespeichert; es darf da nicht Wunder nehmen, wenn es unliebsame Begleiterscheinungen der Aufbewahrung gibt. Ganz anders stehen die Dinge dort, wo in kühlen, tief gelegenen Kellerräumlichkeiten geringere Mengen gelagert sind, dort hält sich das Lebensmittel auch im Frühjahr recht gut. Wir haben von einigen Gutsbesitzern zehn bis fünfzehn Waggons Kartoffeln übernommen, tadellose Ware durchweas.

Soweit es die Gemeinde vermag, tut sie alles, um Kartoffel zu beschaffen: Sie unterstützt die Kriegsgemüsegärtner, sorgt für den Anbau durch die Schulkinder, pachtet auswärtig Gründe, von denen, wie in Deutsch-Altenburg, ein Teil auch für den Kartoffelanbau bestimmt ist, und sie hat soeben mit der Anbauaktion im Görzischen begonnen. Zwischen Görz und Gradiska hat die Stadt Wien etwa 700 Hektar, eine Grundfläche, so groß wie der umfangreiche 12. Wiener Gemeindebezirk, gepachtet, wo nebst Frühgemüse auch Kartoffeln wachsen werden. Man wird aber heuer etwas Geduld haben müssen, die Ankunft des Görzer Frühgemüses wird erst Ende April erfolgen. Zu viel umfangreiche Vorarbeiten müssen dort vorgenommen werden, wo noch vor etlichen Wochen die heissesten Kämpfe tobten. Tagtäglich sind von der Gemeinde Wien aufgenommene Arbeitskräfte tätig, deren Beschäftigung ist: den Ackerboden nach nicht explodierten Geschossen zu durchsuchen, die umherliegenden Draht Hindernisse zu beseitigen, die Schützengräben einzuebennen, um die Anbauflächen zu vergrößern — die Wiederherstellung der Kultur ist dort unten vor allem zu vollbringen. Seit zehn Tagen sind die Arbeiten in vollem Gange, dann erst werden die von der Militärbehörde in Görz beigestellten Mannschaften den Anbau erledigen können. Es sei hier bemerkt, daß diese militärischen Stellen in Görz uns bereitwillig an die Hand gehen und unsere Absichten in dankenswerter Weise fördern. Die Gemeinde Wien hat einige ihrer Angestellten, Kräfte der Stadtgardendirektion, und einen Buchhaltungsbeamten hinuntergeschickt, die diesen ganz neuartigen Kriegsbetrieb der Großstadt leiten werden.

Die Hauptsache für die Kartoffelversorgung Wiens bleibt — so schloß Magistratsrat Dr. Ehrenberg seine Ausführungen — die Zufuhr von auswärts, die nur unsere Regierung bewerkstelligen kann. Die Versorgungsschwierigkeiten in Wien sind groß genug, wir können ohne die galizischen, polnischen, böhmischen Kartoffeln nicht leben. Was wir in den letzten Tagen erhielten, das war der unumgängliche Bedarf; es muß ebenso viel Woche für Woche anrollen.

Unser Wiener Brot.

Die Rathauskorr. schreibt: In letzterer Zeit sind in verschiedenen Tagesblättern Mitteilungen über Stockungen in der Brotversorgung enthalten. Dem gegenüber wird aus dem Rathause gemeldet, daß den vom Mehlamte der Stadt Wien zu versorgenden Kleinbäckern in der letzten Woche das Mehl im vollen Ausmaße

der zurayonierten Kunden und rechtzeitig angeliefert wurde. Wenn trotzdem sich Störungen bemerkbar gemacht haben sollen, so könnten sie nur darauf zurückzuführen sein, daß das wiederholt in der Tagespresse besprochene vom Ernährungsamte vorgeschriebene Ausbeuteverhältnis von 600 Gramm Mehl für 840 Gramm Brot bei der dormaligen reichlichen Maiszuweisung von Groß- und Kleinbäckereibetrieben aus technischen Gründen nicht eingehalten werden kann.

Brotpreiserhöhung?

Gemäß den Beschlüssen des Verbandes der Bäcker-Genossenschaften und der Vollversammlung der Wiener Bäcker-Genossenschaft erschien dieser Tage eine Deputation der Bäckermeister, bestehend aus den Herren Vorsteher Breunig, Stadtrat Körber, Vorstandsmitglied Giles und Gemeinderat Effenberger, beim Statthalter R. v. Bieleben, um in Angelegenheit der Brotpreisregelung vorstellig zu werden.

Vorsteher Breunig schilderte die Verhältnisse im Bäckergewerbe und verwies auf die enorme Steigerung der Mehlpreise. Der derzeitige Brotpreis sei zu einer Zeit festgesetzt worden, in welcher ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse maßgebend waren. Nur das Bäckergewerbe sei dazu verhalten, alle diese wirtschaftlichen Umwälzungen, welche die Produktionsbedingungen gründlich

veränderten, auf seinen Rücken zu nehmen. Auch das Publikum wisse heute diese Umstände zu würdigen und könne in einer entsprechenden Regelung des Brotpreises nur eine notwendige Maßregel erlösen.

Der Statthalter gab zu, daß die Verhältnisse im Bäckergewerbe sich ungünstiger gestaltet hätten und den vorgebrachten Beschwerden gewiß die Berechtigung nicht abgesprochen werden könne. Zu einer Brotpreiserhöhung sei aber die Statthaltereier allein nicht befugt, es müsse hier gemeinsam mit dem Ernährungsamt vorgegangen werden.

NOUVEAU PAYS PROSSO *Altmühl*

12. III. 1918

72

Deutsches Mehl für Oesterreich.

Wie verlautet, sollen in der nächsten Zeit einige
hundert Wagen Mehl aus Deutschland nach Oesterreich
kommen.

Die Bäcker verlangen die Erhöhung des Brotpreises.

Gemäß den Beschlüssen des Verbandes der Bäckergenossenschaften und der Landesversammlung der Wiener Bäckergenossenschaft erschien dieser Tage eine Deputation der Bäckermeister beim Statthalter Ritter v. Plehler, um in Angelegenheit der Brotpreisregelung vorstellig zu werden. Vorsitzender Breunig schilderte die Verhältnisse im Bäckergewerbe und verwies auf die enorme Steigerung der Mehlpreise. Der derzeitige Brotpreis sei zu einer Zeit festgesetzt worden, in welcher ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse maßgebend waren. Nur das Bäckergewerbe sei dazu verhalten, alle diese wirtschaftlichen Umwälzungen, welche die Produktionsbedingungen gründlich veränderten, auf seinen Rücken zu nehmen. Auch das Publikum wisse heute diese Umstände zu würdigen und könne in einer entsprechenden Regelung der Brotpreise nur eine notwendige Maßregel erblicken. Der Statthalter, der sich in dieser Frage gut informiert zeigte, gab zu, daß die Verhältnisse im Bäckergewerbe sich ungünstiger gestaltet hätten und den vorgebrachten Beschwerden gewiß die Berechtigung nicht abgesprochen werden könne. Zu einer Brotpreiserhöhung sei aber die Statthaltereirei allein nicht befugt, es müsse hier gemeinsam mit dem Ernährungsamt vorgegangen werden. Der Statthalter versprach der Deputation die gewissenhafteste Prüfung der Sachlage und daß er gewiß bemüht sein werde, gerechtfertigten Beschwerden Rechnung zu tragen.

Der Vorstenviehmarkt.

Der Vorstenviehmarkt war nicht beschiät. Die Außermarkt-Bezüge an Fleischschweinen haben im Vergleich zur Vorwoche wohl eine Zunahme um 992 Stück erfahren, dagegen waren aber die Ankünfte in Fettschweinen um 1275 Stück schwächer. Die eingelangten Fleischschweine wurden insgesamt der städtischen Schweineübernahmestelle zur Abgabe an die Selcher zugewiesen. Von den eingetroffenen

Fettschweinen erhielten 103 Stück die Kriegsindustrien, den Rest bekam gleichfalls die städtische Schweineübernahmestelle.

Der Markt für lebende Schafe war heute nicht beschiät.

Die Brotversorgung.

Mitteilungen des Vorstehers der Bäckergenossenschaft Breunig.

In den letzten Wochen sind bekanntlich Schwierigkeiten in der Brotversorgung aufgetreten. Von informierter Seite wird nun mitgeteilt, daß die Mehlaufschübe in der nächsten Zeit solche sein werden, daß keine weitere Störung befürchtet werden muß.

Einer unserer Mitarbeiter hatte gestern Gelegenheit, mit dem Vorsteher der Bäckergenossenschaft Herrn Breunig über die Frage der Brotversorgung zu sprechen, der sich folgendermaßen äußerte: „Die Mehllieferung ist in den letzten Tagen ohne Störung vor sich gegangen, und die Bäcker hoffen, daß die Bevölkerung keine Wiederholung der Brotkalamität zu befürchten hat. Das Mehl, welches die Bäcker erhalten, wird zweimal in der Woche zugewiesen, und zwar bekommen wir 70 bis 75 Prozent des Quantums in Maismehl, das übrige Mehl ist je nach den vorhandenen Vorräten teils Weizen-, Korn- oder Gerstenmehl. Daraus ergibt sich das verschiedene Aussehen und der verschiedene Geschmack des Brotes. Wohl wäre die Zuweisung von Roggenmehl zur Verarbeitung mit dem Maismehl unser Wunsch, da diese Mischung die beste mögliche Qualität zulassen würde; aber wir müssen uns mit dem bescheiden, was vorrätig ist, und wissen, daß das Publikum uns keine Schuld an der oft nicht guten Qualität des Brotes zuzurechnen. Aber unter den gegebenen Verhältnissen können die Bäcker beim besten Willen und bei Anwendung aller ihrer Kunst kein besseres Brot herstellen. Das Maismehl hat zu den uns zugewiesenen Mehlgattungen nicht die notwendige Bindungskraft, und daraus erklärt sich das manchmal nicht gerade schön zu nennende Aussehen und der oft nicht gute Geschmack des Brotes. Solange aber die bestehenden Verordnungen das Mischungsverhältnis 5:7 vorschreiben, das heißt, solange wir aus 100 Kilogramm Mehl 140 Kilogramm Brot erzeugen müssen, solange ist an eine Besserung nicht zu denken.“

Eine rationelle Verarbeitung in diesem Verhältnis ist für uns ausgeschlossen, und es ist zu befürchten, daß immer und immer wieder aus diesem Zustande Störungen in der Brotversorgung, von der weitere Kreise der Bevölkerung betroffen werden müssen, entstehen können und werden. Denn wenn ein oder das andre Mal dem Bäcker das Mehl ausgeht und der Bäcker mit der Zuweisung nicht auskommt, kann er genügende Mengen von Brot auch nicht für die bei ihm rayonierten Kunden erzeugen.

Eine radikale Abwendung dieser Gefahr der drohenden Stockungen kann nur durch die Aufhebung des erwähnten Verhältnisses 5:7 erwartet werden. Eine weitere Klage, die wir zu wiederholtenmalen vorgebracht haben, betrifft die jetzt in Geltung stehenden Brotpreise. Die Bäcker müssen nach wie vor zu den seit 1915 bestehenden Preisen das Brot abgeben und können dabei nicht ihr Auslangen finden. Die seit dem Jahre 1915 gestiegenen Erhöhungen der Preise aller zur Herstellung des Brotes nötigen Materialien (Holz, Kohle, Löhne, Transportkosten, Haushaltskosten etc.) wurden bisher nicht berücksichtigt, und das Brot im Ausmaß von 84 Dekagramm ist seit mehr als zwei Jahren 18 S. Die Bäcker verlangen eine Preiserhöhung von 6 S. pro Laib. Bisher haben aber ihre Wünsche kein Gehör bei den Behörden gefunden. In Ausführung eines Beschlusses der Genossenschaft haben wir dieser Tage beim Herrn Statthalter vorgesprochen, um ihm die Forderungen der Wiener Bäcker vorzutragen. Der Statthalter hat sich aber darauf berufen, daß für die Preisregulierung nicht die Statthalterei allein kompetent sei und daß diese Frage im Einvernehmen mit dem Volksernährungsamt geregelt werden müsse. Wir haben unsere Forderungen bezüglich der Ab-

änderung der Quote 5:7 feinerzeit dem gewesenen Minister General Höfer vorgebracht und müssen sie jetzt ebenso wie die Wünsche bezüglich der Preisregulierung dem neuen Leiter des Amtes, Herrn Hofrat P a n l, vorbringen, von dem wir eine Regelung dieser die Bäcker Wiens schwer betreffenden Verhältnisse erhoffen.“

Die Brot- und Mehlffrage.

Die Klagen über die Verschlechterung des Brotes mehren sich täglich; das Brot, fast aus reinem Mais bestehend, ist auch nachgerade ungenießbar geworden; mit Recht wird vielfach über die Unbestimmlichkeit und Unverdaulichkeit des Maisbrotes geklagt. Besonders magenkranken Personen fällt es schwer, dieses gelbe, bröckelnde Gemisch zu genießen, das schon bei gesunden Menschen Verdauungsstörungen verschiedener Grade hervorruft.

Die Bäcker erklären, nicht in der Lage zu sein, ein anderes Brot herzustellen, da ihnen für ein solches das nötige Weizenmehl nicht angewiesen werde.

Von kompetenter, den Kreisen des Ernährungsamtes nahestandender Seite wird einem unserer Redakteure diese Rechtfertigung der Bäcker bekräftigt. Da in der letzten Zeit nur **Maisausfuhr** aus **Rumänien** eintrafen, die Weizenfuhr von dort aber nur mangelhaft waren und Mehllieferungen aus **Ungarn** ganz ausblieben, war es einfach nicht möglich, Weizenmehl zur Erreichung einer besseren Weizenmehlsituation auszuholen.

Erfreulich ist jedoch die Mitteilung des Präsidenten des Ernährungsamtes **Ludwig Paul** in der vorgestrigen Sitzung des Ernährungsrates, daß die Qualität des Brotes im Laufe der nächsten Woche bessern werde. Diese gewiß willkommene Ankündigung stützt sich auf folgende Tatsachen: Bis jetzt erhielten wir aus Rumänien lediglich Mais, während Ungarn allmählich verlagte. Der rumänische Mais traf auch nur in unregelmäßigen Sendungen ein. Seit einigen Tagen hat sich die Situation jedoch gebessert. Es langte etwas Mehl aus Ungarn ein, das den Brotbäckereien zur Verbesserung der Brotqualität überwiesen wird. Durch den nunmehr auch regelmäßig erfolgenden Einkauf der rumänischen Maisausfuhr wird es andererseits möglich, mit Deutschland in den vereinbarten Tauschverkehr zu treten. Es sollen nämlich von uns während der nächsten Zeit täglich etwa hundert Waggons Mais mit Deutschland **Aug um Aug** gegen **Rozen- und Gerstenmehl** zum Austausch gelangen. Grundbedingung dieses Tauschverkehrs ist jedoch, daß unser Mais erst in **Tetichen** sein muß, bevor das Mehl von Deutschland abgeht. Die geregelten Zufuhren aus Rumänien machen es jetzt möglich, die Tauschwaggons nach Tetichen abgehen zu lassen, so daß für Ende dieser Woche mit dem Eintreffen des ersten deutschen Mehles im Tauschverkehr zu rechnen ist. Da dieses Mehl in erster Linie der Brotzermahlung zugewandt wird, so kann man infolge des dann günstigeren Weizenmehlverhältnisses schon für die ersten Tage der kommenden Woche auf die Ausgabe eines qualitativ besseren Brotes rechnen. Das für die Brotfabrikation nicht benutzende Mehl wird für allgemeine Konsumzwecke zur Ausgabe gelangen.

Eine ähnliche Vermutung wie die mit Deutschland geschlossene war auch mit **Böhmen** getroffen worden. Leider erwies sie sich infolge der schlechten Aufbringungsmöglichkeiten in diesem Land als nicht durchführbar.

Zeitweiliges Aussetzen der Mehlmessungen an Konsumentenorganisationen.

Während der letzten Monate war wiederholt von berufener Seite darauf verwiesen worden, daß die Monate März, April und Mai die schwerste Periode in dem an sich schweren Durchhalten bilden dürften. Wir hörten die mahnende Stimme und machten uns wohl alle kein richtiges Bild, wie schwer dieses Durchhalten sich wirklich gestalten werde. Nun sind wir am Anfang dieser schwersten Periode aller vier Kriegsjahre angelangt und bekommen Ihre Güte bereits deutlich zu fühlen. Es mangelt an Fleisch und an Gemüse, und auch die Kartoffeln sind äußerst knapp geworden. Dazu kommt noch, daß das bröckelnde Maisbrot kaum zu genießen ist. Die allerdings bereits in Aussicht gestellte Brotverbesserung dürfte auch nur von kurzer Dauer sein und nur solange währen, als die von Deutschland im Tauschverkehr eintreffenden Zuschüsse von Mehl vorhalten werden.

Die Geduld der Bevölkerung ist also jetzt auf eine harte Probe gestellt; aber sie wird auch diese Prüfung noch in der richtigen Erkenntnis, daß wir unter allen Umständen durchhalten müssen, bestehen. Sache der kompetenten Stellen wäre es nun, die Bevölkerung hierbei zu unterstützen, indem mit allen Mitteln dafür gesorgt wird, daß wenigstens als Ersatz für die knappen oder gänzlich fehlenden Lebensmittel Mehl in genügender Menge den Konsumenten zugänglich gemacht wird. Vorläufig freilich mangelt es auch in dieser Hinsicht an ausreichenden Zuschüssen.

In vielen Konsumvereinen und Konsumentenorganisationen konnten die Mitglieder während der letzten Abgabewoche überhaupt kein Mehl erhalten. Es rächt sich heute bitter, daß man es unterlassen hat, rechtzeitig den von der Gemeinde immer wieder geforderten eisernen Vorrat an Mehl anzulegen. Es ist ganz unmöglich, ein Konsumzentrum wie Wien lediglich auf Verteilung aus den Zuschüssen aus weit entfernt liegenden Anfuhrungsländern zu beschränken. Die geringste Verkehrsstockung hat eine sofortige Stockung in der Lebensmittelversorgung zur unausweichlichen Folge.

Die Kriegsgetreidegesellschaft, der die Mehlförderung Wiens obliegt, war diese Woche überhaupt nicht in der Lage, an die von ihr direkt beteiligten Vereine und Organisationen Mehl abzugeben, da dieses verspätet einlangte. Im Laufe der vorigen Woche konnte sie zum Beispiel dem Ersten Wiener Konsumverein insgesamt nur einen Waggon beistellen. Der Verein hat aber etwa 30.000 Mitglieder, gewiß nicht durchgehend wohlhabende Leute, die man inoffiziell auf Bezüge von Mehl aus dem Schleichhandel (das Kilogramm zu 12 bis 14 Kronen) verweisen könnte.

Um die Karten wenigstens voll zur Einlösung zu bringen, wird das fehlende Roggenmehl durch Ausgabe von Surrogaten, wie Mais, Maisorkei und Saferreis, ersetzt. Man frage nur eine Hausfrau, was sie mit diesen Dingen anfangen kann. Sie steht vor der Unmöglichkeit, Einbrenne zu einer einfachen Suppe zu bereiten, die aber heute, in den Tagen des chronischen Milchmangels, vielen das Morgengetränk erleben muß, wenn sie

nicht mit leerem Magen zu ihrer Arbeit gehen wollen.

Das im Laufe der vorigen Woche dem Konsumverein von der Kriegsgetreidegesellschaft beigegebene Mehl reichte gerade zur Bedarfsdeckung der ersten Gruppe der dort rationierten Konsumenten. Es war gegeben worden in der Ueberzeugung, daß auch für die zweite Hälfte Mehl eintreffen werde. Als aber dann nichts einlangte, konnte man, da ein eiserner Vorrat auch nicht existiert, überhaupt kein Mehl für die zweite Konsumentengruppe geben.

Der Gemeinde Wien wurden von der Kriegsgetreidegesellschaft in der Zeit vom 25. Februar bis zum 1. d. zehn Waggon Mehl übermittelt, die in der abgelaufenen Woche zur Ausgabe gebracht wurden. Vom 9. bis 12. d. hat man ihr neuerlich weitere zehn Waggon Mehl überwiesen, die aber erst für die Ausgabe in der nächsten Woche bestimmt sind; in der vorigen Woche erhielt die Gemeinde gar kein Mehl. Wenn die Gemeinde trotzdem ihre Mehlabgaben bestellen befehlen konnte, so liegt der Grund für diese, während der letzten Tage vielfach besprochene auffällige Erscheinung darin, daß es der Gemeinde gelungen war, für sich einen kleinen eisernen Vorrat anzulegen, der nun zu gegebener Zeit willkommenere Ausschilfe bietet.

Die Auskünfte aller befragten Sachleute gipfeln im allgemeinen darin, daß die Kriegsgetreidegesellschaft allein nicht die ganze Schuld an den heutigen Verhältnissen trifft. Es sind Fehler über Fehler begangen worden: in der Anfuhrung, in der Transportregelung, in der Verteilung. Der größte Fehler aber war der, daß man es, als seinerzeit noch die Möglichkeit hierzu vorhanden war, unterließ, einen eisernen Vorrat an Getreide für das Konsumzentrum Wien anzulegen. So kommt es, daß wir heute, wie Präsident Ludwig Baal vor einigen Tagen leider so treffend im Ernährungsrat sagte, einfach von der Hand in den Mund leben müssen.

Wie sich die Verhältnisse in der nächsten Zukunft gestalten werden, darüber läßt sich heute nichts sagen. Die ganze Versorgung ist abhängig von dem jeweiligen, allerdings von Zufällen abhängigen Ergebnis der italienischen Anfuhrn von außerhalb. Um diese zu heben, wird jetzt alles getan; aus Rumänien wird derzeit Getreide mit beschleunigten Flügen zu uns heraufgebracht. Mit Deutschland sind wir in einen Tauschverkehr getreten. Trotz alledem dürfte eine durchgreifende merkliche Besserung der Verhältnisse nach Ansicht informierter Sachleute erst in etwa sechs Wochen eintreten, in dem Augenblick, da die ersten Getreidesendungen aus der Ukraine einlangen.

Das erste deutsche Mehl in Wien.

Wie einem unserer Mitarbeiter aus dem Rathaus mitgeteilt wird, ist gestern in den späten Nachmittagsstunden das erste deutsche Mehl in Wien eingetroffen. Vorläufig handelt es sich nur um einige wenige Waggon Roggenmehl zur Brotverzeugung, doch wird der Tausch mit Mais über Lettschen regelmäßig fortgesetzt, so daß bald größere Zuschüsse zu erwarten sein dürften.

Abgabe von Mazzoth.

Die Statthalterei hat mit einer gestern kundgemachten Verordnung die Abgabe von ungesäuertem Brot (Mazzoth) während der diesjährigen israelitischen Osterfeiertage (27. März bis 4. April) geregelt. Demnach darf für diese Zeit nur 1 Kilogramm Mazzoth pro Kopf abgegeben werden. Personen, die Mazzoth beziehen, sind für die Dauer von 9 Tagen vom anderweitigen Bezuge von Brot und Mahlprodukten ausgeschlossen und müssen daher die auf diesen Zeitraum entfallende Anzahl von 30 Abschnitten der Ausweisliste über den Verbrauch von Brot und Mehl für die festgesetzte Kopfmenge von 1 Kilogramm Mazzoth abgeben. Der Kleinhandelspreis für ein Kilogramm Mazzoth wird mit Rücksicht auf den Mehlpriß, die Herstellungskosten und den Gewinn des Kleinhändlers mit 4 Kronen bestimmt.

(Die Abgabe von Mazzoß.) Die Staatshalterei hat mit einer gestern kundgemachten Verordnung die Abgabe von ungesäuertem Brot (Mazzoß) während der diesjährigen israelitischen Opfersierlage geregelt. Demnach darf für diese Zeit nur ein Kilogramm Mazzoß pro Kopf abgegeben werden. Personen, die Mazzoß beziehen, sind für die Dauer von neun Tagen vom anderweitigen Bezug von Brot und Mehlprodukten ausgeschlossen und müssen daher die auf diesen Zeiten im entfallende Anzahl von 30 Me-

schritten der Ausweiskarte über den Verbrauch von Brot und Mehl für die festgesetzte Kopfmenge von einem Kilogramm Mazzoß abgeben. Der Kleinhandelspreis für ein Kilogramm Mazzoß wird mit vier Kronen bestimmt.

15. III. 1918

80

Kundmachung.

(Ausgabe der nächsten Brot- und Mehlsorten.)

Mit Genehmigung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns wird Folgendes verlautbart:

Die am 17. März 1918 in Geltung tretenden Brot- und Mehlsorten wurden bereits bei den Brot- und Mehl-Kommissionen im Sinne der Verordnung des k. k. Amtes für Volksernährung vom 16. Jänner 1918, R.-G.-Bl. Nr. 16, betreffend die Herabsetzung der Mehlquote, gekürzt.

Es haben daher vom 17. März angefangen alle Abschnitte der Brot- und Mehlsorten ihrem Aufdrucke entsprechend zur Einlösung zu gelangen.

Die vollen Brot- und Mehlsorten haben nunmehr 10 Abschnitte lautend auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“; desgleichen die nicht mit dem Kommissionsstempel versehenen Störbrotarten. Die mit dem Kommissionsstempel versehenen Störbrotarten bleiben ungekürzt.

Von den geminderten Brot- und Mehlsorten sind sämtliche auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“ lautenden Abschnitte abgetrennt und ist deren Besitzern nur mehr gestattet, bis auf weiteres aus den Vorräten 250 g Mehl (Mahlprodukte) wöchentlich für jede im Haushalte verköstigte Person zu verwenden.

Von sämtlichen 8 Junggesellenkarten wurden je 5 auf „70 g Brot“ lautende Abschnitte abgetrennt.

Von allen anderen Karten gelangte kein auf „70 g Brot“ lautender Abschnitt zur Abtrennung.

Die städtischen Mehlabgabestellen und die Mehlabgabestellen der Konsumenten-Vereinigungen werden hiemit verpflichtet, wöchentlich für je 5 auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“ lautende Abschnitte 250 g = 1/4 kg Mehl (Mahlprodukte) zu verabsorgen. Auf 2 1/2 Abschnitte sind 125 g = 1/8 kg Mehl (Mahlprodukte) in der vorgeschriebenen Weise abzugeben.

Über den Vorgang bei der Abtrennung der Abschnitte in den Mehlabgabestellen sowie in den Kriegsküchen sind besondere Weisungen an diese ergangen.

Alle Brotverkäufer werden hiemit verpflichtet, die bei ihnen zur Abtrennung gelangenden Abschnitte lautend auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“, gleichwie die Abschnitte lautend auf „70 g Brot“ voll einzulösen.

In Gast- und Schankgewerbebetrieben ist für jede Mehlspeise nur ein halber Abschnitt lautend auf „70 g Brot oder 50 g Mehl“, beziehungsweise auf „70 g Brot“ durch einen Diagonalschnitt abzutrennen.

Wer den Bestimmungen dieser Kundmachung zuwiderhandelt, wird, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 K oder Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Wird die Übertretung in Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann außerdem auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, als politischer Behörde I. Instanz,

am 12. März 1918

Die Maisvermahlung.

In den österreichischen Mühlen gelangen nunmehr größere Mengen inländischen und rumänischen Neumaises zur Vermahlung, die in diesem trockenen Jahre um die zur Trockenlagerung des Mais erforderlichen Monate verürzt werden konnten. Wo den Mühlen zuerst Kolbenmais zugeschieben wurde, mußte er entrebelt und auch getrocknet werden. Bald konnte jedoch gerebelter Mais zugeteilt werden. Da die Maistrocknung sehr kostspielig ist und auch einen Materialverlust (Eintrocknungsschwund) bedingt, wurden durch die Zentrale der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt, wie diese in Nr. 11 ihrer „Mitteilungen“ bekanntgibt, bei einigen Mühlen Proben vorgenommen, ob der diesjährige Mais auch in ungetrocknetem Zustande vermahlen werden kann. Die Mahlproben mit Mais haben ein sehr günstiges Resultat ergeben, zumal selbst der ganz frisch gerebelte Mais einen Feuchtigkeitsgrad von nicht über 17,5% aufgewiesen hat. Auch in den Mühlen haben sich technische Schwierigkeiten bei der Verarbeitung nicht eingestellt. Der Grieß ist von einer gesunden Färbung und läßt einen Unterschied gegen das aus getrocknetem Mais erzeugte Produkt nicht erkennen. Bei den Maiskeimen und der Kleie sind keine Merkmale sichtbar, welche auf eine Minderwertigkeit dieser Abfallprodukte schließen lassen könnten. Die Haltbarkeit der Erzeugnisse konnte noch nicht ausprobiert werden; es wird jedoch nicht bezweifelt, daß ein längeres Lagern Schaden bringen könnte, doch ist eine Aufstapelung von Vorräten mit Rücksicht auf den stets dringenden Bedarf auch gar nicht möglich.

In mahlentechnischer Beziehung wurde die Wahrnehmung gemacht, daß der ungetrocknete Mais nicht wie der getrocknete oder naturtrockene Maiskern schon in der Kopperei auf der Schälmaschine zum wesentlichen Teile zertrümmert (zerissen) wird, sondern auch nach dieser Passage größtenteils im vollen Kern zum Vorschein kommt, so daß die Arbeit des Zerkleinerns und Quetschens von dem ersten und zweiten Schrotgang übernommen werden muß. Deshalb muß die Beschüttung der beiden ersten Schrotgänge wesentlich verringert werden, damit die Walzen die notwendige Zerkleinerung bewirken. Den übrigen Schrotgängen und den Mahlgängen kann das Mahlgut vom zweiten Schrot schon in der normalen Körnung zugeführt werden. Besonders vorteilhaft ist bei der Verarbeitung von ungetrocknetem Mais in den Weizenmühlen die intensive Lüftung, welche durch die Passage des Mahlgutes auf einer Reihe von Griespuzmaschinen bewirkt wird. Es scheint, daß dadurch auch der Feuchtigkeitsgrad verringert wird und deshalb dürften die Erzeugnisse der Weizenmühlen wesentlich besser sein als jene der Roggenmühlen. Die Erzeugung von Maiskeimen gestaltet sich beim ungetrockneten Mais viel leichter; es ergibt sich, namentlich in Weizenmühlen, sogar eine wesentliche Ueberschreitung der vorgeschriebenen Ausbeute, denn es wurden bisher 12 bis 13% statt 10% hergestellt, allerdings auf Kosten der Kleiausbeute. Bei der Ausmahlung von Maismehl wurde festgestellt, daß das Mehl um so besser ist, je feiner es ausgemahlen wird, wodurch es sich auch leichter und besser aufschließen läßt. Bei dem gut durchgemahlene Maismehl wird auch eine bessere Brotausbeute erzielt. Es ergibt sich also bei Vermahlung von getrocknetem Mais für die Mühlen folgende Regel: Die Beschüttung bei den beiden ersten Schrotgängen stark verringern, das Mahlgut fein durchmahlen!

Das Ergebnis der bisherigen Mahlversuche ist, daß nunmehr die künstliche Trocknung von rumänischem Mais eingestellt und zugleich obligatorisch angeordnet wird, daß dieses Produkt ohne Rücksicht darauf, ob Kolbenmais zugeteilt und an Ort und Stelle entrebelt wird, oder ob gerebelter Kernmais zur Ruteilung gelangt, in ungetrocknetem Zustande vermahlen zu werden hat. Auf ungarischen Mais sowie auch auf heimischen Mais erstreckt sich die obligatorische Verfügung nicht. Für diese Produkte soll die neue Verfügung, wenn es angeht, fakultativ auf Anordnung der Zweigstellen eingeführt werden. Als Merkmal für die Zulässigkeit der Vermahlung in ungetrocknetem Zustande gilt ein Feuchtigkeitsgrad von nicht wesentlich mehr als 17 Prozent. Dem Feuchtigkeitsgrade aller Maispartien wird übrigens ohne Rücksicht auf deren Provenienz ununterbrochen ein besonderes Augenmerk zugewendet und öfters Feuchtigkeitsanalysen vorgenommen. Die Vermahlungsvorschriften und die Kalkulationen für Mais bleiben unverändert

aufrecht, doch wird den Mühlen aufgetragen, von Maiskeimen soviel als möglich, jedoch ohne Beeinträchtigung ihrer qualitativen Beschaffenheit, herzustellen. Selbstverständlich darf dann die Menge der Kleiausbeute um das Maß der Keime verringert werden. Die gesamten Maisstämme sind wie bisher an die Del- und Fettzentrale A. G. abzuliefern. Um diese Jahreszeit pflegt der Mais ansonst eine Feuchtigkeit von 20 bis 22 Prozent aufzuweisen. Wenn er neuer auch nur 17 bis 17,5 Prozent Feuchtigkeit hat, so muß doch eine längere Lagerung der fertigestellten Mahlprodukte vermieden werden, wenn nicht Schäden eintreten sollen. Die Zweigstellen, bei denen die Verarbeitung von ungetrocknetem Mais angeordnet wurde, werden daher aufgefordert, dafür Sorge zu treffen, daß Maismehl und Maisgrieß, welche aus solchen Produkten hergestellt werden, immer sofort dem Konsum zugeführt werden.

Die Kartoffelversorgung.

Zur Stadtrate legte Vizebürgermeister Doh ein Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kartoffelversorgung der Stadt Wien vor und bemerkte, daß die Ausgabe von einem Kilogramm für den Kopf in der nächsten Woche gesichert erscheine.

Eine städtische Brotfabrik in Wien.

Ein Fortschritt für die geordnete Brotversorgung
der Reichshauptstadt.

Von wohlinformierter Seite wird uns über die Errichtung einer städtischen Brotfabrik in Form einer Aktiengesellschaft mitgeteilt:

Bereits seit längerer Zeit waren Gerüchte über den beabsichtigten Verkauf der Kronenbrotwerke im Laufe, insbesondere wurden zwei Wiener Banken genannt, welche lebhaftes Interesse für den Ankauf bekundeten, auch sollen die sozialdemokratischen Hammerbrotwerke, welche vor kurzem die Floridsdorfer Brotfabrik ihrem Unternehmen einverleibten, auch mit dem Besitzer der Kronenbrotfabrik ernste Verhandlungen gepflogen haben.

Bereits im Herbst vorigen Jahres hatte sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit der allfälligen Erwerbung dieser modernen und leistungsfähigen Fabrik befaßt und eine Besichtigung und bauämliche Schätzung des Unternehmens veranlaßt; die Preisforderung schien damals zu hoch.

Inzwischen erklärte sich Herr Hafner, der Gründer und Eigentümer der Kronenbrotfabrik, ein angesehener Bürger des 10. Bezirkes, der das Geschäft aus kleinen Anfängen zum heutigen Großbetrieb gebracht hatte, zu günstigeren Bedingungen bereit, wenn er und seine Familie noch weiter am Unternehmen beteiligt wären. Es ergab sich sohin die Form der gemischten „A.-G.“, wobei die Gemeinde das Verkaufsrecht für die im Familienbesitz verbleibenden Aktien sich sicherte. Hieraus ergibt sich aber auch der Vorteil, daß dem neuen Unternehmen die bewährte Kraft eines erstklassigen Sachmannes, als welcher Herr Hafner überall gilt, erhalten bleibt.

Mit Rücksicht auf die insbesondere für die Friedenszeit wünschenswerte unmittelbare Verbindung der Großbäckerei mit der Wiener Walzmühle beschloß heute der Verwaltungsrat der Vonwiller A.-G., an welcher bekanntlich die Gemeinde Wien mitbeteiligt ist, einstimmig den übrigen Aktienbetrag zu übernehmen. Den Wiener Bäckern soll eine Vertretung in der Verwaltung der Brotfabrik eingeräumt werden, damit sie in der Lage sind, ihre Interessen daselbst wahrzunehmen.

Das Unternehmen beabsichtigt nur Schwarzbrot zu erzeugen und zu dessen Absatz mit Bäckern, Gemischtwarenverschleißern usw. Lieferungsverträge abzuschließen.

Es ist wohl anzuerkennen, daß die Gemeinde auf diesem Gebiete der Approvisionierungspolitik zielbewußt vorgegangen ist.

Im Jahre 1913 wurde das große schöne Lagerhaus am Praterkai dem Verlehre übergeben, im Kriegsherbste 1914 werden die Speicher im Winterhafen erbaut, ein Jahr später wird das Lagerhaus S. und W. Hofmann erworben, so daß die Gemeinde über einen Lagerraum von 10.000 Waggons Brotgetreide, also den halben Jahresbedarf Wiens verfügt, der weitere Schritt führte zur Erwerbung der Mühle, der jetzige zur Brotfabrik. Die letzteren Unternehmungen werden in die Form der gemischten Aktiengesellschaft gebracht. Die Verbindung von „Lagerhaus“ — „Mühle“ — „Brotfabrik“ verspricht eine geordnete rationelle Brotversorgung Wiens für alle Zeit.

Die Rath.-Korr. verlautbart: In einer heute abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der Mühle wurde beschlossen, daß die Walzmühle Vonwiller sich an dem in eine Aktiengesellschaft umzuwandelnden Unternehmen „Erste Wiener Kronenbrotwerke“ von M. Hafner durch Erwerb der Mehrheit der Aktien beteilige. Mit 1. April wird das Unternehmen bereits auf Rechnung der neuen Aktiengesellschaft betrieben. Das neue Unternehmen setzt sich zur Aufgabe, die städtische Bevölkerung mit billigem und gutem Brote zu versorgen und damit einer dringenden Forderung der Verbraucher zu genügen. Es ist beabsichtigt, den Gewerbetreibenden, welche das Erzeugnis des neuen Unternehmens zu vertreiben berufen sein werden, die Mitarbeit in der Verwaltung zu ermöglichen.

Kochrezepte für die Maiszeit.

Die „Mitteilungen“ (Nr. 11) der Kriegsgetreideverkehrsanstalt kündigen für die nächsten Monate eine Ausdauer der bereits begonnenen Maisperiode an, in der die Bevölkerung außer mit Maisbrot auch mit Maismehl und Maisgrieß (an Stelle des Back- und Kochmehles) wird vorlieb nehmen müssen. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt rechnet also bei der redaktionellen Fertigstellung der „Mitteilungen“ noch nicht mit einem baldigen Fühlbarwerden der Weizenzufuhren aus der Ukraine, die das Ernährungsamt aber bereits in öffentlichen Verlautbarungen und Erklärungen in Aussicht gestellt hat. Dafür frischt das Organ der RGV. eine Anzahl von Mais-Wochentrezepten aus einem Flugblatt des Ministerium des Innern vom Jahre 1915 auf, die hier zu Flug und Lehr unserer Hausfrauen, die im Kriege so oft unterlernen mußten, wiedergegeben seien, obwohl manche der Rezepte gegenwärtig wegen des Mangels an Zutaten schwer herzustellen und obwohl, was noch viel schlimmer ist, leider auch Maisprodukte selber nur in so geringer Menge abgegeben wird, daß die Bevölkerung gar nicht in die Lage kommt, von den Maisrezepten viel Gebrauch zu machen.

Maismehl und Maisgrieß eignen sich vorzüglich zum Panieren, zur Herstellung von Polenta, von Beilagen zu Fleischspeisen mit Soßen, ferner zur Herstellung nicht süßer Mehlspeisen wie auch zu Süßspeisen. Germispeisen aus Maismehl bedürfen einer längeren Zeit zum Aufgehen als solche aus Weizenmehl.

1. **Polenta.** 33 Delagramm Maisgrieß, 1 1/2 Liter Salzwasser. In kochendes Salzwasser gibt man den Potentagrieß und läßt die Masse unter stetem Rühren so lange kochen, bis sie sich vom Topf und Löffel löst (ungefähr eine 1/2 Stunde). Dann brüht man sie in eine mit Wasser angeschwemmte Form und stürzt sie gleich. Beigabe zu Gulasch, Weuschel usw.

2. **Gerüstete Polenta.** Polenta (wie vorstehend), 8 Delagramm Schweinefett. Polenta wird in Scheiben geschnitten und in heißem Fett geröstet.

3. **Maismehlnockerl.** 5 Delagramm Maismehl, 1/2 Liter Wasser, 3 Delagramm Butter (oder ein anderes Fett), 1 Ei, Salz, Wasser und Butter läßt man kochend werden, salzt und gibt rasch das Mehl dazu, das man so lange kocht, bis sich die Masse vom Topf und Löffel löst. Man verrührt sie überläßt mit 1 Ei, formt Kocel und kocht sie fünf Minuten in Salzwasser. Als Einlage in Nindsuppe zu verwenden.

4. **Maismehlküchlein.** 1/2 Liter Maismehl, 1/2 Liter Wasser, 2 Delagramm Schweinefett. Das Fett wird in kochendes Wasser gegeben und aufgelöst. Hierauf gibt man das Mehl und das Salz dazu und rührt die Masse so lange an Feuer, bis sie ganz glatt ist. Daraus formt man kleine Kugeln (Küchlein), die man platt drückt und aus heißem Fett bäckt. Man gibt sie als Einlage in die Nindsuppe oder als Beilage. Die Küchlein können auch mit angerösteten Speckwürfeln, gehacktem Sechsfleisch und anderem gefüllt und als Auflage zu Sauerkraut oder sauren Rüben verwendet werden.

5. **Kultursterz (Maisgrießsterz, türkischer Sterz).** 1 Liter Salzwasser, 33 Delagramm Maisgrieß, 5 Delagramm Schweinefett (Fitz oder Speck), Grammeln. In 1 Liter siedendes, gesalzene Wasser schüttet man Maisgrieß (Potentagrieß) und kocht ihn bei zugedecktem Topf fast eine 1/2 Stunde, bis der Grieß gut gegullen ist. Dann lodert man den Sterz vom Boden und von den Wänden des Topfes, gießt 5 bis 8 Delagramm heißes Schweinefett darauf und rührt mit einer Gabel leicht durch. Im zugedeckten Topf wird der Sterz noch 1/2 Stunde gedünstet, dann angerichtet und mit heißen Grammeln bestreut.

6. **Maismehlnudeln.** 1/2 Liter Wasser, 1/2 Liter Maismehl, 2 bis 3 Delagramm Fett zum Abschmalzen, Zwiebeln. Kochendes Wasser wird gesalzen, das Mehl eingekocht und über Feuer so lange gerührt, bis es ganz kalt ist. Dann gibt man die Masse aufs Brett, arbeitet den Teig mit Maismehl noch recht gut ab, wallt ihn dann aus, läßt ihn trocknen und schneidet nicht zu breite Nudeln, die in Salzwasser 5 Minuten gelocht werden. Man schmalzt sie in Fett ab, in dem man fein geschnittene Zwiebeln anlaufen ließ, und gibt sie als Beilage.

7. **Maigrießküchlein (Maigrießcroquettes).** 1/2 Liter Milch, 1/2 Liter Maisgrieß, 2 Eier, etwas Brot, 5 Delagramm Fett, Peterilie und Salz. Maisgrieß wird in kochender Milch eingekocht und auskühlen gelassen. Dann gibt man nach und nach Eier, würfelig geschnitten, in Fett angeröstetes Brot, fein geschnittene Peterilie und etwas Salz dazu, formt aus der Masse kleine Laibchen oder auch Küchlein, die man mit Mehl, Eiern und Bröseln paniert und aus heißem Fett bäckt. Man verwendet sie als Einlage in Nindsuppe, als Beilage zum Fleisch und mit Fruchtsaft als Mehlspeise.

10. **Maismehlbrot und Semmeln.** 40 Delagramm Maismehl, 2 Delagramm Hefe (Germ), ferner Milch, Mehl und Zucker zu einer Gärprobe (Dampf), Wasser, Salz, Anis, Natron, Rum. Aus Maismehl, einer Gärprobe von Hefe (Dampf), Wasser, Salz, Anis und einer Messerspitze voll Natron und einigen Tropfen Rum wird ein Teig vermenzt, den man gut abschlägt und dann auf dem Brett mit etwas Mehl knetet. Man formt aus der Masse nach Beileben Semmeln, einen Laib oder einen Striezel, den man langsam aufgehen läßt und im Rohr bäckt.

11. **Kartoffelbrot als Kaffegebäck.** 30 Delagramm Weizenmehl, 30 Delagramm Maismehl, 30 Delagramm Kartoffeln, 3 Delagramm Hefe (Germ), 1 Ei, 1/2 Liter Milch, 5 Delagramm Zucker, 3 Delagramm Fett, Zitronenschalen, Rum, Salz. Aus den Reiben, gebratenen und passierten Kartoffeln, einer Gärprobe aus Hefe, Milch, Ei, Zucker, zerlassenen Fett, Salz, Rum, Zitronenschalen wird ein Teig vermenzt, den man gut abschlägt, in eine befettete Platte gibt, langsam aufgehen läßt und im Rohr bäckt. Man kann auch Rosinen darunter mischen.

8. **Maismehl- oder Maigrieß-Dunstloch oder Pudding (als Beilage).** 1/2 Liter Milch, 10 Delagramm Maismehl (Maigrieß), 2 Eier, Salz. In einen 1/2 Liter kochende Milch gibt man das Mehl oder den Grieß

(das Mehl muß man vorher mit etwas kalter Milch verrühren) und läßt die Masse dick eintochen. Erkalte verrührt man sie mit Salz, Dotter und dem festen Schnee, fällt sie in eine ausgefettete Puddingform und kocht sie 1/2 Stunde in Dunst. Man gibt Pudding als Beilage oder Vorspeise mit oder ohne geriebenen Käse.

9. **Maigrießschmarren mit Äpfeln (Tommerl).** 1/2 Liter Maisgrieß, 1/2 Liter Milch, Salz, 1/2 Kilogramm Äpfel, 3 Delagramm Fett (Schweinefett). Kochende Milch wird gesalzen, über das Maismehl gegossen und stehen gelassen. Äpfel werden geschält, feinschnittig geschnitten, gut mit der Masse vermischt und in einer Pfanne, in der man Fett heiß werden ließ, im Rohr ausgedünstet. Man richtet den Schmarren gut gequert an.

12. **Kartoffelsterz.** 1 Kilogramm Kartoffeln, 1/2 Kilogramm Maismehl, 2 Delagramm Fett, Salz, 10 Delagramm Fett zum Ausdünsten. Kartoffeln werden unter möglichster Vermeidung von Verlusten roh geschält, gewiertelt und in Salzwasser halbweich gelocht, dann gibt man das Mehl und 2 Delagramm Fett dazu und läßt den sich bildenden Mof bei laufender eine Viertelstunde zugedeckt kochen. Hierauf gießt man die Hälfte des Wassers ab, verrührt die Masse sehr gut und läßt sie in einer Bratpfanne, in der man Fett (Badfett) weiß werden ließ, im Rohr ausdünsten.

13. **Gerüstete Maigrießkartoffeln.** 1 Kilogramm Kartoffeln, 10 Delagramm Maisgrieß, 15 Delagramm Fett, Salz, Kartoffeln werden gelocht, geschält und feinschnittig geschnitten. In heißem Fett läßt man Maisgrieß anrösten, gießt mit einem großen Schöpfer Wasser auf, läßt es aufkochen, gießt Kartoffeln und Salz hinein und läßt das Ganze entsprechend wässern.

17./IV. 1918

Das Brot aus dem Osten.

Mitteilungen des Lagerhausdirektors der Stadt Wien Dr. Heinrich Kübel. — Empfangsvorbereitungen für die ukrainischen Zufuhren. — Die Donau bereits schiffbar. — Die geöffneten rumänischen Säkranten. — Jede Qualität willkommen! — Schaffung einer „eisernen“ Mehlereserve für Wien mit ukrainischem Getreide.

„Bis erst das Getreide aus der Ukraine kommt...“ Ueberall kann man jetzt diesen halb zögernden, halb erwartungsvollen Hinweis vernehmen, der gewöhnlich den überlegenen Schluß eines Dialogs über die Mängel der heutigen Brot- und Mehlerversorgung bildet. Die Ukraine! Niemals ist ein Wort, der Name eines entlegenen fremden Landes, so rasch in Wien bekannt geworden. Die Leute sagen mit Respekt „Ukraine“, und riesige gestülpte Getreidespeicher, vollgepfropfte Lagerhäuser, die auf das Schwarze Meer blicken, tauchen dabei in ihrer Vorstellung auf.

Odeffa befehl! Das ist eine Tatsache, die unbedingt vor allem die sehnlich erwartete Zufuhr ukrainischen Getreides betrifft und die allgemeinen Erwartungen verstärkt. Die Kürzungen der Mehlerquote, die Brotoverschlechterung, sie müssen doch einmal ein Ende finden. Wenn man auch noch bis zur Ernte „von der Hand in den Mund“ leben muß, so ist es doch nicht gleichgültig, ob und was diese Hand für den Mund übrig hat. Das wird von den Zufuhren abhängen.

Wie wird nun das ukrainische Getreide nach Oesterreich kommen und welche direkte Verwertung wird es hier finden? Ueber diese aktuellen Fragen teilte gestern der Direktor der städtischen Lagerhäuser Wiens Dr. Heinrich Kübel einem Mitarbeiter der „Oesterreichischen Volkszeitung“ nachstehendes mit:

Dank der Vergrößerung und vollendeten Ausgestaltung unserer Lagerhäuser sind wir auch gerüstet zum Empfang des ukrainischen Getreides. Auch 10.000 Waggons können mit Leichtigkeit untergebracht werden. Die Reform der städtischen Lagerhäuser ist größtenteils während des Krieges erfolgt. Nicht bloß die Unterbringung bietet keine Hindernisse; auch die durch modernste maschinelle Anlagen durchzuführende Entladung der Schiffe wird mit Hilfe unserer neuen Schiffsselevatoren, die täglich 200 Waggonladungen bewältigen, nicht die mindeste Verzögerung erfahren. Während der Kriegszeit hat sich die technische Leistungsfähigkeit der Lageranlagen überhaupt derart gesteigert, daß wir diesbezüglich mit einer Begrenzung nicht mehr zu rechnen brauchen.

Es ist nicht zu übersehen, daß der Bahnweg der Getreidezufuhren namentlich wegen des noch andauernden militärischen Bedarfs der Bahnlinien mit ungemein großen Schwierigkeiten zu rechnen hat. Kriegsgegenstandstransporte, Beförderung von Industrieerzeugnissen und Material nehmen die ohnehin nicht sehr leistungsfähigen Linien vollauf in Anspruch, die Nebenlinien sind gleichfalls mehr oder weniger überlastet. So wird also die Beförderung per Bahn unzulänglich großen Schwierigkeiten begegnen. Wir erwarten daher in erster Linie die beste Hilfe nur vom Donauweg, der allerdings enorm leistungsfähig ist. Wozu besonders gleichfalls im Kriege geschaffene Einrichtungen — Umgestaltungen am Eisernen Tor und neue Umschlagplätze längs der Donau — alles von der Seeresverwaltung durchgeführt, sehr beitragen.

Die Donau ist bereits seit einiger Zeit wieder schiffbar. Frosteintritt ist nicht mehr anzunehmen. Der Wasserweg ist gangbar geworden. Wir müssen aber direkt vom Schwarzen Meer in die Donau einfahren und die Häfen von Galatz und Braila benutzen können.

Das Getreide aus diesen Gegenden ist von Haus aus gewisse Wege „gewohnt“. Odeffa, Galatz, Braila sind die Punkte, die es seit jeher berührte. Jeder andere Weg würde die Schwierigkeiten erhöhen. Darauf beruhte es ja, daß man aus den Borräten Rumäniens nicht so schöpfen konnte, da man über die beiden Häfen Braila und Galatz nicht verfügte. Das wird nun gründlich anders werden.

Auch der Donauweg erfordert mehrwöchentliche Reise des Getreides, das wiederholt umgeladen werden muß. Die Meeresdampfer von Odeffa weg fahren bloß bis zum Unterlauf der Donau. Dort muß die erste Umladung erfolgen. Die dort bereitstehenden Donaudampfer können auch nur bis zum „Eisernen Tor“ fahren, da von diesem Punkte angefangen die Donau für die Riesendampfer nicht mehr schiffbar ist, weshalb abermals eine Umladung, diesmal auf kleinere Schiffe, durchzuführen ist. Zudem handelt es sich nicht um Tal-, sondern um Bergfahrt. Das Getreide muß vor allem behandelt, „geleuchtet“

werden und zahlreiche Vorsichtsmaßnahmen sind zu befolgen. Bei niedrigem Wasserstand darf zum Beispiel nur eine geringere Belastung der Schiffe erfolgen. Beim „Eisernen Tor“ geht der Schiffsverkehr bereits durch neu eingerichtete Kanäle, die die Stromschnellen vermeiden. Den Schleppdienst besorgen sogenannte „Eisendampfer“ mit elektrischem Betriebe.

Mit Bezug auf die Qualität etwaiger „alter Bestände“ erklärte Direktor Dr. Kübel: Wir fürchten uns vor gar keiner Verschlechterung des ukrainischen Getreides. Wir haben auch nicht die mindeste Sorge um ein „Verderben“. Die Gerüchte, daß wir irgend jemals „verdorbenes“ Getreide „in die Donau werfen“ müßten, sind lächerliche Fabeln. Man würde auch für das „verdorbenste“ Getreide noch weit bessere Verwendung gefunden haben.

Das Getreide wird äußerst fürsorglich behandelt. Schon auf dem Schiffe, in den Säfen muß es, wie erwähnt, „gepflegt“ und gelüftet werden. Am Ladeplatz des neuen städtischen Speichers unserer „Kraianlagen“ können gleichzeitig drei der größten Schleppschiffe von je 60 Meter Länge ausgeladen werden. Bugungs- und Entstaubungsanlagen sind in modernster Konstruktion vorhanden. Auch im Freudenauer Winterhafen und beim Speicher „Zwischenbrüden“ stehen weitere Ladeanlagen zu Gebote. Die neuen Einrichtungen und die Verbollkommnung der heutigen Methoden bürgen für einwandfreie und sachgemäße Einlagerung und Konservierung jeder etwa einlangenden Getreidequalitäten. Auch Bestände „alter“ Ernten sind, entsprechend behandelt, durchaus verwendbar. Die Vermahlung kann mit einer Raschheit erfolgen, die jeden Aufschub ausschließt. Wir haben die städtischen Mühlen in Wien selbst zur Verfügung. Die Wiener Walzmühle allein ist imstande, nahezu den ganzen täglichen Wiener Bedarf selbst herzustellen.

Was wir vom ukrainischen Getreide erhoffen — sagte Direktor Dr. Kübel zum Schluß — ist vorerst nichts Uebertriebenes. Ziffern können nicht angegeben werden, was die erhofften Anfangsmengen betrifft, sie wären auch momentan nicht zu begründen. Wir werden aber jedes Anfangsquantum begrüßen. Wissen wir doch aus der Erfahrung der letzten Zeit leider nur zu gut, welchen ungeheuren Wert auch ein verhältnismäßig kleines Quantum, das den Vorteil hat, sofort „greifbar“ zu sein, bedeutet. Es können schon einige Waggons dazu beitragen, Störungen, Verlegenheiten zu überwinden, die sonst viel Mühe verursachen würden. Unsere Hoffnung auf das ukrainische Getreide betrifft aber auch die Schaffung der ersetzten eisernen Mehlereserve für Wien, die uns endlich von lokalen Zufällen unabhängig machen und vor den Folgen irgendwelcher plötzlicher Verkehrsstörungen und dergleichen schützen wird.

Diese eiserne Reserve wird geschaffen werden. Man ist bereits eifrig am Werke, die Vorbereitungen für die Getreideeinfuhr durchzuführen. Eine Getreide-Einkaufsgesellschaft ist gegründet; ihre Vertreter sind bereits an Ort und Stelle eingetroffen, und alle Gewähr ist geboten, damit der freie Handel nicht ausgesetzt werde. Und — was am hoffnungsvollsten stimmt — die verbündeten Truppen sind in Odeffa eingezogen. Wann das erste Getreide kommen wird? Wir hoffen, recht bald, und wir sind, ich wiederhole es, technisch zu seinem Empfang bereit und gerüstet.

17./III. 1918

27

Die Kartoffelquote.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 Kilogramm festgesetzt.

19. III. 1918

88

Ausgabe von 1 $\frac{1}{2}$ Kilogramm Erdäpfel für den Kopf.

Wien, 18. März.

Angesichts der bedeutenden Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung im gegenwärtigen Augenblicke wurde es heute von den Käufern begreiflicherweise mit großer Freude begrüßt, als sie gegen Vorweisung der Kartoffelkarte statt der festgesetzten ein Kilogramm Kartoffelquote 1 $\frac{1}{2}$ Kilogramm für den Kopf ausgefolgt erhielten. Uebrigens war die Ware von recht guter Qualität.

Das unvermutete Eintreffen größerer Kartoffelmengen, als sie erwartet worden waren, hat diese Ueberschreitung möglich gemacht, und soweit heute ein Ueberblick möglich war, hofft man, allen Verbrauchern diese Woche das 1 $\frac{1}{2}$ Kilogramm-Quantum zuweisen zu können, auf welche Menge bekanntlich bis vor 14 Tagen die Kartoffelkarte gelautet hat. Ob nächste Woche weiter an dieser Uebung wird festgehalten werden können, hängt nicht von den meteorologischen Verhältnissen ab, da die noch vielleicht auftretenden Nachtfröste den Kartoffeltransport riskant erscheinen lassen.

(Mehlquotenkürzung und öffentliche Mägen.)
Amtlich wird verlautbart: Anlässlich der Herabsetzung der Mehlquote ist angeordnet worden, daß die Teilnehmer von Gemeinschafts- und ähnlichen Kriegsküchen den Küchenleitungen jeweils für zwei Wochen im vorhinein zehn Abschnitte ihrer Mehlarten abzugeben haben. Nunmehr sind von verschiedenen Personen bei den Behörden Beschwerden darüber vorgebracht worden, daß einzelne Konsumentenorganisationen, Konsumvereine und Mehlabgabestellen sich weigern, gegen Mehlarten, die anstatt der vollen zwanzig nur mehr zehn Abschnitte aufweisen, Mehl zu verkaufen. Dieser Vorgang ist jedoch unzulässig; vielmehr sind auch Mehlarten, an denen sich nur mehr zehn, oder selbst nur fünf Abschnitte befinden, unweigerlich unter Zugrundelegung der Gebühr von 25 Gramm Mehl für jeden Abschnitt einzulösen.

„100 Gramm Tei ware . . .“

Aus der Zauberwelt der Magistratsanzeigen.

Blätter: man täglich den Anzeigenteil der Berliner Vorort-Blätter durch, so muß man sich tiefbelehmt dem überwältigenden Eindruck beugen, daß die unterschiedlichen Magazine unermüdtlich am Werke sind, die Gaumengenüsse der Kriegszeit über uns verschwenderisch auszugießen. Kein Tag, an dem nicht etwas Lederes oder Brauchbares lodend am Himmel der amtlichen „Lebensmittelversorgung“ erscheint. Aber die Sache hat ihren Haken. Es gibt mißvergnügte Menschen, die auf den Genuß der Verordnungen und Bekanntmachungen verzichten, weil sie die Fülle zu aufregend für den Magen und die aus dieser Papierflut schließlich trübselnde Wirklichkeit zu enttäuschend für diesen Körperteil finden.

Denn auf 100 Gramm Haferlocken oder etwas Kunsthonig enthält meist so viel Bekanntmachungspapier, daß man die einzelne Köstlichkeit mehr als einmal darin einwickeln könnte. Da kommt erst — es liegt im „System“ und läßt sich angeblich gar nicht anders machen — eine feierliche Ankündigung ganz allgemein, daß es überhaupt etwas geben soll; dann eine Aufforderung an die Händler, die Ware dann und dann und da und da abzuholen; danach engere bestimmtere, hoffnungsvollere Mitteilung, daß es nun demnächst wirklich die Sache geben soll, und schließlich, mit Paukenschlag alles vorher Gesäußelte übertönend, die unbedingte Bestätigung: es kann entnommen werden. Dazwischen freilich unter Umständen noch klägliche Rückzieher: es ist noch nicht so weit; oder es erscheint der schon gegessene Kunsthonig noch einmal aus der Verfertigung, weil ein Teil der Bevölkerung überhaupt noch nichts hat bekommen können; die Händler werden zum zweitenmal ermahnt, doch abzuholen. Und so fort. Besonders wehmütig stimmt die Fülle des bedruckten Papieres, wenn, wie in Mariendorf, 60 Gr. Graupen für 7 Pf. oder 30 Gr. Grieß für 2 Pf. — zwei Pfennige — den glücklichen Bewohnern dargeboten werden.

Das unständliche Deutsch überwuchert in diesen Verkündigungen überall den mageren Kern, ohne ihn gehaltvoller zu machen. Die Leser freilich, längst gewöhnt, kleben ihre Augen längst nur noch auf die Warenbezeichnung, die Menge und den Tag. Alles übrige können sie sich süßlich schenken, weil sie es kennen.

Bei einzelnen Groß-Berliner Gemeinden schwellen so die Lebensmittelbekanntmachungen auf über 60 im Monat an. Mehr als zwei an jedem Tag. Solch eine Bekanntmachung mißt im Durchschnitt 12x9 Zentimeter, das macht im Monat rund 7000 Quadratcentimeter Papierfläche und — sagen wir bei einer Auflage der Zeitung von 12 000 — weit über 8000 Quadratmeter Papier. Bei einer Zeitung. In der Papiernotzeit.

Wird vielleicht die Groß-Berliner Vereinheitlichung, die kommen soll, auch hier etwas bessern? Müssen diese zahllosen Bekanntmachungen immer wieder mit den feierlichen Floskeln „auf Grund der §§ der Bundesratsverordnung vom . . . über die Errichtung von Preisprüfungsstellen . . .“, „Auf Grund der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes . . .“, „Auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Zucker“, „Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom . . .“, „Auf Grund unserer Bekanntmachung über die Abgabe und Entnahme . . .“ geschmückt werden?

Man sollte annehmen, daß nach mehrjähriger Kriegswirtschaft Händler und Käufer zu ihren Tütchen Graupen auch dann zu kommen wissen, wenn dieses ganze Amtsschreibwerk über „Abgabe und Entnahme“, „Einlösung der Abschnitte“, „Ablieferung der Abschnitte“ usw. u. w. auf ein gedrängtestes Maß zurückgeführt wird. Die vielen Zentner Papier könnten dann mit Nützlicherem bedruckt werden.

kn.

**Die Kartoffelversorgung bis Juni
sichergestellt.**

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet hierauf über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und teilt mit, daß nach der gegenwärtigen Anlieferung und nach der Zusicherung der Regierung, die Kartoffelversorgung bis Anfangs Juni, jedoch noch bei einer Rospfquote von einem Kilogramm pro Woche, gesichert sei.

Gemeinderat Dr. Hein regte mit Rücksicht auf die nach seiner Meinung bestehende Möglichkeit an, die Regierung aufzufordern, die Belieferung der Stadt Wien mit Kartoffeln in einer solchen Höhe durchzuführen, daß die 1½-Kilogrammquote beibehalten werden könne.

Zum Schluß nahm die Konferenz einen Bericht des Magistratsrates Dr. Rospf über verschiedene Approvisionierungsfragen, insbesondere über die Mehlerzeugung der Stadt Wien, zur Kenntnis.

(Wie macht man das Wiener Maisbrot genießbar?) Unter Bezugnahme auf das gestern veröffentlichte Rezept, das jetzt zur Ausgabe gelangende, schwer verdauliche Maisbrot genießbar zu machen, erhalten wir zahlreiche Zuschriften aus unserer Leserkreise. Eine dieser Zuschriften, die ein bedeutend besseres Verfahren zu bringen erklärt, glauben wir unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Sie lautet: „Anschließend an die gestern von Ihnen veröffentlichte Mitteilung einer Hausfrau, wie man Maisbrot genießbar macht, gestatten Sie mir, Ihnen ein bereits vielfach praktisch erprobtes, unbedingt besseres Rezept anzugeben, ein Rezept, das man auch als Ergänzung des gestern von Ihnen veröffentlichten betrachten kann. Man befeuchte am Abend das neuerlich zu backende Maisbrot mit nicht allzu viel Wasser und presse es dann, zum Beispiel in der Kartoffelquetsche, aus, worauf man es in eine Stockfiste gibt, in der man es während der Nacht dunsten läßt. Am nächsten Morgen muß der Teig wie normaler Brotteig aussehen und etwa so wie Wachs knetbar sein. Diesem Teig setzt man dann soviel gekochte und gequetschte Erdäpfel zu, als die Gewichtsmenge des Brotes beträgt. Unter Beigabe von 30 Dekagramm Mehl knete man den Teig gut durch und lasse ihn dann stehen, bis er auf das Doppelte seiner ursprünglichen Größe aufgegangen ist; dann wird er noch einmal geknetet und daraufhin erst neuerlich abbacken.“

Der Versorgungsjammer in Hadersdorf-Weidlingau.

Aus Hadersdorf-Weidlingau wird uns geschrieben: Die hiesige Kartoffelabgabe durch die Gemeinde ist endgültig eingestellt, nachdem ein letzter kümmerlicher Rest aufgeteilt ist, wobei eine Familie mit 8 Köpfen 1 1/2 Kilogramm erhielt. Das Sonderbare ist, daß den Parteien die Kartoffelkarten abgenommen wurden. Mit welchem Recht denn eigentlich und warum wohl? Die Karte lautet auf Niederösterreich und nicht angängig sollte es sein, daß eine Gemeinde, weil sie unfähig ist, ihren Versorgungspflichten nachzukommen, nun das Recht hat, den Karteninhabern jede Möglichkeit zu nehmen, sich anderswo im Wege einer nachträglichen Rayonierung mit Kartoffeln zu versorgen. Was geschieht mit den nicht eingelösten Abschnitten? Ebenso befindet sich die Brotversorgung schon wieder in einer Krise. Wie es heißt, weil die Gemeinde in den vorausgegangenen Monaten zuviel Mehl verbraucht hat und nun von der Kriegsgetreideverkehrs-gesellschaft kürzer gehalten wird. Wo ist das zuviel ausgegebene Mehl geblieben? Die Verbraucher haben jedenfalls in der betreffenden Zeit nicht „zuviel“ erhalten. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat in seiner Ansprache an den Grafen Czernin den traurigen Zustand der Ernährungsfrage in Wien ziemlich deutlich gekennzeichnet, er ist aber beneidenswert im Vergleich zu dem, was sich in der nächsten Umgebung der Reichshaupt- und Residenzstadt abspielt. Ein Trost aber bleibt den gequälten Ortseinwohnern von Hadersdorf-Weidlingau: Die Sommerparteien mit den unverkennbaren Physiognomien sind schon wieder da, zur Freude der gewissen Wirte und Wohnungsvermieter. Sie werden versorgt, die andern nicht.

Wiener Einheitszuckerbäckereien**Die ersten Wirkungen der neuen Zuckerbäckervorschriften.**

Die letzten Tage haben dem Wiener Geschäftsleben eine neue Spezialität gebracht: den „Einheitszuckerbäcker“. Die Höchstpreise für Bäckereien, die knappere Zuckerzuteilung und der Mangel an Füllmaterial haben sämtliche Phantasiwaren und die gesamten Ausstattungsbackereien zum Verschwinden gebracht. Dafür werden nach Gewicht einfache Kastanienmehlbäckereien, braune Torteleckts und einheitlich ausgeführte Matronen hergestellt. Die Torten sind in einfacher „Kohfassade“ ausgeführt.

In den Osterfeiertagen machten sich die Wirkungen der Reformen bereits bemerkbar. Die größeren Stadtzuckerbäckereien waren von Kunden überfüllt, die sich um die zwei bis drei „Einheitsformen“ des Backwerks geradezu rissen. So oft ein noch warmes Blech mit Backwerk einlangte, war es im Nu bis auf die letzte Krume ausverkauft. Auch das fehlende Geströrne wurde bereits stark vermist. In der wärmeren Jahreszeit werden zweifellos die — übrigens jetzt auch schon mit Sacharin versüßten — Fruchtsäfte die ganze Aufgabe der „Surrogaterfrischung“ übernehmen müssen. Ueber die neueste Wendung in der Bäckereifrage teilt uns ein Stadtzuckerbäcker mit:

Mit den Höchstpreisen für Zuckerbäckewaren wären wir ja einverstanden. Sie haben den exorbitanten Bäckerei- und Konditorenpreisen jener Händler, die aus Ungarn Ware bezogen, weil sie hier keine erhalten konnten, ein Ende gemacht. Andererseits haben die Höchstpreise den größeren Zuckerbäckereien die Erzeugung von Backwerk, das nicht der Schablone angehört, wie feinere Creme, künstlerisch ausgeführte Torten usw., unmöglich gemacht. Auch dagegen wäre ja nichts zu sagen, da diese Darbietungen gewiß nicht unentbehrlich sind. Aber sehr zu beklagen ist das Geströrnesverbot, denn das Eis war doch vermutlich eine schwer entbehrte Erfrischung.

Das Empfindlichste für die Zuckerbäcker und das Publikum ist der Zuckermangel. Auf den notleidenden örtlichen Bedarf sollte denn doch auch Rücksicht genommen werden. Wie sehr die Zuckerbäcker in Mit leidenschaft gezogen sind, geht daraus hervor, daß von der ursprünglich zugewiesenen Zuckermenge zuerst 60 und dann neuerlich 25 Prozent abgezogen wurden und schließlich verfügt wurde, daß das Restquantum für je zwei Monate auf drei Monate zu strecken ist. Mehl aller Art ist bis auf Kastanienmehl verboten, Nüsse und Haselnüsse sind größtenteils beschlagnahmt, Butter ist nicht anzutreiben.

Die knappe Zuckerzuteilung hat unter anderem die früher so gern ins Feld gesendete Teebäckerei fast zum Verschwinden gebracht und droht den Konsum des Publikums in empfindlicher und der allgemeinen Er-

nährungslage gewiß nicht günstiger Weise. Schließlich wird auch der Zuckerschleichhandel begünstigt, der sich überall eindringt, um die Mängel der Rationierung auszunützen.

Die Wiener städtische Brotfabrik.

In einer unter dem Voritze des Vorstehers **Breunig** abgehaltenen Ausschusssitzung der Genossenschaft der Bäcker wurde der Ankauf der Brotfabrik **Hafner** besprochen. Vorsteherstellvertreter **Stadtrat Körber** berichtete über die Bemühungen bezüglich der Errichtung einer genossenschaftlichen Brotfabrik, die nunmehr durch den Ankauf einer Brotfabrik durch die Gemeinde Wien wirksam durchkreuzt erscheinen. In einer Konferenz im Rathause, die **Vizebürgermeister Hof** leitete, wurde die Gemeinde von der Vorstehung der Bäckergenossenschaft auf die Folgen dieser Aktion aufmerksam gemacht und gegenüber dem Vorgehen, das in dieser Sache gegen das Bäckergewerbe beliebt wurde, Beschwerde erhoben. Redner berichtete auch über die erregte Erörterung in der Bürgerklub-sitzung über den gleichen Gegenstand.

Gemeinderat Körner erklärte, daß niemand die Gründe, die zu dem Ankaufe führten, anzugeben wisse. **Vorstandsmitglied Kornherr** sagte, wenn die Gemeinde die Ankerbrotfabrik gekauft oder eine größere Fabrik selbst erbaut hätte, wäre dies, wenn auch vom gewerblichen Standpunkte zu verurteilen, doch noch als großzügige Aktion anzusehen. So aber habe man eine wahre „Schnaderl-bude“ zu einem sündhaft hohen Preise erworben, und nun werde die Konkurrenz zwischen der Ankerbrotfabrik und der Gemeindebäckerei auf dem Rücken der Bäckermeister ausgetragen werden. **Herr Stumpf** bemerkte, der einzige, der sich über die jüngste Aktion der Gemeinde freuen könne, sei **Herr Hafner**. (Zustimmung.) **Herr Böck** sagte, daß die Genossenschaft keinen anderen Beschluß fassen könne, als Herrn Hafner zu dem guten Geschäfte zu gratulieren. (Seiterkeit.)

Es sprachen noch die Herren **Kerner**, **Gemeinderat Effenberger**, **Bezirksrat Wolfbauer** und **Liedermann**; dann wurde eine Entschliehung angenommen, in der dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben wird, daß die Genossenschaftsvorstehung sowie die dem Gewerbe angehörenden Mitglieder des Gemeinderates von dem Ankaufe der Hafnerschen Brotfabrik erst nach vollzogener Tatsache verständigt wurden, daß aber nun die Gemeinde der Bäckerschaft eine finanzielle Beteiligung ermöglicht.

(Die kommunale Brotfabrik und die Bäcker.) In der dieser Tage unter dem Vorsitz des Vorstehers Breunig abgehaltenen Ausfüh-
 führung der Genossenschaft der Bäcker billigte der An-
 kauf der Brotfabrik Hafner den Gegenstand einer
 eingehenden Erörterung. Vorsteherstellvertreter
 Stadtrat Kärber berichtete über die Bemühungen
 bezüglich der Errichtung einer genossenschaftlichen
 Brotfabrik, welche namentlich durch den Ankauf einer
 Brotfabrik durch die Gemeinde Wien wirksam
 durchkreuzt erscheinen. In einer Konferenz im
 Rathause, welcher Vizebürgermeister Hof prä-
 sidierte, wurde die Gemeinde von der Vorsteherung
 der Bäckergenossenschaft auf die Folgen dieser Aktion
 aufmerksam gemacht und gegenüber dem Vorgehen,
 das in dieser Sache gegen das Bäckergerichte beliebt
 wurde, nachdrücklich Beschwerde erhoben. Kärber
 berichtete über die sehr erregte Debatte in der Bürger-
 klubversammlung, welche der Ankauf der genannten Brot-
 fabrik hervorrief, und teilte mit, daß vor dem Ankauf
 der Brotfabrik beim Präsidium ein Schreiben des
 Zentralverbandes der Wirtschaftsgenossenschaften
 eingelaufen sei, welches das Anerbieten enthielt, eine
 genossenschaftliche Brotfabrik der Bäckerei mit
 Unterstützung der Gemeinde zu errichten, an welcher
 Aktion sich auch die Großverkaufsgenossenschaft der
 Kaufleute zu beteiligen erklärte. Kärber betonte
 ferner, daß er und seine Kollegen im Gemeinderate
 von der beabsichtigten Gründung einer kommunalen
 Brotfabrik gar keine Kenntnis hatten, daß er selbst
 als Mitglied des Stadtrates hiebei nicht unta-
 riget wurde. Gemeinderat Kärber erklärte, daß
 niemand die Gründe, die zu dem Ankauf führten,
 anzugeben wisse. In dieser Aktion müsse eine
 gewerbesteuerliche Maßregel erblickt werden. Mit
 der Beteiligung der Gemeinde an dieser Brotfabrik
 sei für die Hypothekierung gar nichts getan, da sie
 keinesfalls einen Betrieb darstelle, der für die Brot-
 versorgung von Bedeutung sei. Vorstandsvorsitzlich
 Herr Kornherr sagte, wenn die Gemeinde die
 Unterbrotfabrik gekauft oder eine größere Fabrik
 selbst erbaut hätte, wäre dies, wenn auch vom gewer-
 steuerlichen Standpunkte zu verurteilen, doch noch als groß-
 zügige Aktion anzusehen. So aber habe man eine
 wahre „Schneiderbude“ zu einem Hundst hochen
 Preise erworben, und nun werde die Konkurrenz
 zwischen der Unterbrotfabrik und der Gemeinde-
 bäckerei auf dem Rücken der Bäckerei ausgeübt
 werden. Wenn die Genossenschaft oder überhaupt
 ein Sachmann gefragt worden wäre, hätte die Ge-
 meinde niemals so hineinspringen können. Herr
 Kies beurteilte gleichfalls das Vorgehen der Ge-
 meinde und bezweifelte, daß den Bäckern ein
 nennenswerter Einfluß auf die städtische Brotfabrik
 eingeräumt werde. Herr Stumpf bemerkte, der
 einzige, der sich über die jüngste Aktion der Gemeinde
 freuen könne, sei Herr Hafner. (Zustimmung.)
 Herr Böck sagte, daß die Genossenschaft keinen
 andern Beschluß fassen könne, als Herrn Hafner zu
 dem guten Geschäft zu gratulieren. (Beifall.) Nach
 längerer Debatte, an der sich die Herren Kärber,
 Raab, Breunig, Gemeinderat Effenberger,
 Bezirksrat Wolfbauer, Biedermann und
 andre beteiligten, wurde eine Entschließung an-
 genommen, in der dem Bedauern darüber Ausdruck
 gegeben wird, daß die Genossenschaftsvorstellung
 sowie die dem Gewerbe angehörenden Mitglieder des
 Gemeinderates von dem Ankauf der Hafnerschen Brot-
 fabrik erst nach vollzogener Tatsache verständigt
 wurden, und erwarten, daß die Gemeinde Wien eine
 finanzielle Beteiligung der Bäckerei ermöglicht.

Die Brotnot der Neutralen.

Bern, 4. April. Wie das „Berner Intelligenzblatt“ von zuständiger Stelle erfährt, werden die schweizerischen Brotgetreidevorräte, inbegriffen das Inlandgetreide, bei sehr sparsamer Verwendung nur noch bis 26. Mai 1918 ausreichen. Daß inzwischen die Getreidedampfer der Vereinigten Staaten in Cette ankommen und rechtzeitig für die Schweiz gelöscht werden könnten, betrachtet man im Bundeshaus als ziemlich unwahrscheinlich. Man erwägt daher die sofortige Herabsetzung der Brottration. Die Krise sei seit Beginn des Krieges noch in keinem Augenblick annähernd so ernst gewesen wie heute.

Amsterdam, 5. April. Hiesigen Blättern zufolge haben gestern infolge der Herabsetzung der Brottrationen Unruhen in einigen Stadtteilen Amsterdams stattgefunden. Es wurden Bäckerläden gestürmt. Behörden-seits wurde beschlossen, während der Nacht, in den Morgenstunden und, wenn nötig, auch über Mittag die Bäckerläden sowie die Brotausträger durch Militärpatrouillen und Polizei zu schützen. Jeder Versuch von Plünderungen wird mit Gewalt unterdrückt werden. Den Bäckern und Brotausträgern wurde streng verboten, Brot außer gegen Karten abzugeben. Die Garnison wird verstärkt werden, und

in den Polizeibüros sowie den Postanstalten werden Soldaten stationiert werden.

Kartoffelartenstämme aufbewahren!

Die auf den Stopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des Wochenabschnittes N der Kartoffelarte. Die derzeitige Kartoffelarte gilt bis einschließlich 20. d. Die neue Kartoffelarte kann jedoch aus technischen Gründen durch die Brot- und Mehlkommission erst am 11. Mai gemeinsam mit den übrigen Lebensmittelarten ausgegeben werden. Die Kartoffeln werden in den dazwischen liegenden drei Wochen gegen Abtrennung von Teilen des Stammes der derzeit geltenden Kartoffelarte abgegeben. Ueber diese Abtrennung werden die Einzelheiten noch bekanntgegeben werden. Die Bevölkerung wird daher aufgefordert, den Stamm der Kartoffelarte auch nach Abtrennung des letzten Abschnittes im Laufe der nächsten Woche nicht etwa wegzuworfen, sondern für die Abgabe der Kartoffeln in der Zeit vom 22. d. bis 11. Mai sorgfältig aufzubewahren.

Z./W. 1918

100

Brot in Prag nur für die Minderbemittelten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 6. April.

Das Approvisionierungsreferat des Prager Magistrats teilt amtlich mit: Ueber telephonischen Auftrag der Statthalterei wird in Prag in der Woche vom 7. bis 13. d. Brot an Konsumenten nur gegen Vorweisung von roten und grünen Legitimationen verabreicht. Besitzer roter Legitimationen (mit einem Einkommen bis 1600 K.) erhalten gegen die ganze Brotharte einen Laib Brot.

Personen mit grünen Legitimationen (mit einem Einkommen bis 4000 K.) erhalten nur einen halben Laib Brot gegen 18 Brothartenabschnitte zu 35 Gramm.

Die übrige Bevölkerung ist mit Rücksicht auf die ungenügenden Mehlmengen von der Versorgung mit Brot ausgeschlossen. Die Behörden werden die entsprechenden Maßnahmen treffen, daß die so betroffene Bevölkerung als Ersatz, sei es durch eine entsprechende Abgabe von Kartoffeln oder auf irgendeine andere Weise, entschädigt werden soll.

Kartoffelanbauverträge.

Wie amtlich mitgeteilt wird, gestattet das Volks ernährungsamt auch heuer den Abschluß von Kartoffel anbauverträgen unter gewissen Voraussetzungen und hat den Kreis der Verbraucher, die solche Verträge auch außerhalb ihres Kronlandes abschließen können, bereits bestimmt. Gesuche um Bewilligung zum Abschluß von Kartoffelverträgen innerhalb des eigenen Kronlandes sind bei der politischen Landesbehörde einzubringen, die darüber endgültig entscheidet und der auch die Genehmigung der abgeschlossenen Verträge obliegt. Verträge, die ohne vorher eingeholte Bewilligung der Landesbehörden abgeschlossen wurden, dürfen nicht genehmigt werden. Mit der Entscheidung über das Gesuch erhalten die Verbraucher im Falle der zustimmenden Erledigung eine Instruktion, die alle Richtlinien für den Abschluß von Verträgen enthält. Die Verbraucher haben ihrerseits einen Revers zu unterfertigen, in dem sie sich zur Einhaltung der vom Amte für Volksernährung festgesetzten Bedingungen verpflichten. Zum Vertragsabschluß können nur Beauftragte verwendet werden, die mit einer amtlichen Legitimation versehen sind. Formularien zum Abschluß der Verträge werden von der politischen Landesbehörde ausgegeben; andere Formularien dürfen nicht Verwendung finden. Die Bewilligung zum Abschluß von Verträgen werden die politischen Landesbehörden in der Regel nur Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, Konsumentenvereinigungen mit mehr als 20.000 Teilnehmern oder Industrieunternehmungen erteilen, die mindestens 5000 Arbeiter beschäftigen. Wenn eine Gemeinde und Konsumentenverbände oder Industrieunternehmungen, die sich in derselben Gemeinde befinden, Verträge abzuschließen beabsichtigen, so wird der Gemeinde, da sie für alle Gemeindeeinwohner gleichmäßig zu sorgen hat, der Vorzug gegeben; doch kann die politische Landesbehörde diese Bewerber, Gemeinde, Konsumentenverbände und Industrieunternehmungen, auch zu gemeinsamem Vorgehen verhalten. Verträge, die nach dem 15. Juli zur Genehmigung vorgelegt werden, werden nicht berücksichtigt.

8/4 1918.

Vol

* Verbot der Mehlbeförderung in der Dunkelheit. Der Landrat des Kreises Teltow hat zur Bekämpfung der verbotswidrigen Verwendung von Getreide für den Bereich des Kreises Teltow bestimmt, daß der Verkehr mit Getreide und Mülenerzeugnissen während der Dunkelheit und an Sonn- und Festtagen bis auf weiteres ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der für den Betriebsbesitz zuständigen Ortpolizeibehörde zu unterbleiben hat. Getreide und Mülenerzeugnisse, die nach Eintritt der Dunkelheit oder an Sonn- und Festtagen verbotswidrig befördert werden, werden den Besitzern ohne Zahlung einer Entschädigung abgenommen. Selbstversorger, die diesem Verbot zuwiderhandeln, haben außerdem die Entziehung der Selbstversorgung zu gewärtigen.

32

(Die Proteinschränkung in Prag.) Aus Prag, 9. d., wird uns telegraphiert: Ueber die Gründe, die den Anlaß zur Proteinschränkung gaben, erfahren wir folgendes: Die Mehlmenge für die Verteilung durch die politischen Ortsbehörden Praags war für die Woche nicht gesichert, und trotz Intervention des Statthalters beim Direktor der Kriegsgetreideverwaltungsanstalt Regierungsrat Seindl war eine Zuteilung von weiteren Mengen nicht erfolgt. Man stand nun vor der Frage, was geschehen sollte, wenn der Brotbedarf nicht für die ganze Bevölkerung reichte. Einer jeden Person einen halben Laib Brot geben, das wollte man nicht, da man den mindelbemittelten Schichten der Bevölkerung, die am wenigsten imstande sind, sich anderwärts einen Ersatz zu beschaffen, die volle Quote sichern wollte. Dann berechnete man, was man in der nächsten Woche an Mehl haben werde, und kam zu dem Resultat, das Brot auch während der nächsten Woche nur jenen zu geben, die es am notwendigsten brauchen. Die Verordnung stellt sich also als Notbehelf dar. Wie unlogisch die Verordnung ist, geht zum Beispiel daraus hervor, daß Familien, die über ein Einkommen von mehr als 4000 Kronen verfügen und Dienstmädchen haben, auch für diese kein Brot bekommen. Ähnlich liegt es mit den Gehilfen und Lehrlingen, die bei Meistern dienen und wohnen, die ein höheres Einkommen als 4000 Kronen haben. Es handelt sich da vorwiegend um Schneider, Schuhmacher, Maler, Sattler und andere kleinere Gewerbetreibende sowie kleine Kaufleute, die ihre Kommiss bei sich wohnen haben. Täglich sprechen im Magistrat Hunderte von Meistern vor, um wenigstens für ihre Gehilfen und Lehrlingen Brot zu erhalten. — Ministerpräsident Dr. v. Seidler empfing gestern in Anwesenheit des Eisenbahnministers Freiherrn v. Bannan und des Präsidenten des Ernährungsamtes Dr. Paul eine vom Obmann des Tschechischen Verbandes Mq. Stanek geführte Deputation aus Prag, die von der Regierung die allerdringendsten Maßnahmen gegen den Brot- und Lebensmittelmangel in Prag forderte, der zu einer Katastrophe nie dagewesener Artensität geworden ist, und die gefährlichsten Formen anzunehmen droht.

Die Wiener Bezugskarten.

Zum Jubiläum der Brotkarte.

Vom Magistratsrat Dr. Jamitz.

Am 11. April 1915 trat die Brot- und Mehlkarte ins Leben. In der ersten Woche wurden 1.995.113 Personen mit Brotkarten beteilt, dermalen stehen 1.874.938 Personen in dem Bezug solcher Karten. Das Minus von 120.175 Personen ist auf den Abzug zahlreicher Flüchtlinge und auf Einberufungen zurückzuführen. Da die Herstellung der Brotkarte viel Papier erforderte, und sämtliche Abschnitte der Karte auf „Brot oder Mehl“ lauteten, was einerseits zum Ankauf von Mehl, andererseits zur Sucht verleitete, Brot ohne Karten zu erhalten, hat die Gemeinde Wien über meinen Antrag der Regierung eine neue Karte vorgeschlagen, die vierzehntägige Brot- und Mehlkarte, welche seit dem 20. Februar 1916 zur Ausgabe gelangt. Diese Karte hat dem Staate Hunderttausende von Kronen an Papier-, Druck- und Manipulationskosten erspart und obendrein das Mehlharnern verhindert. Ein Jahr später, am 19. April 1916, trat die Zuckerkarte in Wirksamkeit. Sie gewährte monatlich $1\frac{1}{2}$ Kilogramm Zucker; später wurde die normale Ration auf $\frac{3}{4}$ Kilogramm vermindert. Vom 12. Mai desselben Jahres wurden für Kinder unter zwei Jahren besondere Milchkarten ausgegeben; es erhielten Kinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahre täglich einen Liter, bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre $\frac{3}{4}$ Liter Milch.

Im Sommer jenes Jahres wurden Zuckerkarten für Obstverwertung an Haushalte je nach der Personenanzahl bis zum Höchstmaß von sechs Kilogramm per Haushalt verabsolgt. Im heurigen Jahre gelangten solche Karten leider nicht zur Ausgabe. Am 9. Juli 1916 erschien die Kaffeekarte, welche für acht Wochen jedem Einwohner drei Achtel Kilogramm gebrannten Kaffees zuerkannte. Am 17. September desselben Jahres erhielten wir die Fett- und Butterkarte, welche auf zwölf Dekagramm Fett einschließlich Speisefett lautete. Am 17. Dezember 1916 trat die auf Grundlage der Mehlbezugskarte beschlossene Mehlrasyonierung in Kraft, welche vom ersten Tage an flaglos funktionierte. Das Anstellen um Mehl war mit einem Schlage verschwunden. Die Petroleumbezugskarte ermöglichte die mit dem 4. Februar 1917 begonnene Rasyonierung des Petroleums, welche das Anstellen um dieses notwendige Beleuchtungsmittel beseitigte. Einige Monate später wurde mit der Petroleumbezugskarte die Kerzenkarte für auf Petroleumbeleuchtung angewiesene Wohnungen in Verbindung gebracht und gleichzeitig die allgemeine Kerzenrasyonierung eingeführt. Die Brot-rasyonierung, welche die Brotbezugskarte zur Grundlage hat, setzte am 18. Februar 1917 ein; sie wirkte vom ersten Tage gut. Das Anstellen war verschwunden. Mit dem gleichen Tage trat durch Schaffung besonderer Bezugskarten die Milch-rasyonierung ein. Am 19. Juli 1917 erschien der erste amtliche Einkaufsschein. Er wurde für die Mindestbemittelten in grüner, blauer und brauner Farbe, für die übrige Bevölkerung in weißer Farbe ausgegeben. Für Haushalte von sieben bis vierzehn Personen werden zwei amtliche Einkaufsscheine ausgegeben, für Haushalte über vierzehn Personen, es gibt deren nur 220, werden besondere Einkaufsscheine verabsolgt. Die Einkaufsscheine für Mindestbemittelte enthielten überdies Abschnitte zum Bezuge des „Wohlfahrtsfleisches“, dessen Rasyonierung gleichzeitig eintrat. Mit Hilfe der Mehlbezugskarte wurde am 10. Juli 1917 die Butterrasyonierung und mittels des Einkaufsscheines am 23. September 1917 die Regelung des Fettbezuges der Mindestbemittelten zur Durchführung gebracht.

Mitte August 1917 trat die Seifenkarte ins Leben; sie hat eine Laufzeit von je vier Monaten und gewährt nach Möglichkeit einen bestimmten Bezug von Seife, Wasch- und Schnermitteln. Am 15. Oktober 1917 wurde die Nahrungsmittelbezugskarte eingeführt, welche Müttern und Säuglingen Zubußen an Haferreis sichert. Am 21. Oktober 1917 wurde unter Zugrundelegung der Kartoffelkarte der Kartoffelbezug mit 1 Kilogramm für die Person und Woche rasyoniert; das Anstellen um Kartoffeln ist weggefallen. Am 4. November 1917 trat die auf die Kohlenbezugskarte aufgebaute Kohlenrasyonierung für Haushalte in Kraft. Wenn auch das für Küchen- und Zimmerbrand zugebilligte geringe Quantum Kohle wöchentlich oft nicht ganz zur Einlösung gelangte, so haben sich hiedurch doch die Verhältnisse in der Kohlenbeschaffung gegenüber dem Vorjahre bedeutend gebessert. Das nächtelange Stehen vor den Kohlenplätzen, die großen Anstellungen vor den Kleinkohlenhändlern sind weggefallen. Ueber meinen Vorschlag wurde die allgemeine Zucker- und Kaffeekarte vom Monate Dezember 1917 angefangen mit dem amtlichen Einkaufsscheine verbunden und die Zucker- und Kaffeerasyonierung gleichzeitig eingeführt. Dem Staate sind hiedurch die Kosten für besondere Zucker- und Kaffeekarten erspart, der Hausfrau die Kartenmanipulation und der Zucker- und Kaffeebezug wesentlich erleichtert worden. Auf den Einkaufsschein wurde auch der Marmeladebezug verwiesen, so daß der Staat nicht gezwungen war, für Wien besondere Marmeladekarten aufzulegen. Der mit 1. April 1918 in Kraft getretene weiße amtliche Einkaufsschein wurde mit besonderen Abschnitten versehen, wodurch die vorläufige Bezugsregelung des Rindfleischs vorgenommen werden konnte. Es kann gesagt werden, daß der amtliche Einkaufsschein sich schnell eingebürgert und bewährt hat. Mit seiner Verwendung gelangten bisher, ganz abgesehen von Fleisch, auch Fett für Mindestbemittelte, Eier, Kerzen für alle Haushalte, Käse, Kartoffel, saure Rüben, Reis, Brennholz und Dörrgemüse in geregelter Weise zur Verteilung. Am 7. Dezember 1917 gelangte die Militärurlauberkarte zur Ausgabe, welche eine große Entlastung für die Brot- und Mehlkommissionen und eine Vereinfachung des Bezuges der verschiedenen Lebensmittel für den Militärurlaub darstellt. Im Weihnachtsmonate wurden über 90.000 solcher Karten abgegeben. Außer den bereits aufgezählten Karten gibt es noch für spezielle Fälle Karten, so haben wir: Bezugskarten für Diätbrot, Zuckerrückzahlkarten für Arbeiter bestimmter Betriebe, für schwangere und stillende Frauen und für Kranke, Butterkarten für Diabetiker usw. Unser Kartensystem ist vielgestaltiger als das Berliner. Es werden jedoch dadurch manche Härten gemildert. Daß die Anstellung und Evidenzhaltung in anzuerkennender Weise erfolgt, ist nur auf die Lässigkeit der damit betrauten Personen und auf die Opferwilligkeit der Gemeinde zurückzuführen. Anerkennung und Bewunderung verdienen vor allem die Hausfrauen, die sich in die Verästelungen des Kartensystems sowohl hineingefunden haben und ihren Haushalt danach einzuteilen wissen. Wenn auch an ein Aufheben der Kartensysteme noch nicht gedacht werden kann, so wird doch getrachtet, durch zweckmäßige Vereinfachungen deren Gebrauch zu erleichtern.

Drei Jahre Brotkarte.

Vom Magistratsrat Dr. Jamöck.

Seit dem 11. April 1915 ist in Wien die Brot- und Mehlkarte eingeführt. In der ersten Woche wurden 1.995.113 Personen mit Brotkarten beteilt, jetzt stehen 1.874.938 Personen in dem Bezug solcher Karten. Das Minus von 120.175 Personen ist auf den Wegzug von Flüchtlingen und auf Einberufungen zurückzuführen. Am 19. April 1916 trat die Zuckerkarte in Wirksamkeit. Sie lautete auf 4 Wochen und gewährte der Person $1\frac{1}{2}$ Kilogramm Zucker. Am 1. April 1917 wurde die Dauer der Zuckerkarte auf 1 Monat erstreckt, die Ration aber auf 1 Kilogramm herabgesetzt. Vom 1. Dezember an wurde die normale Ration auf $\frac{2}{3}$ Kilogramm monatlich vermindert. Vom 12. Mai 1916 an wurden für Kinder unter 2 Jahren besondere Milchkarten ausgegeben und es erhielten Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre täglich 1 Liter, bis zum vollendeten 2. Lebensjahre täglich $\frac{2}{3}$ Liter Milch. Der Milchkarte folgten die Kaffeekarte, Fettkarte, dann die Mehl-, Milch-, Brot- und Butterrationierung, ferner die Petroleum- und Seifenkarte, die Einkaufsscheine und viele andere Karten mehr.

Außer den bereits aufgezählten Karten gibt es noch für spezielle Fälle Karten; so haben wir: Bezugskarten für Diätbrot, Zuckerzusatzkarten für Arbeiter bestimmter Betriebe, für werdende und stillende Mütter und für Kranke, Butterkarten für Diabetiker u. a. m. Unser Kartensystem ist komplizierter als das Berliner. Es werden jedoch dadurch manche Härten gemildert. Daß die Austeilung und Evidenzhaltung in anerkennender Weise erfolgt, ist nur auf die Tüchtigkeit der damit betrauten Personen und auf die Opferwilligkeit der Gemeinde zurückzuführen.

Anerkennung und Bewunderung verdienen vor allem die Hausfrauen, die sich in die Verästelungen des Kartensystems so hineingefunden haben und ihren Haushalt danach einzuteilen wissen. Wenn auch an ein Aufheben der Karten noch nicht gedacht werden kann, so wird doch getrachtet, durch zweckmäßige Vereinfachungen deren Gebrauch zu erleichtern.

Kein Brot in Prag. Unter dem Titel: „Kein Bissen Brot“ schreibt die „Bohemia“: „Seit Sonntag stehen Tausende Familien in Prag und den Vororten ohne einen Bissen Brot da. Am härtesten betroffen wird der städtische Mittelstand. Eine Familie, deren Vorstand über ein Einkommen von mehr als viertausend Kronen verfügt, erhält kein Brot mehr; Vater, Mutter, Kinder und wo etwa ein Dienstmädchen ist: niemand bekommt von jetzt ab bis auf weiteres auch nur einen Bissen Brot.“ Die Sistierung der Brotzuwendung an die Bevölkerung, mit Ausnahme der Mindestbemittelten, ist vorige Woche angeordnet worden. Dienstag war bei der Regierung eine Deputation der Prager Eisenbahner (unter Führung der Abgeordneten Stanek, Tomasek, Lust und Hübschmann und des gewesenen Abgeordneten Burival) erschienen, der Ernährungspräsident Paul zusagte, daß die Sistierung der Zuwendung sofort aufgehoben werden wird. Dr. v. Seidler richtete an die Deputation die Frage, wie geholfen werden solle und ob sie selbst welche Vorschläge machen wolle. Die Regierung sei bereit, über einen jeden hilfversprechenden zu verhandeln. Präsident Paul versicherte, Prag und Böhmen werden Lebensmittel zugeführt. Für Böhmen seien 200 Waggons rumänischen Mehles kontingentiert. Diese Menge konnte jedoch nicht eingehalten werden. In der vorletzten Woche wurde sie auf 80, in der letzten auf 70 herabgemindert. In der Ukraine wird der ausfuhrfähige Viehstand auf 30.000 Stück, die Ausfuhrmenge der Erdäpfel auf 12.000 Waggons geschätzt, es werde jedoch einer längeren Zeit zu deren Gewinnung bedürfen. Der Kartoffelmangel entstand dadurch, daß anstatt 20 Millionen Metrekentner nur $9\frac{1}{2}$ Millionen dem Staate übergeben wurden. Wo sind die anderen? Das sei eine Sache, die nicht bloß Böhmen, sondern ganz Oesterreich angehe. Auf die Einwendung Burivals, das neue wirtschaftliche Gebiet in Karlsbad wäre besser dotiert, erwiderte Dr. Paul, das entspräche dem Willen des Kaisers, er hätte jedoch auf eigene Verantwortung in den letzten Tagen in Lissa fünf Waggons Rukuruzmehl zu Gunsten Prags saffiert. Der Regierung wäre die schreckliche Notlage in Prag und Pilsen bekannt. In Bezug auf Fett mußte erklärt werden, daß es in Ungarn keines gebe. Gegen den Vorwurf, daß Bahnwächtern das letzte Stück Vieh weggenommen werde, müsse betont werden, daß ein jeder Vieh abführen müsse. Gegen die Selbsthilfe hätte er nichts einzuwenden, im Gegenteil angeordnet, daß der Beschaffung von Lebensmitteln auf dem Lande durch die Städte die Gendarmerie keine Schwierigkeiten bereiten dürfe. Graf Coudenhove wolle nach Wien kommen, um über alle diese Fragen zu verhandeln. Es müßten Mittel gefunden werden, damit in Prag die Ruhe erhalten bleibe.

Die Eisenbahner verlangen gleichzeitig die allgemeine Erhöhung der Löhne und Bezüge der Angestellten, Einrechnung der Kriegsjahre in die Provisionen und im Avancement, Einrechnung eines Teiles der Teuerungszuschläge in die Pensionsgenüsse. Baron Banhans, der bei der Besprechung anwesend war, erwiderte, die Antwort erfordere die Zustimmung des Finanzministers, weil die Staatsbahnen jetzt passiv sind und einen Jahreszuschuß von 500 Millionen Kronen erfordern. Soweit sein Ressort allein in Frage komme, wolle er alles tun, was mit dem Budget vereinbar ist.

10 Millionen Meterzentner Kartoffeln — verschwunden.

Die Mehlnot in Prag. — Die Ausfuhr aus der Ukraine.

Eine Abordnung der tschechischen Eisenbahner in Böhmen erschien gestern, geführt von tschechischen Abgeordneten, beim Ministerpräsidenten und führte Klage über den Lebensmittelmangel in Prag. Dort haben nach diesen Darstellungen in der letzten Woche 174.000 Kilogramm Brot gefehlt und die Bäckereien besitzen nur mehr für zwei bis drei Tage Mehl. Ministerpräsident Dr. N. v. Seidler erbat sich Vorschläge zur Abhilfe und der Präsident des Ernährungsamtes Paul versprach, daß nach Prag und Böhmen Lebensmittel zugeführt werden. Für dieses Kronland seien 200 Waggons rumänischen Mehles kontingentiert. Diese Zusage konnte jedoch nicht eingehalten werden. In der vorletzten Woche wurden sie auf 80, in der letzten auf 70 herabgemindert. In Bezug auf den Freihandel mußte zunächst die Militärverwaltung in der Ukraine eine Requisition zur Feststellung der Preise vornehmen, dann erst wären die Kommissäre zuzulassen. Würden die Händler früher hinkommen, so hätte dies den Kettenhandel zur Folge. In der Ukraine wird der ausfuhrfähige Viehstand auf 30.000 Stück, die Ausfuhrmenge der Erdäpfel auf 12.000 Waggons geschätzt, es werde jedoch eine längere Zeit zu deren Ausbringung bedürfen. Der Kartoffelmangel entstand dadurch, daß anstatt 20 Millionen Meterzentner nur 9½ Millionen dem Staate übergeben wurden. Wo sind die anderen? Das sei eine Sache, die nicht bloß Böhmen, sondern ganz Oesterreich angehe. Auf die Einwendung, das wirtschaftliche Gebiet in Karlsbad wäre besser dotiert, erwiderte Dr. Paul, das entspreche dem Willen des Kaisers, er hätte jedoch auf eigene Verantwortung in den letzten Tagen in Lissa 5 Waggons Kukuruzmehl zugunsten Prags beschlagnahmt. Der Regierung wäre die schreckliche Notlage in Prag und Wilsen bekannt. In Bezug auf Fett müsse erklärt werden, daß es in Ungarn keines gebe. Gegen die Selbsthilfe hätte er nichts einzuwenden, im Gegenteil angeordnet, daß der Beschaffung von Lebensmitteln auf dem Lande seitens der Städte die Gendarmerie keine Schwierigkeiten bereiten dürfe. Statthalter Graf Coudenhove werde morgen nach Wien kommen, um über alle diese Fragen zu verhandeln. Es müssen Mittel gefunden werden, damit in Prag die Ruhe erhalten bleibe.

Heute hatten die tschechischen Führer Abgeordneten Stanek und Tujar eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Dr. N. v. Seidler, in der, wie verlautbart wird, auch die Verpflegsverhältnisse in Böhmen eingehend besprochen wurden. Der Ministerpräsident nahm die vorgebrachten Beschwerden zur Kenntnis und sagte zu, ihnen nach Möglichkeit zu entsprechen. Ferner gelangte die Streikbewegung und die Mittel zur Beseitigung der Ursachen derselben zur Sprache. Abg. Stanek überreichte dem Kabinettschef eine Denkschrift an den Kaiser, die auch vom Obmanne des Südslawischen Klubs Doktor Korosec unterzeichnet ist und in der ausgeführt wird, daß die ungenügenden Entbehrungen der Landwirte für die Feldarbeiten die Ernährung der gesamten Bevölkerung bedrohe. Der Ministerpräsident versprach die Denkschrift dem Monarchen zu unterbreiten.

Zurücknahme der Prager Brotverordnung.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 10. April.

Gestern nachmittag um 5 Uhr fand eine Beratung statt, an der 25 Vertreter von Prag und den Bororten teilnahmen. Es wurde allseits erklärt, daß die letzte Brotverordnung unter keinen Umständen aufrechterhalten werden könne. Die Beratung währte einige Stunden. Hierauf wurde eine Abordnung vom Statthalter empfangen, der auch der Vertreter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, Abteilungsvorstand Suk, beigezogen wurde. Nach der Beratung setzte sich der Statthalter Graf Coudenhove mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und dem Leiter des Ernährungsamtes Hofrat Paul telephonisch in Verbindung. Das Resultat der Intervention war die Mitteilung, daß die Brotverordnung zurückgezogen werde. Dem Statthalter wurde von Wien aus zugesagt, daß die Regierung alle Vorkehrungen treffen werde, um in Prag eine allgemeine Brotverteilung zu ermöglichen, die beiläufig im selben Ausmaße wie vorige Woche erfolgen soll. Um 9 Uhr abends sandten die Vertreter der Stadt Prag an den Ministerpräsidenten ein Telegramm, in dem die Situation in Prag geschildert wird. Die Stadt Prag verfügt noch über einige Vorräte für die nächste und übernächste Woche. Diese Vorräte werden in dieser Woche verbraucht werden, um derart die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Im Laufe der nächsten Woche erhält Prag Maiszuschübe. Gleichzeitig wurde dem Statthalter von Wien aus zugesagt, daß das erste Getreide aus der Ukraine, und zwar schon in absehbarer Zeit, nach Böhmen zugesprochen wird. Der Direktor der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, Regierungsrat Heindl, erhielt den Auftrag, noch im Laufe dieser Woche sich nach der Ukraine zu begeben. ~~Selbst~~

verständlich hat der Brotmangel im Schleichhandel wieder seine Folgen gezeitigt. Mehl, das bisher noch für 8 K. per Kilogramm zu haben war, hat nun einen Preis von 12 und mehr Kronen per Kilogramm erreicht; ein Laib Brot, der früher noch für 3 K. zu haben war, ist jetzt unter 8 K. nicht zu haben.

12./4. 1918.

12
100

* Keine Eier- und Wachskartoffeln anpflanzen! Die Provinzkartoffelstellen machen darauf aufmerksam, daß die namentlich von den Hausfrauen so beliebten feinen Sorten Kartoffeln innerhalb der Kriegswirtschaft keine Berechtigung mehr haben. Versuche der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, die vorjährig durchgeführt wurden, erklärten dieses Urteil über die feinen Kartoffeln erneut. Der Krieg wird auch nach dieser Richtung hin ein unerbittlicher Lehrmeister werden. Unbauwürdig sind nur diejenigen Sorten, welche sowohl nach Gewicht als Stärkegehalt die höchsten Erträge liefern. Wie aus dem Ergebnis der obengenannten Versuche zu entnehmen ist, versagen die Eier- und Wachskartoffeln hierin vollkommen. Der Ertrag an Gewicht war bei denselben rund 200 Ztr. geringer als bei den bekannten hochgezüchteten Sorten. Aber auch der Stärkegehalt stand an niedrigster Stelle, d. h. die feinen Kartoffelsorten hatten 50 v. H. Stärkegehalt weniger.

Die Prager Brotfrage.

Der „Bohemia“ wird aus Wien gemeldet: Statthalter Graf Czudenhobe weilte gestern in Wien und hatte Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und dem Präsidenten des Ernährungsamtes Paul wegen der zur Beseitigung der Lebensmittelnot in Böhmen, speziell in Prag, zu treffenden Maßnahmen. Die Vertreter Groß-Prags, die heute mittag vom Ministerpräsidenten empfangen werden, erschienen gestern abend unter Führung des Abg. Stane! beim Präsidenten des Ernährungsamtes Paul. Dieser anerkannte den Ernst der Lage, versicherte im Namen der Regierung, daß dafür Sorge getragen werde, daß Prag die ihm gebührende Mehl- und Brotration erhalte, und verwies unter andern auf die inzwischen erfolgte Aufhebung der Proteinschränkungsverordnung durch den Statthalter von Böhmen.

Mehlrationierung.

Der Wiener Magistrat erläßt folgende Kundmachung betreffend die Mehlrationierung anlässlich der Ausfertigung der neuen Mehlbezugskarte. Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe oder rosa Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt bis längstens am 27. d. der zuständigen Brot- und Mehlkommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Uebertritte entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den Lebensmittelkarten am 11. Mai 1918 zur Ausgabe gelangen. Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer andern städtischen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Ueberführung in den Sprengel einer andern Brot- und Mehlkommission erfolgen. Nach dem 27. d. erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Ueberführungen im Zusammenhange sind, erst mit 29. September 1918 Berücksichtigung finden.

13./IV. 1918

a
13*M*

Die geplante städtische Brotfabrik und die Gewerbetreibenden. In einer Versammlung des Neubauer Wählervereines kam Obmannstellvertreter Direktor Zimmerl auch auf die geplante Errichtung einer städtischen Brotfabrik zu sprechen und führte, nachdem er an die einschlägigen Programmpunkte der christlichsozialen Kommunalpolitik erinnert hatte, u. a. aus: Da die Gemeinde beabsichtige, in der neuen Brotfabrik eine gemischte Verwaltung einzusetzen, so ist dafür gesorgt, daß der hodenständige Gewerbebestand nicht ausgeschaltet werde. Die Leitung und Führung sollte dem berufenen Gewerbsmann, also den Bäckern, überlassen werden, damit die Brotfabrik in sachmännische Hände gelange, zur Beratung jedoch könnten der Geschäftsleitung auch Beamte beigegeben werden. Einrichtung und Zusammensetzung des Unternehmens ganz ohne die Gewerbetreibenden zu machen, wäre natürlich unzweckmäßig und würde die Mißstimmung in den Kreisen des Bäckergewerbes, das gewisse Befürchtungen vor der städtischen Brotfabrik hegt, begreiflich machen. Bei der seinerzeitigen Errichtung der Großschlächtereier schalteten sich leider die Fleischhauer selbst aus, da sie die Beteiligung ablehnten. Dagegen sind die Bäcker und Kaufleute vom Zentralverband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften heute bereit, sich an der städtischen Brotfabrik mit größeren Beiträgen zu beteiligen, wenn ihnen dafür der ihnen zukommende Einfluß auf das Unternehmen eingeräumt wird. Bisher sind, sagte Redner, der Verwaltung nur je ein Arbeiter- und Beamtenvertreter zugezogen. Auch die Gewerbetreibenden sollten vertreten sein. Der Redner richtete an die anwesenden Gewerbevertreter im Gemeinderate die Bitte, in diesem Sinne zu wirken.

14. IV. 1918

14
MS

Die Bäcker für die Erhöhung der Brotpreise

Um 8 Heller per Kilogramm.

Wir haben vor einigen Tagen gemeldet, daß die Gewerbegeossenschaft der Budapester Bäckermeister eine Versammlung hielt, die sich mit der Erhöhung der Brotpreise befaßte. In Ausführung des Beschlusses der Versammlung sprach heute eine Deputation der Gewerbegeossenschaft beim Magistratsrat *Madár Márker*, dem Leiter der hauptstädtischen Approvisionierungssektion, vor und überreichte ihm ein Memorandum, in dem die Bäcker ersuchen, mit Rücksicht auf die Lohnforderungen der Bäckerarbeiter die Brotpreise um 8 Heller per Kilogramm zu erhöhen. Magistratsrat *Márker* bemerkte, daß von einer so bedeutenden Erhöhung der Brotpreise keine Rede sein könne. Uebrigens werde er das Ersuchen der Deputation dem Magistrat vorlegen, der in seiner nächsten, am 16. d. stattfindenden Sitzung darüber entscheiden werde. — So weit zur Befriedigung der Lohnforderungen der Bäckerarbeiter eine Erhöhung des Brotpreises vorzunehmen wäre, würde eine Erhöhung von ungefähr 1 Heller per Kilogramm genügen.

Kartoffeln und Dörrgemüse.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 K g. festgesetzt. Die Ausgabe der neuen Kartoffelart erfolgt erst am 11. Mai. In den dazwischen liegenden drei Wochen werden die Kartoffeln gegen Abtrennung von Teilen des Stammes der derzeit geltenden Kartoffelart abgegeben. Der Stamm der Kartoffelart ist daher auch nach Abtrennung des letzten Abschnittes O für die Abgabe der Kartoffeln in den nächsten drei Wochen sorgfältig aufzubewahren.

In der kommenden Woche wird vom 18. bis einschließlich 21. April Dörrgemüse (Halmrüben, Preis für 10 Deka 1 Kr. 6 S., für 15 Deka 1 Kr. 58 S.) gegen Abtrennung des Abschnittes des neuen amtlichen Eintauschernes mit der Biffer 8 abgegeben.

(Kartoffelabgabe.) Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für diese Woche wieder mit einem Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des letzten Wochenabschnittes O der Kartoffelarte. Die neue Kartoffelarte kann aus technischen Gründen erst am 11. Mai ausgegeben werden. In den dazwischen liegenden drei Wochen werden die Kartoffeln gegen Abtrennung von Teilen des Stammes der derzeit geltenden Kartoffelarte abgegeben werden. Der Stamm der Kartoffelarte ist daher sorgfältig aufzubewahren.

16. IV. 1918

116

B. B. N. 1, 3. 403.

Kundmachung.

(Mehlrationierung anlässlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarte.)

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen

Mehlbezugskarte

von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe oder rosa Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Übertritt bis längstens 27. April 1918 der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Übertritte

entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den Lebensmittelkarten am 11. Mai 1918 zur Ausgabe gelangen.

Der Übertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Übersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot- und Mehl-Kommission erfolgen.

Nach dem 27. April 1918 erstattete Übertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Übersiedlungen im Zusammenhange sind, erst mit 29. September 1918 Berücksichtigung finden.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,

am 12. April 1918.

1-1

Unverzügliches Handeln!

Es müht nichts, länger zu warten, ob sich nicht ein Wunder begibt; die Bedrängnisse des Brotmangels sind zu groß und zu ernst, als daß wir auf die auswärtigen Zufuhren warten könnten. Wie oftmals haben unsere Minister in Begleitung der Ernährungsbeamten die Reise nach Budapest angetreten, wie oft sind Oesterreichs und Ungarns Vertreter nach Berlin gepilgert, um Abhilfe zu verlangen — aus der Erfahrung mehrerer Jahre weiß man, daß mehr als

vorübergehende Aushilfen nicht zu erlangen waren. Was Ungarn anlangt, fehlt es dem gegenwärtigen Regime Welserle und seinem Ernährungsminister Fürsten Windischgrätz offenbar nicht an gutem Willen, aber mehrere Jahre Tiszascher Großmäuligkeit und junckerlicher Interessenpolitik haben den ungarischen Landwirt vermöhnt, haben ihm die harte, sich jährlich verschärfende Kriegszucht erspart und die an sich lockere Verwaltung noch ohnmächtiger oder widerwilliger gemacht. Außerdem hat ja Tisza noch die Zeit gehabt, das Jahresregime festzulegen, und sein Regime war es, in den ersten Herbstmonaten die Ernte an zahlungsfähige Groß- und Kleinverbraucher verschleppen zu lassen. Etwas über ein Jahr ist es her, seitdem wir das Geheimnis des ungarischen Getreidedienstes der österreichischen Öffentlichkeit enthüllt haben — nichtsdestoweniger ist dieselbe Methode auch im Herbst 1917 angewendet worden. Außer der Verschleppung an die Verbraucher sieht sie die Entlohnung der Landarbeiter und Gutsbeamten in Naturalien vor und in der letzten Stunde läßt sich auch die ganze Arbeitsverfassung Ungarns nicht mehr auf den Kopf stellen. Das Regime Tisza-Stürgkh ist es, wodurch wir hungern — das wird noch allen entsehrlich klar werden.

Lassen wir also alle utopischen Hoffnungen, lassen wir die Träume, die in tiefster Anarchie stehende Ukraine könne uns binnen Wochen liefern, verlangen wir auch vom Deutschen Reiche nicht, daß es seinen ganzen, auf das volle Jahr ordnungsgemäß aufgebauten Ernährungsplan umstürze, bloß weil die Monarchie nicht imstande war, selbst bei sich Ordnung zu schaffen, die Monarchie, die im ganzen, Ungarn eingeschlossen, ja mindestens ebensogut versorgt sein könnte wie das Reich. Sollen unsere Fehler, unsere Schwächen, unsere Sünden wirklich für alle Welt ein beweiskräftiges Argument sein? Und wir haben ja auch sonst so viel abzubitten. Wir müssen immer um das Stück Brot bitten; aber wir sind uns im ganzen doch, wie es scheint, nicht unserer Lage ganz bewußt. Jedenfalls ist die Ergebnislosigkeit unserer auswärtigen Bemühungen zu sehr durch die Erfahrung erhärtet, als daß wir weitschauende Pläne auf sie bauen könnten.

Eine einzige Berechnung hat zur Stunde große Wahrscheinlichkeit für sich: Wir werden im Juni Zuschübe alter Ernte aus dem Osten, Mitte Juli schon Zuschübe neuer Ernte aus Rumänien und Bessarabien erhalten und im Herbst steht uns der ganze Osten offen, im Herbst wird sich auch Ungarn anders besonnen haben und wirksam eingreifen können. Das Ernährungsproblem sind die sechs Wochen des April und Mai

Diese Zeitspanne von sechs Wochen aber muß, sofern wir nur ein Staat sind und als Bürger desselben Staates für einander verantwortlich handeln, tatsächlich nicht zur Brotkrise werden. Denn wir Oesterreicher allein haben — trotz unserer von Natur aus ungünstigsten Lage — für diese sechs Wochen noch Brotfrucht genug im Lande. Wir haben es oftmals gesagt und wiederholen es wieder: Die Selbstversorger haben jetzt, nachdem der Anbau vollzogen ist, noch bis Ende August oder Mitte September Brotfrucht im Hause. Geben sie die Nation für Juli und August als Vorschuß dem Industrievoll ab, so werden sie keine Stunde Not leiden. Der Zuschubdienst wird schon jetzt so zu organisieren sein, daß ihnen im Anfang Juli ersetzt wird, was sie jetzt herausgeben. Dieser Verteilungsdienst stellt neue Aufgaben, denen die Bürokratie selbstverständlich nicht gewachsen ist. Jetzt sind die landwirtschaftlichen Organisationen, Raiffeisenkassen, Absatzgenossenschaften, Rajinos u. s. w. heranzuziehen und vorzuschulen, damit sie das vorgeschossene Getreide seinerzeit von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Empfang nehmen und prompt zuteilen, jedem seine schuldige Menge. Sie sollen darum auch als Vertrauensmänner des Landvolkes bei der Ausbringung des Vorschusses herangezogen und so in das künftige Verteilungsgeschäft eingeführt werden. Man lasse uns bei diesem Geschäft vorweg mit den Quertreibereien des Handels in Ruhe. Dieses Werk kann nur durch die Vertrauensmänner des Landvolkes selbst durchgeführt werden. Sie aber sind auch allein berufen ihren Anhängern klarzumachen, daß man das Industrievoll in diesen sechs Wochen nicht verkommen lassen darf und daß es schließlich auch ihr Interesse ist, Menschen neben sich zu haben, die Eisen schmieden und Pflüge schaffen, Leinen und Wolle weben und Bekleidung herstellen.

Jetzt gilt es eben, jetzt ist die Stunde da, wo sich der vielberühmte staatsbürgerliche Sinn bewähren kann — denn jetzt ist ein anderer Ausweg nicht gegeben. Daß es soweit kam, ist nicht die Schuld des Industrievolkes, ist auch niemals dessen Wunsch gewesen. Am Ende haben höhere Mächte über Stadt und Land gemaltet, es ist mühsig, gerade in diesem Augenblick zu rechten. Halten wir im Juni, dann ist diese Krise aller Wahrscheinlichkeit nach vorbei. Bis dorthin aber haben wir Getreide genug im Lande — haben aber kann es nur der größte Ernst und wirklicher Staatsinn: für beide ist die Stunde der Probe gekommen.

17./IV. 1918

MS

Erhöhung der Brot- und Milchpreise in Budapest.

Budapest, 16. April.

Einer Kundmachung des hauptstädtlichen Magistrats zufolge wird der Milchpreis vom 17. d. an um 6 S. per Liter und der Höchstpreis für Brot vom 18. d. an von 62 S. auf 66 S. per Kilogramm erhöht.

(Die Bäcker für eine Brotpreiserhöhung.)

Zm Sitzungssaale der Wiener Bäcker-genossenschaft traten gestern vormittags die Vertreter der österreichischen Bäcker-genossenschaften zur Beratung über die Lage des Gewerbes zusammen. Verbandsvorstand K a m p a m (Ofeg) referierte über den behördlichen Brotpreis. Er verwies darauf, daß sowohl den Landwirten höhere Preise für die Brotfrüchte als auch der Mühlenindustrie oftmals ein höherer Mahllohn bewilligt wurde, nur den Bedürfnissen des Bäckergewerbes werde nicht Rechnung getragen. Er behauptete auch, daß sich die Erzeugungskosten bei dem Bäckergewerbe seit Festsetzung der heute noch in Geltung stehenden Brotpreise vervielfacht haben. Nach längerer Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der dem Wunsche Ausdruck gegeben wird, den Forderungen der Broterzeuger zu entsprechen. Die Resolution wird der Regierung deputationis überreicht werden. Ueber die Mehlmehlwerteilung durch die Gemeinden referierte hierauf Delegierter G a r t l (Wien). Es wurde hierzu gleichfalls eine Resolution beschlossen, in der gefordert wird, daß die für die Mehlmehlwerteilung zur Einhebung gelangenden Zuschläge einer einheitlichen gerechten Regelung unterzogen werden.

Wechsel der Mehlbezugsstelle.

Der Wiener Magistrat verlautbart: Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe oder rosa Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt bis längstens 27. April der zuständigen Brot- und Mehlkommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Uebertritt entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den Lebensmittelkarten am 11. Mai zur Ausgabe gelangen. Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot- und Mehlkommission erfolgen. Nach dem 27. April erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen im Zusammenhänge sind, erst mit 29. September Berücksichtigung finden.

Die Brot- und Mehlversorgung.

Leihweise Inanspruchnahme von Vorräten der Landwirte.

Die Brot- und Mehlversorgung ist infolge des Umstandes, daß die im Wege des Aufkaufes im Inlande ausbringbaren Mengen stark gesunken und auch die rumänischen Erntevorräte nahezu verbraucht sind, derart schwierig geworden, daß bis zum Einlangen der Zusätze aus der Ukraine, mit welchen erst Ende Mai gerechnet werden kann, Maßnahmen getroffen werden müssen, die es ermöglichen, jene Getreidemengen, die für die allgemeine Versorgung erforderlich sind, aus der Inlandsproduktion heranzuziehen.

Durch eine Verordnung des Gesamtministeriums wird die Regierung ermächtigt, die zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehlerforderlichen Getreide- und Mehlmengen im Rahmen der unbedingten Notwendigkeit im Inlande auch dann in Anspruch zu nehmen, wenn dadurch die den Landwirten nach den bisher geltenden Vorschriften belassenen Vorräte eine gewisse Schmälerung erfahren.

Die Regierung ist sich der Tragweite dieser Maßnahme voll bewußt und vermag die neuerlichen Opfer, die sie im Interesse der Allgemeinheit der Landwirtschaft auferlegen muß, in ihrer ganzen Schwere zu ermessen.

Sie weiß aber auch, daß die an die Landwirte ergehende Aufforderung, die ihnen noch zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel mit ihren bedrängten Mitbürgern in den Städten zu teilen, nicht vergeblich sein wird, zumal es sich ja nur um eine vorläufige leihweise Ueberlassung von Vorräten handelt, welche von den Selbstversorgern erst für eine spätere Zeit benötigt und bis dahin aus den ukrainischen Zusätzen zurückerstattet sein werden.

Appell an die Landwirtschaft.

Außerstande, ihre Pläne mit Waffengewalt zu erzwingen, beruht die Hoffnung unserer Feinde auf dem Gelingen des mit aller Schärfe gegen uns geführten Wirtschaftskrieges; an dem patriotischen Sinn der gesamten Bevölkerung und der Opferfreudigkeit der Landwirtschaft ist dieser Plan bisher gescheitert.

Die Regierung ist daher überzeugt, daß die gesamte Landwirtschaft auch dem neuerlichen Rufe Folge leisten und der Heimat die letzte und schwerste Zeit des Wirtschaftskrieges überwinden helfen wird. Die Landwirte werden sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß ohne die Erfüllung dieser Forderungen alle Opfer der verflochtenen schweren Kriegsjahre umsonst gebracht wären und daß ihr nur bei bereitwilliger Abgabe der in Anspruch genommenen Vorräte eine Gewähr dafür geboten werden kann, daß ihr jede Art der so hart empfundenen militärischen Requisitionen erspart bleiben wird.

Da durch die eingeleitete Maßnahme Vorräte erfährt werden, die zur Deckung des Eigenbedarfes bestimmt waren, erscheint es nur billig, den Landwirten durch die Anerkennung höherer Uebernahmepreise eine teilweise Entschädigung zu bieten.

Die politischen Landesstellen wurden daher ermächtigt, den Landwirten unter der Voraussetzung der rechtzeitigen Ablieferung der neuen Kontingente zu den geltenden Getreidepreisen bei Weizen und Roggen einen Zuschlag von

15 % bei Gerste von 13 % und bei Mais von 12 % für den Meterzentner zu gewähren.

Eine Erhöhung der Mehlpreise infolge dieser Zuschläge wird nicht eintreten.

Eine Bäckerabordnung im Ernährungsamte.

Einen Beschlusse des Zentralverbandstages der Bäckermeister Oesterreichs entsprechend, erschien gestern eine Abordnung der Vorstandsmitglieder des Verbandes, die Herren Präsident Breunig, Eileß, Gemeinderat Effenberger, Pampam (Deutschböhmen), Klein (Mähren), Bod (Steiermark), Streng (Vorarlberg), Sadrawetz (Tirol), Maier (Oberösterreich) und Gabler (Kärnten) im Ernährungsamte, wo sie vom Statthaltereirat Dr. Müller empfangen wurden.

Präsident Breunig verwies auf die bisherigen Bemühungen der Bäckerschaft bezüglich einer Regelung des Brotpreises und erhob Vorstellungen über die Notwendigkeit einer solchen Maßregel. Man könne vom Bäckergewerbe nicht verlangen, daß es die ganze Erhöhung der Erzeugungskosten auf seine Schultern nehme.

Statthaltereirat Dr. Müller bemerkte, daß den Beschwerden der Bäckermeister eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen sei, daß aber die gegenwärtige Zeit mit der vielfach gestörten Brotversorgung hiesfür sehr ungünstig sei. Es handle sich in dieser Sache doch auch um die Interessen der Konsumenten. Eine Lösung der Frage, die sich mit den Interessen der Allgemeinheit decke, werde gesucht werden; eventuell eine Herabsetzung des Mehlpreises.

22. IV. 1918

123

Getrennte Mehl- und Brotkarten für Wien.

Mit der am 12. Mai beginnenden, bis zum 20. Juli 1918 reichenden Bezugsperiode wird in Wien eine Aenderung in der bisherigen Ausgabe der Mehl- und Brotkarten Platz greifen. Während bisher die Mehl- und Brotkarte auf einer einzigen Karte vereinigt war, werden nunmehr gesonderte Mehl- und Brotkarten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig werden auch eigene Brotbezugscheine zur Brotkarte ausgegeben werden. Der Mehl- und Brotbezug wird in Zukunft nur mehr im Anschluß an die Wiener Mehlbezugskarte, bezw. Brotbezugskarte gestattet sein. Die neue Mehlkarte enthält 80 Abschnitte zu je 50 Gramm.

Keine Erhöhung des Brotpreises.

Einem Beschlusse des am 18. d. abgehaltenen Zentralverbandstages der Bäckermeister Oesterreichs entsprechend, erschien gestern eine Abordnung der Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes im Ernährungsamte, wo sie in Vertretung des verhinderten Präsidenten Hofrat Dr. Paul vom Statthaltereirat Dr. Müller empfangen wurde. Präsident Freunig verwies auf die bisherigen Bemühungen der Bäckerschaft bezüglich einer Regelung des Brotpreises und erklärte, man könne vom Bäckergewerbe nicht verlangen, daß es die ganze Erhöhung der Erzeugungskosten auf seine Schultern nehme. Nach eingehender Aussprache mit den einzelnen Mitgliedern der Abordnung erklärte Statthaltereirat Dr. Müller, daß die vorgebrachten Wünsche und Forderungen sicher Berücksichtigung verdienen und daß die Frage einer entsprechenden Lösung zugeführt werden müsse. Wenn diese Lösung nicht in einer Erhöhung des Brotpreises ihren Ausdruck finden werde, so werde sie vielleicht mit einer Herabsetzung des Wehlpreises erzielt werden können. Es sei aber derzeit unmöglich, in dieser Richtung irgendwelche Versprechungen zu geben.

Der Krieg und die Bäcker.

Gestern tagten die Bäckermeister, die im Zentralverband „Germania“ Deutscher Bäcker-Innungen zusammengeschlossen sind, zum erstenmal wieder seit Ausbruch des Krieges. Die Versammlung fand in den Germania-Sälen statt. Unter den Ehrengästen befanden sich Geheimrat Dr. Harbe vom Kriegs-Ernährungsamt, Geh. Regierungsrat Hartmann vom Berliner Polizeipräsidium, Ehrenobermeister Mahardt, Vorsitzender der Berliner Handwerkskammer, Obermeister Markus als Vertreter des Zentral- und Innungsausschusses, sowie mehrere Reichs- und Landtagsabgeordnete.

Eröffnet wurde die Versammlung durch den Verbandsvorsitzenden Ehrenobermeister Joseph Bernard. Altmeister Müller (Berlin) erstattete den Geschäftsbericht des Verbandes. Die Zahl der Verbandsinnungen ist auf 1723, die der Mitglieder auf 89 150 gestiegen. Der Arbeitgeber-Schutzverband und das Gesellen- und Lehrlingswesen haben sich gut entwickelt. Der enge Anschluß an die Nahrungsmittel-Verufs-genossenschaft hat den Gedanken an eine eigene Verufs-genossenschaft aufgeben lassen. Der Mangel an Rohmaterialien hat wesentlich dazu beigetragen, das Genossenschaftswesen auszubauen, das auf der diesmaligen Tagung durch

Gründung einer Reichszentrale

seine Ordnung erfahren soll. Ueber den Weltkrieg und das Bäckergerwebe berichteten die Herren Korn (Königsberg i. Pr.), Kirzmann (Straßburg i. El.) und Söllner (München). Bezüglich der im Kriege abgeschafften Nachtarbeit glaubt Ref. Korn, daß weder Meister noch Geselle ihr eine Träne nachweinen wird.

Im Anschluß an die drei Referate sprach der Verbandsdiag in einer Entschlieung der deutschen Wehrmacht und ihrer genialen Führung für ihre staunenswerten Erfolge gegen eine Welt von Feinden herzlichen Dank und Anerkennung aus.

Nach dem Referate der Herren Kunzsch (Dresden) und Drews (Berlin) über das in aufsteigender Linie begriffene Genossenschaftswesen im Bäckergerwebe sprach sich der Verbandsdiag für die Bewilligung von Mitteln zur Förderung des Genossenschaftswesens aus. Im weiteren wurde die Zusammenlegung von Bäckereien besprochen, welche Kriegsmahregel nur sehr bedingten Beifall fand. Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes wurde mit Herrn J. Bernard als Vorstehendem wiedergewählt. Am Abend fand auf Einladung der Bäcker-Innung Berlin in den Concordiasälen für die einheimischen Mitglieder und auswärtigen Gäste eine gefellige Feier statt.

Die Broterföhrung. Es verlautete, daß vom 1. Mai an in Wien die Herstellung von Brot so eingeschränkt werden soll, daß nur ein Teil des täglichen Bedarfes gedeckt werden könne. Es wurde behauptet, nur die Mindestbemittelten und Haushalte, deren Gesamteinkommen bis 4000 Kronen jährlich betrage, werden von dem angegebenen Tage an ihre Brotration bekommen. Diese Behauptungen erwiesen sich, wie wir auf Grund eingeholter Informationen erfahren haben, glücklicherweise als falsch. Der Wiener Brotbedarf ist bereits jetzt über den ersten Mai hinaus gesichert, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Nachschübe, die zu erwarten sind, die Hoffnung rechtfertigen, daß in der Deckung des Brotbedarfes in Wien eine Stöckung nicht eintreten werde. Eine solche Stöckung würde auch eine geradezu katastrophale Wirkung auslösen. Dagegen wird die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl leider in absehbarer Zeit keine Wendung zum Besseren erfahren. Die geringen Zuschübe lassen eine Honorierung der Mehlmühle nicht zu und die Bevölkerung leidet unter diesem Mangel ungemein schwer. Alle Versuche, die notwendigen Mehlmengen aufzubringen, scheitern an einer Reihe von Umständen, die schon oft genug aufgezählt wurden. Einzelne Gebiete, die gegenwärtig für uns offen stehen, könnten vielleicht durch Abgabe von Getreide die Not mildern, aber vorläufig vermögen die Vertreter der Zivilbehörden und Beamten gegen die militärrarischen Organe, die im Ernährungsamt für das Heer stehen, nicht aufzukommen, und so können auch die geringen Mengen Brotfrüchte, die zur Verfügung ständen, nicht erfaßt werden.

Der Stadtrat über die Ernährungsverhältnisse Wiens.

Für die Einhaltung der Mehlquote.

Im Verlaufe der heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Stadtratssitzung besprach Stadtrat Spalowsky den gegenwärtigen Mangel an Lebensmitteln. Das in geringen Quantitäten vorhandene Schweinefleisch sei außerordentlich teuer, der Lammfleischpreis unerschwinglich, Kalbfleisch werde nur an Spitäler und Sanatorien abgegeben. Die auf den Kopf und die Woche entfallende Menge von Rindfleisch sei viel zu gering, dabei lasse auch die Qualität viel zu wünschen übrig. Die Fettversorgung sei ungenügend. Am schlechtesten aber sehe es gegenwärtig um die Brots- und Mehlerzeugung. Jetzt, da es unmöglich sei, hier und da Spinat oder anderes Gemüse zu bekommen, fehle es an Mehl zum Einbrennen. Er halte es daher für notwendig, daß der Stadtrat neuerdings bei der Regierung Vorstellungen erhebe und mit allem Nachdruck Abhilfe fordere.

Stadtrat Dr. Hein stimmt diesen Ausführungen in allen Teilen zu und erinnert daran, daß die Regierung die feierliche Zusage gegeben habe, daß die verkürzte Mehlquote ausreicht erhalten werde. Der Redner spricht sich ebenfalls dafür aus, daß die Gemeindevertretung nochmals und energisch bei der Regierung interveniere.

Stadtrat Wippl schildert die Zustände im 10., Stadtrat Brauneiß jene im 14. und 15. Bezirk.

Stadtrat Tomola, der die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Milch eingehend erörterte, bezeichnet ebenfalls den jetzigen Zustand als unerträglich und bemerkt, daß die Unzufriedenheit immer weitere Kreise ergreife.

Stadtrat Knoll hält es für notwendig, daß alles daran gesetzt werde, daß wenigstens die Mehlquote eingehalten werde. Er erinnert daran, daß der Bürgermeister schon einmal in schwerer Zeit durch die Beschaffung des deutschen Fleischmehles geholfen habe, und wünscht, daß Deutschland jetzt wieder der Wiener Bevölkerung über die schwerste Zeit hinweghelfe. Der Redner schildert sodann eingehend die trostlosen Verhältnisse im 21. Bezirk.

Stadtrat Müller konstatiert, daß die Hoffnungen auf Verbesserung der Verhältnisse sich nicht erfüllt haben. Die jetzigen Rationen seien gänzlich unzulänglich. Es scheine, daß von den verantwortlichen Regierungsstellen der Ernst der Lage nicht gewürdigt werde.

Stadtrat Grünbeck stellt fest, daß in den Kaffeehäusern der Leopoldstadt Mehl, das Kilogramm zu 12 bis 15 Kr., in jeder beliebigen Menge im Schleichhandel erhältlich sei. Solange in der Zentralverwaltung keine Aenderung eintrete, werde die Bevölkerung nicht befriedigt werden.

Stadtrat Hohensinner begrüßt ebenfalls die Ausführungen des Stadtrates Spalowsky. Das Anstellen, das eine Zeitlang aussetzte, nehme wieder überhand, und die Leute stellen sich oft schon um 10 Uhr abends an.

Vizebürgermeister Hof bespricht die Uebelstände in der Fleischversorgung und deren Ursachen. Der tschechische Teil des Kronlandes Böhmen habe gänzlich versagt. Es werde von dort nur mehr minderwertiges Fleisch eingeführt; da keine Innereien kommen, müsse unbedingt darauf bestanden werden, daß die Kinder im lebenden Zustande nach Wien gebracht werden, insbesondere in den Sommermonaten, in denen das Fleisch leicht dem Verderben unterliegt.

Stadtrat Payer bespricht den letzten Ausweg der Regierung, den Selbstversorgern das Mehl abzunehmen, und glaubt, daß dieser Schritt nicht den gewünschten Erfolg haben werde.

Magistratsrat Dr. Koskopp gibt eine erschöpfende Darstellung über die Mehlerzeugung und Magistratsrat Dr. Wanschura erstattet einen eingehenden Bericht über die Fleischversorgung.

Nach dem Antrage des Stadtrates Spalowsky faßte der Stadtrat einstimmig nachstehende Entschliessung:

Der Wiener Stadtrat stellt fest, daß die Ernährungsverhältnisse der Wiener Bevölkerung trotz der wiederholten Zusagen der Regierung keinerlei Verbesserung aufweisen.

26./IV. 1918

20
29

* Die Kartoffelversorgung der Reisenden. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Es kommt immer noch hin und wieder vor, daß in Speise- und Gastwirtschaften Fremde bei Vorlage von Reichsfleischkarten zur Entnahme von Fleischgerichten keine Kartoffeln bekommen, sondern daß für die Abgabe von Kartoffeln Brotmarken verlangt werden. Das widerspricht, worauf wir wiederholt hinweisen möchten, den Anordnungen, die für Preußen der Staatskommissar für Volksernährung getroffen hat. Wirte, die so vorgehen, machen sich strafbar. Es kann daher den Fremden, denen Brotmarken für Kartoffeln abverlangt werden, wenn sie ihre Reichsfleischkarte benutzen, nur geraten werden, sich deswegen an zuständiger Stelle zu beschweren.

Keine Einschränkungen in Deutschland.

TK Berlin, 26. April. (Priv.-Tel.) In den letzten Tagen waren mannigfaltige Gerüchte verbreitet, daß die Regierung infolge der erhöhten Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung eine Reihe von Einschränkungen verfügen werde. Zunächst sei die Verringerung der Brotration in Aussicht genommen, um die Brotversorgung bis zur nächsten Ernte sicherzustellen.

Der Bortwärts teilt nun heute mit, daß er über diese Gerüchte Erkundigungen an den maßgebenden Stellen eingeholt habe, wobei dem Blatte die Auskunft erteilt wurde, daß eine Herabsetzung der Brotration derzeit nicht in Frage komme. Ob die Herabminderung in einem späteren Zeitpunkt vor der neuen Ernte notwendig werden werde, stehe augenblicklich noch nicht fest.

Die Ernährungsverhältnisse in Deutschland.

Vorläufig keine Kürzung der Brotration.

B. Berlin, 26. April. Das Wolffsche Bureau meldet: In der Sitzung des Ernährungsrates des Reichstages, die heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von *Walbow* tagte, wurde die Frage besprochen, ob am Schluß des Wirtschaftsjahres eine Kürzung der Brotration eintreten müsse.

Nach eingehenden Referaten des Leiters der Reichsgetreidestelle und des Staatssekretärs v. *Graevenitz* sowie des Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt v. *Braun*, der an den Wirtschaftsverhandlungen in *Kiew* bis in die letzten Tage teilgenommen hat, wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die Lage zurzeit noch zu ungeklärt sei, um eine so einschneidende Maßnahme zu beschließen, die sich möglicherweise später als unnötig erweisen könnte. Es soll daher abgewartet werden, wie sich die Abwicklung der Getreidezufuhren aus der Ukraine in der nächsten Zeit vollziehen wird. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um die von der Ukraine vertragsmäßig zugesicherten Getreidemengen, die ausreichen würden, um zusammen mit den eigenen Beständen der Reichsgetreidestelle unsere Brotversorgung bis zum Schlusse des Erntejahres sicherzustellen, hereinzubringen. Einige Transporte sind bereits eingetroffen. Die Entwicklung in den nächsten Wochen wird volle Klarheit bringen.

27. IV. 1918

132

Die Brotration in Deutschland.

Berlin, 26. April.

Das Wolffsche Bureau meldet: In der Sitzung des Ernährungsrates des Reichstages, die heute unter dem Vorsitze des Staatssekretärs v. Waldow tagte, wurde die Frage besprochen, ob am Schlusse des Wirtschaftsjahres eine Kürzung der Brotration eintreten müsse.

Nach eingehenden Referaten des Leiters der Reichsgetreidestelle und des Staatssekretärs v. Gräbener sowie des Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt v. Braun, der an den Wirtschaftsverhandlungen in Kiew bis in die letzten Tage teilgenommen hat, wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Lage zurzeit noch zu ungeklärt sei, um eine so einschneidende Maßnahme zu beschließen, die sich möglicherweise später als unnötig erweisen könnte. Es soll daher abgewartet werden, wie sich die Abwicklung der Getreidezufuhren aus der Ukraine in der nächsten Zeit vollziehen wird. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um die von der Ukraine vertragsmäßig zugesicherten Getreidemengen, die ausreichen würden, um zusammen mit den eigenen Beständen der Reichsgetreidestelle unsere Brotversorgung bis zum Schlusse des Erntejahres sicherzustellen, hereinzubringen. Einige Transporte sind bereits eingetroffen. Die Entwicklung in den nächsten Wochen wird volle Klarheit bringen.

28.7.1918

133

Die Wiener Kartoffelquote.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wurde für die kommende Woche in Wien wieder mit 1 Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung der

rechten dreieckigen Hälfte des durch einen schrägen Schnitt (von links oben nach rechts unten) in zwei Hälften zerlegten Stammes der Kartoffelart.

Abgabe von Sauerkraut.

In der kommenden Woche wird vom 2. bis einschließlich 5. Mai Sauerkraut abgegeben, für jede Person $\frac{1}{2}$ Kilogramm; für 1 Kilogramm Kr. 1,96. Die Abgabe erfolgt gegen Abgabe des Abschnittes des neuen amtlichen Einkaufsscheines der Ziffer 15.

Unsere Ernährungslage.**Die Brotration bleibt ungelüzt.**

Das Amt für Volksernährung bezeichnet alle Gerüchte, daß die Brotration in der nächsten Zeit gelüzt werde, als ganz unbegründet. Davon könne vorberhand noch keine Rede sein und die weitere Brotausgabe ist für die nächste Zeit für Wien vollkommen gesichert.

In der nächsten Woche wird die ganze Mehl-
quote in Weizenmehl ausgegeben werden, während in
den letzten zwei Wochen zumeist Haferreis verabfolgt wurde

Der Fleischmarkt.

Bei lebhaftem Verkehr vollzog sich das Geschäft in der Fleischhalle ohne die Aufregung der vorausgegangenen Samstage. Die straffe Handhabung der Verordnung, daß Rindfleisch nur gegen Marken verkauft wird, lebte sich so ein, daß nun der Widerstand dagegen nicht mehr aufflachte. Man ging diesmal in der Verteilung von Fleisch vorsichtiger vor als in den vorausgegangenen Wochen. Deshalb sah man gestern wenig altes und auch nicht übermäßig viel Rindfleisch in der Halle. Anscheinend waren auch in den Bezirken die Vorräte nicht so groß, weil die meisten Fleischverkäufer in der Halle beschäftigt waren, Rindfleisch abzugeben an Leute, die während der ganzen Woche nicht Gelegenheit fanden, ihre Marken anzubringen, oder die sich erst für den Sonntag ihre Fleischspeise sichern wollten. Viel Mißstimmung rief die Anordnung hervor, daß die abgestempelten Einkaufsscheine der Mindestbemittelten erst von Montag an für den Bezug von Rindfleisch gelten. Diese Käufer mußten sich daher noch mit Pferdefleisch zufriedengeben, das ihnen mit Regierungszuschuß für den Kilogrammpreis von 8.50 Kronen verkauft wird, obgleich heute dieses Fleisch im Handel 10 bis 16 Kronen kostet. Die Hoffnung, auch an diesem Samstag etwas Fleischzubute zu bekommen, lockte viele Leute in die Halle, die marktfreies Fleisch kaufen wollten. Als sie die Ankündigung lasen, daß Kalb-, frisches Schweinefleisch und Schaffleisch diesmal nicht verkauft werden, wendete sich das Interesse dem polnischen Sechfleisch zu, das in Halbkilogrammengen für 8.50 Kronen verkauft wurde. Von den vielen darum Angesammelten konnte nur ein kleiner Teil etwas bekommen. Rindfleisch für den Kilogrammpreis von 17 bis 18 Kronen war vielen ein Nothelf, obwohl es zumeist nur Haut und Knochen ist. Auch das Lammfleisch für 20 bis 22 Kronen bildet nur einen halben Ersatz für gutes Rindfleisch. Deshalb suchten viele nach Geflügel, dessen Preise in dieser Woche auf dem Stand vom vorausgegangenen Samstag geblieben waren. Man verlangte für ein Kilogramm Fettgänse und Ferkenten 25 bis 31 Kronen, für Fleischgeflügel 20 bis 25 Kronen. Die Zahl der Käufer ist doch kleiner als die Vorräte. Um das teure Wildfleisch, dessen Kilogrammpreis auf 20 bis 27 Kronen steht, blieb der Zuspruch gering. Fische waren gestern auf dem Markt reichlich vorhanden. Auch Scholle, ein Kilogramm für 3 Kronen, konnte man ohne Mühe bekommen. Wo Würste abgegeben wurden, und selbst um die feuchten Würste, die den hohen Kilogrammpreis von 18 Kronen hatten, stellten sich die Leute in solchen Massen an, daß man glauben mochte, sie machten einen Treffer. So bescheiden hat alle das Glend der Zeit gemacht.

Kartoffeln und Sauerkraut.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 Kg. festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung der rechten dreieckigen Hälfte des durch einen schrägen Schnitt (von links oben nach rechts unten) in zwei Hälften zerlegten Stammes der Kartoffelart.

In der kommenden Woche wird vom 2. bis einschließlich 5. Mai Sauerkraut ansggegeben. Für jede Person kommt $\frac{1}{4}$ Kg. Sauerkraut zur Abgabe; der Preis beträgt für 1 Kg. 1 K. 96 S. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des neuen amtlichen Einkaufsscheines mit der Ziffer 15.

(Gips statt Mehl.) Am 26. d. wurden der Werkzeugmacher Robert Peters und der Eisendreher Josef Richter, beide Laurenzgasse Nr. 11 wohnhaft, verhaftet und dem Landesgerichte eingeliefert. Sie haben ungefähr 40 Kilogramm Gips als Mehl verkaufen wollen und verlangten einen Preis von 2 Kronen für das Kilogramm. Einige Tage vorher wollten sie einer Frau, von der sie erfahren hatten, daß sie Schmalz aus Ungarn erhalten hat, das Schmalz herauslocken, indem sie die Frau veranlaßten, das Schmalz in das Geschäft des Pneumatikferzeugers Leopold Zemann, Schloßgasse Nr. 10 wohnhaft, zu bringen. Sie tat das auch, und am nächsten Tage erklärte Zemann der Frau, daß bei ihm eingebrochen worden sei und unter der Beute der Diebe habe sich auch das Schmalz befunden. Bei einer Hausdurchsuchung bei Zemann wurde aber dann das „gestohlene“ Schmalz gefunden und der Anzeigerin ausgefolgt.

Neuregelung der Brot-, Mehl- und Fettkarte.

**Brot nur auf Brotbezugs- ohne gesonderte Brotkarten.
Wocheneinheitslaibe zu 126 Dekagramm.**

Die seit dem 20. Februar 1916 auf Vorschlag des Magistratsrates Dr. Samöck geschaffene vierzehntägige Brot- und Mehlkarte verschwindet mit dem 12. Mai d. J. in Wien und den unmittelbaren Nachbargemeinden von Wien, sonst bleibt sie in Niederösterreich, entsprechend modifiziert, aufrecht. Brot wird von dem genannten Tage an lediglich auf Grund der nunmehr von der Statthalterei aufgelegten Wiener Brotbezugskarte zur Ausgabe gebracht, die anlässlich der Brotzessionierung zur Einführung gelangt ist. Die Brotkarte entfällt ganz.

Mit dem gleichen Tage wird ein größerer Einheitsbrotlaib zu 1260 Gramm geschaffen, welcher der bisher zugewilligten Wochenbrotmenge entspricht. Durch diese Ausbäckungsform soll eine größere Brotausbeute gewonnen werden. Die Schwerarbeiter erhalten zum Einheitslaibe drei Viertellaibe wöchentlich als Zusatz.

Die Wiener Mehlbezugskarte bleibt in der bisherigen Form bestehen, doch wird neben der Mehlbezugskarte eine besondere staatliche Mehlkarte mit wöchentlich 250 Gramm Mehl, beziehungsweise Mahlprodukte in je fünf Abschnitten zu je 50 Gramm zur Ausgabe gelangen. Für Personen, welche derzeit im Bezuge von Störbrotmehlkarten stehen, werden gesonderte Störbrotmehlkarten abgegeben, welche neben dem normalen Mehlquantum von 250 Gramm wöchentlich noch zehn Abschnitte für je 900 Gramm Mehl für die Woche enthalten, das diese Personen an Stelle des Brotes zu beziehen berechtigt sind.

Junggesellen erhalten eine Brotbezugskarte für einen Laib Brot wöchentlich und eine Mehlkarte ohne Mehlbezugskarte. Auf Grund dieser Mehlkarte können sie im Gasthause Mehlspeisen beziehen, beziehungsweise in den Gemeinschaftsküchen die nötigen Mehlkarten abgeben. Falls sie in den Mehlbezug treten wollen, so erhalten sie über Verlangen eine gelbe oder blaue Mehlbezugskarte.

Brot- und Mehlbezugskarte, welche bisher auf 16 Wochen ausgestellt wurden, laufen nunmehr erst in 20 Wochen ab, die Mehlkarte und Störbrotmehlkarte in 10 Wochen.

Für Mehlspeisen ist in den Gasthäusern ein halber Mehlkartenabschnitt, beziehungsweise ein halber auf „Mehl“ oder „Brot“ lautender Abschnitt einer in Niederösterreich gültigen Ausweiskarte abzugeben. In den Kriegsküchen wird die bisherige Zahl Mehlkartenabschnitte abgetrennt.

Die Neuregelung des Brot- und Mehl- verkehrs.

Heute werden die beiden Verordnungen der niederösterreichischen Statthalterei über die vom 12. Mai an in Wirksamkeit tretende Neuregelung des Brot- und Mehlverkehrs veröffentlicht, die wir im Morgenblatt erschöpfend besprochen haben. Es gibt von dem genannten Termine an nur einen Einheitslaib Brot von 126 Desagramm, welcher dem Wochenquantum einer Person entspricht. Die Brotkarte entfällt. Brot wird auf Grund der Brotbezugskarte aus-gegeben. Dagegen bleibt neben der Mehlbezugskarte die Mehlkarte in Geltung, deren Wochenabchritte auf 25 Desagramm lauten. Sonst stellen die beiden Verordnungen nur eine Neuzusammenfassung der bisher auf diesem Gebiete getroffenen Bestimmungen, die gleichzeitig außer Kraft gesetzt werden, dar.

(Neuerliche Brotknappheit in Prag.)
Aus Prag, 29. d., wird uns telegraphiert:
Wie uns mitgeteilt wird, steht Prag wiederum
vor einer Brotkalamität, weil die zugeführten
Mengen an Mehl nicht ausreichen, um auch
nur die neuerlich verringerte Broviration sicher-
zustellen. Die Ansammlungen und Anstellungen
vor den Bäckerläden haben wiederum begonnen
und füllen ganze Straßenzüge aus. Die großen
Bäcker sind fast völlig ohne Mehl und wollen,
soweit sie es noch nicht getan haben, innerhalb
der nächsten Tage die Betriebe einstellen.

Die neuen Brot-, Mehl- und Fettkarten.

Vom Magistratsrat Dr. Jamöck.

Am 11. April 1915 trat die Brot- und Mehlkarte ins Leben. Diese wurde am 20. Februar 1916 über meinen Vorschlag durch die vierzehntägige Brot- und Mehlkarte ersetzt. Mit dem 12. Mai dieses Jahres verschwindet diese Karte in Wien und in einigen Nachbargemeinden, im Wesen bleibt sie jedoch entsprechend modifiziert aufrecht. Brot wird von dem genannten Tage an lediglich auf Grund der nunmehr von der Statthalterei aufgelegten Wiener Brotbezugskarte zur Ausgabe gebracht, welche anlässlich der Brottrahonierung zur Einführung gelangt ist. Mit dem gleichen Tage wird ein größerer Einheitsbrotlaib geschaffen zu 1260 Gramm, welcher der bisher zugewilligten Wochenbrotmenge entspricht. Die Schwerarbeiter erhalten zum Einheitslaib drei Viertellaibe wöchentlich als Zusatz. Die Wiener Mehlbezugskarte bleibt in der bisherigen Form bestehen, doch wird neben der Mehlbezugskarte eine besondere staatliche Mehlkarte mit wöchentlich 250 Gramm Mehl, beziehungsweise Mahlprodukte in je fünf Abschnitten zu je 50 Gramm zur Ausgabe gelangen. Für Personen, die derzeit im Bezuge von Störbrotmehlarten stehen, werden ge-

sonderte Störbrotmehlarten abgegeben, welche neben dem normalen Mehlquantum von 250 Gramm wöchentlich noch zehn Abschnitte für je 900 Gramm Mehl für die Woche enthalten, das diese Personen an Stelle des Brotes zu beziehen berechtigt sind. Zugewillten erhalten eine Brotbezugskarte für einen Laib Brot wöchentlich und eine Mehlkarte ohne Mehlbezugskarte. Auf Grund dieser Mehlkarte können sie im Gasthause Mehlspeisen beziehen, beziehungsweise in den Gemeinschaftsküchen die nötigen Mehlarten abgeben. Falls sie in den Mehlbezug treten wollen, so erhalten sie über Belangen eine gelbe oder blaue Mehlbezugskarte. Brot- und Mehlbezugsarten, welche bisher auf 16 Wochen ausgestellt wurden, laufen nunmehr erst in zwanzig Wochen ab, die Mehlkarte und Störbrotmehlkarte in zehn Wochen. Für Mehlspeisen ist in den Gasthäusern ein halber Mehlkartenabschnitt, beziehungsweise ein halber auf „Mehl“ oder „Brot“ lautender Abschnitt einer in Niederösterreich gültigen Ausweisarte abzugeben. In den Kriegsküchen wird die bisherige Zahl Mehlkartenabschnitte abgetrennt.

Weiter gelangt eine neue Fettkarte zur Ausgabe, welche gleichfalls durch zehn Wochen läuft. Sie enthält getrennte Abschnitte für raroniertes Fett und nichtraroniertes Fett. Auch trägt sie, wie die Kartoffelkarte, Bestell- und Kontrollabschnitte für die Raronierungsstelle. (Butterabgabestelle). Die besondere Butterkarte entfällt. Die Fettkarte für Kinder wird dadurch hergestellt, daß die Abschnitte für nichtraroniertes Fett einfach abgetrennt werden. Ebenso wird die Butterkarte für Kinder und Erwachsene hergestellt. Für Kinder darf in diesem Falle aus den eigenen Fettvorräten nichts entnommen werden. Für Schwerarbeiter werden gesonderte Fettkarten verabsolgt. Nachdem auch künftighin die Milchkarte auf zehn Wochen lauten wird, werden schon Mehlbezugs- und Brotbezugsarten alle zwanzig Wochen, die übrigen Karten alle zehn Wochen zur Zustellung gelangen. Die Lebensmittelkarte für Militärurlauber wird den neuen Verhältnissen entsprechend geändert.

Welche Vereinfachung in der Manipulation mit den Karten durch die Neueinrichtung erzielt wird, soll folgendes einfaches Beispiel lehren: Außerhalb Wiens muß eine Hausfrau, deren Haushalt aus 5 Personen besteht, in zehn Wochen mit 25 Brot- und Mehlarten, 15 Fettkarten, 5 Kartoffelarten, 5 Kaffeearten, 5 Zuckerkarten und 5 Marmeladearten, zusammen mit 70 Karten manipulieren, in Wien mit 1 Brotbezugskarte, 1 Mehlbezugskarte, 5 Mehlarten, 5 Fettkarten, 5 Kartoffelarten, 1 Milchkarte und 1 amtlicher Einkaufsschein, zusammen mit 19 Karten. Hierbei ist noch zu bedenken, daß auf dem Einkaufsschein Zucker, Kaffee, Fleisch, Marmelade und die verschiedensten andern Bedarfsartikel in geregelter Weise in Wien bezogen werden können. Wären in dieser Familie ein oder zwei Schwerarbeiter vorhanden, dann würde sich die Kartenanzahl noch ungünstiger für die Hausfrauen außerhalb Wiens stellen.

Das Brot aus dem Osten.

Ankunft des ersten ukrainischen Getreides in Wien.

Das erste ukrainische Getreide ist gestern am Handelskai eingetroffen, nachdem schon Samstag Transporte von unterschiedlichen Brot- und Hülsenfrüchten, wie Hirse, Bohnen, Erbsen usw., auf dem Bahnwege aus ukrainischen Stationen eingelangt waren. Das eingelangte Getreidequantum, zusammen mit den übrigen Sendungen einige Waggon's umfassend, lagerte auf den Geleisen der Ersten Wiener Walzmühle am Handelskai und fiel durch die Art der Verpackung allgemein auf. Die Nachricht von dem Eintreffen des ersten Getreides aus der Ukraine hatte sich rasch verbreitet und die Bäcker, die gestern früh ihr Mehl wie gewöhnlich von der Mühle abholten, bezeigten lebhaftes Interesse für die Sendungen. Die Brotfrüchte bestehen aus Weizen, Roggen, Gerste, Hirse und Mais. Die Getreidemengen werden der Vermahlung zugeführt und sollen dazu dienen, bei dringendem Bedarfe innerhalb des Versorgungsgebietes an die betreffende Station zur Aushilfe gebracht zu werden.

Das bisher eingelangte Quantum ist natürlich noch viel zu gering, um die Wiener Brot- und Mehlversorgung zu beeinflussen. Man hofft auf ehestige weitere Sendungen. Das aus dem ersten ukrainischen Getreide gewonnene Mehl wird sofort zum Teile dem Wiener Bedarfe zugutekommen. Die Qualität ist eine befriedigende. Vorkommende Ungleichheiten, die der fallweise mehr oder weniger fortgeschrittenen landwirtschaftlichen Kultur der betreffenden Gebiete entsprechen, kommen nicht in Betracht. Im Kriege hat man sich übrigens längst daran gewöhnt, Getreide und Bodenfrüchte anderer Art bloß nach der Quantität zu beurteilen, da bekanntlich die denkbar verschiedensten Sorten willkommene Verwendung fanden.

Weitere Transporte aus der Ukraine sind, wie mitgeteilt wird, schon im Anrollen nach der Walzmühle begriffen. Wie groß sie sind, entzieht sich vorläufig noch der Uebersicht. Selbst wenn sie in den nächsten Tagen noch den bescheidenen Umfang einzelner Waggonladungen nicht übersteigen sollten, ergibt sich ein Vorteil für die Versorgung, die da oder dort, je nach Bedarf, ergänzt werden kann.

Das erste Getreide ist nicht per Schiff, sondern, wie erwähnt, auf dem Bahnwege eingetroffen. Einzelne Säcke weisen die Spuren des Transportes auf. An die Bäcker dürfte Mehl ukrainischer Herkunft allerdings in bescheidenen Mengen, demnächst abgegeben werden. Die Anlegung einer Mehlereserve für Wien könnte erst nach Eintreffen reichlicher Sendungen in Betracht kommen.

Jedenfalls ist ein vielversprechender Anfang zu verzeichnen. Man wird sich selbstverständlich hüten, deshalb zu rosig in die Zukunft zu sehen, doch können immerhin günstige Schlüsse aus dem Eintreffen des ersten ukrainischen Getreides in Wien gezogen werden.

Die Brotversorgung.

Wie dieser Tage berichtet, verwies der Präsident des Ernährungsamtes Hofrat Paul gelegentlich des letzten Empfanges der Wiener Journalisten auf die in Umlauf befindlichen Gerüchte von einer bevorstehenden Kürzung der Brotquote und stellte mit allem Nachdruck fest, daß alle derartigen Alarmanachrichten unbegründet sind. Ueber die Frage der weiteren Mehlschübe äußerte sich nun ein hervorragendes Mitglied des Ernährungsdienstes gegenüber einem unserer Mitarbeiter in folgender Weise:

„Unsere gesamte Brot- und Mehlversorgung steht noch wie vor auf unsicheren Füßen; wir leben von der Hand in den Mund und sind in Wien lediglich auf die Zufuhren von außerhalb, das heißt aus Rumänien und der Ukraine, angewiesen. An den kompetenten Stellen ist man aber selbstverständlich in erster Linie darauf bedacht, jede weitere Kürzung der Brot- und Mehlquote unter allen Umständen hintanzuhalten. Auch die jetzt verfügte Ausgabe eines Einheitsbrottes von 1260 Gramm stellt durchaus keine Kürzung des bisherigen Brotbezuges dar, der Konsument erhält tatsächlich die gleiche Menge wie bisher; zur besseren Ausnutzungsmöglichkeit des Mehles mußte die Einführung des Einheitsbrottes jedoch verfügt werden.

Die Getreiderequisitionen bei den Selbstversorgern dürften allerdings kaum das anfangs erhoffte Ergebnis haben. Trotz des Versprechens von Zucker und anderen schönen Dingen sind die Bauern einfach nicht mehr in der Lage, weitere Getreidemengen abzuliefern, da sie in der Zwischenzeit, gezwungen durch den Futtermangel, Getreide verfüttert haben. Ferner steht die Sommerbestellung vor der Tür, und der Landwirt hat durch Aufnahme von Saisonarbeitern einen bedeutend erhöhten Selbstverbrauch. Die geringen aufgebrauchten Mengen müssen stets sofort den nächstgelegenen Industrieorten zugeführt werden, so daß für Wien wenig übrig bleiben dürfte, und es somit lediglich auf die fremdländischen Zufuhren angewiesen ist. Ungarn ist tatsächlich nicht mehr

in der Lage, uns weiter zu versorgen. Die dort vorgenommenen letzten Requisitionen blieben erfolglos. Deutschland ist nachgewiesenermaßen selbst nur noch bis 15. Juni gedeckt, nach dieser Zeit ist es gleichfalls auf Zuschübe, und zwar nur aus der Ukraine, angewiesen. In Anbetracht der dortigen rückständigen Transportverhältnisse und der jetzt aufgekommene politischen Bewegung läßt sich leider nicht sagen, wie sich die Ausfuhr gestalten wird.

Glücklicherweise sind die Ernteaussichten nicht schlecht. Die Witterung ist bis jetzt günstig und der Saatenstand gut. Wir sind heuer dem vorigen Jahre um fast 16 Tage voraus; wenn keine Rückschläge eintreten und der Sommer keine große Dürre bringt, so darf man mit einer guten Mittelernte rechnen. Auch die zu erwartende Grünfütterernte dürfte gut sein. Aller Voraussicht nach dürfte es mit Ende dieses Monats zum ersten Schnitt kommen, wodurch eine Besserung des Viehbestandes, somit der Fleischzufuhren und der Milchlieferungen, eintritt.“

Das Leben um ein paar Kilo Mehl. Der Unglückliche, der gestern mit einer klaffenden Halswunde in seinem kleinen Gassenladen als Leiche aufgefunden wurde, hatte sein Leben verwirkt, weil der unbekannte Mörder einige armselige Lederflecke in dem Besitze seines Opfers vermutete. Aber nein, von armseligen Lederflecken hätte man vielleicht in der Friedenszeit gesprochen. Heute heißt es richtig: kostbare Lederflecke, Unzugängliches und Unerreichbares. Die schwindelnde Aussicht, solch wortvolles Besitztum an sich zu bringen, hat augenscheinlich den Uebelthäter auf die Bahn des Verbrechens gelenkt, hat ihn sogar vor einem Kapitalverbrechen nicht zurückschrecken lassen. Der Mann aber, der Leder besaß, wäre sicherlich besser auf seiner Hut gewesen, wenn jener Mordgeselle nicht auf einen teuflischen Einfall gekommen wäre, um sich in das Vertrauen seines Opfers zu schleichen, wenn er nicht ein Zauberwort gekannt hätte, das die auf das sorgsamste behüteten Türen aufspringen läßt, bei dessen Klang sich kunstvoll geschmiedete Schlösser von selbst öffnen. Dieses moderne Seseam lautet: Mehl und Kartoffeln. Der Mörder, der es auf das Leder abgesehen hatte, versprach seinem Opfer Lebensmittel. Ein Warenaustausch also, bei dem der Verbrecher, statt wirklich zu liefern, seinem Kontrahenten das Leben nahm. Anno dazumal las man mit achselzuckendem Staunen von irgendeinem gedankenlosen Menschen, der in seinem bodenlosen Leichtsinne vom fahrenden Zug abgesprungen war, um seinen Hut wieder zu ertappen, den ein plötzlicher Windstoß entführt hatte. Ein Menschenleben um einen Hut! lautete dann die ironisch-mitleidige Aufschrift. Unterdessen haben sich allerdings die Wertbegriffe verändert. Alles ist im Preise gestiegen. Nur die Menschenleben sind billiger geworden. Der Tod, der bekanntlich nichts kostet, außer das Leben, macht sozusagen eine rühmliche Ausnahme von der allgemeinen Preistreiberi. Nichtsdestoweniger enthält das blutige Lokalereignis des gestrigen Tages eine sehr beherzigenswerte Lehre. Würde sie auf fruchtbaren Boden fallen, dann könnte man sich davon eine Besserung der Sicherheitsverhältnisse Wiens versprechen. Gott sei Dank, die Leute, die sich unter dem Vorwand, Lebensmittel verschaffen zu können, in Wohnungen und Geschäfte einschleichen, haben es nur in den allerersten Fällen auf das Leben der Partei abgesehen, der sie einen solchen Besuch abstatten. Aber auch ein großer Teil der Eigentumsdelikte, deren Zahl fortwährend zunimmt, der Diebstähle und Einbrüche, wird von den Tätern auf solche Art und Weise vorbereitet. Etwas mehr Vorsicht, etwas weniger Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit! Gewiß ist es vielfach bitterer Mangel und zwingendes Bedürfnis, das die Leute den Schleihhändlern in die Arme treibt und denen, die es zu sein nur vorgeben. Aber es gibt Fälle genug, wo der Hamstertrieb bereits ins Sportmäßige ausartet, und gerade ein solcher Sportsman ist blind und taub, wenn er Gelegenheit hat, seiner Leidenschaft zu frönen. Der schlau Fuchs ist ein gefährlicher Feind des Hamsters. Mitunter aber verschmäht es auch ein reißendes Raub-

tier nicht, sich an dem armen Hamster zu vergreifen. Das ist die traurige Moral des Mordes in der Reiprechtsdorferstraße.

Die Brot-, Mehl- und Fettkarten.

Die Neuregelung des Bezuges ab 12. Mai.

Der Wiener Magistrat verlautbart heute folgende Neuregelung des Bezuges von Brot, Mehl und Fett, deren wesentliche Bestimmungen unseren Lesern bereits bekannt sind:

Brotbezug.

Mit dem 12. Mai wird die bisherige vierzehntägige Brot- und Mehllatte aufgelassen. Brot ist in der bisherigen Weise nur auf Grund der Wiener Brotbezugskarte erhältlich. Von diesem Tage an darf Brot nur in Laiben von 1260 Gramm erzeugt und zum Verkaufe gebracht werden. Jede brotbezugsberechtigte Person, auch jeder Inhaber einer sogenannten Junggesellenbrotkarte hat Anspruch auf wöchentlich einen solchen Laib. Schwerarbeiter erhalten wöchentlich dreiviertel Laibe als Zusatz. Die einer Einzelperson oder dem Haushalte gebührende Wochenmenge Brot in Laiben und Viertellaiben wird von den Brotkommissionen in den Brotbezugskarten sowie in deren Bestell-, bezw. Kontrollabschnitten amtlich mit Buchstaben eingetragen. Die Brotverkäufer sind verpflichtet, die Kundenlisten auf Grund der Brotbezugskarten in der bisherigen Weise zu führen. Brotverkäufer, welche nicht gleichzeitig Broterzeuger sind, werden hiemit nachdrücklich verpflichtet, auf der Brotbezugskarte sowie auf der Rückseite des Bestell-, bezw. Kontrollabschnittes den Namen und die Adresse des Broterzeugers genau und deutlich zu verzeichnen. Die jeweilig abgegebene Brotmenge ist vom Verkäufer in der Brotbezugskarte zu vermerken. Die Brotbezugskarte hat eine Dauer von 20 Wochen.

Mehlbezug.

Zum Bezuge von Mehl für Haushalte und Einzelpersonen, deren Mehlvorräte nicht mehr als 3 Kilogramm für jede im Haushalte verbliebene Person betragen, werden wie bisher von der Gemeinde Wien gelbe Mehlbezugsarten für die städtischen Mehlabgabestellen und blaue für die Mehlabgabestellen der Konsumentenorganisationen mit einer zwanzigwöchigen Laufzeit zur Ausgabe gebracht. Für jede mehlbezugsberechtigte Person wird bei der Kartenausgabe eine Mehlkarte beigelegt, welche auf fünf Doppelwochen lautet und für jede Woche fünf Abschnitte zu je 50 Gramm Mehl (Mahlprodukte) enthält. Jede Person, welche zum Bezuge von Störbrotmehl berechtigt ist, erhält eine Störbrotmehllatte, die sonst gleich der Mehlkarte ist, jedoch außerdem noch 10 Wochenabschnitte zu je 900 Gramm Mehl enthält, welches der Inhaber anstatt Brot zu beziehen berechtigt ist. Der Mehlbezug ist nur mittelst der Mehlbezugskarte unter gleichzeitiger Vorweisung der Mehl-, bezw. Störbrotmehllatten gestattet. Die Inhaber sogenannter Junggesellenkarten erhalten eine Mehlkarte, auf Grund derer sie in der Lage sind, Mehlspeisen in Gasthäusern zu sich zu nehmen, bezw. in Kriegsküchen die geforderten Mehlabschnitte abzugeben. Eine Mehlbezugskarte erhalten sie nicht. Im Falle sie in den Mehlbezug treten wollen, erhalten sie über Verlangen eine gelbe oder blaue Mehlbezugskarte. Ueber den Vorgang bei der Abtrennung der Mehlkartenabschnitte in den Mehlabgabestellen sowie in den Kriegsküchen ergehen besondere Weisungen an diese. In Gast- und Schankgewerbebetrieben ist für jede Mehlspeise ein halber Abschnitt der Wiener Mehlkarte

oder einer in Niederösterreich gültigen Ausweiskarte für den Bezug von Brot oder Mehl durch einen Diagonalabschnitt abzutrennen und einzuziehen.

Fettbezug.

Es werden wie bisher getrennte Fettkarten für Schwerarbeiter und die anderen fettbezugsberechtigten Personen zur Ausgabe gebracht. Die neuen Fettkarten lauten auf zehn Wochen und enthalten für jede Woche einen Abschnitt für die rayonierte Fettmenge und zwei Abschnitte für je eine Hälfte der nichtrayonierten Fettmenge. Außerdem enthält jede Karte einen Raum für den Namen und die Adresse des Kartenbesitzers sowie für den Namen, die Adresse und die Nummer der Kundenliste der zuständigen Butterabgabestelle. Die zuständigen Butterabgabestellen werden hiemit verpflichtet, für die ihnen auf Grund der derzeitigen Mehlbezugskarte zugewiesenen Kunden Kundenlisten mit fortlaufenden Zahlen, Namen und Adressen der Kunden sowie den Zahlen der in Betracht kommenden Fettkarten zu führen. Die an den Fettkarten befindlichen Bestellabschnitte sind in den Butterabgabestellen abzutrennen und entsprechend den Nummern der Kundenliste zu legen und aufzubewahren. Die näheren Weisungen ergehen an die Butterabgabestellen durch das Bezirkswirtschaftsamts Stelle 4. Die Fettkarte für Kinder wird dadurch hergestellt, daß sämtliche Abschnitte für die nichtrayonierte Fettmenge bei den Brot- und Mehlkommissionen zur Abtrennung gelangen. Die Ausgabe von besonderen Butterkarten für Erwachsene und Kinder entfällt. Anstatt dieser Karten erhalten die Abschnitte für die gesamte nichtrayonierte Fettmenge zur Abtrennung gebracht worden sind. Für Kinder darf in diesen Fällen aus den eigenen Fettvorräten kein Fett entnommen werden. Im Sinne der diesbezüglichen Verordnung gelten als Rohfett: Fett von Rindern, Schweinen, Schafen und Geflügel in nicht ausgeschmolzenem Zustande (Fettgewebe); Fettprodukte: Die aus Rohfetten hergestellten Reinfette, Speck in jeder Zubereitung, Butter, Butterfälschung, Pflanzenfett, Margarine und Kunstspeisefette; Speiseöl: Jede für den menschlichen Genuß in Verwendung genommene Delgattung.

Lebensmittellatten für Militärurlauber.

Die dreitägige (blaue) Lebensmittellatte für Militärurlauber besitzt vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an zwei Abschnitte für je einen Viertellaib Brot, einen Abschnitt für die halbe Wochenmenge Kartoffeln, einen Abschnitt zum Bezuge der Hälfte der rayonierten Fettwochenmenge und einen Abschnitt zum Bezuge der Hälfte der nichtrayonierten Fettwochenmenge. Die sieben-tägige (rote) Lebensmittellatte für Militärurlauber hat vier Abschnitte für je einen Viertellaib Brot, einen Abschnitt für 250 Gramm Mehl oder einen Viertellaib Brot, einen Abschnitt für eine Wochenmenge Kartoffeln, einen Abschnitt für eine Wochenmenge rayoniertes Fett, einen Abschnitt für eine Wochenmenge nichtrayoniertes Fett, einen Abschnitt für ein Achtelkilogramm Zucker, einen Abschnitt für eine Wochenmenge Minderfleisch und einen mit einem Sterne versehenen Abschnitt, auf welchen derzeit kein Lebensmittel zur Abgabe gelangt.

Diese Verordnungen treten mit dem 12. Mai in Kraft.

(Die Prager Brotkalamität.) Aus Prag, 3. d., wird uns telegraphiert: In der gestrigen Sitzung des Stadtrates erstattete das Direktorium des städtischen Approvisionnementssamtes einen Bericht, der unter anderem besagt, daß in dieser Woche die Brotkalamität den Höhepunkt erreicht habe, trotzdem die neue Art der Brotverteilung Platz gegriffen habe. Es wurden nur 150.000 Laib Brot pro Woche ausgegeben, so daß kaum der Mindestbedarf gedeckt erscheint. Die Prager Zweigstelle der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt hat für Prag nur zwölf Waggons Maismehl, das in der Odfolet-Mühle lagert und beim Brande gerettet wurde.

(Kartoffelabgabe.) Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit einem Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des dreieckigen Restes des Stammes der Kartoffelkarte. Die neue, blau gedruckte Kartoffelkarte wird Samstag den 11. d. ausgegeben. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich in der darauffolgenden Woche bei einer städtischen Kartoffelabgabestelle oder bei einer mit der Kartoffelabgabe betrauten Konsumentenorganisation zum Bezug von Kartoffeln anmelden. Konsumentenorganisationen dürfen jedoch nur von ihren Mitgliedern Bezugsmeldungen entgegennehmen. Die Wahl der Kartoffelabgabestelle steht frei, doch wird empfohlen, bei der bisherigen Abgabestelle zu bleiben. Der Vorgang bei der Bezugsmeldung ist derselbe wie bei der alten Kartoffelkarte. Der Kartoffelkartenbesitzer hat hierbei die beiden Rubriken der Karte „Name und Wohnort des Kartenbesizers“ entsprechend auszufüllen und die Karte der Abgabestelle oder Konsumentenorganisation vorzuweisen. Diese hat die beiden gleichlautenden Rubriken „Name und Wohnort der Verkaufsstelle“ auszufüllen, den äußeren Abschnitt der Karte abzutrennen und die Karten der Partei sofort zurückzustellen. Die abgetrennten Abschnitte bleiben in Verwahrung der Abgabestelle oder Konsumentenorganisation. Nach Durchführung der Neuanmeldung ist eine Umrahmung nur mehr bei Ueberstellungen gestattet.

(Abgabe von Sauerkraut.) In der kommenden Woche wird vom 9. bis einschließlich 12. d. Sauerkraut abgegeben. Für jede Person kommt ein halbes Kilogramm Sauerkraut zur Abgabe. Der Preis beträgt für ein Kilogramm 1 Krone 96 Heller. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des neuen amtlichen Einkaufsscheines mit der Biffer 17.

(Abgabe von sterilisierter Milch.) In der kommenden Woche wird von Mittwoch den 8. bis einschließlich Samstag den 11. d. bei jenen städtischen Mehlabgabestellen, bei denen Nahrungsmittelzubereitungen für Schwangere und Stillende Frauen erhältlich sind, wieder sterilisierte Milch in Flaschen ausgegeben. Bezugsberechtigt sind diesmal nur Kinder von zwei bis sechs Jahren, insofern sie hinsichtlich des Mehlbezuges städtischen Abgabestellen zugewiesen sind. Die Abgabe erfolgt gegen Vorweisung der neuen Milchkarte und Abtrennung so vieler Ziffernabschnitte der Milchbezugskarte, als der auf Grund der Milchkarte abgegebenen Zahl von Flaschen entspricht. In jedes Kind wird eine Flasche sterilisierte Milch verabfolgt. Der Preis beträgt 2 Kronen 10 Heller pro Flasche. Für jede Flasche ist ein Einsatz von 40 Heller zu leisten.

(Abgabe von Kohle.) Morgen Montag (Osterfeiertag der Griechisch-Katholiken) und Donnerstag den 9. d. (Christi Himmelfahrt) bleiben sämtliche städtischen Kohlenverkaufsstellen für den Verkauf geschlossen. Parteien, deren Bezugstag der Montag und Donnerstag ist, können an den anderen Tagen der Woche die Kohle beziehen.

Deutsche Kartoffelsendungen.

Es scheint der Regierung gelungen zu sein, aus den deutschen Kartoffelüberschüssen für die notleidenden Gebiete Oesterreichs Sendungen zu erhalten. Gestern abends langte auf dem Donauwege ein mit 30 Waggonen ziemlich schöner Kartoffeln beladener Schlepper, der von Regensburg nach Wien instradiert wurde, hier an. Der Schlepper wurde in den Donaukanal gebracht. Die Entladung des Schleppers wurde heute an der Weizgerberlande in der Nähe der Urania begonnen. Es dürfte möglich sein, daß nun auch die deutschböhmischen Industriebezirke aus Sachsen und Preussisch-Schlesien, wo ebenfalls ein Kartoffelüberschuß herrscht, mit diesem notwendigen Nahrungsmittel alimentiert werden. Weitere Kartoffelsendungen für Wien sollen unterwegs sein.

Z./V. 1918

7

Mg

Kartoffelversorgung

(Mitgeteilt vom schweizer. Volkswirtschaftsdepartement vom 6. Mai 1918)

Die eidgenössische Kommission für Kartoffelversorgung hat in ihrer Sitzung vom 3. Mai einen Bericht der Zentralstelle für Kartoffelversorgung über den derzeitigen Stand der Versorgung mit Saatkartoffeln entgegengenommen. Es wurde mit Befriedigung festgestellt, daß es den Bemühungen der Zentralstelle dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Behörden verschiedener Kantone gelungen ist, den Saatgutbedarf in ausreichender Weise zu decken. Wo dies noch nicht in vollem Umfange geschehen ist, soll der Fehlbedarf innert kürzester Frist befriedigt werden.

Ungünstiger gestaltet sich die Versorgung mit Speisekartoffeln. Die Lieferung von solchen mußte während der letzten Zeit fast ganz eingestellt und alle zu Saatwecken geeignete Ware zum Auspflanzen abgegeben werden. Es ist nun aber dringend notwendig, daß für größere Konsumplätze, besonders für einige von Kartoffeln fast ganz entblößte Städte, noch ansehnliche Mengen Speisekartoffeln beschafft werden können. Es ergeht deshalb an alle Besitzer von Kartoffelnorräten, die den eigenen Bedarf übersteigen, die eindringliche Mahnung, die Ueberschüsse jetzt bei den Zentralstellen anzumelden und abzugeben, damit sie zur Deckung des Restbedarfes an Saatgut und zur Ernährung der Mangel leidenden Bevölkerung verwendet werden können. Vom 16. Mai an tritt nach der Verfügung des

7./V. 1918.

150

Ausgleich in der Mehllieferung

Das schweiz. Militärdepartement verfügt:

Die Höchstvorräte, welche die Mühlen auf Lager zu halten berechtigt sind, dürfen $2\frac{1}{2}$ Buteilungen Getreide nicht übersteigen.

Dabei ist es gleichgültig, ob diese Menge in Form von Getreide, Halbfabrikaten oder fertigen Mahlprodukten vorhanden sei. Als Vorräte im Sinne dieser Verfügung zählen somit:

das irgendwo eingelagerte Bundesgetreide, sowie allfälliges im Auftrage des eidg. Brotamtes abgenommenes Inlandgetreide, soweit solches der Mühle bereits angeteilt ist;

das sich in Verarbeitung befindliche Getreide und die noch nicht an die Kundschaft abgegebenen Mahlprodukte.

Mühlen, deren Vorräte das Maximum übersteigen, sind verpflichtet, den Ueberschuß unverzüglich mit eingeschriebenem Briefe bei der Abteilung Rationierungs- und Kontrollwesen des eidg. Brotamtes in Bern (insünftig Brotamt 3 genannt) anzumelden.

Sobald der Ueberschuß angemeldet ist, darf eine Mühle ihre Getreidequote ohne gegenteilige Verfügung des Brotamtes 3 weiterbeziehen, auch wenn dadurch die Vorräte noch mehr erhöht werden und ein weiterer Ueberschuß angemeldet werden muß.

Mühlen, deren Weizenquote zur Bedienung ihrer ordentlichen Kundschaft nicht genügt, können ihren Mehlbedarf von Fall zu Fall beim Brotamt 3 mit eingeschriebenem Briefe anmelden. Dabei darf nur die augenblicklich dringend notwendige Menge angegeben werden.

Das Brotamt 3 weist denjenigen Mühlen, welche ihren Bedarf hierfor angemeldet haben, in der nächstgelegenen Mühle, die gerade einen Ueberschuß aufweist, Mehl nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte zu.

Lieferung und Verrechnung des Mehles erfolgen im direkten Verkehr der Mühlen unter sich. Auf Wunsch der abgebenden Mühle ist Vorauszahlung zu leisten.

Hat eine Mühle für ihren gemeldeten Mehlüberschuß bei ihrer ordentlichen Kundschaft Absatz gefunden, so hat sie ihn unverzüglich schriftlich beim Brotamt 3 abzumelden.

Sämtliche Mühlen, die vom eidg. Brotamt Getreide beziehen, sind verpflichtet, ihre gesamten Vorräte an Brotgetreide und Mahlprodukten jeweilen am 1. und 15. eines Monats dem Brotamt 3 zu melden.

8.7.1918

ASA

Deutsche Kartoffeln für Wien.

Auf dem Donauwege langte hier gestern abends ein Schlepper an, der mit 30 Waggons Kartoffeln beladen war. Der Schlepper, der direkt von Regensburg kam, wurde in den Donaufanal und zwar bis zur Weißgerberlande gebracht, wo er entladen wurde. Weitere Kartoffel- sendungen sollen, wie verlautet, nach Wien unterwegs sein.

Bevorstehende Erhöhung der Getreidepreise.

Wie wir erfahren, hat der mit der Frage der Getreidebewirtschaftung betraute Sachausschuß des Ernährungsrates in den letzten Tagen auch Gelegenheit gehabt, sich mit dem beabsichtigten Vorschlag auf Erhöhung der Getreidepreise zu befassen. Im Vorschlag gebracht ist, wie wir hören, eine Erhöhung der Preise für Brotgetreide bis auf 50 und 55 Kronen pro Meterzentner. Die bisherigen Brotgetreidepreise hatten samt allen Zuschlagsprämien die Höhe von 42 Kronen pro Meterzentner erreicht. Auch die Preise für die übrigen Fruchtgattungen sollen erhöht werden. Die neuen Preisvorschläge bleiben im allgemeinen hinter der Höhe der neuerstellten ungarischen Getreidepreise zurück. Mit der Frage der Bewirtschaftung der Kartoffelernte 1918 dürfte sich der Ernährungsrat erst Ende des Monats beschäftigen.

9./VI 1918.

9
153

Gegen eine Verkürzung der Brottration.

Erklärung des Oberbürgermeisters Wermuth.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung begründete der sozialdemokratische Stadtv. Wurm einen Antrag, der den Magistrat ersucht, beim Kriegsernährungsamt dahin zu wirken, daß die Brottration nicht gekürzt wird.

Oberbürgermeister Dr. Wermuth: Aus den Erklärungen der Reichs- und Staatsbehörden in den Volksvertretungen ist zu entnehmen, daß eine Herabsetzung der Brotkopfmenge für kurze Zeit und in gewissen Grenzen nur für den äußersten Notfall nur dann in Frage kommen kann, wenn die Zufuhren aus der Ukraine den berechtigten Erwartungen nicht entsprechen. (Zuruf b. d. Unabh. Soz.: „Na also!“) Ich persönlich bin von amtlicher Stelle dahin unterrichtet worden, daß deutscherseits alle Vorlesungen getroffen worden seien, um die vertragsmäßig vereinbarten Getreidemengen rechtzeitig von der Ukraine hierher anzuführen. (Zuruf b. d. Unabh. Soz.: „Wo nichts ist...“) Getreideanspore sind auch bereits hier angelangt, auf den Post wird mit Sicherheit gerechnet. Ob er aber zeitig genug eintrifft, um eine vorübergehende Minderung der Brotverteilung unnötig zu machen, läßt sich nicht übersehen. Es ist anzunehmen, daß die endgültige Entscheidung hierüber in sehr naher Zeit erfolgen wird. Der Magistrat hofft lebhaft, daß die Entscheidung dahin fallen wird, von der Herabsetzung abzusehen oder sie so sehr als möglich hinauszuschieben oder in ihrem Geltungsbereich zu beschränken. Wir sind im Einvernehmen mit der gesamten Bürgerschaft und unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft unausgesetzt bemüht gewesen, den maßgebenden Stellen die besondere Lage zu schildern, in der die dichtgedrängten Siedlungsgebiete, die Brennpunkte zugleich des öffentlichen Lebens und der Kriegsindustrie, sich befinden. Ihre Schwierigkeit lediglich und allein durch Vergrößerung des Grundnahrungsmittels zu vermehren, müßte unter allen Umständen vermieden werden. Wenn durchaus nicht anders möglich, so durch einen vollwertigen Ersatz auf dem Gebiete anderer Nahrungsmittel, für Berlin insonderheit wohl durch Fleisch. Aber den Organen des Reiches erwächst zugleich eine doppelt schwere Verantwortung für die geregelte Zufuhr von Getreide und Obst. Die großstädtische und Berliner Bevölkerung hat die Ausdauer und den Opfermut noch niemals kennen lassen und wird sie auch nicht sinken lassen, aber diese Eigenschaften müssen und werden schließlich auch erwidert werden durch eine verständnisvolle und schonende Würdigung unserer Lebensinteressen. (Beifall.)

Stadtv. Cassel (L.): Es ist wenigstens einigermaßen tröstlich, daß nach den Worten des Oberbürgermeisters eine etwaige Verkürzung der Brottration nur vorübergehend sein würde und die Zufuhren aus der Ukraine in Aussicht stehen. Wir alle leiden unter den schwierigen Ernährungsverhältnissen. Wir sind alle gewillt, alles was notwendig ist, zu ertragen, aber wir müssen verlangen, daß auch Rücksicht genommen wird auf unsere Verhältnisse. Mit allem Nachdruck ist die Förderung zu unterstützen, daß bei etwaiger Verkürzung der Brottration Ersatz durch andere Lebensmittel geschaffen wird. Woher kommt es denn eigentlich, daß ein absoluter Mangel an Gemüse und Obst eingetreten ist? Das liegt wohl zum Teil an den häßlichen Ausfuerverboten in einzelnen deutschen Staaten. Wir werden den Antrag annehmen. Aufgabe der Reichsregierung wird es sein, das Durchhalten, zu dem die Berliner Bevölkerung gewiß stets bereit ist, dadurch zu erleichtern, daß wir nicht das Bewußtsein haben müssen, daß Berlin besonders stiefmütterlich behandelt wird.

Nachdem noch Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.) die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrag ausgesprochen, wird dieser einstimmig angenommen.

Ein anderer, vom Ausschusse vorbereiteter Antrag: den Frauen und Angehörigen gefallener Kriegsteilnehmer einen kommunalen Ausgleichszuschuß zu der staatlichen Hinterbliebenenrente zu gewähren, wird, dem Antrage des Berichterstatters Stadtv. Spändig gemäß, abgelehnt.

Die Erhöhung der Fahrpreise auf den städtischen Straßenbahnen wird von den Stadtv. Glöde (Soz.) und Hoffmann (U. Soz.) bekämpft. Stadtrat Dr. Preuß: Da der Zweckverband sich mit der Großen Berliner auf 12 1/2 Pf. geeinigt habe, sei doch kein Grund vorhanden, ein städtisches Unternehmen schlechter zu stellen als ein privates Aktien-Unternehmen. Die Vorlage enthält für das fahrende Publikum sehr wesentliche Vorzüge gegenüber dem System der Großen Berliner. Es sei zu hoffen, daß sich die „Große“ schließlich dem Beispiel der städtischen Bahn anschließen werde. Die Vorlage wird angenommen.

In gemeinsamer Sitzung mit dem Magistrat wird an Stelle des Stadtrats Flichef Stadtrat Voshning als Vertreter im Zweckverband, an Stelle des Stadtrats Voshning Stadtrat Dörflein als Stellvertreter gewählt.

Eine Magistratsvorlage betrifft den Verzicht auf die alten Berliner Straßenbahnvertragsrechte gegenüber dem Verbands Groß-Berlin. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu.

Ein Ausschuß war mit der Prüfung der Magistratsvorlage über die Aenderung der Verträge mit der A. E. G. von 1912 und der Stadtgemeinde Neudamm von 1915 (Nord-Süd-Bahn) betraut worden. Der Ausschuß empfiehlt, den Magistrat zu ersuchen, mit der A. E. G. über eine Aenderung des Stromlieferungsvertrages auf der Grundlage zu verhandeln, daß die Kohlenlaufel entsprechend den Zeitverhältnissen eine angemessene Erhöhung erfolgt. Die weitere Verhandlung soll daher verjagt werden. Dagegen empfiehlt der Ausschuß, den Vertrag über einen Liebergangstarif zwischen den Stadtgemeinden Berlin, Neudamm und der A. E. G. Schnellbahn-Aktiengesellschaft zur Annahme.

Die Versammlung stimmt dem Antrag des Ausschusses zu, ebenso dem Vorschlage des Vorstehers, auch in diesem Jahre eigentliche Sommerferien nicht eintreten zu lassen.

Der einem Ausschusse vorgelegene sozialdemokratische Antrag auf Bewährung von Feuerzulagen an die Bürohilfskräfte wird nach längerer Erwägung abgelehnt und ein Antrag Baejer (L.) angenommen, wonach diejenigen verheirateten männlichen Hilfskräfte, die mindestens ein Jahr im städtischen Dienste sein, zu ihren bisherigen Bezügen eine Zulage von 15 M. monatlich erhalten sollen.

Der Öffentlichkeit folgte eine geheime Sitzung.

11. IV. 1918

154

Bayern sammelt Brot für Tirol.

Im wohlthuenden Gegensatz zu dem Verhalten anderer Seiten steht das Verhalten der Bayern, von denen alles getan wird, um dem Hilferuf der Tiroler zu entsprechen. Die „Münchener Zeitung“ veröffentlicht u. a. einen Aufruf, in dem es heißt: „Auf, ihr Freunde Tirols, wir wollen uns treu und dankbar erweisen. Knapp geht es zwar auch bei uns her, aber so wenig haben wir doch nicht, um darbenenden Brüdern nicht etwas mitteilen zu können. Wir wollen denen drüben die Liebe zeigen, die wir bewahren auch in trüben Zeiten, und schon solche Gefühle treuer Zusammengehörigkeit werden sie stärken in ihrer Not.“

Die Schwierigkeiten des Brotfriedens.

Aus der Verhandlung des Ernährungsrates.

Dem Arbeitsausschuß des Ernährungsrates wurde über die Organisationen berichtet, die für den Import der Lebensmittel aus der Ukraine geschaffen wurden. Dabei wurden namentlich durch die Anfragen, die die Mitglieder an die Regierungsvertreter gerichtet haben, alle Schwierigkeiten sichtbar, die sich der Einfuhr und vor allem der Ausfuhr und dem Einkauf in der Ukraine entgegenstellen. Es muß vor allem festgestellt werden, daß es sowohl Getreide wie andere Lebensmittel in reicher Fülle gibt. Es war und ist kein Mangel,

die Vorräte sind da, vor allem Zucker, Getreide, Eier, Gemüse und Hülsenfrüchte. Aber alle Vorräte sind bei den Bauern verstreut und die Bauern haben ebenso eine Kriegskontinuität hinter sich wie unsere heimischen Landwirte. Sie haben an den russischen Armeen, die sie fast vier Jahre versorgt haben, sehr viel verdient. Die Bauern sollen dort das Geld nicht mehr zählen, sondern wägen. Geld spielt bei ihnen gar keine Rolle und löst sie nicht. Dazu kommt, daß es, trotzdem in Petersburg täglich 120 Millionen Rubel gedruckt werden, in allen russischen Werten an Papiergeld dennoch überall fehlt. Die Bauern geben das Geld, das sie täglich einnehmen, nicht aus. Sie haben es früher ausgegeben, indem sie Steuer gezahlt und Schnaps eingekauft haben; jetzt bezahlen sie keine Steuer, kaufen wegen des Schnapsverbotes keinen Schnaps, sondern brennen ihn selbst. Das Geld verfliehet in den vielen kleinstädtischen Wirtschaften. Die Bauern wissen aber auch nicht, welches Geld sie nehmen sollen. Während ein Teil nur russische Zaren-Rubel nimmt, nimmt der andere nur Kerenski-Rubel, der dritte nimmt Mark oder Kronen. Die Beschaffung der Zahlungsmittel ist heute die größte Schwierigkeit, die sich dem Einkauf entgegenstellt. Nun geben alle Einsichtigen, auch die österreichische Militärverwaltung, zu, daß man in dem Lande nicht requirieren kann, sondern nur einkaufen. Requirieren kann man nicht, weil man dann nur erreichen würde, daß die Waren noch weiter versteckt und weiter verzettelt würden. Auch jetzt wird von den militärischen Stellen nur eingekauft. Requiriert wird nicht und kann nicht werden, schon weil die Bauern bewaffnet sind und man eine Zeit Maschinengewehre wie Lebensmittel kaufen konnte.

Zur Schwierigkeit der Beschaffung gesellt sich die Schwierigkeit des Transports. Man hat wohl Bahnen und Fahrbetriebsmittel, aber keine Verpackung. Man muß Fässer, Eierkisten, Holzwohle etc., alles, was man zur ordnungsgemäßen Verpackung braucht, hinsenden, sonst kommen die Waren in der fürchterlichsten Verfassung und vollständig ungenügend versorgt in verdorbenem Zustand hier an.

Nun hat wohl die frühere ukrainische Regierung ein zentrales Ausbringungsbüro geschaffen, dem die landwirtschaftlichen Börsen, Genossenschaften, Kooperativen und Mühlen-gesellschaften angehören und das alle Waren übernehmen und den österreichischen und deutschen Gesellschaften, die den Export leiten, übergeben soll. Aber bei der vollständigen Desorganisation des Landes hat keine zentrale Körperschaft Einfluß und keine Macht kann die Bauern bewegen, den Verkauf vorzunehmen, außer sie verkaufen freiwillig.

Die weitere Schwierigkeit ist der Preis. Die Teuerung im Osten ist viel entsetzlicher und unerträglicher als in Oesterreich. Man verkauft zu den höchsten inländischen Schleichhandelspreisen, was man bekommt und verkaufen kann. Jede Verhandlung zwischen den Regierungsstellen scheitert immer wieder an der Preisfrage. Für den Zentner Zucker werden 600 Kronen gefordert, so daß ein Kilogramm hier auf 8 Kronen läme. Jede Verhandlung findet ihre Schwierigkeit darin, daß immer erklärt wird, wenn wir die Preise nicht zahlen, so verkaufen sie die Waren nach Ausland und dort erhalten sie jeden Preis.

Diese Schwierigkeiten können nur beseitigt werden, wenn wir imstande sein werden, so viele Ausfuhrartikel aufzubringen, daß wir die Bauern veranlassen, ihre Lebensmittel gegen die Waren zu tauschen, die sie begehren. Hieher gehören vor allem Wolle, Kleider, landwirtschaftliche Maschinen etc. Man versucht nun bei den Landwirten in Oesterreich die Maschinen aufzubringen, die sie nicht mehr brauchen, um sie ausführen zu können; man sucht nach Waren, die noch entbehrlich sind, und hofft vor allem, daß durch die Urtarreform die Bauern gezwungen werden, das Land zu bezahlen, das sie dem Großgrundbesitzer enteignet haben, damit Geld flüssig wird und wir leichter imstande sind, die Zahlungsmittel aufzubringen, die wir dringend brauchen, wenn die gefüllten Speisefammern nicht unerreichbar bleiben sollen.

Zu den Schwierigkeiten der Einfuhr kommt noch die innere organisatorische Schwierigkeit unseres Ernährungsamtes. Die Befürchtung, die unsere Vertreter sofort erfüllt hat, als die Uebernahme des Amtes durch einen Präsidenten, der dem Ministerpräsidenten unterstellt wird, bekannt wurde, hat sich nach jeder Richtung hin verwirklicht. Hofrat Paul hat gewiß Fähigkeiten und den ernstlichen Willen, aber er kann nicht allein leiten, kann nicht ohne die letzte Entscheidung des Ministerpräsidenten handeln und wird einfach gezwungen, den größten Teil seiner Zeit damit zu verbringen, daß er auf die Audienzen beim Ministerpräsidenten wartet und seine Entscheidungen einholt. Das Amt selbst wird dadurch zu immer größerer Untätigkeit verurteilt und kann nicht weniger organisatorisch leisten, als es früher der Fall gewesen ist. Die fertiggestellten Verordnungen müssen warten, bis sich der Ministerpräsident entschlossen hat, seine Zustimmung zu geben. Der Herr v. Seidler weiß aber noch immer nicht, ob er für den freien Handel ist oder nicht. Er schwankt wie in der Politik auch im Ernährungsdienst zwischen Extremen. Heute für die nationalen Forderungen der Deutschen, morgen für den internationalen Burgfrieden; heute für die staatliche Bewirtschaftung, morgen für die Freiheit des Handels, heute Blafel und morgen straffe Bewirtschaftung. Wahrlich, die Umgestaltung des Ernährungsamtes zu einem Nebenamt des Ministerpräsidenten und die Degradierung seines Leiters haben unseren Ernährungs-schwierigkeiten noch gefehlt! Solche Unfähigkeit ist selbst für Oesterreich, das Land der Unfähigkeiten, zu viel, das muß zur Katastrophe führen.

Die Agrarier, die den freien Handel für die Heu- und Strohlieferungen verlangt haben, sind damit im Ernährungsrat unterlegen. Die Frage der Erhöhung der Getreidepreise wurde vertagt weil die bürgerlichen Konsumentenvertreter beschlossen haben, sie können eine Erhöhung nur bewilligen, wenn sie die Garantie einer straffen staatlichen Bewirtschaftung erhalten. Wenn dem Ernährungsrat diese Gewähr nicht geboten wird, lehnen sie jede Erhöhung ab. Damit wird den Agrariern die Pflicht auferlegt, für die Erhöhung der Getreidepreise eine restlose Ablieferung der geernteten Mengen zu gewährleisten.

Ob die Landwirte das können, bei dem geringen Einfluß, den sie auf die Mitglieder ihrer Organisationen haben — es macht doch jeder Bauer, was er will —, das ist eine andere Frage.

Kartoffeln und Sauerkraut.

Die dieswöchige Kartoffelquote von einem Allogramm wird gegen Abtrennung der ganzen Wochenabschnitte A, B, C und D der neuen blau-gedruckten Kartoffelkarte abgegeben. Die Abschnitte A bis C sind bereits ungültig, da in den abgelaufenen drei Wochen die Kartoffeln statt gegen Abtrennung dieser Abschnitte gegen Abtrennung von Leitern des Stammes der alten Kartoffelkarte abgegeben wurden. Die Kartoffelartenbesitzer haben sich im Laufe der Woche bei einer Kartoffelabgabestelle zum Bezuge anzumelden. Die Wahl der Abgabestelle steht frei, doch wird empfohlen, bei der bisherigen Abgabestelle zu bleiben.

In der kommenden Woche wird vom 16. bis einschließlich 19. d. Sauerkraut abgegeben. Für jede Person kommt $\frac{1}{2}$ Kg. Sauerkraut zur Ab-

gabe; der Preis für 1 Kg. beträgt 1 K. 96 S. (Abtrennung des Abschnittes 22 des neuen amtlichen Einkaufsscheines.)

Kartoffelabgabe.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung der ganzen Wochenabschnitte A, B, C und D der neuen blaugedruckten Kartoffelkarte. Hierbei wird aufmerksam gemacht, daß die Abschnitte A bis C bereits ungültig sind, da in den abgelaufenen drei Wochen die Kartoffeln statt gegen Abtrennung dieser Abschnitte gegen Abtrennung von Teilen des Stammes der alten Kartoffelkarte abgegeben wurden. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich im Laufe der kommenden Woche bei einer städtischen Kartoffelabgabestelle oder bei einer mit der Kartoffelabgabe betrauten Konsumentenorganisation zum Bezuge anzumelden. Die Wahl der Abgabestelle steht frei, doch wird

empfohlen, bei der bisherigen Abgabestelle zu bleiben. Der Vorgang bei der Bezugsmeldung ist derselbe wie bei der alten Kartoffelkarte.

Wachmann mit Kartoffeldieben. Zu aufgeregten Szenen kam es Samstag abend bei der Verhaftung von Kartoffeldieben im Gelände des Ostbahnhofes. Der Sicherheitswachmann Ignaz Kostowicz hatte an dreißig Personen, meist halbwüchsige Burschen und Mädchen, bemerkt, die mit Kartoffeln beladene Güterwagen erbrochen hatten und die Säcke über den Zaun warfen, wo sie von Erwachsenen aufgehoben wurden. Die Leute liefen gegen die Absberggasse davon und wurden verfolgt. Wachmann Kospichil nahm einen Burschen, der einen Sack mit 25 Kilogramm trug, fest. Als er ihn abführte, sammelten sich an 200 Personen an, die zum Teil an den Diebstählen beteiligt waren, und nahmen gegen die Wache Stellung. Es wurden Steine gegen die Wache geworfen und Rufe laut: „Haut die Wache nieder!“ Die Wache drohte mit Waffengebrauch, ohne aber von der Waffe Gebrauch zu machen. Wachmann Kostowicz war bald von circa 1000 Personen umringt. Vergeblich forderte die Wache die Menge auf, abzulassen. Die 22jährige Hilfsarbeiterin Josefa Herot, Absberggasse 9, schlug mit Faustschreien auf die Wache. Als sie arretiert wurde, versuchte sie zu flüchten und hegte die Menge auf. Einem Wachmann riß sie den Mantelärmel herunter. Auch eine zweite Hilfsarbeiterin Aloisia S., haranguierte die Menge und forderte sie auf, die Frau zu befreien. Während der Eskorte zum Wachzimmer in der Süttenbrennergasse wurden die Wachmänner Kostowicz und Zwenz mit Steinen bedrungen. Infanterist Kratky von der Militärpolizei kam der Wache zu Hilfe. Er hatte sich vorher bei der Verfolgung der Diebe auf dem eingepflanzten Raum der Ostbahn beteiligt. Während dieser Szenen fiel plötzlich aus einem Fenster eines Hauses in der Gudenstraße ein Schuß. Die Kugel traf die arretierte Hilfsarbeiterin Josefa Herot am Schenkel. Sie sank schwer verletzt ins Knie. Ein Mann aus der Menge stürzte sich auf den Infanteristen Kratky und wollte ihn stechen, wurde aber durch Schläge mit dem umgekehrten Bajonett überwältigt, als er den Soldaten Kratky an der Kehle packte und ihn zu Boden werfen wollte. Der Mann, der Franz Mahel heißt, wurde arretiert. Auch er benahm sich sehr gewalttätig und mußte später auf dem Wachzimmer gefesselt werden. Als man die Arretierten mit Mühe zum Wachzimmer gebracht hatte, sammelten sich tobende und schreiende Menschen an. Steine flogen gegen die Wache, darunter bis zu zwei Kilogramm schwere Biegeln.

Wachmann Kostowicz wurde am rechten Unterschenkel getroffen und erlitt eine Quetschung. Das Erscheinen von Wachmann Kospichil machte den Szenen, an denen meist die Diebe von der Ostbahn beteiligt waren, ein Ende. Die Rettungsgesellschaft verband die durch den Schuß verletzte Josefa Herot und brachte sie in ihre Wohnung. Auch Wachmann Kostowicz wurde verbunden. Ein Mann, namens Wenzel S., der den Schuß abgegeben haben soll, wurde verhaftet.

Unser rumänisches Brot.

(Vom Kriegspressequartier genehmigt.)

Bukarest, im Mai.

Als Rumänien an Oesterreich-Ungarn und damit den Mittelmächten den Krieg erklärt hatte, war es klar, daß dem Vierbunde, sobald es gelang, diesen neuen Feind zu besiegen, hieraus nicht bloß militärische, sondern auch belangreiche wirtschaftliche Vorteile erwüchsen. Zwar sollten sich die Angaben des Internationalen Bureaus zu Rom, nach denen Rumänien einen Ertrag von mehreren Millionen Tonnen an Brotfrüchten aufzuweisen hatte, nicht bewahrheiten, dennoch erübrigten ganz ansehnliche Vorräte im Lande. Abzuziehen waren noch jene Mengen an Getreide und Mais, welche durch die Aufbietung des rumänischen Heeres verbraucht, vielfach auch verwirtschaftet, später absichtlich vernichtet oder nach der Moldau verschleppt worden waren.

Bukarest ward am 6. Dezember 1916 besetzt; wenige Tage hernach begann die „Militärverwaltung in Rumänien“ ihre Tätigkeit. Vorerst galt es, die verwertbaren Bestände im Lande sicherzustellen. Als im März 1917 die Fröste nachließen, nahm man eifrigst die Arbeiten im Freien auf, die Transporte begannen zu rollen. Im besetzten Gebiete waren über $1\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen Brotfrüchte, die verbliebenen Erträgnisse der Ernten 1914, 1915 und 1916 festgestellt. Sie mußten nun aufgebracht, verteilt, verladen und ausgeführt werden. Auch kam hierzu der Bedarf der im Lande stehenden Armeen sowie der Bevölkerung. Unermüdlicher Arbeit aller beteiligten Stellen gelang es, diese Leistung von Anfang März bis Juli 1917 zu bewältigen.

Unmittelbar darauf begannen die Arbeiten, um die mit den ersten Julitagen beginnende Ernte 1917 zu verwerten. Bis Oktober 1917 war auch die neue Getreideernte abgeschoben. Nur der Mais, der vorher noch gerebelt werden muß, konnte erst im Frühjahr 1918 versandtbereit gemacht werden. Er ist im Abrollen.

Die Verteilung der Brotfrucht erfolgt an die einzelnen Verbündeten nach einem Schlüssel, doch werden unabwiesliche Bedürfnisse berücksichtigt (große Ernährungskonferenz in Berlin anfangs 1918). So betrug die Ausfuhr vom 1. Dezember 1916 bis 31. Dezember 1917 circa 1.560.000 Tonnen. Hieron erhielt Oesterreich

(Ungarn erhielt nichts) 775.000, Deutschland 670.000 Tonnen. Der Rest ging nach der Türkei; Bulgarien beanspruchte wenig. Für die Allgemeinheit ist zu bemerken, daß die Transporte nach Deutschland, auf wenige Eisenbahnlinien gewiesen, in ihrer Geschlossenheit stärkeren Eindruck hinterlassen mögen, als die für Oesterreich bestimmten Transporte, die nach ihrem Eintreffen an der Grenze, den einzelnen Bedarfsgebieten zugeleitet, dadurch zersplittert werden. Bisher sind insgesamt etwa 1.800.000 Tonnen Brotfrüchte, hievon $\frac{4}{5}$ Getreide und Mais, abgeschoben worden, wozu annähernd 100.000 Eisenbahnwagen- und 3000 Schiffsfrachten erforderlich waren.

Rirchlechner.

Ausgabe des ersten neuen „Einheitsbrottes“.

Gestern früh sind sowohl von Bäckern als auch von Brotfabriken die ersten neuen „Einheitsbrotlaibe“ im Gewichte von 1260 Gram m abgegeben worden. Die Mehlmischung war noch nicht durch die angekündigte verbesserte ersetzt worden. Erst Montag und Dienstag soll letztere von der Mühle gefäht werden. Die größeren Laibe hatten noch alle Eigenschaften des Maisbrottes, gegen das Rißigwerden der Kruste wenden die Bäcker einen eigenen neuerfundenen „Leberzug“ an, der separat aus Edelmehl hergestellt wird und mit dem die fertigeformten Brode bestrichen werden.

Das neue „Einheitsbrot.“

Gestern früh sind sowohl von Bäckern als auch von Brodfabriken die ersten neuen „Einheitsbrotlaibe“ im Gewichte von 1260 Gramm abgegeben worden. Die Mehlmischung war noch nicht durch die angekündigte verbesserte ersetzt worden. Erst heute und morgen soll letztere von der Mühle „gegrüt“ werden.

Die Kontrolle des Brotbezuges beruht nunmehr ganz auf der aus dauerhaftem Karton beigegebenen Brotbezugskarte, die bis 28. September gültig ist. Tinte und Rotstift machen die Vermerkungen dauerhafter. Schwieriger und mehr dem Einzelnen überlassen ist die — Einteilung des einzigen Brotlaibes auf die ganze Woche, trotz der nicht allzusehr sichtbaren Vergrößerung der Brotform.

Die gleichfalls in Karton ausgegebenen neuen Mehlkarten sind bereits auf 250 Gramm per Woche reduziert. Der Mehlbezug ist, wie ein Vermerk angibt, „nur im Anschlusse an die Wiener Mehlbezugskarte statthaft“. Die Brotbäcker sind von der Ablieferung und Zahlung der massenhaften Brotmarken enthoben.

Neue Fettkarten sind gleichfalls bereits ausgegeben. Sie enthalten spezielle Teilungen nach „rationierter“ und „nicht rationierter“ Fettmenge. Kinder vom vollendeten 1. bis vollendeten 3. Jahre erhalten nach einem Vermerk nur die rationierte Fettmenge. Die rationierte Fettmenge darf nur bei der zugewiesenen Abgabestelle behoben werden.

Bei den neuen Kartoffelkarten wird gleichfalls das Quantum fallweise bestimmt.

Milcheinkaufskarten sind wohl wieder allgemein ausgegeben worden, haben jedoch, wie schon seit mehr als einem halben Jahre, vorläufig wenig Aussicht auf Honorierung, mit Ausnahme der Vorzugskarten.

Die Approbationierung im Kriege.**Die Mehlvorräte der Stadtbevölkerung.**

Eine wichtige Kundmachung.

Die Statthalterei veröffentlicht eine Kundmachung, in welcher die den Landwirten aufgetragene leihweise Ablieferung von Getreide und Mehl auf die Stadtbevölkerung ausgedehnt wird. Allerdings geschieht dies mit Abänderungen, die auf den ersten Blick die amtliche Maßregel gelinde erscheinen lassen. Es wird nämlich gar nicht die Ablieferung von Mehl, sondern nur der Verzicht auf die Mehllarte verlangt; aber wenn man erwägt, daß die Stadtbewohner ihre etwaigen Mehlvorräte sehr teuer erworben haben, was man von den

Landwirten nicht behaupten kann, daß ferner diese ihr Mehl oder Getreide nur leihweise hergeben und hierfür durch eine Geldprämie und Zuweisung von Zucker doppelt belohnt werden, während der Städter von einer bestimmten Vorratsgrenze an ohne jede Entschädigung auf den Mehlbezug verzichten muß; wenn man dies alles bedenkt, wird man finden, daß den Städtern keineswegs der bessere Teil zugefallen ist.

Die wesentlichen Bestimmungen der Kundmachung sind folgende: Die Statthalterei erinnert daran, daß nach ihrer Verordnung vom 27. April d. J. Personen, in deren Haushalt sich mehr als drei Kilogramm Mehl für jede im Haushalt verköstigte Person befinden, keinen Anspruch auf die Mehllarte haben.

Das Amt für Volksernährung hat nunmehr angeordnet, daß Personen, bei denen diese Voraussetzung zutrifft, die Mehlbezugskarte und die Mehllarten spätestens bis 31. d. bei der zuständigen Brotkommission zurückzulegen und dadurch bis zur neuen Ernte, das ist bis 15. August d. J., auf den Bezug von Mehl zu verzichten haben. Die Abgabe des Mehlvorrates wird hierbei nicht verlangt.

Allen, die rechtzeitig die Mehllarte zurücklegen, wird Straffreiheit versprochen, während Personen, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, Gefahr laufen, durch eine Untersuchung der von ihnen bewohnten Räumlichkeiten überführt und streng bestraft zu werden.

Die Bedeutung der Kundmachung.

Es müssen bis zum 31. d. alle Haushaltungsvorstände (denn nur diesen kann man die Verantwortung zuschieben), die an diesem Tage so viel Mehl besitzen, daß auf jede von ihnen verköstigte Person (die Dienstboten und etwaige regelmäßige Kostgänger eingerechnet) im Durchschnitt mehr als drei Kilogramm entfallen, bei der Brotkommission alle Mehllarten der von ihnen verköstigten Personen zurücklegen. Der Schluß der Statthaltereikundmachung droht sogar an, daß die Behörden durch Hausdurchsuchungen sich davon überzeugen werden, ob diese Vorschrift gewissenhaft erfüllt worden sei. Diese Drohung wird zunächst zur Folge haben, daß massenhaft Denunziationen einlaufen werden, von denen ein sehr großer Teil unbegründet sein und den Behörden vergebliche Mühe bereiten wird. Weiter wird zweifellos in den Haushaltungen, die die Kundmachung betrifft, sehr eifrig gebaden werden, um bis zum 31. d. die Grenze zu erreichen, bei der man nicht mehr auf die Mehllarte verzichten muß. Es wird also geradezu eine Verschwendung von Mehl eintreten, und diese Folge hat die Statthalterei gewiß nicht beabsichtigt, aber doch herbeigeführt. Eine Familie, die über fünf Kilogramm Mehl auf den Kopf verfügt, wird sich bald ausgerechnet haben, daß es für sie vorteilhafter sei, zwei Wochen hindurch in Mehlspeisen zu schwelgen und dadurch die Grenze von drei Kilogramm zu erreichen, als mit dem Mehl zu sparen und auf die Mehllarte zu verzichten. Darum dürfte der beabsichtigte Erfolg dieser Kundmachung ein sehr geringer sein.

Grundsätzlich läßt sich gegen die Absichten der Statthalterei nichts einwenden, denn bei unsrer knappen Versorgung mit Brotfrüchten ist es ein Unrecht, wenn Leute, die über ausgiebige Vorräte verfügen, noch einen Anteil am Vorrat der Gesamtheit verlangen. Aber die Art, wie die Statthalterei ihre Absichten durchsetzen will, ist nicht zweckmäßig, und ebenso ist die Beavindung unglücklich gewählt.

Die Statthalterei verweist nämlich darauf, daß die Landwirte einen Teil des ihnen belassenen Getreides und Mehles abliefern mußten und dieser Pflicht opferwillig nachgekommen sind. Das mag hinsichtlich der deutschen Landwirte zutreffen, hinsichtlich der tschechischen aber hat man von sehr glaubwürdigen Persönlichkeiten ganz andre Urteile gehört.

Verzichtleistung von Mehlbesitzern auf den Mehlbezug bis zur neuen Ernte.

Amnestierung für bisher verheimlichte Mehlvorräte.

Wien, 14. Mai.

Ämtlich wird gemeldet: Die unabweisliche Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten an Getreide und Mehl bis zum Einlangen hinreichender auswärtiger Zuschübe das Auslangen zu finden, hat die Regierung bekanntlich zu der Anordnung veranlaßt, daß die Landwirte einen Teil des ihnen für den Eigenverbrauch belassenen Getreides und Mehles zur einstweiligen Sicherstellung der Brotversorgung der Gesamtbevölkerung abzuliefern haben. Die Landwirte sind dem an sie gerichteten Appell opferwillig nachgekommen.

In gleicher Weise trifft aber auch jene städtischen Verbraucher, die über größere Vorräte an Mehl verfügen, die Verpflichtung, zur Sicherstellung der Allgemeinversorgung dadurch beizutragen, daß sie auf den Mehlbezug verzichten und damit die öffentliche Versorgung zugunsten der darbedenden Mitbürger entlasten.

Gemäß § 3 der Statthaltereiverordnung vom 27. April 1918 haben Personen, in deren Haushalte (Wirtschaft) sich mehr als drei Kilogramm Mehl für jede im Haushalte (Wirtschaft) verköstigte Person befinden, keinen Anspruch auf die Mehlkarte.

Das k. k. Amt für Volksernährung hat nunmehr angeordnet, daß Personen, bei denen diese Voraussetzung zutrifft, die Mehlbezugskarte und die Mehlkarten spätestens bis 31. Mai 1918 bei der zuständigen Brotkommission zurückzulegen und dadurch bis zur neuen Ernte, das ist bis 15. August 1918, auf den Bezug von Mehl zu verzichten haben.

Die Angabe des Mehlvorrates wird hierbei nicht verlangt.

Allen, die rechtzeitig auf den Mehlbezug verzichten, wird die Gewähr dafür geboten, daß sie von Strafverfolgungen wegen bisheriger Verheimlichung ihrer Mehlvorräte unbedingt verschont bleiben. Dagegen müssen Personen, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, einer Untersuchung der von ihnen benützten Räumlichkeiten und im Falle einer Konstatierung des Vorhandenseins von Mehlvorräten, welche ihrer Menge nach unter die Bestimmungen der erwähnten Verordnung fallen, auch einer strengen Bestrafung gewärtig bleiben.

Das Brot.

Die Absicht der Kriegsgetreibeverkehrsanstalt, von Montag an für die Brotbereitung Maismehl und Edelmehl in gleichen Mengen auszugeben, wurde durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall auf wenige Tage vereitelt. In der Bontwillermühle, die die Vermahlung der für Wien bestimmten Brotskräute zu einem großen Teile besorgt, ist Montag ein Gebrechen eingetreten, welches die Verfügungen hinsichtlich der Vermahlung und somit auch die hinsichtlich der Verteilung des Mehles über den Hausen warf. Um eine Unterbrechung in der Broterzeugung zu vermeiden, war man gezwungen, den Fabriken und Bäckereien zu geben, was gerade im Augenblick vorhanden war, und hierbei kam mancher Erzeuger übermäßig gut, mancher wieder sehr schlecht weg. Infolgedessen ist in den letzten Tagen das Brot von sehr ungleichmäßiger Beschaffenheit gewesen, aber die Menge des verwendeten Maismehles ist von Tag zu Tag kleiner geworden und betrug gestern nur noch 55 vom Hundert. Allerdings bestehen die ausgegebenen Edelmehle zu einem großen Teile aus Gerstenmehl und selbst aus Safermehl, und diese beiden eignen sich, wenn sie auch zweifellos dem Maismehl vorzuziehen sind, nicht gut für die Broterzeugung. Uebrigens hatten die Bäckereiarbeiter auf einmal zwei technische Schwierigkeiten zu überwinden, da sie nicht nur eine neue Mischung verarbeiten, sondern gleichzeitig auf Grund behördlicher Vorschrift die Laibe größer backen mußten. Es wird einige Tage dauern, bis die Arbeiter sich für die neue Größe der Laibe und die geänderte Mehlmischung eingearbeitet haben, und so entspricht bisher das Brot den Erwartungen der Verbraucher nicht. Indessen kann die Uebergangszeit nur wenige Tage dauern und auch das Gebrechen der Bontwillermühle wird zu Beginn nächster Woche behoben sein. Hoffentlich werden wir dann besseres und schöneres Brot bekommen. m. h.

Herabsetzung der Brotration um 20 Prozent.

N. Berlin, 16. Mai. (Priv.-Tel.) Schon vor einigen Wochen hat sich der parlamentarische Ernährungsbeirat mit der Frage der Herabsetzung der Brotration befaßt. Die Entscheidung wurde damals vertagt, weil sich die Verhältnisse noch nicht übersehen ließen und weil man hoffte, daß aus der Ukraine größere Mengen an Brotgetreide zu uns gelangen würden. Es sollten mindestens 100 000 Tonnen bei uns bis jetzt eingetroffen sein, aber wegen der Nachlosigkeit der Rada und der Schwierigkeiten, die sich in der Ukraine herausgebildet hatten, ist nur ein ganz geringer Teil der Zufuhr an uns gelangt, so daß wir auf unsere eigenen Bestände angewiesen bleiben. Daraus ergibt sich, daß unsere Brotration um 20 Prozent gekürzt werden wird. Vom 16. Juni ab wird bis zum Beginn des neuen Erntejahres, also für etwa 6 Wochen, die Mehlaquote, die für jeden Deutschen zur Zeit 200 Gramm für den Tag beträgt, auf 160 Gramm herabgesetzt werden. Da uns noch größere Mengen an Strohmitteln zur Verfügung stehen, wird sich im allgemeinen die täglich gewährte Brotration auf 180 Gramm belaufen. Zum Ausgleich werden Zucker und Nährmittel geliefert werden. 500 000 Doppelzentner Zucker sind zu diesem Zweck in der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli zur Verfügung gestellt, und es werden in dieser Zeit 25 Gramm Zucker für den Tag und den Kopf gewährt werden. Für die kinderreichen Familien wird das zweifellos ein sehr willkommener Ausgleich sein. Dazu tritt dann die Belieferung mit Nährmitteln, die um die Hälfte in der Zeit vom 15. Juni bis zum 10. August erhöht werden soll. Für die im Monat wegfallenden 1200 Gramm Mehl werden also als Ausgleich gewährt 750 Gramm Zucker und 450 Gramm Nährmittel, die zu der gewöhnlichen Rate hinzutreten. Außerdem wird beabsichtigt, größere Mengen an Dürrgemüse auf den Markt zu bringen und die Kommunen und Landesteile, die die Fleischration herabgesetzt haben, werden angehalten werden, die volle Fleischration wieder zu gewähren. Es ist aber wegen des starken Eingriffs in unseren Viehbestand nicht möglich, die Fleischration wie im vorigen Jahre zu erhöhen. Der Schweinebestand hat zur Erhaltung der Brotgetreide- und Kartoffelvorräte stark geschwächt werden müssen, so daß wir am 1. März 1918 nur noch 5,7 Millionen Schweine hatten gegen 13 Millionen im März 1917. Auch der Rindviehbestand ist geringer geworden und vor allen Dingen in der Qualität sehr viel schlechter. Während das Durchschnittsflachtgewicht im vorigen Frühjahr 210 Kilogramm beim Rindvieh betrug, ist es jetzt auf 130 Kilogramm gesunken. Wir brauchen also im vierten Jahr zur Aufbringung des Fleischbedarfs 1 600 000 Stück Rindvieh gegen 900 000 Rinder im vorigen Jahre. Ein weiterer Eingriff in unseren Rindviehbestand würde eine Bedrohung der Milch- und Fettversorgung bedeuten. Erheblich besser als im vorigen Jahr gestaltet sich die Lage dadurch, daß die Kartoffelversorgung weiterhin günstig ist und die Siebensund-Nation überall beibehalten werden kann. Das jetzige Frühjahr hat uns erhebliche Mengen an Frühgemüse geschafft, und bei der guten Witterung ist auch bald auf Frühkartoffeln und Frühbohnen zu rechnen. Auch die Hoffnung ist begründet, daß der Frühdrusch namentlich im Westen sehr zeitig beginnen und die Zufuhren aus Rumänien und aus der Ukraine sich ebenfalls bald vermehren werden. Können wir mit einem zeitigen Frühdrusch rechnen und wachsen die Zufuhren aus der Ukraine, dann ist mit einer baldigen Beseitigung der Kürzung der Brotration zu rechnen.

Ueber die

Zufuhren aus Rumänien und der Ukraine

läßt sich folgendes sagen:

In der Zeit vom 1. Januar 1916 bis 4. August 1917 sind insgesamt 905 265 Tonnen an Brotgetreide aus Rumänien ausgeführt worden. Davon hat Deutschland 358 860 Tonnen, Oesterreich-Ungarn 482 808 Tonnen erhalten. Geringere Mengen sind an die Türkei und Bulgarien geliefert worden, ein anderer Teil diente zur Verpflegung des Heeres in Rumänien und Nazibontien. Im Erntejahr 1917/18 betrug die Gesamtausfuhr aus Rumänien an Brotgetreide 772 034 Tonnen. Davon haben Deutschland 312 484 und Oesterreich-Ungarn 367 880 Tonnen erhalten. Das trockene Frühjahr hat die Ernte in Rumänien im vorigen Jahre stark beeinträchtigt, aber da damit zu rechnen ist, daß noch etwa 125 000 bis 150 000 Tonnen Getreide aus Rumänien ausgeführt werden können, so wird sich die Gesamtsumme auch im Jahre 1917/18 auf rund 900 000 Tonnen belaufen. Die noch zu erwartenden Mengen sind hauptsächlich Weizen, der nach Deutschland gehen soll. Im ersten Jahre sind 6 Millionen Stück Eier aus Rumänien zu uns gekommen, im zweiten Besetzungsjahr 5,3 Millionen Stück.

Die großen Hoffnungen, die auf die Ukraine gesetzt worden sind, haben sich nicht erfüllt, und deshalb können wir bei der Zumeisung der Brotration auf die ukrainischen Zufuhren nicht rechnen. Bis zum 31. Juli sollte die Ukraine vertragsmäßig 60 Millionen Rubel Getreide, also etwa 1 Million Tonnen liefern, aber auch das neugegründete Staatsbureau, an dem der Handel beteiligt ist, hat diese Verpflichtung nicht erfüllt. Die politischen Vorgänge haben diese Hoffnungen zerstört. Die Preise, die an die Ukraine zu zahlen sind, sind den dortigen Höchstpreisen angepaßt, die viermal so hoch sind wie die Preise im Frieden. Für die Tonne Weizen sind danach etwa 840 Mark, für Roggen, Hafer, Gerste und Mais 650 Mark zu zahlen. Diese gewaltigen Preise erklären sich aus der völligen Entwertung des Geldes in der Ukraine infolge der großen Papiergeldwirtschaft — es sollen in Rußland rund 40 Milliarden Rubel in Papiergeld ausgegeben worden sein — und weil das Geld bei den Bauern festliegt, die Waren nicht kaufen können. Das Getreidebureau sollte im April 6 Millionen Rubel an uns abführen. Diese Verpflichtung ist nicht eingehalten worden. Nach neuesten Berichten, die unter dem 12. Mai aus Kiew eingelaufen sind, sind für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 30 229 Tonnen an Körnerfrüchten verladen worden gegen 100 000 Tonnen, die vertragsmäßig geliefert werden sollten. Ueber die Grenze sind davon 22 369 Tonnen gegangen, nach Deutschland 5846 Tonnen, nach Oesterreich-Ungarn 16 850 Tonnen. Oesterreich sollte vertragsmäßig während der ersten Monate bedorugt werden. Angekommen sind von diesen Mengen bis jetzt in Deutschland 1852 Tonnen. Das hängt mit der noch recht schwierigen Eisenbahnverbindung zusammen. Für Deutschland stehen an der trockenen Grenze drei Uebergänge zur Verfügung, für Oesterreich-Ungarn vier. Es sind aber jetzt genügend Umladestationen eingerichtet worden, so daß die Zufuhren in rascheren Gang kommen werden. Die Transportverhältnisse über das Schwarze Meer liegen günstiger. Die Donau kann etwa 10 000 Tonnen täglich befördern. Es ist auch genügend Schiffsraum vorhanden, um in den Schwarzemereithäfen die vorhandenen Getreidemengen zu verladen. Aber es dauert immerhin acht Wochen, ehe das Getreide über das Schwarze Meer und die Donau nach Deutschland gelangt. Bei einer Umladung in Braia auf die Eisenbahn dauert der Transport etwa einen Monat. Aus der Ukraine sind uns neben den Getreidelieferungen 160 000 Stück Rinder bis 31. Juli zugesagt und 240 Millionen Stück Eier; 160 Millionen Stück Eier werden nach Oesterreich-Ungarn gehen. Die Frühjahrbestellung in der Ukraine ist schlecht, weil die Bestockverhältnisse zu ungünstig waren. Dagegen steht das Wintergetreide erheblich besser. In der Ukraine sind für uns weiterhin 50 000 Tonnen Zucker angekauft, die später als Einmachzucker zur Verfügung gestellt werden können.

Einer amtlichen Mitteilung des Kriegsernährungsamtes entnehmen wir noch, daß die bisherigen (Brot-) Zulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter bestehen bleiben. Auch die vom Selbstverfolger zu verbrauchende Getreidemenge, die bereits mit Wirkung vom 1. April herabgesetzt ist, erfährt keine Aenderung. Das Kriegsernährungsamt erklärt schließlich: „Für den Ausfall an Mehl, Fleisch zu geben, ist diesmal ausgeschlossen.“

16/17 1918

16

166

Das rumänische Brot.

Von unj. Sonderberichterstatter.

Bukarest, im Mai.

Als Rumänien an Oesterreich-Ungarn und damit den Mittelmächten den Krieg erklärt hatte, war es klar, daß dem Vierbund, sobald es gelang, diesen neuen Feind zu besiegen, hieraus nicht bloß militärische, sondern auch belangreiche wirtschaftliche Vorteile erwachsen mußten. Zwar sollten sich die Angaben des Internationalen Bureaus in Rom, nach denen Rumänien einen Ertrag von mehreren Millionen Tonnen an Brotfrüchten aufzuweisen hätte, nicht bewahrheiten, dennoch erübrigten ganz ansehnliche Vorräte im Lande. Abzugelassen waren noch jene Mengen an Getreide und Mais, die durch die Ausbietung des rumänischen Heeres verbraucht, vielfach auch verwirft, später absichtlich vernichtet oder nach der Moldau verschleppt worden waren.

Bukarest wurde am 6. Dezember 1916 besetzt; wenige Tage hernach begann die „Militär-Verwaltung in Rumänien“ ihre Tätigkeit. Vorerst galt es, die verwertbaren Bestände im Lande sicherzustellen. Als im März 1917 die Früchte nachließen, nahm man eiligst die Arbeiten im Freien auf; die Transporte begannen zu rollen. Zur besetzten Gebiet wurden über 1¼ Millionen Tonnen Brotfrüchte, die verbliebenen Ertragnisse der Ernten 1914, 1915 und 1916 festgesetzt. Sie mußten nun aufgebracht, verteilt, verladen und ausgeführt werden. Auch kam hierzu der Bedarf der im Lande stehenden Armeen sowie der Bevölkerung. Unermüdlicher Arbeit aller beteiligten Stellen gelang es, diese Leistung von Anfang März bis Juli 1917 zu bewältigen.

Unmittelbar darauf begannen die Arbeiten, um die mit den ersten Julitagen beginnende Ernte 1917 zu verwerten. Bis Oktober 1917 war auch die neue Getreideernte abgeschoben. Nur der Mais, der vorher noch gerebelt werden muß, konnte erst im Frühjahr 1918 versandbereit gemacht werden. Er ist im Vorrollen.

Die Verteilung der Brotfrucht erfolgt an die einzelnen Verbündeten nach einem Schlüssel, doch werden unabwiesliche Bedürfnisse berücksichtigt (Große Ernährungs-Konferenz in Berlin Anfang 1918). So betrug die Ausfuhr vom 1. Dezember 1916 bis 31. Dezember 1917 rund 1 560 000 Tonnen. Hieron erhielt Oesterreich (Ungarn erhielt nichts) 775 000, Deutschland 670 000 Tonnen. Der Rest ging nach der Türkei; Bulgarien beanspruchte wenig. Für die Allgemeinheit ist zu bemerken, daß die Transporte nach Deutschland, auf wenige Eisenbahnlinien angewiesen, in ihrer Geschlossenheit stärkeren Eindruck hinterlassen mögen als die für Oesterreich bestimmten Transporte, die, nach ihrem Eintreffen an der Grenze den einzelnen Bedarfsgebieten zugeleitet, dadurch zerstückelt und unansehnlicher werden. Bisher sind insgesamt etwa 1 800 000 Tonnen Brotfrüchte, hiervon vier Fünftel Getreide und Mais, abgeschoben worden, wozu annähernd 100 000 Eisenbahnwagen- und 3000 Schiffsfrachten erforderlich waren.

Um eine ausgiebige Ausnützung der rumänischen Ernten zu erzielen, war es unerlässlich, im Land eine straffe Rationierung einzuführen. Mit dieser Maßnahme wurde gleich im Januar 1917 begonnen. Die Rationierung erfolgte sowohl zahlenmäßig wie im Mischungsverhältnis. In der Stadt sind jetzt pro Kopf und Tag der Bevölkerung 300 Gramm Mehl (hiervon 50 v. S. Mais) zugewiesen, auf dem Lande 500 Gramm, jedoch fast nur Weizen, da die 25 Gramm Weizenmehl pro Kopf und Tag fast nicht in die Waagschale fallen. Bei diesen 500 Gramm ist aber auch schon das Viehfutter einbegriffen. Bei dieser Bemessung kommt weiter der Umstand in Betracht, daß es in Rumänien für den Massenkonsum so gut wie keine Kartoffel gibt und ebenso wenig Gemüse, wie die in Mitteleuropa so hochgeschätzten Kohlarthen. Kartoffel und Gemüse finden sich in Rumänien eigentlich nur in den Approvisionierungs-Gärtnereien der Städte vor und gelten demnach mehr oder weniger als Luxusgerichte. Der Genus von Fleisch kommt auf dem flachen Lande fast gar nicht in Betracht. Die ländliche Bevölkerung empfindet, so bescheiden sie

auch im Frieden gelebt hat, die Rationierung der Brotfrüchte stark und ist andauernd bemüht, eine Erhöhung der Kopfmengen durchzubringen. Solange jedoch die Ernährungslage der Mittelmächte nicht einwandfrei gebessert ist, muß an dieser Rationierung festgehalten werden. Zurzeit wird angenommen, daß die Ernährungsvhältnisse der Bevölkerung des Vierbundes und diejenigen der europäischen neutralen Staaten so ziemlich dieselben seien. Eine Ausnahme macht nur Ungarn, dessen Ernährungsverhältnisse die günstigsten sind.

Der Anbau hat große Fortschritte gemacht. In diesem Jahre sind um einige Hunderttausend Hektare mehr bebaut worden, als zur Friedenszeit. Sehr hoch entwickelt ist der Anbau von Oelpflanzen wie Wein, Raps und Sonnenblumen. Im April herrschte eine Zeit Dürre; die Regen der letzten Wochen haben aber die Saaten gut entwickelt. Noch ist es zu früh, ein Urteil über die von so vielen Zufällen abhängige neue Ernte abzugeben; man kann aber sagen: der Saatenstand ist befriedigend.

Kirchlechner.

16/7. 1918

16
167

* Die Kartoffelversorgung. In den letzten Tagen waren in Groß-Berlin Gerüchte verbreitet, daß die Kartoffelwochenmenge von 7 Pfd. herabgesetzt werden solle. Erfreulicherweise sind diese Gerüchte unbegründet. Wie uns von zuständiger Seite versichert wird, ist die Kartoffelversorgung der Bedarfsverbände bis zur Frühkartoffelernte auf der Grundlage von 7 Pfd. wöchentlich durchaus gesichert.

Die Wirkungen der Brotverkürzung für Groß-Berlin.

Die von der Reichsgetreidestelle beschlossene Herabsetzung der Tagesstopfmenge an Mehl von 200 auf 160 Gr., die vom 16. Juni ab bis zur neuen Ernte gelten soll und die wir an anderer Stelle eingehend behandeln, wird nicht in allen Gemeindeverbänden eine einheitliche Verringerung der Gebäckmenge zur Folge haben. Soweit die Gemeinden Ersparnisse an Mehl haben machen können, werden sie diese Rücklagen zum Ausgleich benutzen und mit einer geringeren Verkürzung des Brotanteils, günstigstenfalls auch ganz ohne diese auskommen. Für Groß-Berlin ist dies leider nicht zu erwarten. Dagegen rechnet man hier mit einem weiteren Zuschuß an Streckungsmitteln, so daß sich der Tagesstopfsatz an Backmehl für die Brotherstellung auf etwa 180 Gr. erhöhen würde. Von irgendwie nennenswerten Ersparnissen an Mehl kann im Gebiete der Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin kaum die Rede sein. Doch muß es das Ziel der Brotkartengemeinschaft sein (der Siebenerausschuß wird sich demnächst mit den durch die Mehlverkürzung bedingten Maßnahmen beschäftigen), unter Verwendung erhöhter Streckungsmittel das wöchentliche Brotgewicht auf mindestens 1700 Gr. feitzustellen.

Zum Vergleich sei daran erinnert, daß im vorigen Jahre, als die Reichsgetreidestelle schon vom 16. April 1917 ab den Tagesstopfsatz von 200 auf 160 Gr. herabzusetzen gezwungen war, die Wochenbrotmenge in Groß-Berlin von 1900 auf 1600 Gr. ermäßigt werden mußte. Damals wurde ein Ausgleich in der doppelten Fleischmenge und in der verstärkten Ausgabe von Nahrungsmitteln gewährt. In diesem Jahr ist eine Erhöhung des Fleischanteils ganz unmöglich. Es wird daher Ersatz in Form von Zucker und Nahrungsmitteln gewährt. Uns stehen für diesen Zweck 500 000 Doppelzentner Zucker zur Verfügung, so daß vom 15. Juni bis zum 15. Juli 1918 außer dem Einmachezucker auf den Kopf und Tag 25 Gr. Zucker, insgesamt also 750 Gr. Zucker besonders verteilt werden können. An Nahrungsmitteln werden in der Zeit vom 16. Juni bis zum 10. August 1918 50 v. H. mehr als jetzt verteilt werden; in Preußen würde also das Underthalbfache an Nahrungsmitteln ausgegeben werden. In Groß-Berlin würden dies 450 Gr. Nahrungsmittel monatlich bedeuten. Der Ausfall von 30 x 40 Gr. Mehl wird demnach durch 1200 Gr. anderer gleichwertiger Nahrungsmittel ausgeglichen werden. Bei etwaigem weiteren Bedarf, der aber in der Zeit der Frühgemüse und der Frühkartoffeln kaum eintreten wird, stehen noch größere Mengen guten Dörrengemüses zur Verfügung. Die Kartoffelversorgung ist, wie schon mitgeteilt, auf der Grundlage von 7 Pfund wöchentlich bis zur neuen Ernte völlig sichergestellt.

Die Brotanteile der Selbstversorger, auch der in den Groß-Berliner Landkreisen, bleiben unverändert, da sie schon zugunsten einer erhöhten Getreideablieferung vor kurzem herabgesetzt worden sind. Auch die Brotzulagen für Schwerearbeiter bleiben für Groß-Berlin mit wöchentlich 450 Gr. von der Herabsetzung unberührt. Für die neue Brotgetreideernte wird auch in diesem Jahr ein besonderer Frühdruck unter Gewährung von Frühdruckprämien vorbereitet.

Die Verkürzung der Mehlmenge wird, wie schon gestern ausgeführt, eine Verkürzung der Brotrate nach sich haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Wochenbrotmenge in den verschiedenen Gemeindeverbänden verschieden ausfallen, da einige von ihnen früher bereits durch Beschränkung der Brotrate oder durch stärkere Verwendung von Streckungsmitteln beim Brotbacken Wohl erspart haben. Wie in Groß-Berlin das Mehl gestreckt und wie die Wochenbrotmenge festgesetzt werden soll, steht noch nicht fest. Es finden aber bereits Verhandlungen mit zuständigen Behörden statt; vor Ende der kommenden Woche wird der Siebenerausschuß der Brotkartengemeinde Groß-Berlin kaum zu bindenden Beschlüssen kommen, die dann die Billigung der einzelnen Gemeinden erhalten müssen.

Die Reisbrotmarken dürften etwa um ein Fünftel gekürzt werden. Das würde bedeuten, daß der Abschnitt vom 15. Juni ab nur noch einen Wert von 40 Gramm haben wird.

17./V. 1918.

17
A70

Herabsetzung der Brotrate.

Ersatz durch Zucker und Nährmittel.

Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit: Die Entwicklung der Getreidezufuhren aus der Ukraine gestattet es leider nicht, unsere Brotgetreideversorgung in den letzten Monaten des Erntejahres auf diese unsicheren, im voraus nicht genau zu übersehenden Einkünfte zu gründen. Wir sind daher, wenn wir sicher gehen wollen, für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Hauptsache auf die Deckung aus deutschem Inlandsvorrat angewiesen. Die zur Verfügung stehenden knappen Vorräte machen eine Einschränkung des Verbrauchs notwendig. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle in seiner Sitzung am 11. d. M. unter Zustimmung des Direktors mit Wirkung vom 16. Juni d. J. ab folgendes beschlossen: Die tägliche Mehlmenge wird für die Versorgungsberechtigten von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt. Die bisherigen Zulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter bleiben bestehen. Die vom Selbstversorger zu verbrauchende Getreidemenge, die bereits mit Wirkung vom 1. April herabgesetzt ist, erfährt keine weitere Minderung. Die Wiederherstellung der alten Nation wird erfolgen, sobald genügend Zufuhren aus der Ukraine in den Händen der Reichsgetreidestelle sind, spätestens aber, wenn der Frühdruck aus der heimischen Ernte 1918 die Bestände der Reichsgetreidestelle aufgefüllt hat. Für den Ausfall an Mehl, wie im vergangenen Jahre Ersatz in Fleisch zu geben, ist diesmal ausgeschlossen. Nach der starken Verringerung unserer Schweinebestände bewirkt die fehlende Fleischration bereits einen berat erheblichen Eingriff in unsere Rindviehstapel, daß eine weitere Spannungsnahme die Milch- und Fettversorgung auf das schwerste gefährden würde. Ein Ersatz wird jedoch durch reichlichere Ausgabe von Zucker gewährt werden; ebenso wird die Verteilung von Nährmitteln in den Wochen der Brotbäckung eine Verstärkung erfahren.

Die vorstehenden amtlichen Auslassungen befähigen, was man schon seit langem vorausgesehen hat. Bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres läßt sich die bisherige Brotrate nicht aufrecht erhalten. Nur wenn die Zufuhren aus der Ukraine den Erwartungen entsprochen hätten, die man an den „Brotfrieden“ knüpfte, wäre das möglich gewesen. Aber vorläufig hat die Ukraine unsere Hoffnungen enttäuscht, wie das Unterstaatssekretär v. Braun, dessen Ausführungen wir im Handelsteil ausführlich wiedergeben, im Kriegsernährungsamt ausführte. Da wir mit den vorhandenen Vorräten an Brotkorn bis zur Einbringung der neuen Ernte aushalten müssen, so blieb der Reichsgetreidestelle nichts anderes übrig, als eine Kürzung der täglichen Mehlmenge um 20 v. H., also von 200 Gramm auf 160 Gramm, vorzunehmen. Den einzelnen Gemeinden bleibt es überlassen, die Mehlmenge zu strecken. In Groß-Berlin rechnet man mit einem Tagesbedarf von 180 Gramm für die Brotherstellung. Damit ließe sich rein rechnerisch eine Wochenmenge von 1755 Gramm erzielen. Als Ersatz für die verkürzte Brotrate werden Zucker und Nährmittel herangezogen. Es sollen auf Tag und Kopf vom 15. Juni bis 15. Juli 25 Gramm Zucker besonders verteilt werden. Das Deutsche Reich hat für diesen Zweck 500 000 Doppelzentner zur Verfügung, außerdem können wir darauf rechnen, aus der Ukraine, dem Zuckerlande Russlands, schließlich noch 50 000 Tonnen Zucker zu erhalten. Es lagern dort große Mengen fertigen Zuckers, wie Unterstaatssekretär Dr. Müller, der die Ausführungen des Unterstaatssekretärs von Braun ergänzte, versicherte. Durch diese Zuckerzulage wird übrigens die Abgabe von Einmachezucker nicht berührt.

Nährmittel sollen in der Zeit vom 15. Juni bis 10. August in Preußen in der anderthalbfachen Menge ausgegeben werden; wahrscheinlich wird man in Berlin als Sonderzugabe 750 Gramm Zucker und 450 Gramm Nährmittel im Monat erhalten. Demnach würde man trotz der herabgesetzten Brotrate an Nährwertkalorien das gleiche erhalten. Auch Vörrgemüse und vielleicht auch getrocknete Kohlrüben werden zum Ersatz herangezogen werden. Vor allem wird man sich, wie Unterstaatssekretär Dr. Müller hervorhob, mit allem Nachdruck bemühen, Gemüse und Obst nach den großen Industriezentren zu schaffen.

Ein Ersatz durch Fleisch ist aber ausgeschlossen. Nach der Zählung vom 1. März 1918 betrug unser Bestand an Schweinen 5,7 Millionen, am 1. März 1917 noch 13 Millionen. Diese 5,7 Millionen sind zur Erhaltung der Velterzucht notwendig. An einen organisierten „Schweinemord“, wie er auch infolge des Mangels an Futtermitteln notwendig war, können wir jetzt nicht denken. Besser steht es mit dem Bestand an Rindvieh. Am 1. März 1918 wurden gezählt 19 Millionen Rinder. Aber während früher ihr Durchschnittsgewicht auf 210 Kg. angesetzt wurde, schätzt es die Reichsfleischstelle jetzt nur auf 130 Kg. Im Jahre 1917 gebrauchte man zur Befriedigung des Bedürfnisses an Fleisch 900 000 Rinder in einem Vierteljahr, jetzt 1 600 000 Rinder. Da die Rinder unsere einzigstehende Fettquelle sind, so müssen wir auch hier schonend umgehen.

Es gilt nun, unter Zuhilfenahme von Zucker, Nährmitteln und Vörrgemüse durchzuhalten, bis die neue Ernte hereinkommt. Da wir eine sehr gute Kartoffelernte hatten, so wird wohl bis zum Schluß die Wochenrate von sieben Pfund bleiben. Man darf auch damit rechnen, daß entgegen dem Vorjahr keine Stockung in der Kartoffelbelieferung eintritt, zumal wir schon Ende Juli auf die Lieferung von Frühkartoffeln aus verschiedenen Gegenden hoffen dürfen. Wenn wir in den Vorjahren die Brotrate bis zum Schluß aufrecht erhalten konnten, so geschah es hauptsächlich dadurch, daß wir in den letzten Monaten von Zufuhren und dem Frühdruck lebten. Auch jetzt wird man sich alle Mühe geben, Zufuhren heranzuschaffen, aber, wie gesagt, dürfen wir auf die Ukraine nicht allzu große Hoffnungen setzen. (Säglich ist es ja besser, wenn wir hier angenehm enttäuscht werden.) Vom Frühdruck, für den alles bereits umfassend vorbereitet ist, dürfen wir schon mehr erwarten. Man kann damit rechnen, daß mit Schluß des Monats Juli ein Teil der heimischen Ernte bereits erfaßt ist.

Daß die Raten für die Schwerarbeiter und für die Selbstversorger nicht weiter herabgesetzt sind, wird man nur billigen können; die Sanitärarbeiter, an die gerade während der Erntezeit große Anforderungen gestellt werden, verdienen die gleiche Berücksichtigung wie die Schwerarbeiter der Industrie.

Notwendig aber wird es sein, die neue Ernte restlos zu erfassen. Allem Anschein nach sind die Ernteaussichten günstig, und wenn die Bevölkerung die Ueberzeugung hat, daß die leitenden Stellen mit Nachdruck darangehen, alles Notwendige durchzuführen, wird ihr auch das Durchhalten leichter werden.

oo.

17. IV. 1918

AA

Verkürzung der Brotration in Deutschland.

Um 350 Gramm per Kopf und Woche.

Berlin, 16. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Morgen kommt der neue Erlaß heraus, wonach mit Gültigkeit vom 16. Juni die Brotration im Deutschen Reiche von 1950 Gramm per Person und Woche auf 1600 Gramm herabgesetzt wird. Für Schwerarbeiter bleibt die Zulage bestehen. Ein Ersatz an Fleisch für das ausfallende Brot kann wegen Fleischmangels nicht gegeben werden, dagegen wird für die Zeit der herabgesetzten Brotration etwas mehr Zucker verteilt werden. Man hofft bestimmt, daß mit dem Eintreffen der neuen Ernte die alte Ration wieder hergestellt wird. Die Zufuhren aus der Ukraine haben den Erwartungen nicht entsprochen.

17. IV. 1918

A 72

* Die Brotpreise bei uns und bei unseren Gegnern. Nach einer Mitteilung des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom sind zurzeit folgende Höchstpreise für 100 Kilogramm Brotgetreide in Kraft: Deutschland 37 Franken, Oesterreich 40, Ungarn 42, Frankreich 60, Großbritannien 40.55, Italien 57.50, Algier 43.50, Tunis 43.50, Marokko 30, Kanada 42.08, Dänemark 26.60, Spanien 36, Holland 59.60, Vereinigte Staaten 41.89, Schweiz 64 Franken.

Unser Brot.

So schlecht wie jetzt ist das Wiener Brot noch niemals gewesen. Es entbehrt fast jeglicher Lockerung und durch die tiefen Schrüden der zerrissenen Rinde erblickt man eine gelbe, mitunter ins grünliche gehende, gleichmäßige Masse. Wenige Tage nach der Erzeugung beginnt das Brot zu schimmeln. An den Rissen der Rinde bilden sich erst weiße, späterhin grüne und schwarze Schimmelschichten, die in kurzer Zeit das ganze Brot durchziehen.

Das Brot ist schlecht, weil das Mehl schlecht ist. Es wird den Bäckereien seit kurzer Zeit zwar wirklich weniger Maismehl zugewiesen, aber während bis vor einigen Wochen das Maismehl mit Weizen- und Roggenmehl vermischt wurde, erhalten die Bäckereien nunmehr Gersten- und Hafermehl in solchem Ausmaß, daß die beiden wirklich backfähigen Sorten, Weizen- und Roggenmehl, auf zusammen 10 Prozent herabgesunken sind. Die Bäckerkunst ist noch nicht erfunden, die mit 10 Prozent Mehl menschenwürdiges Brot herstellen kann, wobei man noch bedenken muß, daß von den 10 Prozent noch ein ansehnlicher Teil Kleie ist. Es ist ein Material, nur vergleichbar mit den Fladen, die in den Pfahlbauten ausgegraben wurden. Der vorgeschichtliche Mensch hat aber mit seinen zerkleinerten Getreidekörnern Vernünftigeres gemacht als wir. Er erzeugte flache, durch und durch gedörrte Kuchen. Auch in entlegenen Seitentälern Südtirols und in Schweden wird heute noch ähnliches Gebäck erzeugt. Unser Bestreben aber, gegorenes Brot aus solchem Mehl herzustellen, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Der Teig verträgt keinerlei Gärung, er ist mit der Schaufel zu bearbeiten wie Lehm. Er hat keinerlei Fähigkeit, Gasblasen zu halten, wodurch bei normalem Brot die Lockerung entsteht. Kaum geformt, müssen die Laibe in den Backöfen, um dort bei ungewöhnlich hoher Hitze rasch eine Rinde zu erhalten, die das völlige Zerfallen des Laibes verhindern muß. Der kompakten Masse im Innern fehlt die Möglichkeit, das nur schlecht an sie gebundene Wasser zu verdampfen. Dörren und nicht Backen wäre eben hier am Platze. Das Brot in den letzten Tagen der Belagerung von Paris im Jahre 1871 war aus viel besserem Mehl bereitet als unser heutiges.

Der Zufall, der so viel in unsere Ernährungsverhältnisse dreinspricht, hat es gefügt, daß der Gipfelpunkt der Ungenießbarkeit unseres Brotes zusammenfällt mit der Einführung einer größeren Brotforte durch das Ernährungsamt. Durch das Gemächt des großen Brotslaibes irreführt, glauben Händler und Konsumenten einen ordentlichen Laib Brot in der Hand zu haben, der wie das gute alte Landbrot tagelang aufbewahrt werden kann, ohne an Saftigkeit zu verlieren oder Schaden zu leiden. Das ist nun nicht der Fall. Dieses Brot schimmelt leicht, schon nach einigen Tagen, insbesondere wenn es in feuchten Räumen oder auch nur in der Brotdose aufbewahrt wird. In beiden Fällen kann die Feuchtigkeit nicht aus dem Brot entweichen. Es ist leider notwendig, dieses elende Brot noch besonders zu pflegen. Der Händler muß peinlich darauf achten, täglich seine ganze Brotlieferung an den Mann zu bringen, darf keinen Vorrat halten. Er darf auch nicht Einzelpersonen, die von der neuen Brotforte nur einen Laib wöchentlich erhalten, diesen Laib auf einmal ausfolgen, sondern in vier Vierteln im Laufe der Woche. Haushalte mit vielen Familienmitgliedern, die täglich mehrere Laibe beziehen, müssen darauf achten, daß kein älterer Laib liegen bleibt und ein frischerer gegessen wird, selbst wenn die Hamsterfahrt zum häuerlichen Vetter Günstiges ergeben hat. Das Brot ist luftig aufzubewahren, auch wenn der Anschnitt austrocknet. In eine Brotdose oder gar in ein feuchtes Tuch darf dieses Brot nicht gelegt werden, wenn es nicht verschimmeln soll. Zu den Pfingstfeiertagen wird in vielen Fabriken und Konsumanstalten das Brot für Montag schon Samstag vormittag ausgegeben werden. Dieses Brot muß rechtzeitig gegessen werden, bevor es der Schimmel holt. Wer besonders vorsichtig sein will, der schiebe sein Brot, vorsichtig in Papier eingeschlagen, in eine heiße Bratröhre, nehme es nach 15 Minuten heraus, umwicke die erste Papierlage mit einer zweiten und öffne beide Papierstücken erst unmittelbar vor dem Verbrauch. Solches Brot wird zwar hart sein, aber nicht schimmeln.

Einheitsbrot, das nicht die volle Gewichtsmenge hat. Im Geschäft des Herrn Johann Neuhauer auf der Landstraße, Rudolfsstraße Nr. 20, wird Einheitsbrot aus der Kronenbäckerei verkauft. Da einer Kundschaft das Brot zu klein vorkam, ergab sich beim Nachwägen durch den genannten Kaufmann, daß der Laib, der vorschriftsmäßig 1260 Gramm wiegen soll, nur eine Gewichtsmenge von 1170 Gramm hatte. Da es, wie der Einsender mit Recht hervorhebt, nach den vielen Erfahrungen schwer ist, eine Anzeige am richtigen Ort anzubringen, erwartet er auf diesem Wege Abhilfe. Bei neunzig Gramm fehlendem Brotgewicht bei einem Laib steht die Sache wohl auch dafür, daß hier eine scharfe behördliche Kontrolle geübt wird.

18.
18/E. 1918 775

Die Herabsetzung der Brotration.

N. Berlin, 17. Mai. (Priv.-Tel.) Die Herabsetzung der Brotration wird von dem deutschen Volke ruhig hingenommen werden und muß ruhig ertragen werden. Erfreulicherweise haben wir auch ein so gutes Frühjahr, daß die Haushaltungen an Frühgemüse einen erheblichen Zuschuß haben. Aber man muß hoch, nicht um eine nachträgliche Kritik zu üben, sondern um entsprechende Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen, die Frage aufzuwerfen, ob ein so plötzliches und erhebliches Absinken der Brotration nicht hätte vermieden werden können, wenn in unserer Ernährungspolitik vor a u s s e h a u e n d e r Verfahren worden wäre, als es in dem nun fast ganz hinter uns liegenden Wirtschaftsjahr wirklich der Fall war. An Warnern hat es nicht gefehlt, und die Fortschrittliche Volkspartei hat zu denen gehört, die unmittelbar nach dem Ernteergebnis mit entsprechenden Ratschlägen an das Kriegsernährungsamt herangetreten sind. Als die ersten genauen Angaben über die Brotgetreideernte vorlagen, stand von vornherein fest, daß der erhebliche Fehlbetrag nicht würde wettgemacht werden können. Rund 2 Millionen Tonnen fehlten uns nach der Ernteschätzung im Herbst auf Grund des Systems der Wirtschaftskarte. Es war ein falscher Optimismus zu glauben, dieser Fehlbetrag würde sich ganz ausgleichen lassen. Schon die Junischätzung war eine sehr deutliche Warnung, und ihre erste Sprache wurde durch die Herbstangaben noch verstärkt. Leider hat man an den maßgebenden Stellen diese Warnungen eine lange Zeit überhört und mit Zufälligkeiten gerechnet, anstatt sofort entsprechende Entschlüsse zu fassen. Es gab zwei Wege. Eine sofortige geringe Herabsetzung der Brotration, vielleicht um 10 Gramm für den Tag; dadurch wären durch das ganze Wirtschaftsjahr hindurch so erhebliche Mengen erspart worden, daß wir nicht am Ende in solche Schwierigkeiten geraten wären. Die andere Maßnahme war eine Erhöhung der Fleischration, also eine starke Abschichtung des Viehbestandes, der mit an den Vorräten zehrte, die der menschlichen Ernährung unbedingt vorbehalten bleiben mußten. Zu beiden Maßnahmen hat man sich nicht rechtzeitig entschließen können.

Die Schuld dafür trifft nicht das Kriegsernährungsamt, sie liegt einzig und allein bei dem Reichskanzler Dr. Michaelis, der in einer unglücklichen Stunde an die Spitze des Deutschen Reiches gekommen ist. Auf allen Gebieten, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und dem der inneren Politik, hat sich sein (erfreulicherweise so kurzes) Regime als verhängnisvoll herausgestellt, und auf ihm lastet auch die Verantwortung, wenn wir jetzt in Ernährungsschwierigkeiten geraten sind. In Herrn v. Batocki hatten wir einen Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, der seinen Aufgaben durchaus gewachsen war und die Verhältnisse überschaute. Er war kein Konsumpolitiker, sondern ein ernster Mann, der aus unumgänglichen Tatsachen ohne Rücksicht auf die Anfeindungen, die ihm dafür von rechts her wurden, die notwendigen Konsequenzen zog. Herr v. Batocki war sich auf Grund der ersten Angaben über die vorjährige mangelhafte Ernte sofort klar, daß die damals noch sehr erheblichen Schweinebestände stark vermindert werden mußten. Er wollte das Schweinefleisch auch nicht verabschieden, sondern zu einer rationalen Ausgleichswirtschaft für die unerbittliche Verminderung der Brotration bemühen. Aber Herr Dr. Michaelis hatte es anders beschlossen. Den Einflüsterungen seiner unmittelbaren Umgebung Gehör schenkend, schickte er Herrn v. Batocki bald, nachdem ihn ein Ruf an die Spitze des Deutschen Reiches geführt hatte, in die Wüste. Niemand hat begriffen, warum er es tat. Persönliche Feindschaft gewisser Mitglieder des Reichstages Dr. Michaelis soll für die Entlassung des Herrn v. Batocki ausschlaggebend gewesen sein. Man redete dem in politischen Dingen unerfahrenen Verwaltungsbeamten ein, Herr v. Batocki müsse den Platz räumen, damit die Konservativen aufgeholet würden. Zu die em Zwecke wurde auch Herr von Waldow an die Spitze des Kriegsernährungsamtes berufen, ein Mann, der wegen seiner agrarisch-konservativen Gesinnung damals auf der Rechten sehr beliebt war. Die Macht der Tatsachen hat auch er nicht aufhalten können. Er hat sich beugen müssen, und heute ist das Verhältnis des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes zu den Konservativen bereits wieder ganz genau so, wie es unter Herrn v. Batocki war. Man braucht sich nur der sehr heftigen Kritik zu erinnern, die am 2. April der konservative Abgeordnete Hoesch an dem Chefem des Herrn v. Waldow hielt. Dem neuen Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes kann man keinen Vorwurf daraus machen, daß er nicht sofort nach seinem Amtsantritt die Lage völlig übernahm. Er mußte sich erst in das neue Amt einarbeiten und mit einem "Schwarzenord" wollte er nach dem Bilde, den die Konservativen bei einer früheren ähnlichen Maßnahme voran gesetzt hatten, seine Tätigkeit nicht beginnen. So ist ein Wandel zu besorgen, das nicht wieder einzubringen war, einzig und allein, weil ein Reichskanzler, der den Vorräten zuwenden nicht gewöhnt war, im entscheidenden Augenblicke als es galt, die Ration aus dem höchsten Erntergebnis zu ziehen, den unbedeutlichen Wechsel in der Leitung des Kriegsernährungsamtes vollzog.

Herr v. Waldow hat sich verhältnismäßig rasch eingearbeitet. Er hat sich bald überzeugen müssen, daß, wenn wir mit unseren Brotgetreideeinkäufen durchkommen wollten, die Schweinebestände erheblich vermindert werden müßten. Es kam dann ein wirtschaftlicher Schwermood, die langsame, rationale Abschichtung war nicht mehr möglich, die Schweinebestände mußten rasch stark vermindert werden. Dabei sind viel zu viele Fehler vorgekommen. Ein Teil der Bevölkerung hat damals, um ein konkretes Wort zu gebrauchen, wirklich im Schweinefleisch gehopft, während weite Schichten des deutschen Volkes, denen der Krieg nicht das Vorleimonnaie gefüllt hat, von diesem Fleisch auch in der Zeit der schreien Abschichtung wenig zu sehen bekommen haben. Es ist ein wahres Schicksal, daß Herr v. Waldow, nachdem er sich in die Dinge eingearbeitet hatte, sehr energisch durchgriff. Und wenn man die noch vorhandenen Getreidevorräte in Rechnung stellt, dann ist es unbegreiflich, wie in der ersten Aprilhälfte der Abgeordnete Hoesch sagen konnte: "Man kann nicht mit der schweren Last der letzten Monate Brotgetreides willen die Abschichtung der jungen Schweine in den ersten Monaten dieses Jahres in wirklich gefährbringender Weise durchgeführt wurde." Nun, wäre unser Schweinebestand nicht auf 57 Mill Stück reduziert worden, wir hätten schon vor einem Monat zur Herabsetzung der Brotration schreiben müssen und würden jetzt wahrscheinlich vor einer Katastrophe. Hätte man den Vorschlägen, die im September vorigen Jahres von der Fortschrittlichen Volkspartei dem Kriegsernährungsamt auf Grund der Ernteergebnisse gemacht wurden, Folge geleistet, alles hätte sich glatter vollzogen, und Sprunghafte und unglückliche Maßnahmen wären nicht notwendig gewesen. Aber wir wiederholen: Die Schuld dafür trifft nicht die Leitung des Kriegsernährungsamtes, weder Herrn v. Batocki, noch Herrn v. Waldow, sondern einzig und allein den damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis, der den Wechsel an der Spitze des Kriegsernährungsamtes vornahm, um sich bei seinem Amtsantritt die Konservativen zu Freunden zu machen, und um eine innere Politik führen zu können, die sich nicht auf die Reichstagsmehrheit stützte, sondern getragen sein sollte von den Konservativen Preußens.

31. Köln, 17. Mai. Angesichts der Kürzung der Brotration ist es von Interesse zu erfahren, daß die Stadt Köln vor Eintritt der kalten Monate Mehlvorräte für die Zeit großer Not ansammelte und nicht wie andere Städte vor einigen Monaten die Brotmenge hinaufschickte, jedoch die Einwohnerzahl auch weiterhin 4 Pfund Brot erhält. (Es wäre interessant zu erfahren, welche Städte die Brotmenge über die vom Reich zugestandene Höchstmenge hinaufgeschickt haben, noch interessanter allerdings, wieso Köln größere

Ersparungen machen konnte, wenn es bei der normalen Ration verblieben ist. Das letztere war auch in Frankfurt der Fall, und doch haben wir hier — übrigens ganz selbstverständlich — Ersparungen nicht machen können. D. Red.)

Die Verzichtleistung von Mehlbesitzern auf den Bezug der Mehlkarte bis zur neuen Ernte.

Am 15. d. ist eine Verordnung der niederösterreichischen Statthalterei veröffentlicht worden, die analog der den Landwirten auferlegten Getreideabgabe von jenen städtischen Verbrauchern, die über größere Vorräte an Mehl verfügen, zur Erleichterung der Situation der Allgemeinheit verlangt, daß solche Haushalte für die Zeit vom Ende dieses Monats bis zum 15. August auf den Mehlbezug verzichten. Der 15. August ist als der Zeitpunkt gewählt, zu dem Mehl aus der neuen Ernte bereits zur Verfügung stehen wird. Es handelt sich also um einen Zeitraum von elf Wochen, was bei der gegenwärtig in Geltung stehenden Mehlquote von einem Viertelkilogramm in der Woche rund drei Kilogramm für den Kopf beträgt. Deshalb glaubte die Verordnung auch verfügen zu sollen, daß Haushalte, die mehr als drei Kilogramm für den Kopf an Mehl besitzen, für diese Zeit den Mehlbezug einstellen und dies dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie, und zwar spätestens bis 31. Mai, ihre Mehlkarten bei der zuständigen Brotkommission abgeben. Um die Wirkung dieser Verordnung zu erhöhen, wurde zugleich verfügt, daß der Mehlbesitzer bei Abgabe der Karte nicht nach der Höhe seiner Vorräte gefragt wird und daß ihm auch Straffreiheit für in der Vergangenheit begangene Verstöße gegen die Mehlverbrauchsvorschriften, namentlich, was den unrechtmäßigen Besitz von Mehlmengen betrifft, zugesichert wurde.

In einer Reihe von Zuschriften aus dem Publikum und in mündlich vorgebrachten Beschwerden wird bei uns Klage darüber geführt, daß viele Brotkommissionen unter Berufung darauf, daß ihnen eine auf die zitierte Statthaltereiverordnung bezügliche Weisung noch nicht zugekommen sei, die Entgegennahme von Mehlkarten seitens solcher Haushalte verweigern, welche dieser Verordnung entsprechend binnen 2½ Monaten auf den Mehlbezug verzichten wollen. In mindestens ebensovielen Beschwerden heißt es aber, daß die Brotkommission Fragen nach der Höhe der Vorräte stellt und von deren Beantwortung die Uebernahme der Mehlkarten abhängig macht. Andere Beschwerden wieder haben den Inhalt, daß Brotkommissionen in diesem Falle verlangen, daß der Haushaltsvorstand persönlich die Karten zurück-

erstatte. In allen drei Punkten widerspricht die Haltung der Brotkommissionen dem klaren Wortlaut der Statthaltereiverordnung, und es wird der der Verordnung zugrunde liegenden Idee gewiß nicht förderlich sein, wenn durch solche Maßnahmen Besitzer größerer Mehlvorräte abgehalten werden, ihre Karten zurückzugeben und damit auf den Mehlbezug zu verzichten.

Das gleiche Recht auf Brot.

Von Reichsratsabgeordneten Josef Goll.

Wir dürfen uns nicht der Täuschung hingeben, daß das bisherige System der Sicherstellung, Aufbringung und Verteilung der für den Lebensunterhalt unserer Bevölkerung notwendigen landwirtschaftlichen Produkte aufrecht bleiben kann. Es hat in einer Weise versagt, daß, wenn dieses System weiter in Anwendung bleibt, wir auf dem Gebiete der Volksernährung einer Katastrophe zutreiben. Diese Katastrophe wird um so eher in Erscheinung treten, je mehr der Schleichhandel neben der jetzigen Art der Aufbringung von der Regierung geduldet wird. Das jetzige System der Aufbringung von Brotfrüchten dürfte kaum 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Brotfruchtvorräte offiziell sichergestellt, erfasst und zur Verteilung gebracht haben. Die großen Unterschiede zwischen einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben bezüglich der zur offiziellen Abstellung gebrachten Brotfrüchte lassen darauf schließen, daß ein bedeutender Teil dieser Brotfrüchte in Oesterreich der staatlichen Bewirtschaftung entzogen und einem Güterverkehr zugeführt wurde, der unkontrollierbar, offenbar in die Hände gewinnstüchtiger Elemente gelangt, die, wie die hohen Preise für Mehl und Mahlprodukte beweisen, auf unbekanntem Wege dem Konsum zugeführt werden. Die gepflogenen Erhebungen haben diese Vermutung bestätigt, und es läßt sich nachweisen, daß größere Besitzer nebst der offiziellen Ablieferung ihres Getreides an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt Getreide an industrielle Unternehmungen und so weiter verkauft haben. Ein solcher Verkauf ist eben deshalb möglich, weil das jetzige Aufbringungssystem nicht geeignet ist, die Brotfrucht nach Maßgabe der wirtschaftlichen Kraft des einzelnen und den örtlichen Einrichtungen entsprechend zu erfassen. Die mit der Aufbringung betrauten Anstalten treten dem Produzenten als Käufer gegenüber, überlassen aber ganz und gar die Verantwortung für die Aufbringung der Vorräte der Regierung und dem Staate. Der Staat als solcher ist jedoch außerstande, selbst bei Anwendung der drakonischsten Maßnahmen die Vorräte auffindig zu machen, weil dieselben bereits vorweg dorthin abgestossen sind, wo man sie nicht sucht und nicht suchen will. Die danach einsetzenden Requisitionen bestätigen dann nur mehr die Tatsache, daß der betreffende Produzent keine Vorräte mehr an landwirtschaftlichen Produkten besitzt.

Man wird daher zur Erfassung der neuen Ernte ein anderes Aufbringungssystem anwenden müssen, wenn es möglich gemacht werden soll, für das nächste Jahr die minderbemittelten Volksklassen mit den notwendigen Nahrungsmitteln ausreichend zu betreiben. Nach den gemachten Erfahrungen muß für die Aufbringung der bevorstehenden Ernte ein System gewählt werden, welches die Verantwortung für die vollständige Erfassung aller Brotfrüchte nicht allein der Regierung überläßt, sondern jeden einzelnen Produzenten selbst verantwortlich macht, daß die zur Volksernährung vorhandenen Brotfrüchte auch tatsächlich der staatlichen Bewirtschaftung zugeführt werden. Die Verantwortung hierfür kann den Produzenten aber nur dann treffen, wenn von ihm ein für die Volksernährung notwendiges Kontingent an Brotfrucht verlangt wird. Die

Grundlage zur Bestimmung dieses Kontingents kann jedoch nur durch eine richtige Aufnahme der Anbaufläche der betreffenden Fruchtgattung und einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Ernteschätzung erfolgen. Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Aufnahmen und Schätzungen muß jenen Faktoren übertragen werden, welche die Aufbringung und Erfassung der Erntevorräte bei dem einzelnen Produzenten zu besorgen haben. Wenn daher die Gemeinde als kleinster Wirtschaftskörper für ein Kontingentierungssystem angenommen wird, dann wird jeder einzelne Besitzer die Kontrolle über seinen Nachbarn ausüben, weil er bei unrichtigen Angaben desselben selbst zu Schaden kommen kann. Bei der Kontingentierung auf die Gemeinden hätten diese auch die Anbauflächenhebung und Ertragschätzung vorzunehmen. Diese Aufnahmen jedoch müßten von Sachorganen, die eigens hierzu von der Regierung zu bestellen wären, am Orte kontrolliert und mit dem Bestande der Fruchtgattung verglichen werden, wobei missentlich falsche Angaben strengstens zu ahnden wären.

Wenn behauptet wird, daß wir in Oesterreich mit der von der heimischen Landwirtschaft erbauten Fruchtmenge nach Abzug des Saatgutes nicht auskommen, so muß darauf verwiesen werden, daß der Bedarf an Brotfrucht bei einer Tagesration von 300 Gramm per Kopf der Bevölkerung von 29 Millionen nur 31.755.000 Meterzentner beträgt. Die Gesamtanbaufläche für Brotgetreide, das ist Weizen, Roggen, Gerste, Speltz und Mais, betrug aber in den Jahren 1905 bis 1915, wobei im letzteren Jahre Ostaalzien nicht berücksichtigt wurde, 3.520.719 Hektar. Wenn man dieser Anbaufläche den von vielen Seiten als zu niedrig bezeichneten Durchschnittsertrag von 12 Meterzentner per Hektar zugrunde legt, so liefert sie trotzdem ein Erntertragnis von 42.248.628 Meterzentner an Brotgetreide. Davon ist in erster Linie wohl das notwendigste Saatgut in Abzug zu bringen, das nach der angegebenen Anbaufläche mit 7.400.000 Meterzentner zu berechnen ist. Wenn man auch annehmen muß, daß im Laufe der letzten drei Jahre unsere Ernterträge sich verringert haben, so muß man doch auch die Zuschübe in Betracht ziehen, die aus den Okkupationsgebieten für den Konsum der Städte zur Verfügung gestellt wurden. Daraus ergibt sich also, daß unsere Bevölkerung im Durchschnitt mehr an Brotgetreide verbraucht hat, als nach der offiziellen Zumeisung gestattet ist, wobei auch noch zu bemerken ist, daß bei richtiger Bewirtschaftung, Vermählung und Bräterzeugung 300 Gramm Getreide gleich sind 324 Gramm Brot. Die Bevölkerung hat daher nur zu einem Teile von den Zuweisungen des öffentlichen Ernährungsdienstes gelebt, und vielleicht zum größeren Teil aus jenen Vorräten, die aus dem unkontrollierbaren Güterverkehr herrühren. Daß ein solcher Güterverkehr besteht, ist Tatsache, und man muß oft staunen, daß, wenn man als Landwirt Umfrage hält nach landwirtschaftlichen Produkten, vielfach schriftlich Angebote bekommt, die eine größere Menge von Mahlprodukten betreffen, als man von der eigenen Landwirtschaft abgeliefert hat.

Alle die gesammelten Erfahrungen bezüglich der Aufbringung und Abstellung der Brotfrüchte sowie die kommissionellen Erhebungen über Doppelversorgung, bevorzugte Belieferung und Requisitionen, die von agrarischer Seite im

Laufe des letzten Jahres einwandfrei gepflogen wurden, drängen zur Ueberzeugung, daß mit dem bisherigen System der Aufbringung bei der nächsten Ernte nicht begonnen werden darf, sondern daß mit dem System der Kontingentierung und der Aufhebung aller bevorzugten Belieferungen vorgegangen werden muß, wenn es nicht zu einer Katastrophe auf dem Gebiete unserer Volksernährung kommen soll.

22. / V. 1918

22
77

Erhebung über die Anbauflächen von Kartoffeln
(Mitgeteilt vom Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement.)

Durch Verfügung des Schweiz. Volkswirtschaftsdepartements vom 17. d. wird eine Erhebung über die Anbauflächen von Kartoffeln und die durchschnittliche Zahl der in den Haushaltungen der Produzenten regelmäßig verpflegten Personen angeordnet. Diese Erhebung, die in der ersten Hälfte Juni 1918, nach Möglichkeit gleichzeitig mit derjenigen über die Anbauflächen von Sommergetreide stattfinden soll, wird eine Grundlage bilden für die in Aussicht genommene Rationierung der Speisekartoffeln der Ernte 1918; sie soll aber gleichzeitig auch Auskunft geben darüber, ob der durch den Bundesratsbeschluss vom 17. Dezember 1917 vorgeschriebene Mehranbau überall durchgeführt worden ist. Es ist beabsichtigt, bei der Rationierung jedem Kartoffelplanter für den Bedarf seiner Haushaltung den Ertrag einer gewissen Anbaufläche zu überlassen. Diese Fläche soll so bemessen werden, daß den Kartoffelplantern außer einer ausreichenden Versorgung mit Speisekartoffeln auch das erforderliche Saatgut für den Anbau im Frühjahr 1919 gesichert ist.

Die Durchführung der Erhebung ist Aufgabe der Gemeindefartoffelstellen, die in Verbindung mit den Gemeindebehörden die erforderliche Anzahl Erhebungsbeamte zu bezeichnen haben. Die Erhebungsbeamten begeben sich zur Vornahme der Erhebung von Haus zu Haus, doch steht es ihnen auch frei, besonders da, wo viele Kleinproduzenten sind (Notstandsplantungen) die Kartoffelplanter zur Abgabe ihrer Erklärungen zu besammeln. Die Beiten für diese Besammlungen sind aber so festzusetzen, daß den Plantern keine Arbeitsversäumnis entsteht. Da die Produzenten bei der Kartoffelrationierung durch Ueberlassung des Ertrages einer angemessenen Fläche begünstigt werden, liegt es in ihrem eigenen Interesse, sich zu melden und ihre Angaben genau zu machen.

In einem Kreis Schreiben an die Kantone teilt das Volkswirtschaftsdepartement weiter mit:

Das eidgenössische statistische Bureau wird sofort nach Eingang der ausgefüllten Erhebungskarten für jede Gemeinde die Kartoffelanbaufläche und die durchschnittliche Zahl der in den Haushaltungen der Produzenten regelmäßig verpflegten Personen ausrechnen und die Ergebnisse kantonsweise und für die ganze Schweiz zusammenstellen. Diese Arbeit soll bis Mitte Juli beendigt sein. Die Ergebnisse werden den kantonalen Zentralstellen für Kartoffelversorgung unverzüglich zur Kenntnis gebracht werden.

Die Personen, bzw. Haushaltungen, die ihren Bedarf nicht durch eigenen Anbau decken, werden Bezugsarten erhalten, die sie zum Zulauf einer bestimmten Menge Speisekartoffeln für jede im Haushalte regelmäßig verpflegte Person berechtigen. Diese Menge kann endgültig jedoch erst festgesetzt werden, wenn die Ergebnisse der Erhebung über die Anbauflächen vorliegen und sich die Erträge mit annähernder Sicherheit schätzen lassen. Bei einer guten Ernte sollte es möglich sein, auf den Kopf der konsumierenden Bevölkerung 100 Kilogramm Speisekartoffeln zuzuteilen und noch gewisse Reserven anzulegen, doch wäre es verfrüht, diese Ration heute schon festzusetzen, bevor über den Ausfall der Ernte ein Urteil möglich ist.

Um aber den Konsumenten die Möglichkeit zu geben, gleich mit Beginn der Frühkartoffelernte Speisekartoffeln auf Rechnung der ihnen zukommenden Ration zu beziehen, kann mit der Ausstellung der Bezugsarten nicht bis zur endgültigen Festsetzung der bezugsberechtigten Menge zugewartet werden. Diese Karten sollten vielmehr anfangs Juli in den Händen der Bezugsberechtigten sein, und es müssen bis dahin die Vorbereitungen für die Rationierung in den Gemeinden so getroffen werden, daß die Ablieferung und der Bezug von Speisekartoffeln mit dem Beginn der Kartoffelernte ohne Störung vor sich gehen können.

Die Kartoffelmengen, welche die einzelnen Gemeinden und Kantone zur Versorgung anderer Gemeinden oder Kantone abzuliefern, bzw. auf deren Zulieferung sie Anspruch haben, werden festgestellt und den kantonalen Zentralstellen für Kartoffelversorgung mitgeteilt werden, sobald die Ergebnisse der Erhebung über die Anbauflächen vorliegen und die voraussichtlichen Erträge mit annähernder Sicherheit geschätzt werden können.

Die Kürzung der Brotration in Deutschland.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Das tägliche Mehlquantum wird jetzt in Deutschland von 200 Gramm auf 160 Gramm erniedrigt. Da die meisten Städte und Kommunalverbände noch über Streckungsmittel verfügen, kann die zustehende Mehlmenge auf 180 Gramm erhöht werden. Bei der Brottrationsverkürzung im Vorjahre konnte Ersatz an Fleisch gegeben werden. Das ist in diesem Jahre vollkommen ausgeschlossen. Dagegen kann in diesem Jahre ein Ersatz durch Zucker und Nährmittel gegeben werden. Wir verfügen über einen Bestand von 500.000 Doppelzentnern Zucker, der in der Zeit vom 15. Juni — dem Tag, an dem die Verkürzung beginnt — bis 15. August derart an die Bevölkerung abgegeben wird, daß für jeden Tag 65 Gramm treffen. Anfangs Juli sollen aus der Ukraine weitere Zuckermengen eintreffen. Es lagern dort 50.000 Tonnen. Neben diesem Zucker soll auch der im Vorjahr betriebene Modus der Einmachzucker-Verteilung beibehalten werden. Unsere Nährmittelvorräte sind so stark, daß sie gegenüber den bisherigen Leistungen um 50% erhöht werden können. Demnach werden nach amtlichen Mitteilungen für den ersten Monat der Brottrationskürzung abgegeben: 750 Gramm Zucker und 450 Gramm Nährmittel. Daneben stehen getrocknete Gemüse, auch getrocknete Kohlrüben zur Verfügung. Die Frage des Ersatzes wird folgendermaßen beleuchtet: Die Zählung der Schweine vom 1. März ergab ein sehr ungünstiges Resultat. Wir verfügen nur noch über 5-7 Millionen. Vor einem Jahre zählte man noch 13 Millionen. Der Schweinemord in diesem Jahre war notwendig, weil wir sonst schon früher an die Kürzung der Brottration hätten herangehen müssen. An Rindern haben wir 19 Millionen zur Verfügung. Diese Menge stellt aber bedeutend weniger Schlachtgewicht dar als noch vor einem Jahr. Damals errechnete sich das Durchschnittsschlachtgewicht auf 210 Kilogramm. Jetzt ist es gesunken auf 136 Kilogramm. In diesem Frühjahr mußten wir beispielsweise 1,6 Millionen Rinder abschlachten, um dieselbe Fleischmenge zu erzielen, die wir vor einem Jahr noch mit 900.000 Rindern erzielten. Da das Rind die einzige fließende Fettquelle ist, kann an eine weitere Abschächtung unmöglich gedacht werden. Die Ernte des Jahres 1917 war untermittel. Im Westen und Süden war sie gut, im nordostdeutschen Ueberschußgebiet aber schlecht, wie sie seit Menschengedenken nicht mehr war. Dafür war die Kartoffelernte sehr gut. Der schlechte Ausfall des Futters hat natürlich das Brotgetreide ungünstig beeinflusst. Und trotzdem war es möglich, bis heute mit der Brottration durchzukommen. 1916 hatten wir eine gute Getreideernte, aber litten unter einer sehr schlechten Kartoffelernte. Trotzdem lebten wir im Sommer 1916 ganz von der rumänischen Zufuhr. Vom 1. Juli an lebten wir schon von den Getreidemengen, die wir durch den Frühdrück aus dem neuen Wirtschaftsjahr vorwegnahmen. Mehrere 100.000 Tonnen der Ernte 1917 sind demnach noch im alten Versorgungsjahr aufgebraucht worden. Jenen Schaden gilt es nun gutzumachen. Die Frühdrückorganisation wird auch in diesem Jahr wieder durchgeführt werden müssen. Mit Schluß des Monats Juli werden wir schon wieder von der heimischen Ernte zehren. Von den ukrainischen Zufuhren können wir erwarten, daß sie dieses gefährliche Loch wieder zustopfen. Im Vorjahr hatten wir Wochen, in denen überhaupt gar keine Kartoffeln geliefert werden konnten. Das ist in diesem Jahr viel besser. Wir werden unter allen Umständen die Ration von 7 Pfund pro Woche bis in den Juli festhalten können.

23. V. 1918

ADK

Beschlagnahme der Frühkartoffeln in Ungarn.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 22. Mai.

Durch eine heute im Amtsblatt veröffentlichte Verordnung werden die Frühkartoffeln in einer Reihe von Komitaten beschlagnahmt. Die Frühkartoffelsetzung in den erwähnten Komitaten kann nur an das Landeskartoffelvermittlungsbureau verkauft werden. Der Höchstpreis für Frühkartoffeln beträgt 1 G. pro Pfund.

24. 1918

24
1918

Die Kürzung der Brotmenge in Groß-Berlin.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Portion der Hauptbrotkarte von Mitte Juni ab um etwa 10 v. H. zu kürzen und demnach auf 1750 Gramm festzusetzen. Die Zusatzbrotkarte bleibt mit 450 Gramm unverändert. Als vollwertiger Ersatz werden Nahrungsmittel (Graupen, Teigwaren usw.) gewährt. Des weiteren ist bekanntlich eine Ersatzgabe von Zucker in Aussicht genommen. Im Vorjahr mußte die Brotmenge bekanntlich auf 1600 Gramm festgesetzt werden.

Die Herabsetzung der Brottration.

Regierungserklärung im württembergischen Landtag

Die württembergische Zweite Kammer befaßte sich in ihren letzten Sitzungen mit Fragen der Vollsernährung. Auf die Bemerkung eines Abgeordneten, daß der Zeitpunkt für die Herabsetzung der Brottration ungünstig gewählt sei, erwiderte Minister des Innern v. Köhler, daß die Regierung eben bis jetzt gehofft habe, um die Herabsetzung herumzukommen. Den feinerzeit aufgetretenen übertriebenen Erwartungen einer Versorgung durch die Ukraine stehe das Kriegs-ernährungsamt vollständig fern. Wenn besonders von Berlin aus diese Erwartungen sehr hochgespannt wurden, so hänge dies mit der Psychologie der Berliner Bevölkerung zusammen. In der Tat seien die Berliner in dieser Beziehung anders geartet; einmal seien sie ganz oben, einmal ganz unten. Die Herabsetzung der Selbstversorger-Ration habe die württembergische Regierung im Bundesrat entschieden bekämpft. Den Schleichhandel bekämpfe die Regierung energisch. Ein zu starkes Eingreifen halte er jedoch für verfehlt. Ohne Frühdruschprämie werde man nicht auskommen können. Den Ausschufsanträgen, in welchen u. a. eine möglichst allgemeine Verwendung von Sämaschinen zur Hebung der Getreideerzeugung gefordert wird, stehe die Regierung sympathisch gegenüber.

Besseres Brot. Obwohl schon vor einiger Zeit ein besseres Brot in Aussicht gestellt worden war, hat sich diese Zusage bisher in keiner Weise erfüllt, und das schlechte Maisbrot blieb in dem alten Zustand. Die letzten Tage soll nun die Mehluweisung an die Bäcker in 33 bis 50 Prozent Weizenmehl und der Rest in Gersten-, Hafer- und Maismehl erfolgt sein, so daß endlich mit einer Besserung der Brotbeschaffenheit zu rechnen wäre.

Kundmachung.

(Mehlbezug der Haushaltungen mit Mehlvorräten.)

Die unabweisliche Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten an Getreide und Mehl bis zum Einlangen hinreichender auswärtiger Zuschübe das Auslangen zu finden, hat die Regierung zu der Anordnung veranlaßt, daß die Landwirte einen Teil des ihnen für den Eigenverbrauch belassenen Getreides und Mehles zur einstweiligen Sicherstellung der Brotversorgung der Gesamtbevölkerung abzuliefern haben.

Die Landwirte sind dem an sie gerichteten Appell opferwillig nachgekommen.

In gleicher Weise trifft aber auch jene städtischen Verbraucher, die über größere Vorräte an Mehl verfügen, die Verpflichtung, zur Sicherstellung der Allgemeinversorgung dadurch beizutragen, daß sie auf den Mehlbezug verzichten und damit die öffentliche Versorgung zugunsten der darbenenden Mitbürger entlasten.

Gemäß § 3 der Statthaltereiverordnung vom 27. April 1918, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 64, haben Personen, in deren Haushalte (Wirtschaft) sich mehr als 3 kg Mehl für jede im Haushalte (Wirtschaft) verköstigte Person befinden, keinen Anspruch auf die Mehlkarte.

Das k. k. Amt für Volksernährung hat nunmehr angeordnet, daß Personen, bei denen diese Voraussetzung zutrifft, die Mehlbezugskarte und die Mehlkarten spätestens bis 31. Mai 1918 bei der zuständigen Brot-Kommission zurückzulegen und dadurch bis zur neuen Ernte, das ist bis zum 15. August 1918, auf den Bezug von Mehl zu verzichten haben. Die Angabe des Mehlvorrates wird hierbei nicht verlangt.

Allen, die rechtzeitig auf den Mehlbezug verzichten, wird die Gewähr dafür geboten, daß sie von Strafverfolgungen wegen bisheriger Verheimlichung ihrer Mehlvorräte unbedingt verschont bleiben. Dagegen müssen Personen, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, einer Untersuchung der von ihnen benützten Räumlichkeiten und im Falle einer Konstatierung des Vorhandenseins von Mehlvorräten, welche ihrer Menge nach unter die Bestimmungen der erwähnten Verordnung fallen, auch einer strengen Bestrafung gewärtig bleiben.

Wien, am 13. Mai 1918.

1-1

Der k. k. Statthalter im Erzherzogtume Österreich unter der E. ns

Wheleben m. p.

Brotkommission und Lehrerschaft.

Von all den Aemtern, die dem Kriege ihre Entstehung verdanken — oder besser gesagt, deren Entstehung der Krieg verschuldet hat, gelangt wohl keines in so innige Berührung mit allen Volksschichten wie die Brotkommission. Mehr als drei Jahre währt nun schon ihre Tätigkeit; was für eine Unsumme von Arbeit in dieser Zeit geleistet wurde, wie sich die Arbeitslast von Monat zu Monat steigert, davon machen sich Uneingeweihte wohl kaum die richtige Vorstellung. Mit Ausnahme der Bekleidungsangelegenheiten werden unsere familiären Lebensbedürfnisse von dieser Amtsstelle aus sorgsam „geregelt“ und überwacht. Und dies muß stets „im Sinne der Verordnung“ (von welcher Gattung es gegen 300 Stück gibt, deren Inhalt von den bebauernswerten Kommissionsfunktionären geistig absorbiert werden mußte), mit einer peinlichen Genauigkeit geschehen, die zu besseren Zeiten von dem Betroffenen als Einmischung in seine persönlichen Angelegenheiten veremtorisch zurückgewiesen worden wäre. Von der Wiege bis zum Grabe gibt es kein Familienereignis, das nicht schleunigst der Brotkommission zur Anzeige gebracht werden müßte, die sodann nach den Folge- und Begleiterscheinungen, die solche Ereignisse auslösen, amtszuhandeln hat. All die An- und Kommeldungen bei Geburten, Todesfällen, Dienstbotenwechsel und sonstigen Veränderungen in der Personenzahl der Familien, Einrückungen, Urlaube, Veränderungen in den Vermögensverhältnissen bei den „Mindestbemittelten“, die Aufnahme neu hinzukommender Lebensmittel- oder Heizvorräte, Petroleumversorgung, all dies zählt zu den konstanten Arbeiten der Brotkommission. Dazwischen gab es aber noch so manches andere: zum Beispiel hatten die Brotkommissionen eine Zeitlang auch die An- und Meldungen leerstehender Wohnungen und Geschäftslöcher für das Wohnungsamt zu besorgen; die Aufnahme der Futtermittel der Pferde- und Viehstandsbesitzer fiel ihnen zu; eine der traurigsten Amtshandlungen waren die Anmeldungen der im Kriege Vermissten — ein Aufreihen kaum vernarbter Wunden, ein Beleben neuer Hoffnungen, die sich wohl in der Mehrzahl der Fälle als trügerisch erwiesen haben dürften.

Da einer Kommission durchschnittlich 5000 Personen zugeteilt sind, deren oben erwähnte Angelegenheiten — verbunden mit der Verteilung der jeweilig aktuellen Lebensmittelkarten und -Scheine — in Goidenzu halten sind, wird man begreifen, daß die drei Amtsstunden täglich, die nur in den „Füllwochen“ oder bei besonderen Aufnahmen eine — nicht genügende — Vermehrung erfahren, völlig vom Parteienverkehr in Anspruch genommen sind, und alle unerläßlich notwendigen Eintragungen, die in dieser Zeit nicht bewältigt wurden, sowie die statistischen Angaben von den Amtsvorgängern in unbeschriebener Ueberzeit erledigt werden müssen. Dazu kommt noch der erschwerende Umstand, daß die Amtslöcher und Einrichtungen auch heute noch — nach drei Jahren — im Reichen des Improvisierten stehen; Raumangel, Beleuchtungs-, Heizungs- und Lüftungskalamitäten, keine geeigneten Aufbewahrungsorte für die sich stets vermehrenden Amtsschriften, all diese großen Unannehmlichkeiten werden von den Mitgliedern der Brotkommissionen mit Geduld und Ruhe ertragen, und nur diese Geduld und Ruhe,

vereint mit treuester Pflichterfüllung, machten es bisher möglich, daß dieser riesenapparat so kluglos funktionierte. Daß trotz der gewissenhaftesten Amtstätigkeit der Brotkommissionen die Bevölkerung mitunter ihre notwendigsten Lebensbedürfnisse nicht befriedigen kann, dafür ist eben nicht die Ausgabestelle der Lebensmittelarten verantwortlich zu machen; es ergeht da den Kommissionsmitgliedern genau wie dem völlig schuldlosen Schaffner einer „Elektrischen“, die allzulange auf sich warten ließ, und auf dessen Haupt sich dann der Born der Menge entladet.

In Anbetracht der aufopfernden Tätigkeit der Lehrerschaft mutet es aber gar sonderbar an, wenn man zu hören bekommt, daß allen, die an der kürzlich stattgefundenen Demonstration im Rathaus teilgenommen haben, die Disziplinaruntersuchung in Aussicht gestellt ist. Die Lehrerschaft, die eine große Gruppe des jetzt so beklagenswerten Mittelstandes bildet, hat durch die Demonstration Verwahrung dagegen eingelegt, daß der für das Jahr 1917 bestimmte Steuerungsbeitrag für das Jahr 1918 „gestreckt“ werde. Bei der mädchenhaften Teuerung und den bisher geringen Zuwendungen zur Vinderung der Verhältnisse erscheint dieser Schritt der Lehrerschaft vollauf verständlich und es ist sehr bedauerlich, daß die maßgebenden Faktoren die Gefahr nicht zu ahnen scheinen, die sie durch eine solche, geradezu sklavensartige Behandlung einer großen, bisher verlässlichen Gruppe von Intelligenzarbeitern heraufbeschwören. Sollte man mittlerweile schon zur Einsicht gekommen sein, daß es in diesem Falle nicht gut angeht, den gestrengen Richter zu spielen, so hätte wohl auch bei rechtzeitigem objektiver Betrachtung der Sachlage die unwürdige Form der „Erforschung der Schuldigen“ vermieden werden können. Es war eine bittere Pille, die die Lehrerschaft verschlucken mußte und deren Nachgeschmack wird geraume Zeit auf der Zunge verbleiben werden.

Die Kartoffelquote der nächsten Woche.

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde ein Bericht über die Vorräte und die Zufuhr von Kartoffeln in der letzten Woche zur Kenntnis gebracht. Zur Ausgabe der Einkilogrammquote für nächste Woche ist noch das Anrollen von rund 80 Waggons erforderlich. Die Abgabe der Kartoffeln an die Verbraucher wird nächste Woche erst am Mittwoch beginnen. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die 80 Waggons, welche noch fehlen, anrollen, so daß voraussichtlich die bisherige Quote für die nächste Woche beibehalten werden kann.

Bücher mit Futterkartoffeln.

Vor dem Bezirksgericht Josefstadt waren gestern der Gemischtwarenverschleier Alois Schwiger und seine Wirtschafterin Elisabeth Poltner wegen Preistreiberei angeklagt, weil sie am 21. September Futterkartoffeln, also Tierfutter, für 44 Heller das Kilogramm verkauft haben. Die Gesehungskosten betragen 20 Heller. Schwiger erklärte, er sei an jenem Tage gar nicht im Geschäft gewesen; das wurde vom Sicherheitswachinspektor Drescher bestätigt. Elisabeth Poltner wollte glauben machen, sie habe nicht gewußt, daß es Futterkartoffeln seien. Der Richter Landesgerichtsrat Dr. Pollat verurteilte Elisabeth Poltner zu einer Woche Arrest und außerdem zu vierhundert Kronen Geldstrafe. Als erschwerend erklärte er, daß ein besonders wichtiges Nahrungsmittel so teuer verkauft worden sei. Schwiger wurde freigesprochen.

Brotzulatzkarten für Militärpersonen.

Die den Mannschaften zustehende Brotzulage nach Art der Schwerarbeiterzulage wird künftig nur noch den Mannschaften gewährt werden, die ebenso wie die sogenannten Schwerarbeiter besonders anstrengenden Dienst verrichten. Welchen Mannschaften hiernach die Brotzulage weiter zu belassen ist, müssen die Truppenkommandeure, leitenden Ärzte und Vorstände der Verwaltungsbehörden nach Prüfung der Verhältnisse im einzelnen pflichtmäßig ermesen und deshalb bei der Anforderung der Lebensmittelkarten die Personen, denen Brotzulagen bewilligt werden, bezeichnen. Grundsätzlich werden von der Bewilligung ausgeschlossen Beamtenstellvertreter, soweit sie nicht ganz oder überwiegend Außendienst tun, die in Geschäftszimmern mit Aufgabe des Bürodienstes beschäftigten Mannschaften, dienstfreie Offizierburschen und Mannschaften der Bezirkskommandos. Dagegen kann die Zulage an Mannschaften, die Botengänge verrichten (Ordonnanz, Kabsfahrer usw.), weiter gewährt werden. Der Wegfall der Brotzulage tritt mit dem Beginn der nächsten Brotkartenperiode in Kraft. Offiziere werden von den Kommunalverbänden nicht für Rechnung der Heeresverwaltung, sondern aus den für die Zivilbevölkerung zugeteilten Mehlmengen mit Brot versorgt.

Budapests Versorgung mit Mehl und Fett.

Budapest, 31. Mai. (Privattelegramm.)
Der hauptstädtische Magistrat beantragte in der
Gemeinderatsversammlung, an die Regierung eine Ein-

gabe zu richten, daß die für die Hauptstadt am 1. April auf 6 Kilogramm 60 Dekagramm Mehl herabgesetzte Rapsquote mit Rücksicht auf den vollständigen Mangel an mehreren wichtigen Lebensmitteln neuerlich auf monatlich 8 Kilogramm zu erhöhen sei. Ferner wird beantragt, daß die neue Ernte in ihrer Gänze unbedingt für den Staat sichergestellt und zu diesem Zwecke die ganze Getreideernte des ganzen Landes unmittelbar beim Drusch durch den Staat mit Beschlag belegt und sofort in entsprechender Weise übernommen und manipuliert werde. Von der durch den Staat übernommenen Getreideernte wäre der Hauptstadt sofort die dem gesamten Jahresbedarf entsprechenden Mengen Kornfrucht zu überlassen. Der Preis für Brotmehl soll unverändert bleiben und die Preiserhöhung auf das weiße Mehl übertragen werden. Für die Mittelklasse mit bescheidenen Einkünften und für die ärmeren Volksklassen soll die Regierung eine ähnliche staatliche Unterstützungaktion einleiten, wie sie schon seit längerer Zeit in Oesterreich besteht. Die Sicherstellung des Fettbedarfes der Bevölkerung soll durch die Schweinemästung der Hauptstadt ermöglicht und zu diesem Zwecke ehestens die entsprechende Fütterungsmenge aus der neuen Ernte angewiesen werden. Die Wiener Bevölkerung mißgünstig der Budapester eine gute Versorgung nicht, doch sei in aller Bescheidenheit darauf verwiesen, daß für die Bewohner Wiens selbst die unverkürzte Mehlaute nicht mehr als monatlich 6 Kilogramm betragen hat, und lange schon bekommen wir auch die nicht mehr. Die Befriedigung des Fettbedarfes, soweit man von einer solchen überhaupt sprechen kann, erfolgt fast ausschließlich durch Margarine.

Die zurückgelegten Wiener Mehllisten.

Das Ende des straffreien Ablieferungstermines.
— Auffallend geringer Erfolg der Aktion.

Als vor kurzem die Kundmachung erschien, in der die Besitzer von drei Kilogramm Mehl per Person überfließenden Vorräten aufgefordert wurden, ihre Mehllisten bis längstens Ende Mai zurückzulegen und bis 15. August, den Beginn der neuen Ernteverforgung, auf den Mehlbezug zu verzichten, wurden sofort Zweifel an dem Erfolg dieser gutgemeinten Aufforderung laut. So beweglich und einseitig auch auseinandergesetzt worden war, wie notwendig es sowohl für Rationierte in der Stadt als für ländliche „Selbstverfolger“ sei, den allgemeinen knappen Vorrat nicht durch unberechtigten Ueberbezug zu kürzen, so sprachen doch die Erfahrungen, die man auf diesem Gebiete nun bereits besitzt, gegen die Annahme, daß der Appell an den Gemeininn der Mehlvorratsbesitzer den gewünschten Erfolg haben werde.

Gestern ist der gefetzte Termin, bis zu welchem die Ablieferung der Mehllisten straffrei erfolgen konnte, abgelaufen und es sollen jetzt die

angedrohten gesetzlichen Folgen der Verheimlichung — Geldstrafen und Beschlagnahme — eintreten. Wieviele Mehllisten sind nun in Wien abgeliefert worden?

Das Ergebnis der Aktion ist, soweit Mitteilungen hierüber vorliegen, ein ungünstiges. In einer Reihe von Brotkommissionen beträgt die Zahl der abgelieferten Mehllisten kaum ein Prozent der gesamten ausgegebenen Karten. Von 7000 Mehllisten, die im Sprengel einer anderen Kommission in einem volkreichen Bezirke im Umlaufe sind, wurden nur etwa — 50 Stück „zurückgelegt“. Trotzdem besteht in dem betreffenden Sprengel Grund zur Annahme, daß die Zahl der Vorratsbesitzer weit größer sei. In einem anderen Rahon wieder glaubt man den Prozentatz der tatsächlichen „Mehlvorrats Haushaltungen“ mit 25 des Gesamtparteienstandes annehmen zu können. Die abgelieferten Karten überstiegen jedoch kaum 1% Prozent der Gesamtziffer. Dabei wurde seitens der Kommissionen jede Frage nach der Höhe des Vorrates vorchriftsmäßig vermieden und überhaupt mit peinlichster Rücksicht vorgegangen. Die Zurücklegung wurde einfach vermerkt. Freilich würde den betreffenden Parteien auch im Falle eines „Personenzuwachses“ im Haushalt, der nicht vorgegeben ist, keine Mehlliste mehr bis 15. August ausgestellt werden.

Gewichtige „Rationierungsfachleute“ folgern nun, daß nicht etwa die Zahl der Mehlvorratsbesitzer eine verschwindend geringe sei, sondern daß die Mehrzahl derselben lieber das Risiko der Strafe und des Verlustes auf sich nimmt, ehe sie auf die Mehlliste bis zur neuen Ernte verzichten. Da jedoch die Rationen an Mehl und Maisgrieß, die auf Grund der Mehllisten derzeit ausgegeben werden, bekanntlich sehr klein sind, erscheint es unverständlich, weshalb die Besitzer bedeutender Vorräte sich durch den ziemlich schmerzlosen Verzicht bis 15. August nicht gern die Straffreiheit sichern wollten. Erfahrene Leiter von Brotkommissionen vertreten daher im Gegensatz zu den „amtlichen“ Fachleuten die Ansicht, daß die Vorräte im allgemeinen doch nicht so groß seien wie Mißtrauische glauben. Wegen eines kleinen Ueberschusses über die Stoffquote von 3 Kg. zu „faktieren“, beziehungsweise die Karte zurückzulegen, halten viele Familien nicht für nötig, zumal in den letzten Wochen der Fleischknappheit wegen viel verbaden wurde. Und überdies wirkt die Ueberzeugung, daß nicht nur in Ungarn, sondern auch diesseits der Leittha auf dem Lande noch immer gutes Brot und vielfach auch genügend Mehl vorhanden ist, auf die weit weniger günstig gestellten Bewohner der Stadt Wien nicht gerade aufmunternd ein. Dies mag das Ergebnis der jüngsten Mehllistierung auch einigermaßen erklären.

2. VII. 1918

193

Ein halbes Kilogramm Kartoffeln.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit einem halben Kilogramm festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abrechnung des ganzen Wochenabschnittes G der Kartoffelarte. Die Abgabe beginnt Mittwoch (Anfangsbuchstaben A bis H), Donnerstag (I bis O), Freitag (P bis S), Samstag (T bis Z).

Die Mehlbereitung im Kriege.

Von
Gans Ostwald.

Brot und Mehl sind die Grundpfeiler der Volksernährung; werden doch im allgemeinen 40 v. H. unseres Nährstoffbedarfs durch Brot gedeckt. Diese Zahl, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, läßt erkennen, daß es eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben ist, den vorteilhaften Grad der Ausmahlung des Brotgetreides zu bestimmen.

Bei der Verarbeitung von Roggen und Weizen auf Mehl werden die inneren Kornteile durch Mahlen zerrieben, weil das für die Verdauung notwendig ist. Dabei will man die beiden wesentlichen Bestandteile der Körner, die Stärke und das Eiweiß, im Mehl behalten. Beide machen ja den Nährwert aus.

Nun wird vielfach die Meinung vertreten, zur vollen Ausnutzung des Nährwertes und der Backfähigkeit von Roggen und Weizen empfehle es sich, die ganze Frucht in zermahlener Form zu verwenden. In dieser Weise wird z. B. das sogenannte Vollkornbrot hergestellt. Aber die nicht sehr große Verbreitung dieser Brotart läßt erkennen, daß die restlose Verwendung der aus Brotgetreide gewonnenen Körner nicht überall als vorteilhaft gilt. In dem aus ihnen gewonnenen Mahlgut befinden sich neben den feinen, weißen oder hellen auch grobe und dunkel gefärbte Bestandteile. Diese gelten als schwer verdaulich. Das Mahlgut wird deshalb gesiebt. Die auf dem Sieb verbleibenden größeren Teile, die man Kleie nennt, werden als Viehfutter verwendet. Je nach der Stärke der Mahlung und der Feinheit der Siebe ergibt sich ein bestimmtes Mengenverhältnis zwischen Mehl und Kleie. In diesem Sinne redet man von den verschiedenen hohen Graden der Ausmahlung.

Im Frieden wurde nun Roggen bis höchstens 70 v. H., Weizen bis höchstens 80 v. H. ausgemahlen. Dabei verteilen sich die Hauptnährstoffe folgendermaßen:

Beim Roggen gelangen ins Mehl: 88 v. H. Stärke, 60 v. H. Eiweiß.

Beim Roggen gelangen in die Kleie: 12 v. H. Stärke, 40 v. H. Eiweiß.

Beim Weizen gelangen ins Mehl: 91 v. H. Stärke, 77 v. H. Eiweiß.

Beim Weizen gelangen in die Kleie: 9 v. H. Stärke, 23 v. H. Eiweiß.

Die in die Kleie gelangenden Nährstoffmengen sind also beträchtlich. Sie werden der unmittelbaren menschlichen Ernährung durch Verfütterung an das Vieh entzogen. Im Tierfutter kommen sie ja doch nur mittelbar dem Menschen zugute. Da aber mit dem Umweg über das Vieh ein großer Verlust an Nährwerten verbunden ist, weil das Tier die Hauptmenge der ausgenommenen Nahrung nur zu seiner Erhaltung und nicht zur Fleischbildung verbraucht, ist die Viehfütterung also nur dann wirtschaftlich, wenn Gras, Heu, Stroh oder ähnliche, für den Menschen ganz unverdauliche Nährstoffe als Hauptnahrung für das Vieh verwendet werden. Das Brotgetreide soll vielmehr möglichst restlos der menschlichen Ernährung zugänglich gemacht werden.

Nun ist vielfach die Meinung verbreitet, daß ein zu stark ausgemahlene Mehl zuviel Unverdauliches enthält. Die Wissenschaft hat seit Jahrzehnten sich mit dieser Frage befaßt und festgesetzt, daß Brot aus stark ausgemahlenem Mehl zwar mehr Unverdauliches enthält als Brot aus Feinmehl. Bei Ausmahlung des Kornes zu 70 v. H. wurden durch Professor Rubner 6,68 v. H., bei Ausmahlung bis zu 95 v. H. 12,23 als unverdaulich festgestellt. Gleichzeitig wurde auch ermittelt, daß es nicht nur auf das Verhältnis von verdaubarer und unverdaubarer Menge ankommt. In der Kleie sind gewisse Nährstoffe, Vitamine genannt, vorhanden, die für den allgemeinen Auf-

bau des Körpers und für das gesunde Verhalten aller oder einzelner Teile des menschlichen Körpers unentbehrlich sind. Früher wurde der Nährwert eines Nahrungsmittels allein nach dem Gehalt an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten bestimmt. Neuerdings wird die Bedeutung des Kaliums, Natriums, Phosphors und anderer Elemente in Rechnung gestellt. Das heutige Mehl nun ist reich an solchen Verbindungen, die bei der Teiglockerung und Gärung ihre Wirksamkeit entfalten. Wissenschaftliche Ernährungsversuche haben gezeigt, daß eine Mischung von hellem und dunklem Mehl die günstigste Wirkung hat. Es ist auch schmackhaft, wie das Kommissbrot lehrt, das stets gern gegessen wurde.

Aus diesen Gründen kann also der stärkeren Ausmahlung des Getreides nur zugestimmt werden. Bis zum 1. Januar 1917 wurde das Brot aus Mehl gebaden, das bis zu 81 v. H. ausgemahlen war. Zur Streckung wurden Kartoffeln oder Rüben verwendet. Seitdem aber wird das Korn bis 94 v. H. ausgemahlen. Aus 100 Pfund Getreide werden also 94 Pfund Mehl hergestellt.

Jedenfalls ist die scharfe, hohe Ausmahlung notwendig, um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern. Die starke Ausmahlung bezweckt nur eine Erhöhung der zur menschlichen Ernährung dienenden Brotmengen. Welche Mengen da in Frage kommen, geht daraus hervor, daß für 1912 und 1913 ein Jahresbedarf von 4259,7 Millionen Tonnen Weizenmehl und 5118,8 Millionen Tonnen Roggenmehl ermittelt worden ist, also insgesamt 9378,5 Millionen Tonnen Mehl jährlich verbraucht wurden. Bei einer schwachen Ausmahlung, wie sie früher gebräuchlich war, könnte niemand die heutige Brotration erhalten, sondern sie müßte abermals beträchtlich gekürzt werden. Denn wir haben jetzt nicht so viel Getreide wie früher zur Verfügung.

Da die wissenschaftlichen Untersuchungen ergeben haben, daß die stärkere Ausmahlung des Brotgetreides nicht gesundheitsschädlich ist, kann also jeder mit dem heutigen Mehl und den Erzeugnissen mit Rücksicht auf die Kriegsumstände zufrieden sein.

Der Mehlbereitung ist jene Sorgfalt und jene Gründlichkeit zugewendet worden, die ihr bei der Bedeutung des Brotes innerhalb unserer Kriegsernährung zukommt. Die günstigen Ergebnisse, die wissenschaftlich festgestellt wurden, werden auch nach dem Kriege bleibende Wirkung haben.

Ernährungsrat.

Die größte Tagung des Ernährungsrates, die am 5. d. begann, eröffnete Präsident Dr. Graf Parisch-Woennig nach Mitteilung der Berufung Dr. Wolfgang v. Heintschels in den Ernährungsrat, mit einer eingehenden Erörterung der Tagesordnung, wobei er auf die besondere Wichtigkeit der einzelnen Punkte hinwies. An erster Stelle stand die Bewirtschaftung der Kartoffelernte 1918/19 zur Beratung. Ueber diese Frage hatte das Amt für Volksernährung bereits am Vortage dem Sachausschusse für Getreide, Kartoffeln und sonstige der menschlichen Ernährung dienende Bodenprodukte den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, welche die staatliche Bewirtschaftung der gesamten Ernte an Kartoffeln in Aussicht nimmt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen im Sachausschuß erstattete Minister a. D. Dr. Schreiner ausführlichen Bericht, worauf der Ernährungsrat, nachdem Präsident Paul einige Erläuterungen über die Absichten der Regierung bei Abfassung der Verordnung gegeben hatte, sogleich in die Spezialdebatte einging. Als Berichterstatter über ein Minoritätsvotum nahm Mitglied M. Eidersich dagegen Stellung, daß die neue Verordnung irgendeine Wiederholung des vorjährigen Kontingentierungssystems bringe. Der Ernährungsrat schloß sich in seiner Mehrheit dieser Ansicht an.

Frühkartoffeln und Gemüse.

Anlässlich der letzten hier abgehaltenen Ernährungskonferenz wurde auch die Versorgung Wiens mit Gemüse und Frühkartoffeln aus Ungarn in Beratung gezogen. Wie wir erfahren, dürfte nun Bürgermeister Dr. Weiskirchner bereits heute Gelegenheit haben, in dieser Angelegenheit mit Vertretern des ungarischen Ernährungsamtes in nähere Verhandlung einzutreten. Zu Anfang nächster Woche werden aller Voraussicht nach die Verhandlungen der Vertreter des Wiener Magistrates mit den ungarischen Behörden in dieser Frage fortgesetzt werden. Zu diesem Behufe dürfte sich auch Dr. Weiskirchner am Montag nach Budapest begeben. In der ungarischen Hauptstadt sind bereits ziemlich große Mengen Frühkartoffeln auf den Markt gekommen. Sie stellen sich auf 1 Krone pro Kilogramm. Die ersten Sendungen von Frühkartoffeln aus Ungarn sind, ein glattes Verhandlungsergebnis vorausgesetzt, zu Beginn der übernächsten Woche zu erwarten.

Frühkartoffeln kommen an.

In Ungarn werden schon fleißig Frühkartoffeln geegessen, und die Ernte ist so reichlich ausgefallen, daß Ungarn in der Lage ist, ansehnliche Mengen abzugeben. In erster Linie hat das ungarische Ernährungsamt der Stadt Wien gedacht und Hofrat Julian Weiß wurde nach Wien entsendet, um hier mit dem Bürgermeister über die Einrichtung der Zufuhren zu verhandeln. Auch die Ausfuhr von Frühgemüsen, besonders grünen Erbsen und Schnittbohnen, aus Ungarn nach Wien soll bei dieser Gelegenheit besprochen werden, weil Ungarn viel Frühgemüse abzugeben hat.

6. 11. 1918

198

Geplante Beschlagnahme der gesamten heurigen Kartoffelernte.

In der am 5. d. stattgefundenen Sitzung des Ernährungsrates wurde die Bewirtschaftung der heurigen Kartoffelernte in Beratung gezogen. Ueber diese Frage hatte das Amt für Volksernährung bereits am Vortage dem Sachausschusse für Getreide und Kartoffeln den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, welche die staatliche Bewirtschaftung der gesamten Ernte an Kartoffeln in Aussicht nimmt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen im Sachausschuß erstattete Minister a. D. Dr. Schreiner Bericht, worauf der Ernährungsrat in die Spezialdebatte einging. Als Berichterstatter über ein Minoritätsvotum nahm Mitglied M. Elbersch dagegen Stellung, daß die neue Verordnung irgend eine Wiederholung des vorjährigen Kontingentierungssystems bringe. Der Ernährungsrat schloß sich in seiner Mehrheit dieser Anschauung an, obwohl sehr ernste Gründe für dessen Aufrechterhaltung vorgebracht wurden. Im weiteren Verlaufe der Beratung ergriffen zahlreiche Mitglieder das Wort zur Besprechung der Frage, ob eine Abgabe von Kartoffeln an Verwandte und Verschwägerte der Produzenten außerhalb der Beschlagnahme erfolgen dürfe. Die Verhandlungen werden am 6. d. fortgesetzt. Man scheint in die alten Fehler zurückfallen zu wollen: in der allgemeinen Beschlagnahme, die natürlich doch dem Schleichhandel nicht den Garaus macht, das Heil erblicken zu wollen. Und doch hat gerade das Kontingentierungssystem des heurigen Jahres sich besser bewährt, als die frühere allgemeine Beschlagnahme. Heuer haben wir noch Kartoffeln, voriges Jahr hatten wir längst keine mehr!

Die Bewirtschaftung der Kartoffelernte.

Ueber die gestrige Beratung des Ernährungsrates wird uns von einem Teilnehmer mitgeteilt, daß nicht, wie es nach der offiziellen Darstellung den Anschein hatte, Beschlüsse gefaßt wurden, die für die heurige Ernte die Beibehaltung des Kontingentierungssystems ausschließen. Die Beschlagnahme der gesamten Kartoffelernte, für die sich die Mehrheit des Ernährungsrates aussprach, soll die Einbeziehung auch der Frühkartoffeln bewirken. Diese waren im vorigen Jahre bekanntlich freigegeben; doch nur mit wenig gutem Erfolge. Wegen der Schwierigkeit der Unterscheidung zwischen Früh- und Spätkartoffeln blieb für mancherlei Unregelmäßigkeiten ein bedenklicher Spielraum; überdies kamen trotzdem wenig Frühkartoffeln auf den Markt und diese nur zu unmäßigen Preisen. Es traten daher auch die christlichsozialen Mitglieder in der Beratung für diesen Antrag ein, der das bisherige Verteilungssystem nicht berührt.

Sicherung des Mehلبedarfes.

In der letzten Obmännerkonferenz des Gemeinderates wurde folgende Entschliekung einmütig gefaßt: Aus Anlaß der eben jetzt bei den Regierungsstellen gepflogenen Beratungen über das Getreideregime und die Erfassung der neuen Ernte bekräftigt die Wiener Gemeindeverwaltung neuerlich, die wiederholt und mit allem Nachdruck erhobenen Forderungen betreffend die Sicherung des Mehلبedarfes für den großen Konsumplatz Wien. Die Gemeindeverwaltung verlangt, und zwar für alle Kronländer gleichmäßig, die strengste staatliche Bewirtschaftung und die womöglich sofortige restlose Aufbringung einer ausreichenden Teilmenge, bezw. die planmäßige und lückenlose Sicherung der sonach noch erübrigenden Bestände der kommenden Inlandsenernte; sie fordert die Zuweisung einer eisernen Reserve an Getreide, um gegen eventuelle Transport-schwierigkeiten und sonstige Störungen der Versorgung gesichert zu sein. Der Schleichhandel muß mit allen Mitteln unterdrückt, die Mißbräuche in den Bohnmühlen müssen beseitigt werden. Dem Grundsatz einer einheitlichen Ernährungsfront entspricht auch das Verlangen nach Festsetzung einer einheitlichen Verbraucherquote an Brot und Mehl in Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf Grund einer gemeinsamen einheitlichen Bewirtschaftung der Ernteerträge.

Kein Maisbrot mehr.

In der letzten Sitzung der Deutschen Agrarpartei, die sich mit dem zu ändernden Ausbringungssystem der neuen Ernte beschäftigte, fand der Antrag der Abgeordneten Goll und Teltshiff besondere Beachtung, der das neue Kontingentsystem auch mit einer neuen Verarbeitungsart des Getreides zur Erzeugung von Schwarzbrot in Verbindung bringen will, so daß von der Verwendung von Mais in Zukunft abgesehen werden soll. An Stelle des Maisbrotes würde also in Zukunft Schwarzbrot ohne jeden Zusatz von Mais treten, da das Maisbrot von vielen Bäckern nicht richtig erzeugt und behandelt, daher vom Publikum größtenteils abgelehnt wurde. Der bisherigen Brotmisere soll nach der neuen Ernte ein Ende gesetzt werden.

Die Mehlerversorgung Wiens.

Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, ist die Versorgung Wiens mit Mahlprodukten in bisherigen Ausmaße für die nächsten Wochen gesichert. In der kommenden Woche wird auf den Mehlbezugschein bei den städtischen Mehlabgabestellen pro Person je ein achtel Kilogramm Weizen gleichmehl (Kochmehl) zum Preise von 10 Hellern einschließlich Packung und ein achtel Kilogramm Hirse ukrainischer Abkunft zum Preise von 18 Hellern einschließlich Packung ausgegeben werden.

Das neue Einheitsbrot und die Bäckerarbeiter.

Unter den Wiener Bäckerarbeitern macht sich eine Bewegung geltend, die auf die Einführung des Einheitsbrotes zurückzuführen ist. Die Erhöhung des Brotgewichtes auf 1260 Gramm hat nämlich für die Bäckerarbeiterschaft die Wirkung, daß damit gleichzeitig ihre Arbeitsleistung vermehrt worden ist. Zur Herstellung eines sogenannten Schuß Brotes sind nämlich bei dem erhöhten Laibgewicht 60 bis 70 Kilogramm Teig mehr erforderlich, als das bei dem früheren Brotgewicht von 98 Dekagramm der Fall war. Die vermehrte Arbeitsleistung, die daraus entsteht, läßt sich damit veranschaulichen, daß zum Beispiel in der Unterbrotfabrik die Arbeiter in einer Schicht 17 Schuß Brot zu 240 Laib zu erzeugen hatten, was einer bewältigten Teigmenge im Gewicht von 3816·80 Kilogramm gleichkommt. Bei der nun eingeführten neuen Brotform beträgt die zu verarbeitende Teigmenge 4930 Kilogramm, also um 1113·20 Kilogramm mehr als früher, was in einer Woche 29.580 Kilogramm gegenüber 22.900 Kilogramm des früheren Brotgewichtes ausmacht. Die Einführung des neuen Brotlaibes bedingt also eine bedeutende Mehrleistung für die Arbeiterschaft und hat besonders in den größeren Bäckereien zur Folge, daß Arbeiter überflüssig werden, weil eben die Leistung, die auf jeden einzelnen Arbeiter entfällt, größer geworden ist. Die Bäckerarbeiter weisen daher mit Recht darauf hin, daß die Neuordnung in der Broterzeugung eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe zur Folge haben wird und daß auch eine Änderung der mit den Unternehmern vereinbarten Lohnverträge unvermeidlich sein wird. Der Verhandlungsvorstand der gewerkschaftlichen Organisation der Bäcker hat sich mit dieser Frage bereits eingehend in einer Sitzung beschäftigt und an die Wiener Bäcker Genossenschaft ein Schreiben gerichtet, in welchem auf die Wirkungen aufmerksam gemacht wird, die die neue Brotverordnung für die Bäckerarbeiter ausgelöst hat.

Unterjündholz und Kartoffel.

Die Abgabe von je fünf Kilogramm Unterjündholz an einen Haushalt erfolgt in der Zeit vom 9. bis 15. d. M. zum Preise von 34 Heller für Weichholz und 27 Heller für Hartholz das Kilogramm.

Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wurde für die kommende Woche wieder mit einem halben Kilogramm festgesetzt.

Aufhebung des Mahlbescheinigungszwanges

Die niederösterreichische Statthalterei hat mit einer am 3. Mai telegraphisch hinausgegebenen Ermächtigung den Mahlbescheinigungszwang für die Ernte des Jahres 1917 nach Abschluß der Getreideablieferung bis einschließlich 1. Juli aufgehoben. Damit ist also der Mahlverkehr in den Bohne- und Kontraktmühlen für volle zwei Monate freigegeben, eine Zeit, die wohl hinreichend genügt, um den Schleichhandel mit Mahlprodukten ausgiebig zu versorgen. Man könnte daher wohl auch neugierig sein, welches Ergebnis sorgfältig vorgenommene Revisionen in den Bohnmühlen während dieser Zeit zu Tage fördern würden. Schon die Tatsache, daß die verkürzte Mehlbezugsmenge sofort zur Folge hatte, daß die Schleichhandelspreise für ein Kilogramm Mehl, das früher noch um 5 bis 6 Kronen zu haben war, auf 15 bis 20 Kronen stiegen, beweist hinreichend, daß die Versorger auf Schleichwegen mit Vergnügen die Gelegenheit benützen werden, die ihnen durch die einstweilige Aufhebung der Mahlbescheinigung für ihre guten Geschäfte geboten wurde. Und so eilig hatte es die Statthalterei, daß dieser Weg gleich durch die telegraphische Anordnung freigemacht werden mußte!

Die Kartoffelverwüstung. Die Fälle, wo im vergangenen Winter massenweise schlecht eingelagerte Kartoffeln verfault aus den Kellern geschafft und als Dünger verwendet werden mußten, finden jetzt, wie die „Floridsborfer Zeitung“ erzählt, ihre Fortsetzung. Durch mehrere Tage mußten von Soldaten aus den Kellern des Geographischen und des Technologischen Instituts große Mengen verfaulter Kartoffeln genommen und auf die Felder Simmerings als Dünger geschafft werden. Das ist in einer Zeit, wo die Kartoffeln zu Ende gehen und die Wochenlopfmenge auf $\frac{1}{2}$ Kilogramm gekürzt werden mußte, wohl eine Erscheinung, die unsere lopflose Wirtschaft im schärfsten Lichte zeigt. In Deutschland ist man, wie erst dieser Tage aus Berlin gemeldet wurde, noch immer imstande, die Wochenlopfmenge von sieben Pfund aufrecht zu erhalten. Bei uns wurden die Kartoffeln, soweit sie überhaupt von der Ausbringung erfaßt wurden, gleich massenhaft dem Verderben ausgesetzt, weil die Kunst einer sachgemäßen Unterbringung offenbar noch nicht erfunden ist.

Bekanntmachung

über

Änderungen in der Brotversorgung.

§ 1.

Vom Sonnabend, den 15. Juni 1918 an dürfen auf die mit A bezeichneten Gutscheine der allgemeinen Brotkarte je 50 gr Brot, auf die mit B, C und M bezeichneten Gutscheine je 40 gr Brot, auf die mit N bezeichneten Gutscheine statt 40 gr Brot je 30 gr Mehl abgegeben und entnommen werden. Die mit X und Y bezeichneten Gutscheine sind ungültig.

Bis Montagabend jeder Woche dürfen außer auf die mit M bezeichneten Gutscheine nur auf die mit A bezeichneten Gutscheine bis zu 800 gr Brot abgegeben und entnommen werden.

§ 2.

Auf jeden mit A und B bezeichneten Gutschein der Brotkarte für Kinder dürfen je 50 gr Brot abgegeben und entnommen werden. Die Sonderabschnitte S, T, U, V, W sind ungültig.

An Stelle von Brot ist die Abgabe und Entnahme von 40 gr Zwieback auf jeden mit A und B bezeichneten Gutschein nach vorausgegangener Vorausbestellung auf Grund des Zwiebackbezugscheines zulässig. Auf den Mehlabschnitt d der Warenbezugskarte für Kinder dürfen 120 gr Mehl abgegeben und entnommen werden.

§ 3.

Die Abgabe von Mehl und Nahrungsmitteln auf die Mehl- und Zuckerkarte für Säuglinge richtet sich nach der entsprechenden Bekanntmachung vom 16. Februar 1918, Amtsbl. S. 251. Auf jeden Gutschein dürfen statt 120 gr Mehl auch 120 gr Zwieback abgegeben und entnommen werden.

§ 4.

Auf je 5 Gutscheine der Brotkarte für Kinder können 2 Pakete Keks, auf jeden Mehlabschein der Mehl- und Zuckerkarte für Säuglinge 1 Paket Keks nach Vorausbestellung auf Grund des Zwiebackbezugscheines bei den zur Abgabe von Keks zugelassenen Händlern abgegeben und entnommen werden. Die Pakete haben ein Gewicht von 95 bis 100 gr.

§ 5.

Auf die mit Brotzulage für Schwerarbeiter bezeichneten Abschnitte a und b der Zusatzbrotkarte für Schwerarbeiter dürfen je 400 gr, auf die mit A bezeichneten Gutscheine anderer Zusatzkarten 50 gr Brot abgegeben und entnommen werden.

§ 6.

An Kuchen dürfen abgegeben und entnommen werden:
a) auf jeden für 50 gr Brot geltenden Gutschein der allgemeinen Brotkarte und der Brotkarte für Kinder 300 gr Torte oder 300 gr Obstkuchen oder 125 gr sonstiger Kuchen,
b) auf jeden für 40 gr Brot geltenden Gutschein der allgemeinen Brotkarte 240 gr Torte oder 240 gr Obstkuchen oder 100 gr sonstiger Kuchen.

Die Abgabe und Entnahme von Kuchen auf Zusatzkarten aller Art ist verboten.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft.

Hamburg, den 14. Juni 1918.

Hamburgisches Kriegsverorgungsamt.

Klosterneuburg ohne Brot. Man berichtet uns aus Klosterneuburg, daß seit Montag im ganzen Bezirk Klosterneuburg kein Brot ausgegeben wurde. Heute schreiben wir bereits Freitag. Auf dem Bezirkskommissariat antwortet man auf Beschwerden: „Wir haben nichts, können also nichts hergeben.“ In der Bevölkerung gibt man seltsame Erklärungen für diese absonderliche Erscheinung. Wir fragen also: Warum gibt man den Klosterneuburgern seit Wochenfrist kein Brot? Um Antwort wird dringend gebeten. Die Montag-Brotausgabe betrug einen halben Laib für zwei Personen, die nächste Brotausgabe soll morgen Samstag erfolgen. Wie darf so etwas vorkommen?

Die Frühkartoffeln.

Ein Meterzentner 60 Kronen.

Durch eine Verordnung stellt der Ernährungsminister vom 16. d. an den Höchstpreis für neue Kartoffeln mit 60 Kronen per 100 Kilogramm fest und erstreckt die Sperre für das ganze Gebiet des Komitats Hajdu.

Die Mehl- und Brotnot.

Nur Wien und alle jene Orte, wo große Kriegsindustrien bestehen, werden in diesen Tagen mit Brot versorgt. Aus der Umgebung von Wien kommen uns jetzt täglich Klagen in Menge zu, daß es tagelang an Brot fehlt. So aus Mödling, von der Westbahnstraße, aus Klosterneuburg, aus Frigidendorf, aus Stammersdorf und aus zahllosen Gemeinden um Wien, deren Bewohner zum größten Teil ohne Nahrung sind, weil man ihnen auch keine anderen Lebensmittel liefert. Manche dieser Gemeinden hat seit vier Monaten keine Erdäpfel, seit vielen Wochen kein Fett, seit sechs Wochen keine Mahlprodukte, seit langer Zeit kein Rindfleisch.

Die Industriegemeinden um Wien, die keine Landwirtschaft haben, sind ganz auf die Belieferung mit Nahrung angewiesen. Bleibt diese aus, dann ist sie auch nicht aus der Umgebung herbeizuschaffen. Man verlangt, daß die Leute Arbeit leisten, ohne etwas zu essen zu haben. Glauben

? Da ist ein Ort um Wien, in dem die Leute seit langen Wochen gar kein Lebensmittel mehr bekommen als Brot. In dieser Woche erhielten sie es für zwei Tage. An den übrigen fünf Tagen sollen sie von der Luft leben. Das soll sich auch in den nächsten Wochen wiederholen. Man will den Leuten dort auch kein Mehl mehr geben bis zur neuen Ernte. Die Kinder sollen in der Schule lernen und sitzen mit leerem Magen dort. Als diese Gemeinde vor einigen Tagen beim Militär um zehn Soldaten als Arbeiter ansuchte, sendete man gleich mehr als zwanzig, um die Esser loszumerden. Da die Gemeinde nichts hat, wies sie einiach die Mannschaften der Kriegsküche zu, die auch kein Mehl hat, um Kochen zu können, und vor der Sperre steht. So sollen die Soldaten noch der Zivilbevölkerung das letzte wegessen. Es ist unhaltbar, daß dies noch wochenlang fortgehen soll. Auf der anderen Seite können sich reiche Freßer in den Restaurationen Mehlspeisen aller Art zu hohen Preisen nach Belieben beschaffen, wird in Wien massenhaft mit Zucker versetztes, dunkel gefärbtes Brot als sogenanntes Honigbrot zum Kilogrammpreis von 16 bis 24 Kronen unter den Augen der Behörden verkauft, die sich gar nicht darum kümmern, woher das viele Mehl für diese Erzeugnisse kommt. Es kann nur im Schleichhandel der Allgemeinheit entzogen sein.

Unterdessen holen die Bauern ihre Getreidevorräte aus den Verstäden und setzen sie in Mehl um. Als vor einigen Monaten alle Kleinmühlen gesperrt worden waren, glaubten die Behörden, daß sie damit bei den Requisitionen Erfolg haben werden, weil kein Landwirt Gelegenheit habe, seine Vorräte mahlen zu lassen. Man hielt Umschau und fand verhältnismäßig wenig. Jetzt, da die Regierung glaubte, daß keine Getreidevorräte mehr da seien, hob sie die Mahlsperre auf. Und der Erfolg? Von überall rücken die Bauern mit ihren Vorräten in die Mühlen. Selbst solche Landwirte, bei denen man nichts mehr vermutete, haben wieder etwas. Da wird eine Geschichte aus dem Tullner Bezirk erzählt. Ein Bauer hatte Mäuseschaden angemeldet, die Kommission fand sein Feld in so schlechtem Zustand, daß sie erklärte: der Mann könne nichts abliefern. Jetzt, nach der Freigabe der Mühlen, kommt der Bauer mit einer Menge Getreide und läßt es mahlen. Viele landwirtschaftliche Inspektoren und Bezirkshauptleute wissen, daß es in ihrem Bereich so ist. Sie vermögen aber doch nicht den Getreidehamstern das Mehl zu entreißen. Ein Schleichhandel von großem Umfang und mit riesigen Preisen verschafft länd-

lichen und städtischen Besitzenden Vorteile, während ein großer Teil des Volkes ohne Brot ist. Was hat man uns alles erzählt, was die Ukraine liefern wird! Jetzt kommt Mehl von dort noch immer in so unzureichenden Mengen.

Die Störungen in der Brotversorgung Wiens.

Günstigere Aussichten für die kommende Woche.

Die Störungen in der Brotversorgung Wiens, die sich Donnerstag und Freitag bemerkbar gemacht hatten, sind, wie wir gemeldet haben, heute zum Teil behoben worden. „Zum Teil“ bedeutet, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Verbrauchern diese Woche nicht das volle ihnen zustehende Brotquantum erhalten hat. In einer Zeit nahezu vollständigen Fleischmangels, angefüllt einer Kartoffelkopfsquote von eineinhalb Kilogramm für die Woche, beim Fehlen von Gemüse, bei den geringen Zufuhren an Obst wahrlich keine Kleinigkeit! Das Wesentliche an der Frage aber ist, ob wir es mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun hatten oder ob der dieswöchige Vorfall als der Vorbote einer kommenden Brotknappheit anzusehen sei. Der Versorgungsplan rechnet nach Wirtschaftsjahren, die am 1. August beginnen. Auch im Frieden war immer das erste Semester, die Zeit unmittelbar nach Einbringung der neuen Ernte, wo es Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Obst in Hülle und Fülle gab, das bessere. Am Ostern herum war es auch früher einmal nicht so leicht, den täglichen Tisch zu bestellen. Die Erdäpfel gingen zur Reize, altes Gemüse war nicht mehr, neues noch nicht da, aber Fleisch, Brot, Mehl und Fett ließen diesen Mangel in den Hintergrund treten. In der Kriegswirtschaft spielt die Schätzung des Ernteergebnisses selbstredend eine viel größere Rolle als im Frieden. Denn auf ihr beruht die Festsetzung der Kopfsquote, die Bestimmung der Qualität des Brotes, die Wahl des Zeitpunktes, in dem zur Streckung durch Ersatzmittel geschritten werden soll. Der vorige Sommer hatte an das Hinterland schwere Anforderungen gestellt, und als die Ernte geborgen war, suchte man der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich zu erholen, zumal die Schätzungen für den Erntertrag und die Berechnungen über die aus Rumänien zu erwartenden Zuschüsse recht günstig waren. Die Mehlsorten wurden immer rechtzeitig eingelöst, in der vollen Höhe, das Brot war von sehr guter Qualität und vollständig aus Edelmehl hergestellt. Von den Schwankungen abgesehen, welche die Offensive gegen Italien mit sich brachte, verlief der Herbst ohne besondere Klage. Allgemach begann man aber zu erkennen, daß die Ablieferungen im Inlande hinter den gehegten Erwartungen stark zurückbleiben. Die Ursachen hierfür sind im Herrenhause durch den Abt Helmer in unzweideutiger Weise klargelegt worden. Ungarn blieb mit den tatsächlichen Ablieferungen gegenüber den gemachten Zusagen in stetig steigendem Maße im Rückstande, und zu Neujahr hieß es, aus Rumänien sei zunächst nichts mehr zu erwarten. Die

Beute in Italien wurde zur Deckung des Armeebedarfes herangezogen und die Versorgung mit Mehl und Brotgetreide ruhte nur mehr auf der Ausbringung im Inlande selbst.

Die im Herbst gehegte, fäßerlich zu optimistische Erwartung mußte einem Rückschlag weichen. Die Mehlsquote wurde auf die Hälfte gekürzt, weißes Mehl wird fast überhaupt nicht mehr ausgegeben, häufig genug überhaupt kein Mehl, sondern nur Mahlprodukte, die sicherlich auch ebenso magenfüllend und nahehaft sind wie das Mehl, aus denen man aber weder eine Einbrennsuppe herstellen, noch auch mit denselben Brühen legieren kann, was einen wesentlichen Unterschied bedeutet, denn die Einbrennsuppe mit Kartoffeln und Brot oder die Kartoffeln mit Sauce sind auf dem Tisch des kleinen Mannes die Stützpunkte der täglichen Speisefolge. Bald mußte das Ernährungsamt aber noch weiter gehen. Die kleine Schwendungsstrafe von drei Dezagramm für den Laib Brot, die den Vätern bewilligt worden war, weil das stärker ausgemahlene Mehl nicht die gleich große Brotausbeute liefert wie ehemals, wurde auf zwei Dezagramm gekürzt und vor kurzem ganz gestrichen. Dadurch ist für die Bäcker eine Zwangslage geschaffen worden, eine Unklarheit, die unter allen Umständen zur Ueberschreitung einer Vorschrift nötigt, sei es, daß sie mindergewichtiges Brot erzeugen, sei es, daß sie es in unerlaubter Weise beschweren, sei es, daß sie mehr Mehl für den Laib Brot verbrauchen, als sie tatsächlich dürfen. Im Trüben läßt sich gut fischen. Es soll hier kein genereller Vorwurf gegen die Bäcker erhoben werden, aber sicher ist, daß eine solche Sachlage dazu verleitet, dem Verbraucher Mehl zu entziehen, das ihm gebührt, und es für andere Zwecke, sei es zum Verkauf im Schleißhandel, sei es zur verbotenen Erzeugung von Kluchen zu benutzen. Aber mindestens das eine ist sicher, daß der reelle Bäcker, dem es zur Zeit der Bewilligung der Schwendungsstrafe möglich gewesen war, kleine Vorräte aufzustapeln, die mitunter über Verlegenheiten bei der Zuweisung von neuem Mehl hinweghelfen konnten, in der letzten Zeit diese Vorräte aufgebraucht hat und ebenso von der Hand in den Mund lebt wie die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, die heute das abliefern, was sie gestern erhalten hat und nicht weiß, ob und wie viel sie morgen erhalten wird, um es wieder weiterleiten zu können. Denn auch Wien insgesamt ist ohne jede Reserve und mit der glatten Abwicklung der Transporte steht und fällt die Versorgungsfrage.

Zu diesen Schwierigkeiten haben sich nun im Monat Februar einige neue gestellt. Das Brot wird derzeit sehr stark mit Mais versetzt, zuweilen bis zu 70 Prozent. Diesen Mais bezieht die Kriegsgetreideverkehrsanstalt aus Rumänien. Er kommt bis Orsova und Pancsova zu Wasser, wird dort umgeladen und mit der Eisenbahn weiter befördert. Große Stürme auf der unteren Donau, Hochwasser und starker Wellengang haben die Umladearbeit sehr stark behindert. Es traten Verzögerungen ein, die man dadurch weitzumachen suchte, daß der für Wien bestimmte Mais in besonderen Eilzügen nach Oesterreich gebracht wurde. Aber auch dieses Auskunftsmittel genügte vorige Woche nicht mehr. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt verfügte nicht über die genügenden Mengen, um alle Brot-

erzeuger zu beteiligen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Belieferung der Brotfabriken sich naturgemäß leichter vollzieht als die der kleinen Bäcker mit Handbetrieb, denn dort handelt es sich um große Mengen, um ganze Waggonladungen, welche direkt in die Fabrik gefahren werden können, während die Verteilung an die Bäcker einen sehr komplizierten Modus zur Voraussetzung hat, bis die kleinen und kleinsten Quantitäten in die Backstuben gebracht sind. Daher konnten die Brotfabriken in der heute zu Ende gegangenen Woche ihren Betrieb ungestört aufrechterhalten, während manche der kleinen Bäcker zum Stillstand verurteilt worden waren. Mit einem Quantum in aller Eile zu Gerstenmehl vermahlenen Roggengrie wurde in jedem Bezirk eine Anzahl von Betrieben beteiligt, aber auch da wurde nicht die ganze Menge geliefert, und nicht alle Bäcker konnten heute ihrer Kundenschaft das von vorgestern und gestern schuldige Brot nachliefern. Insbesondere dort, wo mit Gerstenmehl gearbeitet wurde, sind die Brotlaibe so klein ausgefallen, daß es eines geometrischen Kunststückes bedarf, um sie bis zur nächsten Brotlieferung entsprechend einzuteilen. Davon soll gar nicht die Rede sein, wie schwer sich jetzt das Brot, ob nun im frischen oder in etwas altbackenem Zustande schneiden läßt, wie viel dabei verbrotet und verkrümelt wird, in einer Zeit, wo jedes halbe Dezagramm schon ins Gewicht fällt.

Seitens der maßgebenden Faktoren wird an der Ansicht festgehalten, die Ereignisse der abgelaufenen Woche seien nur vorübergehender Natur gewesen und würden sich mindestens in der nächsten Woche nicht wiederholen. In Gänserndorf lagern bereits 50 Waggons Mais, welche in der Bonwillerischen Mühle vermahlen werden und die austreichen, um alle Wiener Bäcker für die nächste Woche zu versorgen. Die Brotfabriken werden durch andere Mühlen beliefert. Auch dort sei das Wochenquantum bereits gesichert. Die fortschreitende Jahreszeit lasse eine Minderung der Transporteschwierigkeiten erwarten, und da in Rumänien noch genügend Mais vorhanden sei, würde die Anlieferung sich glatt vollziehen. Hauptsächlich durchkreuzen die meteorologischen Verhältnisse diese Annahme nicht und es bleibt Wien erspart, von einer länger währenden Knappheit heimgesucht zu werden. Jedenfalls zeigt aber das, was sich in den letzten 48 Stunden abgespielt hat, mit welcher äußersten Anspannung der Apparat arbeitet und wie es nur des Loderwunders eines kleinen Schräubchens bedarf, daß die Maschine stillsteht. Ob es möglich war, die jetzt vermissten Reserven beizeiten dadurch zu schaffen, daß man im Herbst weniger Optimismus an den Tag gelegt hätte, oder ob die Kontrollmaßregeln für die Ausbringung im Inlande anders zu gestalten gewesen wären, um uns auf Grund der vorjährigen guten Mittelernie unabhängiger von Ungarn und Rumänien zu machen, ist eine auch im nachhinein schwer zu beantwortende Frage. Sicher ist nur das eine, daß die dieswöchige Störung eine Lehre bilden muß, die nicht sofort wieder vergessen werden darf, wenn sich die Anlieferungen glatt vollziehen. Einer der wichtigsten Programmpunkte, den der neue Ernährungsminister als Erbe seines Vorgängers übernimmt, ist: Die Anschaffung von Reserven.

Die Schwierigkeiten unserer Brotversorgung.

Das einzige Nahrungsmittel, auf dessen Wohl nicht reichliche, aber ordnungsmäßige Zuteilung die Wiener Bevölkerung bisher rechnen konnte, war das Brot. Wir hatten kein Gemüse, wenig Kartoffeln, in der letzten Zeit kein Fleisch und nun gerät das Fundament unserer Volksernährung ins Wanken, die Brotversorgung ist o.k.t. Die heimischen Bauern verfüttern das Getreide, liefern demnach keines ab und behalten ihr Vieh, Ungarn versagt uns die nötige Beihilfe und auch das letzte Auskunftsmitglied, die Zufuhr an Brotgetreide aus den besetzten Gebieten, beginnt zu versagen. Die zwölf Millionen Meterzentner Brotgetreide, die zur Bestreitung der künftigen Brot- und Mehration der städtischen und industriellen Bevölkerung nötig sind, können nicht aufgebracht werden, obwohl das Getreide schon zu 90 Prozent ausgemahlen wird. Was wir noch zu erwarten haben, sind Maiszufuhren aus Rumänien, die aber nicht ausreichen können, um unser Getreidedefizit bis zur neuen Ernte zu decken. Russisch-Polen hat nahezu nichts geliefert, und nun setzt man die Hoffnungen auf die Ukraine. Was die Russen in dreieinhalb Kriegsjahren aus der Ukraine nicht herausgebracht haben, soll uns jetzt in kurzer Zeit gelingen. Es muß gesagt werden, daß mit dem System, die österreichische Bevölkerung lediglich mit Hoffnungen, die auf Kriegsbeuten oder auf ausländische Zufuhren gesetzt werden, zu ernähren, endlich gebrochen werden muß.

Es ist überhaupt unglaublich, was unserer Industriebevölkerung zugemutet wird. Die österreichischen Agrarier haben soviel Einfluß auf die Regierung, daß alle wirksamen Maßnahmen zur reiflichen Ausbringung des gemerkten Getreides unterlassen werden, die Ungarn haben innerhalb der Doppelstaatlichkeit soviel Einfluß, daß sie jede Gleichmäßigkeit in der Gestaltung der Volksernährung und in der Preisbildung hintertreiben können. Sie essen Weißbrot, wir Kleibrot, in letzter Zeit unbekömmliches Maisbrot.

Jetzt wird die Kürzung der Brotration zur öffentlichen Diskussion gestellt. Das Ernährungsamt stellt jede Kürzung in Abrede und es erscheint geboten, diese Angelegenheit aufzuklären. Es ist richtig, daß wir nicht auf eine Brotration, sondern lediglich auf eine Mehration Anspruch haben. Die Normalration hat 1400 Gramm Mehl in der Woche betragen, davon sollten an Kochmehl 500 Gramm, an Brotmehl 900 Gramm ausgegeben werden. Die Kochmehration wurde von 500 Gramm auf 250 Gramm ermäßigt, davon wird aber wieder nur die Hälfte in Mehl, der Rest in geschältem Hafer oder Gerste oder in Teigwaren ausgefolgt. Wir hatten uns also mit einer Wochenration an Brot zu bescheiden, die aus 900 Gramm Mehl erzeugt werden kann. Die niederösterreichische Brotkarte hat das Präjudiz aufgestellt, daß aus 50 Gramm Mehl 70 Gramm Brot zu erzeugen und demnach auch auszuteilen ist, daß jede Marke dem Konsumenten mit 70 Gramm Brot zu honorieren ist. Vor drei Jahren wurde von allen Broterzeugern behauptet, daß aus 900 Gramm Mehl nicht, wie es die Brotkarte vorschreibt, 1260 Gramm Brot erzeugt werden können, sondern bei den Kleinbäckern nur 1188 Gramm, in den Brotfabriken 1224 Gramm. Volksernährungsamt und Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt hatten diese Mehlausbeute akzeptiert, jedoch angeordnet, daß den Konsumenten 1260 Gramm Brot für die Woche auszufolgen ist. Um dies zu ermöglichen, haben sie Bäcker und Brotfabriken zur Erzeugung der Brotration mehr Mehl geliefert, als die Mehration (900 Gramm) enthält, und zwar den Kleinbäckern 954 Gramm, den Brotfabriken 927 Gramm. Die Konsumenten hatten demnach eine Brot- und Mehration von 1260 Gramm wöchentlich, die von der Mehlausbeute unabhängig war, demnach tatsächlich eine Brot- und Mehration und keine Brotmehration.

Es hat sich bald herausgestellt, daß bei Edelmehlauverbräuchen ein erhebliches Defizit an Mehl vorliegt, was bei

größeren Laibgewicht die auf der Brotkarte vorgeschriebene Mehlausbeute von 100:140 zu erreichen ist. Die Brotfabriken machten bei der von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt vorgeschriebenen Ausbeute von 100:136 Ersparnisse an Mehl, die sie der Anstalt rückverrechnet haben, die Kleinbäcker haben, trotzdem von ihnen eine geringere Ausbeute verlangt wurde (100:132), keine Mehlerparnisse ausgewiesen. Manche haben das Mehl gesiebt, um Feinmehl zu gewinnen, das im Wege des Schleichhandels an Wirte und andere Interessenten zu Bucherpreisen verkauft wurde, manche haben sich damit im Tauschweg andere Lebensmittel oder Zigarren, Bier u. verschafft, der Rest wird Brot ohne Markenabnahme verkauft haben. Die Tatsache, daß bei Edelmehl eine Ausbeute von 140 auch im Kleinbetrieb erreichbar ist, erscheint schon dadurch erhärtet, daß das Militärärar bei Militärlieferungen eine Ausbeute von 141 verlangt und bewilligt erhält, allerdings bei größerem Laibgewicht.

Während des Streits waren Verhandlungen im Ernährungsamt wegen der Herabsetzung der Brot- und Mehration der Schwerarbeiter. Dieser Arbeitergruppe sollte nicht nur die Kochmehration um 250 Gramm, sondern auch die Brotmehration um 100 Gramm für die Woche gekürzt werden. Um die Kürzung der Brotmehration zu vermeiden, hat sich das Ernährungsamt entschlossen, in allen Kronländern die Mehlausbeute bei Erhöhung des Laibgewichts und bei Edelmehlzumeisungen auf 100:140 zu erhöhen, da ja die Mehlerparnisse nur den Bäckern, nicht aber den Konsumenten zugute gekommen sind. Bei Maismehlzumeisungen sollte die Ausbeute entsprechend herabgesetzt werden, niemals war aber die Rede davon, die eingelebte ohnedies längliche Brotration herabzusetzen. Was ist nun geschehen? Die Ausbeute wurde mit 140 vorgeschrieben, jedoch zur selben Zeit den Bäckereibetrieben Wiens sechzig bis siebenzig Prozent Maismehl zugewiesen. Bei einer derartigen Mehlfeschaffenheit ist diese Ausbeute absolut nicht zu erreichen, weil das Maismehl soviel Wasser nicht aufnimmt, da es schon achtzehn Prozent Wasser enthält. Der Mais wird nämlich vor der Vermahlung nicht getrocknet. Es gibt Methoden, noch mehr Wasser ins Brot zu bringen. Dieselben gefährden jedoch die geringe Haltbarkeit des Maisbrotes und steigern dessen Unbekömmlichkeit. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt setzt sich aber seit vierzehn Tagen beharrlich über diese Tatsache hinweg und weist zum Beispiel den Großbetrieben für einen Laib Brot im Gewicht von 84 Dekagramm, das Laibgewicht wurde auch nicht erhöht, nur 60 Dekagramm Mehl zu, statt 618 Dekagramm wie in der früheren Erzeugungsperiode. Auch die Brotfabriken können aus 60 Dekagramm Mehl nicht 84 Dekagramm Brot erzeugen; sie helfen sich vorläufig damit, daß sie Ersparnisse aus den Vorwochen zusetzen. Die Kleinbäcker haben eine niedrigere Ausbeute und können sich leichter helfen. Wenn aber dieser Zustand andauert, können die Broterzeuger das nötige Brotquantum nicht erzeugen, sie müssen die Laibe mindergewichtig machen, riskieren aber eine Bestrafung, weil auch das Laibgewicht mit 84 Dekagramm vorgeschrieben ist. Die Anstalt erklärt, daß die Bevölkerung nur auf eine Mehration, nicht aber auf eine Brotration Anspruch hat und daß daher für eine Normalration in der Woche nicht mehr als 900 Gramm Mehl ausgegeben werden. Ob Maismehl oder Edelmehl, sei gleichgültig.

Wir sind anderer Meinung. Unser Normalbrot soll aus Edelmehl hergestellt werden. Wenn schon die Brotqualität durch Ertragmehle verschlechtert wird, so muß doch wenigstens die Brotration gehalten werden, die sich durch die Tatsachen eingelebt hat. Wenn man bei Edelmehlen jahrelang im Interesse der kleinen Bäcker Mehl zugefetzt hat, kann man nicht mit juristischen Spitzfindigkeiten die Brotration herabsetzen und schon gar nicht die Festsetzung der Ration den Bäckern je nach der Mehlausbeute ihres Betriebes überlassen. Das Maisbrot erscheint, auch wenn es vollgewichtig ist, kleiner als das Brot, das aus sogenannten Edelmehlen erzeugt wird, und der Konsument hat ohnedies den Eindruck, daß er weniger Brot bekommt.

Jedenfalls muß schleunigst Ordnung geschaffen werden, damit der bisher halbwegs geordnete Zustand unserer Brotversorgung nicht jener Verwahrlosung anheimfällt, die bei der Verteilung anderer Lebensmittel an der Tagesordnung ist. Die zuständigen Behörden wissen genau, wie schlecht unser Brot ist, die Bestandteile sind eine Sammlung von Ertragstoffen; das mindeste, was verlangt werden muß, ist, die Ration zu halten. Die Ungleichartigkeit der Brotversorgung erhellt auch aus dem Umstand, daß die Maismehlzumeisung in manchen Kronländern stärker ist, als in anderen.

Ueber diesen verhältnismäßig kleinen Sorgen, die leicht bereinigt werden können, wenn der Amtschimmel rascher arbeitet, steht die große Sorge, woher wir überhaupt Getreide bekommen werden, um bis zur neuen Ernte auszukommen; damit haben sich nun die entscheidenden Instanzen zu beschäftigen, wenn der vollständige Zusammenbruch unserer Volksernährung verhindert werden soll. Wechsel auf lange Sicht können in diesem Falle nicht ausgestellt werden. Brot essen müssen wir, ohne das geht es einmal nicht.

Mehr Brot und Mehl her!

Zum sozialdemokratischen Veto gegen die Getreidezufuhren aus der Ukraine.

Wer ist stärker, der Brotschrei der darbenden Bevölkerung oder Einspruch der sozialdemokratischen Führer? Die Stimme des Rechtes und der Vernunft oder das Justament bolschewikischer Brot- und Mehloverweigerer?

Der Friedensvertrag von Litauisch-Brest sichert den Völkern der Mittelmächte, also auch den Oesterreichern, den Anspruch auf die Ueberschüsse an Getreide und Lebensmitteln, die in der Ukraine lagern. Wir können davon haben, wann und soviel wir wollen und soviel wir mit unseren Transportmitteln zu befördern vermögen. Die Regierung der jungen ukrainischen Volksrepublik, mit der wir seit der Brestler Kriegsbeendigung in Freundschaft leben, lud uns wiederholt ein, uns die Lebensmittelvorräte vertragsgemäß zu holen und die Zufuhren zu sichern. Zu sichern, denn die Ukraine ist zur Zeit von russischen Eindringlingen, von bolschewikischen Plünderer- und Räuberhorden durchzogen, die schrecklich in dem unglücklichen Lande hausen, die dort sengen und brennen, brandschatzen und morden. Die Regierung des jungen, begreiflicherweise noch nicht völlig organisierten Staatswesens hat die Hände voll Arbeit, um die Bevölkerung gegen die großrussisch-bolschewikischen Banditen zu verteidigen, es ist ihr nicht möglich, auch noch dafür zu sorgen, daß die für die Mittelmächte bestimmten Ueberschüsse an Getreide geschützt werden. Da die von der Petersburger Trozki-Lenin-Regierung auf die Ukraine losgelassenen Horden es hauptsächlich auf die Getreidespeicher abgesehen haben und alle ihnen erreichbaren Vorräte zu vernichten trachten, ist es, wenn wir Mehl und Brot erhalten wollen, dringend geboten, daß wir selber so rasch als möglich, unsere Rechte schützen, den Brestler Brotfrieden verteidigen, die Getreidevorräte uns holen und den bolschewikischen Horden, falls sie es wagen sollten, sich an unserem Gut zu vergreifen, Nores beibringen. Die ukrainische Regierung selber lädt uns dazu ein, ja der Militärgouverneur des ukrainischen Verwaltungsgebietes Podolien, das knapp vor unserer Reichsgrenze liegt, hat an unsere Front die Bitte gelangen lassen, rasch zuzugreifen, ehe es zu spät ist und die bolschewikischen Horden alle Vorräte vernichtet haben.

Und warum zögern wir? Leben wir etwa so im Ueberflusse, geht es uns so glänzend, daß wir auf die Zufuhr aus der Ukraine verzichten und die dortigen für uns bestimmten Getreidemengen ruhig der bolschewikischen Bestörungswut überlassen können? Der Wiener Bürgermeister hat gestern im Gemeinderate über den Stand unserer Versorgung Mitteilungen gemacht, die so erschütternd sind, daß jedes längere Zuwarten und Zuschauen, wie man unsere Getreidelager in der Ukraine uns vor der Nase niederbrennt, zu einem Verbrechen an der Bevölkerung wird. Nicht einmal die auf ein achtel Kilo pro Kopf und Woche herabgesetzte Mehlsquote — und was für ein „Mehl“! — nicht einmal das kleine Stück 80%ige Maisbrot ist uns gesichert, wenn die erhofften Zufuhren aus der Ukraine ausbleiben! Was dann? Jetzt schon wüten Hungerödem, Tuberkulose, Kindersterblichkeit erschreckend in der unterernährten Bevölkerung. Auf die platonischen Verheißungen des Ernährungsamtes, mit dem zu den vielen bisherigen verunglückten Experimenten eben jetzt wieder ein neues versucht wird, mag sich kein Mensch mehr verlassen, der willige Glaube ist zu oft

grimmig enttäuscht worden. Die Vorräte Rumäniens, von denen wir zurzeit kümmerlich leben, gehen zur Neige, die Zuschübe aus Ungarn sind uns wohl „in Aussicht gestellt“, aber die Erfahrung lehrt, daß zwischen Zusage und Erfüllung in Ungarn ein langer Weg liegt, so daß in der Zwischenzeit der Hunger längst über uns Herr geworden sein kann. So geht es nicht weiter, so können wir nicht durchhalten, rief gestern der Bürgermeister Wiens mahnend und warnend nach oben.

Ja und warum holen wir uns denn die Getreidevorräte aus der Ukraine nicht, so wie es unsere deutschen Verbündeten ohne Zögern getan haben, als sie von der ukrainischen Regierung vernahmen, daß die Vorräte durch Bolschewikenbanden gefährdet seien, obwohl die Mehl- und Brotnot im Deutschen Reiche ungleich geringer ist als in Oesterreich? Warum schicken wir lieber, wie schon des öfteren, nach Berlin um Gewährung einer Aushilfe, statt daß wir uns selber helfen, und riskieren, daß man dort unsere Schwäche und hilflose Unentschlossenheit über die Achsel ansieht und uns in den Zeitungen so deutlich stichelt, daß einem als Oesterreicher die Schamröte ins Gesicht steigen muß?

Ja warum denn? — Weil die sozialdemokratischen Führer Einspruch dagegen erheben, daß der Bevölkerung mehr Mehl und Brot gegeben werde, und weil die Regierung, sei es aus Sorge um ihr Budget, sei es aus Angst vor den Drohungen der Bolschewikensfreunde, auf diese Forderung der sozialdemokratischen Führer hereingefallen ist und sich im Abgeordnetenhaus zu einer Erklärung drängen ließ, welche durch die Hoffnung der Bevölkerung auf den vom Grafen Czernin in Brest erreichten Brotfrieden einen dicken Strich macht! Und warum handeln die sozialdemokratischen Führer und ihr Anhang so volksfeindlich, warum versperren sie der darbenden Bevölkerung den Weg zu den uns vertraglich zugesicherten Getreidevorräten der Ukraine? Einzig und allein deshalb, weil ihnen weder der Brotfriede mit der Ukraine noch der bevorstehende Friede mit Großrußland gefällt und weil sie es mit den großrussischen Bolschewiken und Verwüstern der Ukraine halten und auf die ukrainische Regierung, obwohl auch diese fast durchwegs aus Sozialisten besteht, einen Bohn haben! Aus diesem einzigen Grunde soll Oesterreichs Bevölkerung weiterhungern und auf sein Vertragsrecht an den ukrainischen Getreideüberschüssen verzichten müssen!

Ist dies nicht Wahnsinn, ist dies nicht hirn-rissig? Fehlt den Bolschewikensfreunden denn jedes Herz für die Not der Bevölkerung? Im Wiener Gemeinderat hat gestern der Sprecher der Sozialdemokraten gemeint, wenn wir unter militärischer Beteiligung die Getreidemengen aus der Ukraine holen, so könnte dadurch, weil ja Zusammenstöße mit den Bolschewiken unausbleiblich wären, ein neuer Krieg ausbrechen. Welch ein Gallimathias! Haben wir denn nicht eben gesehen, wie rasch sich die Herren Lenin und Trozki zu einem wirklichen Friedensschlusse, den sie vorher hartnäckig verweigert hatten, bereit finden ließen, als die deutschen Soldaten zu marschieren begannen? Am 10. Februar brach Trozki in Brest die Verhandlungen ab und eilte nach Petersburg davon, am 17. setzten sich die deutschen Truppen in Bewegung und schon am 24. gab die Bolschewikenregierung klein bei! Heute schon traf Herr Trozki wieder in Litauisch-Brest zur Unterzeichnung des Friedens ein! Und gibt es denn einen rücksichtsloseren, grausameren Krieg als den, welchen die Bolschewiken-

banden gegenwärtig in der Ukraine gegen uns führen, indem sie all das vernichten, was uns gehört und was wir brauchen, um unser Leben fristen zu können? Ein „Friede“, der uns und unsere Familien dem Hunger überliefert, ist keine Friede, sondern die erbarmungsloseste Form des Krieges, der Aushungerungskrieg, wie ihn die Briten über uns seit dreieinhalb Jahren verhängt haben. Wir sind überzeugt, auch die sozialdemokratischen Führer würden, wenn ihnen Einbrecher die Nahrungsmittel wegnehmen würden, nach der Polizei rufen, unbekümmert um die Gefahr, daß es dann möglicherweise, allem Pazifismus zum Troste, zwischen Einbrechern und Polizei zu einem Kampfe kommen könnte.

Das Volk ruft nach mehr Brot und Mehl, der Brotfriede mit der Ukraine sichert ihm den Anspruch darauf, und kein Einspruch der Bolschewiken und der sozialdemokratischen Führer, keine Rücksicht auf die Schleichhändler und Kaffeehaus-Mehlschacherer, die von der ukrainischen Konkurrenz das Ende ihrer blühenden Buchergeschäftes befürchten, darf den Darbenden den Zutritt zu den Getreidespeichern versperren!

Die Versorgung unserer Bevölkerung mit Brot.

Von E. G. Sedlmayr,
Professor der Wiener Hochschule für Bodenkultur.

Die Produktion von Getreide geht zurück und wird in der nächsten Zeit noch weit rascher sinken, als man befürchtet.*)

Der Bauer bestellt seine Felder an Stelle des Getreides mit Futter, da ihm die volle Versorgung seiner teuren Viehbestände lohnender erscheint als die Produktion von Brotfrucht. Auch der Großgrundbesitz trachtet, müde der lästigen Requisitionen, danach, den Getreidebau möglichst zu restringieren.

Die Ursache dieser so bedenklichen Erscheinung ist in dem System zu suchen, das der Getreideaufbringung im Kriege als Grundlage dient. Dieses System hat bei längerer Dauer der Kriegsverhältnisse versagen müssen, da es nicht produktionsfördernd wirkt und keinen Anreiz für die Produzenten in sich schließt, das erzeugte Getreide abzuliefern. Millionen Meterzentner Getreide wurden in dem letzten Kriegsjahr dem Verbrauch nur deshalb nicht zur Verfügung gestellt, weil sich die interne Verwertung des Getreides im Wege der Verfütterung nahezu doppelt so hoch rechnete, wie die Abgabe desselben zu den bestehenden Höchstpreisen. Der Schleichhandel mit Getreide blüht, für das unter der Hand verkaufte Mehl werden ganz fabelhafte Preise bezahlt und die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl wird schwieriger und schwieriger.

Diese Uebelstände lassen sich auch durch einen Ausbau des herrschenden Systems nicht beheben. Ein verstärkter Druck auf die Ablieferung, die Beschlagnahme und staatliche Bewirtschaftung der gesamten Getreideernte oder die Einführung des Produktionszwanges würden die Lage nur verschlimmern. Derartige produktionshemmende Maßnahmen können nur in besetzten feindlichen Gebieten, und selbst da nur vorübergehend zum Ziele führen. Hält man an dem bisherigen System fest, so ist eine wesentliche Erhöhung der Höchstpreise für das Getreide unvermeidlich. Die hiemit verbundene Mehrbelastung müßte dann zum überwiegenden Teile von den unbemittelten Nichtselbstversorgern getragen oder vom Staate übernommen werden. Da die Unzulänglichkeit des bestehenden Systems der staatlichen Getreideaufbringung schon so vielfach erörtert und eingehend dargelegt wurde, dürften diese flüchtigen Andeutungen genügen, um folgende Forderungen zu stützen.

Es wäre möglichst rasch zu einem neuen System der Getreideaufbringung überzugehen, das die unbedingte Sicherstellung derjenigen Mengen an Getreide, u. zw. zu einem mäßig hohen Preise, verbürgt, die für die Ernährung des Heeres und der minderbemittelten Bevölkerung notwendig sind, zu einem System, das gleichzeitig auch produktionsfördernd wirkt und einen wirksamen Anreiz in sich schließt, das produzierte Getreide dem Verbrauch zur Verfügung zu stellen. Jedes System, das diese Grundmerkmale aufweist und leicht und rasch durchgeführt werden kann, wird dem Zweck weit besser entsprechen als das bestehende System der Getreideaufbringung.

Mein Vorschlag zur Lösung dieses wichtigen Ernährungsproblems geht dahin, von allen getreidebauenden Landwirten, ohne Rücksicht auf die wechselnde

Höhe der Produktion, eine feststehende Naturalabgabe an Getreide einzuhoben und den Verkehr und die Preise für das restliche Getreide innerhalb der Grenzen der Monarchie freizugeben.

Berechnet man die Naturalabgabe pro Hektar der angebauten Getreidefläche mit 250 bis 300 Kilogramm, so wäre mit der Einhebung einer derartigen „Naturalsteuer“ eine Menge von 30.000.000 Meterzentner Getreide (ohne Hafer) und Mais für die Monarchie sicherzustellen. Diese Menge würde genügen, um den Bedarf des Heeres zu decken und etwa 20.000.000 minderbemittelte Nichtselbstversorger mit der ungefüzten Quote an Mehl und Brot zu versorgen. Würde diese Naturalabgabe zu den bestehenden, im Verhältnis zu der gesunkenen Kaufkraft des Geldes sehr niedrigen Getreidehöchstpreisen eingelöst, so könnte dadurch für etwa 85% der Nichtselbstversorger die sonst ganz unausweichliche Verteuerung des Brotes verhütet werden. Die Landwirtschaft könnte diese Naturalabgabe, die mit Rücksicht auf die Ablieferungspflicht und den niedrigen Ablösungspreis eine Art „Naturalsteuer“ darstellt, leisten, da dieselbe nur ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtproduktion beträgt.

Die Aufteilung dieser Naturalabgabe auf die Länder, Gemeinden und zum Schluß auf die einzelnen Landwirtschaftsbetriebe könnte ohne Schwierigkeit rasch erfolgen. Die Landwirte werden, mit seltenen Ausnahmen, die „Naturalsteuer“ bereitwilligst abliefern, falls sie hiedurch von den endlosen und lästigen Requisitionen befreit werden und das freie Verfügungsrecht über das restliche Getreide zurückerlangen. Die Einhebung der Naturalabgabe wäre wesentlich leichter und billiger durchzuführen als die bisherige Requisition und der Staat würde rechtzeitig einen Ueberblick über das ihm zur Verfügung stehende Getreide erhalten, da die Ablieferung dieser „Naturalsteuer“, abgesehen vom Mais, bald nach der Ernte erfolgen würde.

Der Verkehr und die Preise für das restliche Getreide müßten freigegeben werden, um einen unbedingt wirksamen Ansporn für die Hebung der Produktion an Getreide zu schaffen. Das Auflösen der Höchstpreise würde gewiß ein rasches Hinaufschwellen der Getreidepreise nach sich ziehen, doch wäre dies nur erwünscht. Die so ungesunde Erscheinung des Schleichhandels wäre sofort beseitigt, die verfügbaren Getreidemengen würden zum Vorschein kommen und ganz automatisch jenen Stellen zufließen, an welchen sich der größte Bedarf zeigt. Eine wesentlich bessere Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl wäre die unausbleibliche Folgeerscheinung dieses neuen Systems.

gerechnet werden.

An Getreide wird es nicht fehlen, wenn die produktionsfördernde Wirkung dieses Systems zur Geltung kommen kann. Rechnet man mit dem unvermeidlichen Rückgang des Getreidebaues durch die so wesentlich erschwerte Produktion im Kriege, so kann die Ernte auf einer Fläche von etwa 12.000.000 Hektar Getreideland doch noch mit 120.000.000 Meterzentner eingeschätzt werden. Von diesem Erntoergebnis an Getreide (ohne Hafer) und an Mais wären

- etwa 10.000.000 Meterzentner als Naturalabgabe für das Heer,
- etwa 20.000.000 Meterzentner als Naturalabgabe für 20.000.000 minderbemittelte Nichtselbstversorger,
- etwa 30.000.000 Meterzentner für etwa 20.000.000 Selbstversorger,
- etwa 20.000.000 Meterzentner für Saatgut,
- etwa 20.000.000 Meterzentner für Futter und interne Verwertung,
- etwa 20.000.000 Meterzentner für den freien Verkehr zu rechnen.

Mit der Höhe der Ernte und mit den sich frei und ungehindert entwickelnden Preisen werden sich die letzten Ziffern dieser Aufstellung vielleicht ganz wesentlich verschieben.

Bezüglich der Verteilung des Bedarfes und der Naturalabgabe auf Oesterreich und Ungarn sowie zahlreicher gewiß beachtenswerter Bedenken, die dieses neue System hervorrufen dürfte, kann ich nur auf meine kleine Schrift verweisen, die auch diese Fragen eingehender behandelt.*) Es ist meine feste Ueberzeugung, daß mit diesem System die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl unbedingt sichergestellt wäre und daß der raschen Einführung dieses Systems keine sachlich begründeten unüberbrückbaren Schwierigkeiten entgegenstehen.

Die Sicherstellung des Bedarfes an Hafer für das Heer könnte in der gleichen Weise erfolgen, doch müßte diese Naturalabgabe etwas niedriger gegriffen werden. Rechnet man dieselbe mit 200 Kilogramm pro Hektar, so würden nach einer Anbaufläche von etwa 2.800.000 Hektar etwa 5.600.000 Meterzentner Hafer zur Ablieferung gelangen, während zur Deckung des dringendsten Bedarfes etwa 4.000.000 bis 5.000.000 Meterzentner sichergestellt werden müßten.

Die Aufbringung der nötigen Kartoffeln könnte nicht nach der gleichen Schablone erfolgen, da man bei den Kartoffeln mit weitaus größeren Schwankungen in

*) „Mein System einer staatlichen Getreideaufbringung im Kriege.“ Von Prof. E. G. Sedlmayr. 1918, Wien, Karl Gerolds Sohn, Nr. 165.

*) Das von dem hochgeschätzten Verfasser behandelte Thema ist von höchstem Interesse. Wir veröffentlichen die nachstehenden Ausführungen, um durch die Diskussion die eingehende Erörterung aller Möglichkeiten einer besseren Organisation der Versorgung anzuregen. D. Red.

eine unbestrittene und unbestreitbare Tatsache ist — der Getreidebau von Jahr zu Jahr rapid zurückgeht und daß daher, weil wir unmittelbar vor dem Frühjahrsanbau stehen, unverzüglich und ohne auch nur einen einzigen Tag Zeitverlust in irgendeiner Weise eingegriffen werden muß.

Für einen solchen Eingriff gibt es aber nur zwei Möglichkeiten: Entweder den Weg der Gewalt oder ein Vordemittel des wirtschaftlichen Egoismus. Mit dem Wege der Gewalt haben wir bisher — man denke doch nur an die Höchstpreisverordnungen — die trübsten Erfahrungen gemacht und werden sie unentwegt weiter machen; denn wo die Gewalt nicht so exakt einsehen kann, daß ein Entzinnen unmöglich ist — und wo könnte sie dies? —, dort findet der wirtschaftliche Egoismus seine Hinterthüren, um den Geboten und Verboten der übrigens bereits unübersehbar gewordenen Zahl von Verordnungen zu entweichen. Ein derartiges Gewaltmittel könnte zum Zwecke der Hebung des Getreidebaues nur in der Einführung einer Art von Produktionszwang gelegen sein. Die restlose Durchführung eines solchen müßte jedoch schon an dem Mangel von sachlich geschulten Ueberwachungsorganen völlig scheitern. Das weit besser und sicherer wirkende Mittel ist daher zweifellos die Schaffung eines Anreizes für den wirtschaftlichen Egoismus. Diesen Weg hätte die Regierung zweifellos längst beschritten, wenn nicht das Bedenken der Brotverteuerung für die Mindestbemittelten sie stets davor hätte zurückreden lassen.

Wollte man auf das nächstliegende Auskunftsmitglied, die Erhöhung der Getreiderequisitionspreise bis zu jener Höhe greifen, die bei Berücksichtigung der Produktionskosten und des Sektarertrages von Getreide etwa dem Preise des Heues oder der Futterrübe oder den durch keinen Höchstpreis gebundenen Erzeugnissen des Pflanzenbaues entsprechen würde, so läme man zu derart phantastischen Steigerungen des Requisitionspreises von Getreide, daß sie fast schon die heute im verbotenen Schleichhandel üblichen Preise ausmachen würden. Demnach erscheint auch dieser nächstliegende Auskunfts- weg ungangbar.

Um über all diese Nebelstände hinwegzukommen, müßte ein System der Getreideaufbringung gewählt werden, das einen Mittelweg einschlägt, indem es:

1. einen entsprechenden Anreiz dem wirtschaftlichen Egoismus böte, mehr Getreide zu produzieren und außerdem dasselbe dem Konsum zu übergeben, anstatt es wie bisher in der eigenen Wirtschaft zu verwenden;
2. trotz eines von ihm zu gewährenden Anreizes zur Mehrproduktion dennoch gestatten würde, zu billigen Preisen jenes Quantum sicherzustellen, das für die Versorgung des Heeres sowie der Armen und des Mittelstandes notwendig wäre;

Beide Erfordernisse würde der Sedlmayrsche Vorschlag erfüllen, der im wesentlichen auf folgenden Grundsätzen beruht:

1. Es müßte das für die Versorgung des Heeres sowie der Armen und des gesamten Mittelstandes notwendige Getreide (im Ausmaße der ungekürzten bisherigen Kopfquote) in den einzelnen Gebieten der ganzen Monarchie dadurch aufgebracht werden, daß man nach der Getreidefläche jedes einzelnen Landes den Landwirten dieses Landes sozusagen als Naturalabgabe die Lieferung einer bestimmten Getreidemenge zu einem billigen Uebernahmepreis auferlegt.

2. Es müßte für jedes über diese „Naturalabgabe“ hinausgehende, vom einzelnen Landwirt erzeugte Getreidequantum freie Preisbildung und freier Verkauf zugestanden werden.

In dieser zweiten Verfügung läge die lockende Produktionsprämie, die aber nur von den wohlhabendsten Schichten der Bevölkerung gezahlt würde. Sedlmayr errechnet durch die Naturalabgabe die Bedarfsdeckung des Heeres und die von 20 Millionen Nichtkornverforgern, so daß durch den freien Getreideverkehr nur noch 3 bis höchstens 5 Millionen Höchstbemittelte zu versorgen wären. Für diese sowie überhaupt für den freien Verkauf stünden nach Sedlmayrs durchaus vorräthigen

Berechnungen noch mindestens 20 Millionen Meterzentner Getreide, somit eine weit über den notwendigsten Bedarf hinausreichende Menge zur Verfügung.

Zweifellos ist, daß die Landwirtschaft in diesem System eine bedeutende Erleichterung gegenüber ihrer heutigen Situation erblicken müßte und dadurch den so unbedingt notwendigen Anreiz erhielte, die bisher während des Krieges mehr eingeschränkte Getreideerzeugung wieder zu vermehren.

Aber auch der Konsum könnte eine derartige Lösung ohne weiteres akzeptieren; denn der bisherige stete Rückgang der Getreideproduktion hat gezeigt, daß ohne Preis-erhöhung eine genügende Getreideproduktion nicht durchziehbar ist. Unannehmbare Höchstpreise aber, die nur auf dem geduldeten Papier stehen, auf dem alle unsere Höchstpreisverordnungen geschrieben werden, ohne Ware herbeischaffen zu können, sind — wie wir leider bereits aus Hunderten von Beispielen erfahren haben — völlig nutzlos. Muß also schon eine Prämie in Form von Preis-erhöhung bezahlt werden, so ist sie am erträglichsten und am gerechtesten verteilt, wenn dazu die Höchstbemittelten am meisten herangezogen werden.

Uebrigens wird wohl auch jenen, die an diesem System weniger Gefallen finden, nichts anderes übrigbleiben, als es zu akzeptieren oder aber unverzüglich ein besseres zu finden; denn die Sache duldet keinen Augenblick mehr des Aufschiebes: auf den bereits geschenehen Herbstbau könnte die Einführung des Systems ohnehin nicht mehr zurückwirken; es ist also nur noch möglich, den im März vor sich gehenden Frühjahrsanbau zu fördern; würde auch dies versäumt, so müßte mit einer weiteren starken Einschränkung des Getreidebaues und daher auch der Ernteerträge im Jahre 1918 gerechnet werden. Wie dann aber unsere Brotversorgung im Frühjahr 1919 aus- sehen würde, ist eine Frage, deren Beantwortung nach den bisher gemachten Erfahrungen wohl jedermann sich selbst zu geben vermag.

Ein Vorschlag zur Verbesserung der Brotversorgung.

Von Professor Dr. Karl Hoffmeister.

Unter dem Titel „Mein System einer staatlichen Getreideaufbringung im Kriege“ hat Professor Dr. Sedlmayr kürzlich eine Broschüre im Verlag von Gerold in Wien erscheinen lassen, die wertvolle Vorschläge des auf dem Gebiete der Landwirtschaft praktisch und theoretisch gleich hervorragend tätigen Verfassers enthält. Ein von derart berufener Seite ausgehender Plan muß daher in ernster Erwägung gezogen werden.

Der dem Vorschlag Sedlmayrs zugrundeliegende Gedankengang ist ungefähr folgender: Man hat in den letzten beiden Kriegsjahren bereits das Heu, das weit weniger Produktionskosten verursacht als das Getreide, doppelt so hoch bezahlt wie letzteres, und man hat den Meterzentner Futterrübe, die einen um ein vielfaches höheren Sektarertrag liefert als Getreide, dennoch teurer bezahlt als den Meterzentner Weizen. Dazu kommt noch, daß der Landwirt bei Verfütterung des Getreides an sein Vieh nahezu eine doppelt so hohe Verwertung des Getreides erzielt, als wenn er es zu den normierten Höchstpreisen der Requisition übergibt.

Das sind Tatsachen von grundlegender Bedeutung: es wäre müßig, zu fragen, ob der Landwirt diese höheren Gewinne braucht oder nicht braucht, müßig, zu fragen, ob auf sie verzichtet werden könnte: Es genügt, daß diese Tatsache unbestritten und unbestreitbar besteht und daß sonach — was ebenfalls leider

Brotfrage und Ernährungs- experimente.

Wer würde anderes erwarten, als daß alle, die für die Volksernährung in Oesterreich verantwortlich sind, jetzt ihre Tage und schlaflosen Nächte damit zubringen, alles Vorhandene aufzubringen und alles Erreichbare heranzuführen, um die siebzehneinhalb Millionen Unversorgten bis zur neuen Ernte zu versorgen? Die furchtbar drängende Not läßt ja einen anderen Gedanken gar nicht aufkommen, die beklemmende Angst, es könnte das tägliche Brot des Evangeliums uns Christenmenschen wirklich durch Wochen fehlen, gestattet nicht, mit Ideen zu spielen, Entwürfe zu verhandeln und Versuche zu machen. Offenbar sind solche Versuche derzeit ganz müßig. Denn schon der Saie sieht ein, daß sich im kommenden Herbst, wo wir wieder ernten, die Dinge in der ganzen Welt so geändert haben werden, daß wir uns neu einrichten können und müssen. Bleibt der Friede und die Handelsfreiheit im Osten, so werden Rumänien und die Ukraine auch angebaut sein und ausführen, so werden wir von den bisherigen ganz abweichende Versorgungsmöglichkeiten besitzen; heute kennen wir weder das Ob noch das Maß dieser Zuschüsse und also läßt sich ein Wirtschaftsplan für den Winter 1918 auf 1919 zweifellos noch nicht aufstellen und festlegen. Für Frühjahr und Frühsommer 1918 aber kommt jedes Projekt absolut zu spät. Wer möchte also nicht als selbstverständlich voraussetzen, daß der staatliche Ernährungsdienst in dieser Lage die bloße Erörterung von Projekten als unzeitgemäße Behelligung zurückweist?

Aber seitdem die Volksernährung bei uns zum Tummelplatz hochgestellter und hochgeborener Dilettanten geworden ist, versteht sich das nicht mehr von selbst. Im Gegenteil! Weil man mangels jeder Kenntnis von den aufreibenden und verzweifelten Details des Dienstes, jeder Erfahrung von den gegenständlichen Schwierigkeiten und mangels jeden ernststen Willens, das Gebotene selbst um den Preis, einflußreiche Volkskreise zu verdrängen, auch handfest durchzuführen, der Not des Tages hilflos gegenübersteht, langt man nach dem „Makotikum“ rettender Ideen, beschwichtigt damit das eigene mahnende Gewissen und betäubt damit die eigene Angst.

Es gibt zur Stunde kein Mittel, als das, was da ist, zu holen. Mehr als zehn Millionen Selbstversorger sind bis Mitte September eingedeckt, siebzehneinhalb Millionen Unversorgte nicht auf acht Tage, Ungarn versagt und die Ukraine ist weit. Eine Katastrophe kann offenbar vermieden werden, wenn man den Selbstversorgern das, was sie für die Monate Juli bis September hinterlegt haben, vorschussweise abnimmt und später aus den ukrainischen und rumänischen Einfuhren ersetzt. Bis zum Juli sind diese Einfuhren gewiß zur Stelle. Offenbar trägt die Regierung die

volle Verantwortung dafür, daß nicht die einen im April verhungern, während die anderen bis September versorgt sind. Da sich Wunder nicht begeben, kann sie ihrer Verantwortung gar nicht genügen, außer indem sie auf welchem Wege immer das, was draußen im eigenen Lande auf Vorrat liegt, in die Städte und Industrieorte hereinbringt. Und also hat sie all ihr Denken und ihre Tatkraft auf diese eine Aufgabe einzustellen.

Im großen ganzen haben die Landwirte das, was über den Eigenbedarf des Wirtschaftsjahres hinausgeht, schon abgestellt — soweit nämlich die Erhebungsmaschine wirkt —, die aufbringbaren Reste des Ueberschusses sind gering, sie müssen nunmehr vom Eigenbedarf das letzte Viertel vorschussweise ausfolgen: Nirgends ist ein anderer Weg sichtbar, der uns weiterhilft, bis die östlichen Zufuhren eintreffen.

Nachdem wir so den wahren Sachverhalt unserer Getreideaufbringung erfahren haben, wollen wir entgegenhalten, womit man sich hohen Orts die Zeit vertreibt. Professor Sedlmayr hat unter dem Merkwort „Mein System“ das Projekt einer Aufbringungsmethode dargestellt, die im Ernährungsrat vor langem erörtert, im Direktorium vor einem Jahre von Dr. Sottowetz, für Galizien seit jeher von Bisowicki vertreten wurde und übrigens in einem Teile unseres polnischen Besetzungsgebietes seit langem in Verwendung ist. In sich also eine durchaus nicht originelle, aber auch nicht absurde Sache — vor drei Jahren, als wir die staatliche Getreidebewirtschaftung einführten, hätte man von ihr reden können. Folgende sind die Unterschiede des bestehenden und des vorgeschlagenen Systems:

Heute ist die ganze geerntete Brotfrucht beschlagnahmt — der Landwirt darf sich bloß den Eigenverbrauch, das Saatgut, Hafferlorn und Kleie zurückbehalten. Sedlmayr verlangt, daß der Landwirt 250 Kilogramm vom angebauten Hektar wie eine Steuer in natura abliefern, über den Rest könne er frei verfügen, ihn verzehren, verfüttern, verkaufen, was er will.

Auf den ersten Blick ist zu ersehen, daß dieses System den Landwirt zu entlasten bestimmt ist. Wie soll mehr aufgebracht werden, wenn weniger abgestellt wird? Auf den ersten Blick erkennt man, daß es uns jetzt nicht hilft; die meisten Landwirte haben von ihren 1200 bis 1800 und mehr Kilogramm Hektarertrag schon mehr als diese „Naturalabgabe“ abgestellt — gaukelt man ihnen dieses Eldorado vor, so werden sie erst recht nicht gewillt sein, das zu tun, was in dieser außerordentlichen Zwangslage einfache Pflicht des Mitbürgers ist.

Wie kann Sedlmayr trotz dieser Einschränkung doch das Auslangen finden? Er rechnet eben, daß „sein“ System gleichmäßig in Ungarn und Oesterreich durchgeführt wird! Wer den Leidensweg unserer Verhandlungen mit Ungarn aus Erfahrung kennt, muß diese Annahme einfach als kindisch bezeichnen. Die Nachbeter übersehen seine Voraussetzung ganz, sprechen seine Zahlen nach und merken gar nicht, daß wir auf diesem Wege in Oesterreich allein überhaupt nur einen Bruchteil unseres Bedarfs decken könnten!

Sedlmayr nimmt vom Hektar eine fixe Naturalabgabe — er stellt mechanisch die Hektare in Rechnung, aber sieht jedoch deren Zusammenhang im Wirtschaftsbetrieb und mit dem Landwirt. Von zwei

Kleinbauern gleicher Betriebsgröße ernährt der eine fünf, der andere zwei Familienangehörige, bestellt der eine wenig, der andere viel Boden mit Brotfrucht (Mittelgebirge und Ebene). Der einen Familie bleibt nichts zum Essen, der anderen ein Ueberschuß! Aber weiter. Das durchschnittliche Bayernland dient noch immer vorwiegend der Selbstversorgung und nährt auf der gleichen Fläche bis siebenmal so viel ansässige Menschen als das Großgrundbesitzland, das überwiegend für den Markt erzeugt und sich mit Saisonarbeitern behilft. Grundherrschaften mit Getreideboden können leicht vier- bis siebenmal soviel Brotfrucht abgeben als Kleinbauernwirtschaften desselben Flächenmaßes. Dieser Umstand erklärt zum Teil, warum Rumänien so viel Weizen auszuführen vermag. Der Vorschlag Sedlmayrs birgt ein schreiendes Vorrecht des Großgrundbesitzes, er wäre der Ruin unserer Aufbringung überhaupt. Naturgemäß bringen wir vom Großgrundbesitz rascher, in größeren Abstellungen auf einmal und leichter auf als in den zahllosen verstreuten, unkontrollierbaren Bauernwirtschaften. Naturgemäß fällt heute auf das Bauernland ein hoher, auf das Grundherrenland ein niedriger Selbstversorgungs-Bruchteil. Nach Sedlmayr bliebe vielen kleinen Bauern selbst nichts zu essen, die Grundherren würden über das Vier- bis Sechsfache ihrer Abstellung frei verfügen!

Diese Unerträglichkeiten zu durchschauen braucht man nicht viel Einblick — nichtsdestoweniger ist die Erörterung dieses Systems gegenwärtig ein Diebstahlzeitvertreib unserer Regierungskreise.

Der zweite Unterschied beider Systeme liegt darin: Da der Landwirt heute alles außer dem Haus- und Wirtschaftsbedarf abstellt, ist Getreide nicht im freien Handel zu erhalten, außer auf Schleichwegen, und der Getreidepreis ist staatlich gebunden. Sedlmayr gibt für den Ueberschuß über die Naturalabgabe den Handel und die Preise frei. Staatsmehl wird also etwa zu den jetzigen Preisen, wohl nur an Minderbemittelte, abgegeben; das Freimehl müßte daneben den fünf-, zehn- und selbst zwanzigfachen Preis erzielen.

Wieder übersieht man nötige Voraussetzungen. Erstens müßte die Mehlabgabe an Minderbemittelte durchs ganze Staatsgebiet mit Ausschluß jeder privaten Hand, also ganz neu organisiert werden, sonst würde bei der allgemeinen Gesetzlosigkeit Staatsmehl sofort mit mehrhundertprozentigem Gewinn als Freimehl gehandelt. Zweitens müßte der legitime private Frucht- und Mehlhandel erst wieder eingerichtet werden, denn die ganze früher zahlreiche Schar der Fruchtaufkäufer, Agenten, Mühlenvertreter u. s. m. hat innerhalb der letzten drei Jahre ihren Beruf längst wechseln müssen. Das andere System könnte erst nach langen Zurüstungen wirksam werden.

Zu diesen fehlenden Voraussetzungen kommt die falsche Schlussfolgerung: Sedlmayr nimmt an, auf dem Wege des freien Handels würde weit mehr Brotfrucht in Verkehr kommen. Ein „übernatürlicher Irrtum! Die herrschenden Vieh- und Fleispreise einerseits, der für den Betrieb der Landwirtschaft verhängnisvoll geminderte Viehstand andererseits würden jeden Landwirt bestimmen, so viel Frucht als irgend möglich zu verfüttern, um die Ställe zu füllen, wieder Dünger zu erlangen, endlich wieder dem Ackerboden nachzuhelfen und außerdem viel Geld zu machen. Lauter an sich recht nützliche Dinge — nur würden sie zurzeit mit dem menschlichen Hunger-

typhus und mit Massensterben in weiten Teilen des Reiches bezahlt werden.

Wir haben nur jene Unmöglichkeiten dieses sogenannten Systems vorgeführt, die besonders in die Augen stechen, und haben unseren Lesern damit Gelegenheit geboten, an dem augenblicklichen Zeitvertreib unserer Regierenden auch eine Weile teilzunehmen. Freilich — ein hungerstillendes Makotikum werden die Leser in ihm nicht zu finden vermögen.

Der Kampf um das Brot.

In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege hat die Landwirtschaft eine gewaltige Revolution durchgemacht. Die Erträge von jedem Foch Bodens sind von Jahrzehnt zu Jahrzehnt bedeutend gestiegen. Wenn Europa imstande war, seine mächtig angewachsene Volksmasse zu ernähren, so verdankt es dies nicht nur der Verbesserung der Verkehrsmittel, die es ihm ermöglichte, das Getreide der Vereinigten Staaten, Kanadas, Argentiniens, Indiens, Sibiriens seinen Märkten zuzuführen, sondern auch und vor allem der Steigerung der Erträge seiner eigenen Landwirtschaft. Der Krieg hat all das mit einemmal zerstört. Er hat Europa vor allem die Zufuhr aus den anderen Erdteilen gesperrt: die Häfen der Mittelmächte werden von der britischen Flotte blockiert, den Ententesstaaten erschwert der Mangel an Schiffsraum, der infolge des Tauchbootkrieges immer fühlbarer werden muß, die Zufuhr. Zugleich aber sind auch die Bodenerträge in allen europäischen Ländern tief gesunken. Wir ernten heute von einem Foch Feldes viel weniger als vor dem Kriege, weniger selbst, als wir vor einem Menschenalter, vor der Bervollkommnung der landwirtschaftlichen Technik, die die letzten Jahrzehnte uns gebracht, geerntet haben. Man kann eben nicht ungestraft fünf und vierzig Monate lang alle gesunden Männer der Landwirtschaft entziehen, nicht ungestraft der Landwirtschaft ihr wichtigstes Produktionsmittel, ihr Arbeitsvieh nehmen, nicht ungestraft alle Fabriken einstellen, die den Landwirt mit Geräten und Maschinen, mit Kraftfutter und mit Düngemitteln versorgen. So muß uns schließlich das tägliche Brot ausgehen. Die bittere Not, die alle Völker heute leiden, ist die unentrinnbare Folge des Niederganges unserer Landwirtschaft, die unvermeidliche Folge des Krieges, der dem Ackerbau die menschliche wie die tierische Arbeitskraft, die lebenden wie die toten Arbeitsmittel entzieht.

So fehlt es nun überall an Brot. Und die Menschen fallen jetzt übereinander her, gierig, dem Nachbarn das letzte Stück Brot zu rauben. Die Städter und das Landvolk, die Industriearbeiter und die Bauern stehen überall im Kampfe um das bishere Brot. Wir in der Stadt schreien — müssen schreien — man solle doch den Landwirten die Borräte wegnehmen, die sie noch in ihren Speichern liegen haben, während wir für morgen nicht mehr versorgt sind. Wenn aber dann die Kommissionäre der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zu den Bauern kommen, um ihre letzten Borräte zu requirieren, dann wehren sich die Bauern mit Händen und Füßen, verstecken sie die Borräte, wo sie nur

können, und sind leidenschaftlich erbittert, da man ihnen noch den letzten Rest besten nimmt.

Es ist sehr leicht, vom „Siegfrieden“ zu schwadronieren, klingt sehr schön, den „weichen Frieden“ hochmütig abzuweisen. Aber man schätze einmal, wie viel Nährstoffe noch in unseren Böden liegen müßten! Versuche, danach zu schätzen, wie groß wohl unsere Ernte im nächsten Jahre sein wird! Ermäge die Schäden an Volksgesundheit und Volkskraft, die unvermeidlichen sozialen und politischen Gefahren, die aus dem Rückgang der Ernteerträge schließlich entstehen müssen! Und dann wage man es zu sagen, daß wir um Livland und Estland, um Longwy und Briey, um irgend welcher Grenzberichtigungen in Italien oder auf dem Balkan willen den Krieg fortführen sollen!

Vergangenheit und Zukunft unserer Brotversorgung.

Von Regierungsrat Dr. Alexander Horovik,
Generalsekretär der Wiener Produktenbörse.

Knapp vor der Reize des vierten Kriegsjahres hat die Bevölkerung noch einmal eine beklemmende Drangsal in der Brotversorgung durchzumachen, die schlimmste in diesem schicksalsreichen und schauerlichsten aller Kriege, aber aller menschlichen Voraussicht nach doch die letzte Bedrängnis. Eine schwer drückende, dauernde Last von Steuerungen und Entbehrungen, von Ueberschuldung und Unterernährung weiter Schichten muß als unabwendbare Wirkung dieses Weltkrieges hingenommen werden und es wird der Anspannung des letzten Restes aller Kräfte bedürfen, um die noch vor uns liegenden entbehrungsreichen sechs bis acht Wochen, ohne Zusammenbruch unterwegs, zurückzulegen. So arg mußte es wahrlich nicht kommen.

Wenn wir im ersten Kriegsjahre, unter dem Drucke der auf uns jäh einstürmenden Ereignisse, von Unbilden und Nöten bedrängt wurden, so konnte eine allgemein einleuchtende Erklärung darin gefunden werden, daß wir ja in diesen Weltkrieg ohne jede wirtschaftliche Vorbereitung traten, daß daher Gesetzgebung und Verwaltung nicht sofort gewachsen sein konnten der gewaltigen Fülle von Aufgaben, für deren Lösung im Jahrtausend der Weltgeschichte kein Beispiel und kein Vorbild zu finden war. Alles mußte hastig, in einem Zuge, auf gut Glück beschlossen und durchgeführt werden, schwere Fehlgriffe, bedenkliche Maßnahmen waren daher nicht zu vermeiden. Strohweise, systemlos folgte eine öffentlich-wirtschaftliche Maßnahme der anderen, immer nur von dem einzigen Streben geleitet, den jeweils aufgetauchten, dringendsten und unaufschiebbaren Bedürfnissen der Lebensmittelversorgung Rechnung zu tragen. Der Gefahren einer solchen planlosen und in ihren Folgewirkungen gar nicht überdachten öffentlichen Bewirtschaftung war sich auch die Regierung genau bewußt, denn schon einige Monate nach Kriegsbeginn mußte der österreichische Ministerpräsident die Öffentlichkeit aufmerksam machen, daß die unter dem Zwange der kriegerischen Ereignisse geschaffenen Maßnahmen das normale Walten der wirtschaftlichen Vorgänge und Kräfte in andere Bahnen leiten, daher eine Operation an einem lebendigen Organismus bedeuten und unter Umständen erheblich mehr Schaden, als nützen können.

Zum größten Wagnis gehörte es, Erzeugung und Verkehr mit Massengütern, wie Getreide und Mehl, die sonst viele Tausende von Köpfen und Händen beschäftigt und sich in den mannigfachsten individuellen Formen abgewickelt hatten, staatlich zu zentralisieren und von einem Punkte aus, nach einer einheitlichen Schablone zu regeln. Die bedeutungsvollsten und umfassendsten volkswirtschaftlichen Fragen mußten nach den eisernen Geboten des Augenblickes gelöst werden, ohne Rücksicht darauf, daß ein einziger falscher Zug am Hebel die folgenschwersten Wirkungen nach sich ziehen konnte. Die ungeheure Bedeutung der förmlich über Nacht aus dem Boden gestampften Monopolisierung des Getreide- und Mehlverkehrs tritt erst so recht vor Augen, wenn man sich erinnert, daß noch in den neunziger Jahren der Abgeordnete Eugen Richter bei der Beratung über den bekannten Antrag Kanik über das Getreideeinfuhrmonopol, den Gedanken einer Ernährung der Bevölkerung durch eine staatliche Zentralstelle als den Inbegriff eines volkswirtschaftlichen Phantastengebildes bezeichnete, an dessen Verwirklichung wegen der riesenhaften geschäftstechnischen und volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten niemals ernstlich gedacht werden könne.

Über nicht an den ungeheuren Schwierigkeiten und natürlichen Hemmnissen dieser Riesenorganisation lag es, wenn der angestrebte Erfolg ausblieb und wenn die Mißstimmung immer weitere Kreise ergriff. Nicht so sehr die verwirrende Fülle, die Unübersichtlichkeit und Unklarheit der Verordnungen, als der Mangel einer gleichmäßigen und strengen Durchführung dieser Maßnahmen hat so viel Unheil gestiftet. Es war zu bescheiden, daß sich die Regierung mit dem Bewußtsein begnügte, daß der Aushungerungskrieg zusehends gemacht wurde, denn der zweite, ebenso wichtige Teil ihrer verantwortungsvollen Aufgabe

ist nicht gelöst worden, nämlich die Vorsorge, daß die vorhandenen Nahrungsmittel allen Bevölkerungsschichten rechtzeitig, gleichmäßig und zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden.

Was jeden klugen, vorsichtigen Geschäftsmann kennzeichnet, fehlte unserer Verwaltung: die Voraussicht, unter allen Umständen auch mit dem ungünstigsten Falle zu rechnen und hierfür rechtzeitig auch die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Auch durfte man sich nicht mit der Feststellung begnügen, daß eine zentrale Organisation einwandfrei arbeite, sie hätte auch rasch arbeiten müssen, denn der Bedarf wurde immer dringender und konnte nicht warten. Die selbst mit den einfachsten und harmlosesten Dingen des täglichen Lebens verbundene Vorschriftsmäßigkeit, Uebereingenauigkeit und Feierlichkeit wirkten lähmend und ließen auch die trefflichsten Maßnahmen wirkungslos verpuffen. Mit theoretischen Erwägungen war eben kein geregelter Kriegswirtschaftsplan zu schaffen.

Empfindlich hatte die Bevölkerung auch unter dem Erbübel unserer Verwaltung zu leiden, der unausrottbaren Geheimnistuerei; während in Deutschland zur selben Zeit alle wichtigen Fragen der Volksernährung mit der größten Offenheit frank und frei erörtert werden konnten, unterdrückte bei uns eine allwissende Verwaltungskunst jede ernste, fachliche Besprechung und verhinderte dadurch eine Besserung oder Milderung offen zutage liegender Uebelstände. Diese verhängnisvolle Geheimnistuerei, verbunden mit einer unverbesserlichen Schönfärberei untergruben den bei uns ohnehin nicht allzuscharf ausgeprägten geselligen Sinn der Bevölkerung; statt daß die weitverbreitete Neigung, sich in weitherzigster Weise mit unbedeuten Verordnungen abzufinden, im Keim erstickt worden wäre, wurden die Grenzen zwischen Gesetzestreue und Gesetzesübertretung vollständig verwischt.

Das größte Hindernis, welches sich der Auffüllung von Vorräten und der Ausbringungsbearbeitung entgegenstellte, lag im Mangel und im Versagen von Verkehrsmitteln. Mit nichts konnte man im Kriege so zuverlässig rechnen, wie mit der Verkehrsunsicherheit und mit den Transporthemmungen, die ja auch schon im Frieden zur Zeit der Bewegung von Massengütern einen regelmäßigen Posten bei jeder kaufmännischen Berechnung bildeten.

Mehr schlecht als recht wird es uns auch gelingen müssen, die nächsten Wochen bis zum Einbringen der neuen Ernte zu überwinden. Diese dürften wohl unsere Ausdauer und Selbstzucht auf die härteste Probe in diesem entscheidungsreichen Kriege stellen. Es kann sich in dieser außerordentlich kritischen Zeit nur mehr darum handeln, durch Ausnutzung aller Hilfsmittel die furchtbarsten Härten abzuschwächen und zu mildern, denn die Brot- und Mehlversorgung des ganzen Staates bis zur Einbringung der neuen Ernte oder bis zur Heranschaffung ausreichender Zuschübe aus auswärtigen Gebieten halbwegs erträglich zu gestalten, dazu reicht heute keine menschliche Kraft und keine Organisationskunst der Welt aus. Einzig die Zuversicht muß uns aufrichten, daß in zwei Monaten das schreckliche Gespenst einer Brot- und Mehlnot aller menschlichen Voraussicht nach für die fernere Kriegszeit gebannt sein wird. Allerdings wären übertriebene Erwartung und als deren unvermeidbare Folge mangelnde Voraussicht ein verhängnisvoller Fehler, der bei uns noch in jedem Kriegsjahre begangen wurde und sich auch immer furchtbar gerächt hat.

Denn wir müssen uns stets gegenwärtig halten, daß die Hemmnisse und Erschwernisse während der Kriegszeit im heimischen landwirtschaftlichen Betrieb auch geraume Zeit nach Kriegsende andauern und nur allmählich werden behoben werden können. Von der Bestellung der Saaten bis zur Ernte, von der Einstellung des Viehes bis zur Mastreife werden früher niemals bestandene Fährlichkeiten zu überwinden sein; so günstig auch die Ernteaussichten heuer scheinen, es darf nicht übersehen werden, daß bei der Bestellung der Felder die arbeitsfähigsten Männer fehlten, die Bepflanzungen auf ein Mindestmaß eingeschränkt, die Ställe gelichtet waren, daß die Landwirtschaft unter dem empfindlichsten Mangel an Kraftfutter und Düngemittel litt. Und dann haben wir während der Kriegsjahre leider schon wiederholt die bittere Erfahrung gemacht, daß das Erntewetter dem Anbau und Wachstum einen bösen Streich zu spielen vermag. Besonders in Oesterreich braucht die Reife und Einheimung der Ernte bis zur Fertigstellung des Getreides, das ist bis Mitte Juli, fortgesetzter Wettergunst. Massenartikel, die für die Ernährung von Mensch und Tier und für industrielle Zwecke von ausschlaggebender Bedeutung sind — bei uns Kartoffeln, in Ungarn Mais — stehen noch bis in den Monat Oktober hinein am Felde.

Deshalb heißt es, nicht wieder in den altgewohnten Fehler zu verfallen und beim Austausch augenblicklicher größerer Getreidemengen aus der heimischen Ernte, aus den russischen und rumänischen Zuschüben, in einzelnen Kronländern oder bei einzelnen Wirtschaftsgruppen, das Wirtschaften aus dem Vollen heraus zu gestatten, als ob wir aus einer unversiegbaren Quelle schöpfen könnten. Die größte Vorsicht ist hier am Platze, weil der Grundpfeiler für die rechtzeitige und zweckentsprechende Verbrauchsregelung fehlt: die Unmöglichkeit der Feststellung des wirklichen Ernte-Ergebnisses; unzuverlässige Ernteschätzungen, Untermis der verfügbaren Vorratsmengen, erschweren aber jede Verwendungs- und Verteilungsmöglichkeit und als weitere Folge bürgert sich dort, wo sich ein Ueberschuß befindet, auch ein Mehrverbrauch ein, während Bedarfsgebiete Not leiden.

Vielleicht ist es auch noch nicht zu spät, heute nachzuholen, worauf uns schon im ersten Kriegsjahre die Ernährungsverhältnisse mit zwingender Gewalt wiesen: Vorsorge zu treffen für Kartoffelrodereien; Deutschland hatte deren im Jahre 1903 nur drei und erhöhte diese Zahl durch zahlreiche Neubauten mitten im Kriege auf nahezu 800. Trockenanstalten ermöglichen es, die Nährstoffe restlos zu erhalten, die getrockneten Kartoffeln bequem und billig zu

besördern und unbeschränkt lange aufzubewahren. Wieviel schmerzlicher entbehre Kartoffelmengen hätten uns erhalten werden können, wenn man bei uns jede Neuerung nicht nur reif, sondern überreif werden ließe. Es wäre nach Ablauf des vierten Kriegsjahres wirklich schon an der Zeit, daß wir begangene Fehler nicht wiederholen, in das neue Erntejahr mit besserer ökonomischer Rüstung eintreten und vor allem rechtzeitig für eine planmäßige Verbrauchsregelung Sorge tragen.

wiffheit, daß die für Wien erforderliche Brotmenge auf lange Zeit hinaus gesichert ist. Die beunruhigenden Gerüchte, die von einer bevorstehenden Kürzung der Brotgebühren erzählt, stehen im Widerspruch zu den Tatsachen. m. h.

Berliner Besprechungen über unsere Volksernährung.

Die ausländischen Zufuhren.

Untlich wird verlautbart: Ebenso wie in der gleichen Zeit des Vorjahres haben auch diesmal in Berlin Besprechungen wegen Sicherstellung der Volksernährung im letzten Viertel des ablaufenden Erntejahres und des glatten Ueberganges in das neue stattgefunden. Den Vorsitz in der Konferenz, die am Pfingstsonntag zum Abschlusse kam, führte der Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung Generalleutnant Bahndorff. An der Spitze der Vertreter von Oesterreich-Ungarn stand der Sektionschef im Ministerium des Neuhern Geheimer Rat Dr. Gray.

In den Kreis der Erörterungen wurden die noch zu erwartenden Zufuhren aus Rumänien — die allerdings gering sind —, dann jene aus Bessarabien und der Ukraine gezogen. Diese dürften in nächster Zeit zunehmen, da verschiedene Anfangsschwierigkeiten als überwunden gelten können; insbesondere ist durch Abschluß eines Finanzvertrages mit der neuen ukrainischen Regierung für die erforderlichen Zahlungsmittel vorgesorgt worden. Die Bewirtschaftung wird im ganzen Gebiete der Ukraine nach den von Kiew gegebenen Richtlinien in einheitlicher Weise zu erfolgen haben.

Ueber die Aufteilung der Ueberschüsse der erwähnten Gebiete wurden Vereinbarungen erzielt, die den Bedarf der Zusatzländer hinsichtlich der Höhe und der zeitlichen Verteilung der Zuschüsse Rechnung tragen.

Die Brotversorgung.

Die Brotversorgung Oesterreichs, die in den letzten Wochen infolge Nachlassens der rumänischen Einfuhr und der Beanspruchung eines großen Teiles der Ukrainetransporte durch die Armee teilweise sehr unbefriedigend und unregelmäßig war, wird jetzt wieder, wenn auch knapp, so doch gleichmäßig gesichert sein. Die Besserung wird sich schon in der nächsten Zeit bemerkbar machen.

Endlich wurde in Berlin auch über die Sicherstellung des Frühdrusches sowie über die Bewirtschaftung der neuen Ernte gesprochen, worüber ebenfalls die volle grundsätzliche Einigung erzielt wurde. Wegen näherer Einzelheiten wird eine Besprechung der Leiter der drei Ernährungskämter Ende dieses Monats in Budapest abgehalten werden.

Am 21. d. fand wegen Durchführung der Berliner Vereinbarung eine Besprechung unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler statt, an der Sektionschef Dr. Gray vom Ministerium des Neuhern, dann Vertreter des Armeeeoberkommandos, der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses O. M. v. Landwehr, Präsident des Amtes für Volksernährung Paul und Sektionschef Kiedl teilgenommen haben.

Der Austausch zwischen Oesterreich und Ungarn.

Lebensmittel gegen Bekleidungsartikel.

Budapest, 22. Mai. (Privattelegramm.)

In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird Ernährungsminister Prinz Windischgrätz das Programm der ungarischen Regierung in bezug auf die Ernährungsfragen sowie auf die Lebensmittelversorgung der verbündeten Staaten in ausführlicher Rede darlegen. Der Minister wird bei dieser Gelegenheit über jenes Abkommen Aeußerungen machen, das gelegentlich der jüngsten Beratungen in Wien abgeschlossen worden ist.

Zur endgültigen Feststellung dieses Programms sowie zur Besprechung von Einzelheiten über die Lebensmittelversorgung Oesterreichs und die hierfür Ungarn an Industrieartikeln zu gewährenden Kompensationen fand heute eine Ministerkonferenz unter dem Voritze des Ministerpräsidenten Doktor Welkerle statt, der nicht nur die Minister der wirtschaftlichen Ressorts anwohnten, sondern auch die Vertreter des Ernährungsamtes. Der Konferenz wohnte ferner der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses O. M. v. Landwehr an. Ernährungsminister Prinz Windischgrätz unterbreitete einen ausführlichen Ausweis darüber, welche Quantitäten Ungarn in der Gegenwart und in der nahen Zukunft an Lebensmitteln Oesterreich überlassen kann, nachdem die Verpflegung der Armee und Ungarns sichergestellt sein wird. Diese Ueberlassung erfolgt, wie bekannt, gegen Kompensation von Industrieartikeln, und es werden in erster Reihe jene Waren dafür in Betracht kommen, die zu Bekleidungswecken verwendet werden sollen. Es

handelt sich darum, zunächst den notleidenden Beamten Kleider und Schuhe zur Verfügung zu stellen, da sie trotz der verschiedenen Kriegszulagen nicht in der Lage sind, für ihre Kleidung Sorge zu tragen, eine so exorbitante Höhe haben die Preise der notwendigsten Kleidungsstücke hierzulande erreicht. Einen weiteren Gegenstand der Besprechung bilde die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, bei der vorzunehmenden strengen Requirierung den landwirtschaftlichen Produzenten Kompensationen in den notwendigsten Artikeln zur Verfügung zu stellen.

In Oesterreich hat sich dieses System bewährt und die ungarische Regierung beschäftigt sich jetzt mit dem Plane, zur Sicherung der Enteignungsaktion den Landwirten in erster Reihe nicht Geld, sondern in einem gewissen Verhältnis andre festzustellende Artikel zuzulassen. Diesbezüglich kommen vor allem Tabak, Petroleum, Zucker, Sohlenleder, Kleiderstoffe und Benzin in Betracht. Was die Bekleidung der Beamten betrifft, so hat die Regierung bereits ein engeres Komitee der Volksbekleidungskommission damit betraut, gewisse Uniformstoffe für die Beamten zu besorgen, die dann nicht nur den Staatsbeamten, sondern auch den Privatbeamten männlichen und weiblichen Geschlechtes durch eine eigene Kommission zur Verfügung gestellt werden sollen.

So weit reicht das Telegramm, das in manchen Punkte schwer verständlich ist. Gewiß ist es recht und billig, daß wir Ungarn die gleiche Hilfsbereitschaft bekunden, die wir von ihm erwarten, aber Ungarn will uns seine Ueberschüsse an Lebensmitteln zur Verfügung stellen und verlangt dafür Kleider, an denen wir selbst Mangel leiden. Das wäre kein billiger Tausch! Die Bemerkung, daß sich in Oesterreich die Lieferungen von Tabak, Petroleum, Zucker und Kleiderstoffen beim Handel mit Landwirten als zugkräftig bewährt habe, ist richtig, aber unsres Wissens kam dieses Tauschsystem nur beim Schleichhandel zur Anwendung.

Die Approbitionierung im Kriege.

Das Brot.

Die behördliche Zusage, daß das Brot besser werden soll, wurde bisher nur mangelhaft eingehalten, denn wenn auch weniger Weizenmehl ausgegeben wurde, so war dadurch wenig gewonnen, weil die Lücke durch minderwertiges und zudem sehr hoch ausgemahlenes Gersten- und Hafermehl ausgefüllt wurde. Die Bevölkerung war durch dieses Brot enttäuscht, und die großen und kleinen Broterzeuger mußten viele Vorwürfe einstecken, wiewohl sie die schlechte Beschaffenheit des Brotes nicht verschuldet hatten.

Endlich, erst seit dem gestrigen Tage haben wir nicht nur Versprechungen, sondern eine Mehlmischung vor uns, aus der sich ein gutes Brot herstellen läßt. Gestern wurden 33 bis 50 Prozent Weizenmehl und der Rest in Gersten-, Hafer- und Weizenmehl zur Brotbereitung ausgegeben. In dieser Mischung ist Weizenmehl besonders schwach und Weizenmehl besonders stark vertreten, so daß das daraus gewonnene Brot in Aussehen und Geschmack ganz anders sein wird als bisher. Dieses Brot wird zum größten Teil erst morgen, zu einem kleineren aber auch schon heute zum Verkauf gelangen. Die Vorsicht gebietet es zu sagen, daß die zur Broterzeugung bestimmte Mehlmischung nicht aufgespeicherten Vorräten entnommen, sondern täglich aufs neue aus den Zufuhren zusammengesetzt wird. Darum ist sie Schwankungen unterworfen und kann morgen schon anders sein, als sie gestern war, aber im allgemeinen ist damit zu rechnen, daß Weizenmehl in größeren Mengen nicht mehr auftreten wird. Noch wichtiger aber als dies ist die Ge-

Zur Kartoffelbewirtschaftung 1918/19.

Von D. Dr. Graf v. Schwerin-Löwlich.

Ich empfehle — um dies gleich vorweg zu sagen — etwa folgende Anordnungen:

1) Jeder Kommunalverband erhält bzw. behält zur Deckung des Bedarfes seiner Bevölkerung sowohl für Versorgungsberechtigte als auch für Selbstversorger auf den Kopf seiner Bevölkerung für die Dauer des ganzen Wirtschaftsjahres 1918/19 fünf Zentner Speisekartoffeln.

2) Jeder Selbstversorger behält und jeder Versorgungsberechtigte erhält von seinem Kommunalverbande für die Woche 9 Pfund Speisekartoffeln — also im ganzen Jahre $52 \times 9 = 468$ Pfund Speisekartoffeln. Die von den 5 Zentnern übrigbleibenden 32 Pfund bleiben dem Kommunalverband als Reserve, für Schwund usw.

3) Die Erzeuger erhalten ab ihrer Bahnstation für den Zentner Speisekartoffeln im Durchschnitt 6 M. Wertliche und zeitliche Abstufungen hat die Reichskartoffelstelle auszugleichen.

4) Die Verbraucher zahlen für 9 Pfund Speisekartoffeln für die Woche 70 Pf., für den Tag also 10 Pf.

5) Die Differenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis dient zur Deckung der Zwischenkosten. Wo sie hierfür nicht ausreichen sollte, ist der Betrag aus öffentlichen Mitteln zu decken.

6) Für Frühkartoffeln können nach Bestimmungen der Reichskartoffelstelle Zuschläge bis zu 3 M. für den Zentner gezahlt und bei Abgabe an die Verbraucher von diesen erhoben werden.

7) Jeder Kommunalverband, dessen Ertrag nach Abzug von 20 v. H. Schwundreserve seinen Eigenbedarf an Speisekartoffeln (5 Zentner für den Kopf) und Saat (40 Zentner für das Hektar Anbaufläche) nicht deckt (Bedarfsverband), hat den Fehlbetrag, d. h. seinen Bedarf bis spätestens 1. November 1918 bei der Reichskartoffelstelle anzumelden.

8) Jeder Kommunalverband, dessen Ernteertrag nach Abzug von 20 v. H. Schwundreserve den Eigenbedarf an Speisekartoffeln (5 Ztr. für den Kopf) und Saat (40 Ztr. für das Hektar) übersteigt (Ueberschußverband), hat den Ueberschuß bis zu 120 Ztr. für das Hektar seiner Anbaufläche — an die Reichskartoffelstelle oder durch dieselbe an einen Bedarfsverband abzuliefern.

9) Der Reichskartoffelstelle bleibt vorbehalten, unter Berücksichtigung der abgeschätzten Hektarerträge die Ablieferungspflicht der Kommunalverbände nach ihrer Leistungsfähigkeit zu ermäßigen oder bis auf 160 Ztr. für das Hektar der Anbaufläche zu erhöhen.

10) Erst nach Erfüllung dieser Ablieferung oder ihrer — nach den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle erfolgten vollkommenen Sicherstellung dürfen die Ueberschußverbände ihren Kartoffelbauern den Rest ihrer Ernten zur freien Verfügung überlassen.

11) Das gleiche Recht steht den Kommunalverbänden gegenüber ihren Gemeinden und den Gemeinden gegenüber den einzelnen Kartoffelbauern zu.

Begründung.

1) Für den weitaus größten Teil der Erzeuger ist eine gewissenhafte Befolgung der derzeitigen Anordnungen eine vollkommene Unmöglichkeit. — Die kleineren Landwirte, in deren Händen bekanntlich $\frac{1}{2}$ unseres ganzen Kartoffelbaues ruhen, sind gar nicht imstande zu berechnen, wieviel davon sie als „20 v. H. für kleine oder faulende Kartoffeln und Schwund“ verbrauchen dürfen. Sie wissen und berücksichtigen nur das eine, daß ihnen bei Nachforschungen um so weniger genommen werden kann, je mehr sie von ihrer Ernte schon vorher selbst verbraucht haben. Und — daß ihnen möglichst wenig genommen werde — das ist bei dem hohen Wert, welchen die Kartoffeln für die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe haben, heute das allein Maßgebende für sie. Sie versuchen es deshalb auch gar nicht erst, die vielen Verordnungen, die sie übrigens kaum kennen und noch weniger verstehen, zu befolgen.

Wüßten sie aber, daß ihnen nach Ablieferung eines gewissen Teils ihrer Ernte der Rest zur freien Verwendung gesichert wäre, so würden sie dadurch nicht nur zu einer beschleunigten Ablieferung, sondern auch zu äußerster Sparsamkeit — an Stelle der jetzigen vielfachen Verschwendung — veranlaßt werden.

2) Es wird auch niemals möglich sein, den Prozentsatz, welcher den Erzeugern für kleine oder faulende Kartoffeln und Schwund unbedingt belassen werden muß, für alle so ungemein verschiedenen Verhältnisse einigermaßen zutreffend zu bemessen.

In manchen Fällen würden vielleicht schon 10 v. H. hierfür genügen. In anderen dagegen, in welchen es sich um für Speisezwecke überhaupt kaum brauchbare Sorten, schorfige, schnell faulende, schlecht bewahrte und vom Frost beschädigte Bestände handelt, werden 50 oder 80 oder manchmal 100 v. H. schleunigst gedämpft und verfüttert werden müssen, wenn sie nicht auch für die tierische